

Die Erfolgsspaltung in der aktienrechtlichen Rechnungslegung

Eine Untersuchung über den Einfluß der Bilanzierungs-
und Bewertungswahlrechte auf die Erfolgsrechnung
sowie deren Auswirkung auf die Attitüdenstrukturen
der Organisationsteilnehmer

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
Dr. rer. pol.
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München

vorgelegt
von

Klaus von Sicherer

1976



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554616_0077

Die Erfolgsspaltung in der aktienrechtlichen Rechnungslegung

Eine Untersuchung über den Einfluß der Bilanzierungs-
und Bewertungswahlrechte auf die Erfolgsrechnung
sowie deren Auswirkung auf die Attitüdenstrukturen
der Organisationsteilnehmer

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
Dr. rer. pol.
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München

vorgelegt
von
Klaus von Sicherer

1976



Referent: Professor Dr. Otto Hintner
Korreferent: Professor Dr. Georg Walterspiel
Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juli 1976

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Systemanalyse als theoretischer Bezugs- rahmen für die Aktiengesellschaft als In- formationsquelle der Organisationsteilnehmer	1
11. Die Aktiengesellschaft als sozio- ökonomisches System	2
12. Subsysteme der Aktiengesellschaft	5
13. Die Aktiengesellschaft als Kommunikationssystem	14
131. Individuelle kognitive Informations- verarbeitung	17
132. Der Jahresabschluß als Informations- quelle der Organisationsteilnehmer	21
133. Die Bedeutung der "attitude change"	27
134. Der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung	29
14. Attitüden der Organisationsteilnehmer	33
141. Attitüden der Aktionäre	35
142. Attitüden der Gläubiger	39
143. Attitüden des Vorstandes	40
144. Attitüden des Aufsichtsrats	42
2. Die Determinanten für den Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung	44
21. Begriff und Aussage des Erfolgs	45
211. Erfolgsauffassungen in der bilanz- theoretischen Diskussion	45
212. Erfolgsauffassung des Aktienrechts	62

	Seite
22. Die Erfolgsspaltung	66
23. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	69
231. Das Vorsichtsprinzip	72
2311. Das Realisationsprinzip	74
2312. Das Imparitätsprinzip	79
232. Bilanzklarheit und -wahrheit	81
233. Prinzipien der Bilanzverknüpfung	82
2331. Die Bilanzidentität	82
2332. Die Bilanzkontinuität	84
24. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte	86
241. Bilanzierungswahlrechte	90
2411. Aktivierungswahlrechte	92
2412. Passivierungswahlrechte	99
242. Bewertungswahlrechte	109
2421. Wertansatzwahlrechte	110
2422. Bewertungsmethodenwahlrechte	126
3. Die Bedeutung der Bilanzierungs- und Bewertungs- wahlrechte im Hinblick auf die Erfolgsspaltung	151
31. Die bilanzierungs- und bewertungspolitischen Interdependenzen zwischen Bilanz und Erfolgsrechnung	151
32. Ziele der Bilanzierungs- und Bewertungspolitik	152
321. Kapital- und Substanzerhaltung	153
322. Verbesserung der Finanzierungs- und Liquiditätssituation	158
323. Stabilisierung der Dividendenpolitik	161
324. Steuerminimierung	162
325. Verhaltensbeeinflussung der Organisations- teilnehmer	165

33. Die Auswirkungen der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte auf die Erfolgspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung	167
331. Bilanzierungswahlrechte	167
332. Bewertungswahlrechte	177
4. Die Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Problematik	183
41. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung	183
42. Die Eindeutigkeit der Gliederungspositionen	183
42.01 Umsatzerlöse	184
42.02 Bestandsänderungen	185
42.03 Andere aktivierte Eigenleistungen	187
42.04 Gesamtleistung	188
42.05 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	189
42.06 Erfolge aus Konzernbeziehungen	190
42.07 Beteiligungserträge	191
42.08 Erträge aus anderen Finanzanlagen	193
42.09 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	193
42.10 Erträge und Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	194
42.11 Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	195
42.12 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	196
42.13 Sonderposten mit Rücklageanteil	196
42.14 Sonstige Erträge	197
42.15 Löhne und Gehälter	197
42.16 Soziale Abgaben	198
42.17 Aufwendungen für Altersversorgung	198
42.18 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	199

42.19 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen	201
42.20 Verluste aus Wertminderungen	202
42.21 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	203
42.22 Steuern	204
42.23 Lastenausgleichs-Vermögensabgabe	204
42.24 Sonstige Aufwendungen	205
42.25 Jahreserfolg - Bilanzerfolg	206
 43. Realisierung der Prinzipien der Erfolgsspaltung in der aktienrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung	 207
431. Periodenverursachungsprinzip	207
432. Bruttoprinzip	214
433. Trennung von eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Erfolg	217
4331. Eigentliches Betriebsergebnis	218
4332. Neutrales Ergebnis	220
43321. Betriebsfremdes Ergebnis	221
43322. Außerordentliches Ergebnis	221
434. Bereichsprinzip	223
 5. Auswirkungen auf die Attitüdenstrukturen der Organisationsteilnehmer	 226
 Literaturverzeichnis	 234
Abkürzungsverzeichnis	258

1. Die Systemanalyse als theoretischer Bezugsrahmen für
die Aktiengesellschaft als Informationsquelle der
Organisationsteilnehmer

Die Unternehmung im allgemeinen und die Aktiengesellschaft im besonderen ist als Organisation zu verstehen. Die Vielfalt organisationstheoretischer Konzeptionen macht nach dem neuesten Stand der betriebswirtschaftlichen Forschung in verstärktem Maße deutlich, den Organisationsbegriff mit Hilfe des Bezugsrahmens der Systemanalyse zu beschreiben. Aus dieser Sicht ist eine Organisation und somit die Aktiengesellschaft als System zu verstehen.

Die Systemanalyse kann "als pragmatisches Konzept der Systemtheorie"¹⁾ bezeichnet werden. Die zur Erklärung und Gestaltung von Systemen erforderliche Systemanalyse beinhaltet die Darstellung der Elemente, der Beziehungen zwischen den Elementen und schließlich das daraus resultierende Verhalten des Gesamtsystems. Beim System Aktiengesellschaft sind die sozialen Elemente und die Sachmittel die Systemelemente, die als kleinste Einheiten der Organisation Subsysteme bilden. Beziehungen zwischen den Individuen konkretisieren sich im Austausch von Informationen, die bestimmte Verhaltensweisen implizieren.

1) Vgl. Kappler (Systementwicklung, 1972), S. 36.

11. Die Aktiengesellschaft als sozioökonomisches System

Die Aktiengesellschaft ist wegen ihren Transaktionsbeziehungen zur Umwelt sowohl ein offenes als auch ein sozioökonomisches System. Durch Inputs wird das Verhalten der Umwelt von den Systemelementen empfangen, transformiert (throughput) und über die Outputs als ihr Verhalten an die Umwelt abgegeben. "Dabei kann es sich um einseitige oder gegenseitige, bewußte oder unbewußte Beeinflussungsprozesse, um aktives oder passives, freiwilliges oder erzwungenes Anpassungsverhalten handeln"¹⁾. Eine Menge aktiver Elemente, deren Strömungsgrößen²⁾, d.h. der Austausch und die Verarbeitung von Energie, Materie und Informationen, größer Null sind, also aktive Wirkungsbeziehungen zueinander unterhalten, konstituieren ein Verhaltenssystem³⁾. Die Anpassung an die zahlreichen Umweltveränderungen, die auch den dynamischen Charakter des Systems erklärt, wird beispielsweise bei Organismen durch die Aufrechterhaltung der Homöostase⁴⁾ mit Hilfe zahlreicher komplizierter Regelmechanismen des vegetativen Nervensystems erreicht. Cannon, auf den das Modell der Homöostase zurückgeht, sieht im Organismus ein offenes System, das selbstregulierend das biochemische Gleichgewicht durch Anpassungsprozesse herzustellen versucht.

1) Fahn (Beschaffungsentscheidung, 1972), S. 14.

2) Vgl. Lehmann (Integration, 1969), Sp. 772.

3) Vgl. z.B. Kirsch et al. (Logistik, 1973), S. 41 ff.

4) Homöostase bedeutet die normale Stabilität bestimmter Körperfunktionen gegenüber Umwelteinflüssen wie beispielsweise Körpertemperatur oder Stoffwechsel. Der Terminus der Homöostase wurde von W.B. Cannon geprägt. Vgl. Cannon (Wisdom, 1932).

Das Anpassungsverhalten des äußerst komplexen Systems¹⁾ "Aktiengesellschaft" versuchte Boulding mit Hilfe der homöostatischen Konzeption zu erklären²⁾. Die Indeterminiertheit der Verhaltensänderungen eines Systems, die Beer³⁾ als probabilistisch bezeichnet, lassen aber nur Wahrscheinlichkeitsvoraussagen zu. Kann das bestehende Gleichgewicht der Aktiengesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden, dann ist der Übergang auf eine andere Struktur, d.h. auf andere Verhaltensweisen, erforderlich. Diese sprunghafte Anpassungsfähigkeit wird als Prinzip der Ultrastabilität bezeichnet, das Mayntz allen offenen Systemen und somit auch dem sozioökonomischen System "Aktiengesellschaft" zuspricht⁴⁾. Die der Homöostase zugrundeliegende Modellvorstellung von selbstregulierenden Mechanismen wird bei der Aktiengesellschaft durch Lern- und Innovationsprozesse gewahrt⁵⁾. Die in einer Aktiengesellschaft interagierenden Personen ändern nach einer Hypothese der Lerntheorie ihr Verhalten dann, wenn diese Änderung für sie mehr Anreize bietet als die Beibehaltung des bisherigen Verhaltensmusters. Diese Hypothese gilt jedoch nur unter der Bedingung, daß die Anreizstruktur erweitert wird.

-
- 1) Vgl. Beer (Kybernetik, 1963), S. 33; Beer differenziert nach der Komplexität zwischen einfachen, komplexen und äußerst komplexen Systemen und nach der Bestimmbarkeit in determinierte (z.B. Uhrwerk) und probabilistische Systeme.
 - 2) Vgl. Boulding (Reconstruction, 1950), S. 26 ff.; vgl. hierzu und zum folgenden besonders Dienstbach (Unternehmensorganisation, 1972), S. 28 ff.
 - 3) Vgl. Beer (Kybernetik, 1963), S. 24 ff.
 - 4) Vgl. Mayntz (Soziologie, 1965), S. 528.
 - 5) Vgl. Mayntz (Soziologie, 1965), S. 528; Cadwallader (Analysis, 1966), S. 398; Kappler (Systementwicklung, 1972), S. 45 ff.

Die Aktiengesellschaft kann auch als soziotechnisches System interpretiert werden, was darin zum Ausdruck kommt, daß neben den Mensch-Mensch-Beziehungen (Sozialsystem) auch Mensch-Maschine-Systeme¹⁾ und Maschine-Maschine-Systeme²⁾, also technologische Kategorien für das Bestehen der Aktiengesellschaft von Bedeutung sein können. Die Menschen, die durch ein soziales Beziehungsnetz miteinander verbunden sind, interagieren als Individuen in Gruppen. Die Aufrechterhaltung der Interaktionsbeziehungen, was das Überleben der Aktiengesellschaft impliziert, setzt langfristig voraus, daß die Präferenz- und Erwartungsstrukturen der Beteiligten erfüllt werden. Eine isolierte Betrachtung des Sozialsystems ist nicht möglich, da es als Bestandteil des Supersystems "gesellschaftliche Umwelt" von diesem abhängig ist (beispielsweise von der Wirtschaftsordnung oder der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik). Weiter ist die gegenseitige Beeinflussung des sozialen Beziehungsgefüges der vorhandenen Technologien und der ökonomischen Zielvorstellungen für das Verhalten der Systemelemente im sozioökonomischen System von Bedeutung.

1) Vgl. Young (Designing, 1967), S. 138.

2) Vgl. Dill (Business, 1965), S. 1091.

12. Subsysteme der Aktiengesellschaft

Die bisherigen Ausführungen lassen das System Aktiengesellschaft als Ganzes in Erscheinung treten. Innerhalb der deskriptiven Phase der Systemanalyse sind nun die Elemente der Aktiengesellschaft einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Mindestens zwei miteinander in Beziehung stehende Elemente können ex definitione ein System bilden. In der betrachteten Systemhierarchie sind sie dann Systeme niederer Ordnung bzw. Subsysteme, die gemeinsam ein System höherer Ordnung bilden. Die Organisationstheorie unterscheidet funktionale und strukturelle Subsysteme¹⁾.

Als strukturelle Subsysteme sind die konkreten Gruppen der Unternehmungsorganisation zu verstehen²⁾. Eine Gruppe ist ein relativ isoliertes soziales System. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß die Interaktionsbeziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern im Vergleich zur Umwelt intensiver und häufiger sind³⁾. Bei der Klassifizierung nach verschiedenen Merkmalen kann nach der Anzahl der Mitglieder zwischen großen und kleinen Gruppen unterschieden werden und nach der Art ihrer Entstehung zwischen formalen und informalen Gruppen. Die bei den kleinen Gruppen zwischen den Mitgliedern vorherrschenden persönlichen Kontakte und positiven Zuneigungen implizieren ein besonders ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl. Informale Gruppen entstehen spontan und ungeplant; Gruppen mit formellen Charakter, wie beispielsweise Abteilungen, sind dagegen genauestens geplant.

1) Vgl. dazu und zum folgenden Kirsch (Entscheidungsprozesse III, 1971), S. 40 ff.; Kirsch et al. (Logistik, 1973), S. 164; Wisemann (Systems, 1967), S. 14 ff.

2) Vgl. Dienstbach (Unternehmungsorganisation, 1972), S. 38.

3) Vgl. Homans (Theorie, 1960), S. 102 f.

Bezogen auf die gesamte Aktiengesellschaft stellt die formale Organisation im wesentlichen nur das Gerippe, die Struktur dar, die vom Individuum weitgehend abstrahiert, während zur Erklärung der Aktiengesellschaft als Sozialsystem die Erforschung der informalen Organisation unumgänglich ist, nämlich des Komplexes "von formell nicht geplanten und beabsichtigten sozialen Abläufen und Phänomenen im Betrieb, die aus der Tatsache entstehen, daß die Betriebsangehörigen soziale Wesen sind und in ihrem Verhalten nicht nur von den Anordnungen der Betriebsleitung, sondern auch von ihrer Herkunft, ihren Sitten, Wünschen und Erwartungen bestimmt werden"¹⁾.

Unter der Annahme der personellen Überschneidung formaler und informaler Gruppen kann davon ausgegangen werden, daß jedes in der Aktiengesellschaft interagierende Individuum Mitglied verschiedener Gruppen ist. Da bei einer Analyse des äußerst komplexen Systems Aktiengesellschaft primär nicht die Interessen und Erwartungen der einzelnen Menschen, sondern die der Gruppen im Vordergrund stehen (beispielsweise bestimmte Informationsbedarfe einer Aktionärsgruppe), ist in zwei Schritten vorzugehen. Zunächst sind die Vorgänge innerhalb der Gruppe zu erfassen und entsprechende Ursache-Wirkungszusammenhänge zu analysieren. In einem zweiten Schritt sind die Gruppen als "schwarze Kasten" (black boxes)²⁾ zu behandeln, um die Beziehungen zwischen

1) Mayntz (Organisation, 1966), S. 13.

2) Vgl. Ashby (Introduction, 1963), S. 86 ff.

den einzelnen Gruppen besser untersuchen zu können; das bedeutet, daß dann nur die Input-Outputrelationen interessieren¹⁾.

Neben den strukturellen Subsystemen unterscheidet die Organisationstheorie funktionale Subsysteme. Funktionen, die das Überleben des offenen Systems Aktiengesellschaft in einer sich ständig ändernden Umwelt bedingen, sind betriebliche Tätigkeits- oder Aufgabenbereiche. Die zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe bzw. Funktion notwendigen Elemente bilden ein funktionales Subsystem. Wegen der Vielfalt möglicher betrieblicher Aufgabenbereiche ist auch die Bildung einer entsprechend großen Zahl funktionaler Subsysteme denkbar.

Eine Möglichkeit der verschiedenartigen Systematisierungsprinzipien betriebswirtschaftlicher Funktionsbereiche sieht beispielsweise Heinen in dem sich aus einem Industriebetrieb ergebenden Güterfluß: "Beschaffungswirtschaft", "Fertigungswirtschaft" und "Absatzwirtschaft" einerseits und andererseits aus den übergreifenden Funktionsbereichen "Personalwirtschaft", "Kapitalwirtschaft" und "Informationswirtschaft"²⁾.

Eine Übereinstimmung funktionaler und struktureller Subsysteme wird in der Regel nicht bestehen, vielmehr tragen oft mehrere formal gebildete Gruppen zur Erfüllung einer bestimmten Funktion bei. Umgekehrt können strukturelle Ein-

-
- 1) "Die Methoden zur Behandlung äußerst komplexer Systeme sind Methoden der Eingangsmanipulation und der Ausgangsklassifikation, nicht hingegen Methoden der Analyse von Ursachen und Wirkungen". Beer (Kybernetik, 1963), S. 71.
 - 2) Vgl. Heinen (Industriebetriebslehre, 1972), insbes. S. 64 f.

heiten mehrere Funktionen erfüllen¹⁾. Das bedeutet, daß ein in der Aktiengesellschaft agierendes Individuum gleichzeitig mehrere unterschiedliche Funktionen wahrzunehmen in der Lage ist und in verschiedenen Systemen zu deren Zielerfüllung beitragen kann. Das Konzept der PARTIALINKLUSION trägt dieser Tatsache Rechnung. Danach ist ein Individuum bei mehrfacher Gruppenzugehörigkeit immer nur mit einem Teil seiner Persönlichkeit in ein Sozialsystem und innerhalb dieses Systems in den einzelnen Subsystemen integriert; in einer Organisation wird jeweils nur ein Teil der Präferenzstruktur des Individuums erfüllt²⁾. Durch die Teilnahme des Individuums an unterschiedlichen Sozialsystemen bzw. funktionalen Subsystemen wird es mit Konflikten konfrontiert, die daraus resultieren, daß es mit Verhaltenserwartungen belastet wird, die miteinander nicht vereinbar sind. Eine Konfliktlösung ist nur dann möglich, wenn sich die Person, die sich verschiedenen Systemen verpflichtet fühlt, darüber entscheidet, welchen Systemerwartungen die Priorität ("priority of commitment"³⁾) eingeräumt werden soll.

Eine weitere denkbare Unterteilung in funktionale Subsysteme ergibt sich durch die Zweiteilung der Aktiengesellschaft in das politische System und das operative System. Das politische System, ein offenes Verhaltenssystem, ist mit dem Zielbildungsprozeß der Aktiengesellschaft konfrontiert, wobei das operative System die Erreichung dieser Ziele er-

1) Kirsch (Entscheidungsprozesse II, 1971), S. 40 ff.

2) Vgl. Allport (Behavior, 1933); "The organization neither requires nor wants the whole person... People belong to many organizations and the full engagement of their personalities is generally not found within a single organizational setting". Katz/Kahn (Organizations, 1966), S. 50.

3) Vgl. Katz/Kahn (Organizations, 1966), S. 121.

möglichst¹⁾. Begreift man das politische System als ein aus verschiedenen Gruppen zusammengefügt funktionales System, dann bietet sich in Anlehnung an Heinen die Unterteilung der Interessengruppen einer Aktiengesellschaft in Kern- und Satellitengruppen an²⁾. Kerngruppen sind aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen (als Kerngruppe haben sich der Vorstand, der Aufsichtsrat und mit Einschränkung die Großaktionäre institutionalisiert) legitimiert, die Ziele der Organisation zu erklären. Deshalb werden die Satellitengruppen (im Sinne des Aktienrechts können darunter beispielsweise der Staat, Gläubiger, Lieferanten, Kleinaktionäre usw. verstanden werden) versuchen, auf die Entscheidungsprozesse der Kerngruppe Einfluß zu gewinnen. Sie versuchen gleichsam durch ihre kognitiven Informationsstrukturen (Werte, Überzeugungen, Attitüden, Programme) ihre Forderungen zu artikulieren. Bei der Durchsetzung der gruppenspezifischen Zielvorstellungen ergeben sich durch die unterschiedlichen Interessenschwerpunkte politische Prozesse, was meistens die Vereinigung einzelner Gruppen erforderlich macht³⁾. Wesentliche Einflußsphären der Satellitengruppen auf die Kerngruppen sind deshalb nur durch die Bildung von Koalitionen oder Kooptationen denkbar. Eine Koalition entsteht durch den vollständigen Zusammenschluß aller Mitglieder von mehreren Gruppen. Eine Kooptation ist dann gegeben, wenn einzelne Mitglieder verschiedener Gruppen sich in einer Gruppe höherer Ordnung zusammenschließen. Zwischen den konkurrierenden For-

1) Vgl. Fäßler (Mitbestimmung, 1970), S. 87 ff.

2) Vgl. Heinen (Zielsystem, 1966), S. 201 ff.

3) Vgl. dazu vor allem Fäßler (Mitbestimmung, 1970), S. 109 ff; Heinen (Zielsystem, 1966), S. 205.

derungen der Koalitionen bzw. Kooptationen der Satellitengruppen einerseits und den Forderungen der Kerngruppen andererseits muß der politische Prozeß zu einem Ausgleich führen. Dieser Prozeß der Konflikthandhabung¹⁾ wird insbesondere durch die Machtverteilung innerhalb des politischen Systems entschieden. Dabei ist darauf zu achten, daß primär die Attitüden der Interessengruppen als Inputforderungen in den Entscheidungskalkül der Kerngruppe Eingang finden, die am ehesten deren Zielvorstellungen entsprechen.

Die Betrachtung funktionaler Subsysteme erfordert im Rahmen des systemanalytischen Ansatzes ferner die Unterscheidung zwischen Organisationsmitgliedern und -teilnehmern. Die Mitgliedschaft von Individuen in einer Organisation zeichnet sich durch eine formale Rollenzugehörigkeit aus, die als Prämisse für Eintritts- und Austrittsentscheidungen dient²⁾. Die Mitgliedsrolle erst ermöglicht den Zugang zu allen anderen Systemrollen. "Unter einer Rolle versteht man dabei einen Komplex sozialer Normen und Erwartungen, die sich auf den Inhaber einer bestimmten Position in der Organisation richten"³⁾, wobei zu beachten ist, daß die heterogenen Zielvorstellungen der Individuen möglichst weitgehend mit den Rollenerwartungen übereinstimmen sollen, weil sich sonst notwendigerweise Konfliktsituationen ergeben. Die Mitgliedsrolle beschreibt, losgelöst vom Rolleninhaber, einen bestimmten Tätigkeitsbereich. Demnach ist Mitglied, "wer eine bewußte und von der Rechtsordnung sanktionierte Teilnahme- oder Kontaktentscheidung trifft und eine formale Rolle in

1) Vgl. Boulding (Conflict, 1964), S. 75; Pondy (Conflict, 1967).

2) Vgl. Luhmann (Funktionen, 1964), S. 39 ff.

3) Mayntz (Soziologie, 1967), S. 81.

der Organisation erfüllt"¹⁾. Organisationsteilnehmer sind dagegen an keine formale Mitgliedsrolle gebunden. Bezogen auf das politische System sind dann Teilnehmer "alle Elemente innerhalb und außerhalb der Organisation, die Forderungen stellen bzw. manipulierend auf die Mitglieder des Systems einwirken. M i t g l i e d e r sind alle jene, die im Transformationsprozeß des politischen Systems eine formale Rolle ausfüllen und eine bewußte Teilnahmeentscheidung hierzu treffen"²⁾.

Die organisatorische Betrachtung der Aktiengesellschaft läßt es zweckmäßig erscheinen, auch die Ziele der Organisation bzw. der sozialen Elemente als Systemelemente in Form von Aufgaben zu begreifen. Dies macht die Transformation der globalen ökonomischen Sachziele in operationale Aufgabenbereiche erforderlich. Erst durch diese Konkretisierung der Aufgabenverteilung und der Zuordnung auf die Organisationsteilnehmer wird eine Reduktion der äußerst komplexen Aufgabenstrukturen der Aktiengesellschaft ermöglicht.

Funktionale Subsysteme im allgemeinen und das politische System im besonderen, können (bzw. kann) also sowohl Mitglieder und Teilnehmer³⁾ (=Nichtmitglieder) umfassen. So sind im politischen System der Aktiengesellschaft in der Kerngruppe nur Mitglieder, während in den Satellitengruppen sowohl Mitglieder (z.B. Mitarbeiter) als auch Teilnehmer (=Nichtmitglieder , z.B. Kunden) zu finden sind.

1) Kirsch (Entscheidungsprozesse III, 1971), S. 32.

2) Kirsch (Entscheidungsprozesse III, 1971), S. 123.

3) Der Terminus des Organisationsteilnehmers ist weiter gefaßt als der des Organisationsmitgliedes. Jedes Mitglied ist demnach auch Teilnehmer. Dieser Satz darf jedoch nicht umgekehrt werden.

"Der Kontakt mit der Organisation wird durch bewußte Austritts- bzw. Ausschlussscheidungen beendet. Bewußte Aufnahmen- bzw. Teilnahmeentscheidungen deuten auf die Existenz einer vertraglichen Grundlage für die Systemzugehörigkeit hin,"¹⁾ Die von Barnard und Simon²⁾ entwickelte Anreiz-Beitrags-Theorie stellt die freiwillige Teilnahmeentscheidung von Organisationsteilnehmern in den Mittelpunkt und bietet damit auch die Abgrenzungsmöglichkeit gegenüber der Systemumwelt.

Die von der Aktiengesellschaft gewährten Anreize können materielle Vorteile (z.B. monetärer Art) als auch immaterielle Werte sein, bsp. soziale Anerkennung, Macht oder auch Informationen, denen als Anreize des Systems Aktiengesellschaft im Rahmen dieser Arbeit eine besondere Bedeutung zukommt. Jeder Organisationsteilnehmer muß die heterogenen Anreize bewerten und durch eine Nutzengröße, die seiner subjektiven Präferenzordnung entspricht, zum Ausdruck bringen. Die zu befriedigenden Bedürfnisse der Individuen können bsp. anhand der von Maslow³⁾ entwickelten Bedürfnishierarchie analysiert

1) Kirsch (Entscheidungsprozesse III, 1971), S. 31.

2) Vgl. Barnard (Functions, 1960); Simon (Model, 1955), S. 99 ff.; weiter March/Simon (Organization, 1958), S. 84 ff.; Heinen (Zielsystem, 1966), S. 199 ff.; Fäßler (Mitbestimmung, 1970), S. 59 ff.

3) Vgl. Maslow (Motivation, 1954), S. 80 ff.

werden¹⁾. Er unterscheidet in der Reihe der Dringlichkeit der Bedürfnisse physiological needs, safety needs, love and belongingness needs, esteem needs und self-actualization needs. Bedürfnisse höherer Ordnung gewinnen nach Maslow erst dann an Relevanz, wenn die Bedürfnisse niederer Ordnung das Anspruchsniveau des Individuums erreicht haben. So kann (bzw. können) durch die Anreize "Informationen" z.B. auf der Grundlage des Jahresabschlusses der Aktiengesellschaft die Erfolgssituation festgestellt und die Ertragsaussichten der Gesellschaft prognostiziert werden. Darauf aufbauend können mögliche Einkommensveränderungen oder Gewinnausschüttungen aktuelle Organisationsteilnehmer zum Verbleib bzw. zum Austritt aus der Organisation veranlassen oder potentielle Organisationsteilnehmer zum Eintritt in die Organisation bewegen. Physiological needs wie Geldausgaben verursachende Konsumbedürfnisse, können mit dem erzielten Einkommen oder mit ausgeschütteten Gewinnen befriedigt werden. Auch die Sicherheitsbedürfnisse (safety needs), die sich in wirtschaftlicher Hinsicht vorwiegend in der Erhaltung des Arbeitsplatzes niederschlagen, können mit Hilfe bestimmter Informationen befriedigt werden.

1) Neben Maslow haben sich mit Problemen der Motivation des menschlichen Verhaltens in Organisationen insbesondere McGregor (Motivation, 1966); Porter (Study, 1964), S. 467 f.; Haire (Psychology, 1964), S. 28 ff.; Herrmann (Persönlichkeitsforschung, 1972), S. 210 ff.; McClelland (Definition, 1966); Wächter (Grundlagen, 1974), S. 49 ff.; Berkowitz (Motivation, 1969), S. 50 ff.; Litwin/Stringer (Motivation, 1970), S. 377 ff.; Grün (Lernverhalten, 1973) befaßt.

13. Die Aktiengesellschaft als Kommunikationssystem

Aktiengesellschaften stellen insbesondere Kommunikationssysteme¹⁾ zur Beschaffung und Verarbeitung von Informationen dar. Die Informationen dienen der Anregung von Entscheidungsprozessen, der Suche nach sinnvollen Alternativen, der Optimierung der Entscheidungsprobleme durch Auswahl der günstigsten Alternativen und der Kontrolle der rationalen Entscheidungsfindung. Mit den Entscheidungen werden die Ziele der Organisationsteilnehmer realisiert. Informationen bilden die Voraussetzung für das Fällen von Entscheidungen. Die Qualität der Informationen ist bezeichnend für die Qualität der Entscheidungen, die selbst wieder Informationen darstellen²⁾.

Die Aufgabe des internen betrieblichen Kommunikationssystems, das durch die Informationsbeziehungen zwischen den verschiedenen organisatorischen Elementen der Aktiengesellschaft gekennzeichnet ist, besteht in der Bereitstellung aller relevanten innerbetrieblichen Informationen für die Entscheidungsträger zur Steuerung der Betriebsprozesse. Dabei müssen die Partialentscheidungen im Hinblick auf das Zielsystem der Aktiengesellschaft konsistent sein. Im Rahmen der externen Kommunikation stehen den Organisationsteilnehmern für deren Entscheidungen im wesentlichen nur die selektierten Jahresabschlußinformationen zur Verfügung. Großaktionäre mit Sitz im Aufsichtsrat oder Gläubiger (insbesondere Banken) können sich unter Umständen zusätzlich Zugang zu betriebsinternen Informationsquellen

-
- 1) Vgl. Coenenberg (Kommunikation, 1966), S. 78 ff.; v. Kortzfleisch (Information, 1971), S. 241 ff.
- 2) Decisions are based on information ... and decisions themselves are information ...; Clough (Concepts, 1963), S. 78.

verschaffen. Hier wird eine gewisse Zwitterstellung der Großaktionäre und der Banken sichtbar, wodurch eine Öffnung von der externen zur internen Kommunikationsbasis ermöglicht wird.

Die Aktiengesellschaft verfügt mit dem Jahresabschluß über ein bedeutendes Instrument der Informationsweitergabe bzw. der Informationspolitik. Nach dem Publizitätsgesetz¹⁾ sind Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform verpflichtet, Jahresabschlüsse aufzustellen und zu veröffentlichen, wenn zwei der folgenden drei Größenmerkmale während des Zeitraums von drei Geschäftsjahren zutreffen:

1. Eine Bilanzsumme von 125 Millionen DM,
2. Umsatzerlöse in der Höhe von 250 Millionen DM und
3. eine Beschäftigtenzahl von durchschnittlich mehr als 5 000.

Die Jahresabschlüsse haben die Personenhandelsgesellschaften²⁾ und die Einzelkaufleute gem. § 5 Abs. 2 PublG in materieller und formeller Hinsicht nach aktienrechtlichen Vorschriften zu erstellen.

Das Erstellen von Jahresabschlüssen erfolgt im Rahmen der Bilanzpolitik, die unter Einbeziehung des sozialwissenschaftlichen Politikbegriffes für und durch den Jahresabschluß Informationen erzeugt zur Beeinflussung der Attitüden der Informationsempfänger, um ein Verhalten zu induzieren, das den Zielvorstellungen der Entscheidungsträger der Bilanzerstellung entspricht³⁾. Diese aufgezeigte Möglichkeit der

-
- 1) Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. Aug. 1969 (vgl. BGBI. I 1969, S. 1189 ff.).
 - 2) Neue gesetzliche Definition für die offene Handelsgesellschaft und die Kommanditgesellschaft.
 - 3) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 17.

Weitergabe manipulierter Informationen macht eine Revision der Vorstellung "objektiver Informationen" im Sinne Gutenbergs¹⁾ erforderlich. Dieser Notwendigkeit dient die Theorie der kognitiven Persönlichkeit²⁾, die den Informationswert einer Nachricht für eine spezifische Entscheidung bestimmt³⁾. In Anlehnung an Wittmann ergibt sich somit eine Verfeinerung des Informationsbegriffes. Er definiert Information als "zweckorientiertes Wissen, also solches Wissen, das zur Erreichung eines Zweckes, nämlich einer möglichst vollkommenen Disposition eingesetzt wird"⁴⁾. Einmal kann die Zweckorientierung auf die Zwecke des Informationssenders Bezug nehmen und zum anderen auf die Zwecke des Informationsempfängers, der eine Nachricht des Senders nicht ausdrücklich als relevante Information erfassen muß und sie deshalb ignoriert oder in einer vom Sender unbeabsichtigten Weise auswertet. Sollen folglich die Informationen den Zielvorstellungen des Senders entsprechen, dann sind die Informationserwartungen der Empfänger zu berücksichtigen⁵⁾.

1) Vgl. Gutenberg (Absatz, 1970), S. 23.

2) Vgl. Kirsch (Entscheidungsprozesse II, 1971), S. 103 f.; Klis (Führungsstil, 1969), S. 39 ff.

3) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 60.

4) Wittmann (Information, 1959), S. 14.

5) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 60 f.

131. Individuelle kognitive Informationsverarbeitung

Die im weiteren Verlauf dieser Arbeit notwendige Analyse der Attitüdenstrukturierung der Organisationsmitglieder und -teilnehmer macht es erforderlich, daß Individuum als Informationsverarbeitungssystem zu verstehen. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, zu erkennen, daß das Individualverhalten des Menschen durch aufgenommene und verarbeitete Informationen bestimmt wird und neue Informationen erzeugt. Umgekehrt ist für den pragmatischen Aspekt der Informationsverarbeitung das menschliche Verhalten Voraussetzung.

Das Individuum (Organisationsteilnehmer) wird mit einer Menge von Stimuli (Reizen, z.B. Informationen aus dem Jahresabschluß) konfrontiert, auf die es als Reaktion ein bestimmtes Verhalten (z.B. Ein- bzw. Austritt in die bzw. aus der Organisation) zeigt. Die psychologische Forschung befaßt sich mit der Analyse von Informationen und Verhalten. Das Grundmodell für diese Untersuchungen des Individualverhaltens bildet das sog. SOR-Paradigma¹⁾. Es trifft darüber eine Aussage, daß ein menschlicher Organismus (O), der Stimuli (S) aus der Umwelt empfängt, irgendwie reagiert (R).

Ausgangspunkt für diese Modellvorstellung ist der klassische Behaviorismus, der sich als Antithese zur Methode der Introspektion verstanden wissen wollte²⁾. Die Behavioristen stellen ihre Untersuchungen allein auf das beobachtbare Verhalten des Individuums ab; es werden nur die S- und R-Komponenten berücksichtigt. Intrapersonelle Vorgänge sind gänzlich unbekannt. Der Mensch wird gleichsam als "black box" gesehen, bei der nur die Input-Output-Relationen von Bedeutung sind. Begriffe, die sich auf das menschliche Be-

1) Vgl. hierzu und zum folgenden vor allem Kirsch (Entscheidungsprozesse II, 1971).

2) Vgl. Watson (Behaviorism, 1925), S. 3.

wußtsein beziehen, wie bsp. Gefühle, Einstellungen, Motivationen, Stimmungen und Werte, sind unbekannte Größen. Anders als der Behaviorismus legt die vorwiegend auf der Gestaltungspsychologie basierende kognitivistische Psychologie darauf Wert, das Phänomen des Bewußtseins in den Vordergrund ihrer Theorien zu stellen. Sie bedient sich der phänomenologischen Sprache. Die beobachtbaren Stimuli und Reaktionen auf behavioristischer Basis sind für die Kognitivisten ein bedeutendes Mittel zur Überprüfung, d.h. zur Verifikation bzw. Falsifikation ihrer Hypothesen und Theorien. Mit Hilfe der Introspektion, die einen bedeutenden heuristischen Wert besitzt, versucht der Kognitivismus die inneren Vorgänge des Organismus als "transparent box" zu erkennen. Somit wird die kognitive Struktur des Individuums auf der Grundlage von Erfahrungen in einem gewissen Rahmen zugänglich¹⁾.

Der Informationsverarbeitungsansatz (IV-Ansatz) als dritte methodologische Richtung der modernen Psychologie versucht die behavioristischen und kognitiven Ansätze zu integrieren. Der Mensch wird als informationsverarbeitendes System verstanden. Sein Individualverhalten kann mit Begriffen der Informationsverarbeitung beschrieben werden²⁾. Das Verhalten eines Individuums wird durch seinen inneren Zustand und durch die Umwelt in Form von Stimuli, die auf den Organismus einwirken, bestimmt. Die innere Struktur eines Individuums spiegelt die Entwicklung im Organismus wider. Sie ist mit den im menschlichen Gedächtnis gespeicherten Informationen und Programmen gleichzusetzen (= kognitive Informationen und Programme). Der IV-Ansatz unterscheidet

1) Vgl. Ausubel (Introduction, 1965), S. 11.

2) Vgl. March/Simon (Organizations, 1966), S. 9 ff. Eine umfassende Darstellung des IV-Ansatzes findet sich bei Kirsch (Entscheidungsprozesse II, 1971).

üblicherweise zwischen zwei Gedächtnistypen, die die kognitiven Informationen speichern, dem Kurz- und dem Langgedächtnis¹⁾. Das Kurz- oder Arbeitsgedächtnis (working memory), praktisch der aktive Teil des Gedächtnisses, umfaßt die Informationen, die die augenblickliche Einstellung (evoked set) des Menschen bilden; diese umschließt jedoch nur die kurzfristige, aktuelle kognitive Informationsstruktur, die dafür bestimmend ist, ob und wie das Individuum auf einen Stimulus reagiert. Das Lang- oder Dauergedächtnis speichert hingegen alle gelernten und erfahrenen, un- oder unterbewußten Informationen. Die beschränkte Informationsverarbeitungskapazität des Arbeitsgedächtnisses macht es erforderlich, Informationen aus dem Langgedächtnis nach Bedarf abzurufen bzw. in das Langgedächtnis zurückzutransferieren.

Die in den verschiedenen Gedächtnissen eines Menschen gespeicherten Informationen, die Werte, Überzeugungen, Attitüden und kognitive Programme umfassen, konstituieren die kognitive Persönlichkeit²⁾. Diese Informationsstrukturen können gleichsam als "minimal person for social psychology"³⁾ beschrieben werden.

Werte (values) sind wesentliche Kriterien bei der Auswahl diverser Handlungsalternativen von Entscheidungsprozessen. Werte als kognitive Kategorien bestimmen, was angestrebt und wünschenswert ist bzw. was zu unterlassen und nicht wünschenswert ist. Eine kognitive Kategorie ist dann gleichsam die positive oder negative Einstellung des Individuums zu einer Sache, zu einem Ereignis usw.. Valenzattribute wie gut, schön, ausgezeichnet, schlecht, unzumutbar, widerlich, abstoßend usw. bringen das zum Ausdruck.

1) Vgl. March/Simon (Organizations, 1966), S. 10; Frank (Informationspsychologie, 1965), S. 269.

2) Vgl. Kirsch (Entscheidungen, 1968), S. 184 ff.

3) Jones/Gerard (Psychologie, 1967), S. 157.

Überzeugungen (beliefs) sind kognitive Informationen, in denen sich die "Dichotomie der Begriffe Wissen und Glaube widerspiegelt"¹⁾. Überzeugungen implizieren ein Handeln bei unzureichender Informationsgrundlage; sie beinhalten assoziative Beziehungen zwischen verschiedenen kognitiven Kategorien. Bsp. bedeutet die Aussage "steigende Personalkosten führen zu fallenden Gewinnen" eine assoziative Beziehung zwischen den Kategorien "Personalkosten" und "Gewinn". Somit handelt es sich hier um eine Überzeugung²⁾.

Jones und Gerard sehen Werte und Überzeugungen als Komponenten der Einstellung (attitude). Attitüden werden mit Hilfe syllogistischer Schlußfolgerungen abgeleitet³⁾. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen:

- (1) Hohe Dividenden sind Ausdruck von Aktionärsfreundlichkeit.
- (2) Unternehmung A schüttet hohe Dividenden aus,
- (3) folglich ist Unternehmung A aktionärsfreundlich eingestellt.

Die Aussage (1) bestimmt den relevanten Wert, Aussage (2) die Überzeugung und Aussage (3) die Attitüde als Schlußfolgerung.

Das kognitive Programm als vierter wesentlicher Bestandteil der kognitiven Persönlichkeit bringt die intrapersonellen kognitiven Strukturen zueinander in Verbindung. Ein Individuum wird dann auf Stimuli reagieren, entsprechend seiner kognitiven Informationsstruktur, wenn ein Programm vorhanden ist (ähnlich einem Computerprogramm, das eine elek-

1) Klis (Führungsstile, 1969), S. 56.

2) Vgl. Dienstbach (Unternehmungsorganisation, 1972), S.72 f.

3) Vgl. Jones/Gerard (Psychologie, 1967), S. 159 ff.

tronische Datenverarbeitungsanlage lenkt). Kognitive Programme bestehen aus einer Menge von Befehls- und Instruktionsfolgen, die das interne und externe Verhalten des Individuums bestimmen. Sie stellen die präskriptive oder imperative Dimension der kognitiven Persönlichkeit dar¹⁾.

132. Der Jahresabschluß als Informationsquelle der Organisationsteilnehmer

Die Gewinn- und Verlustrechnung bildet zusammen mit der Bilanz und dem Geschäftsbericht den Jahresabschluß. Während die Bilanz einen Einblick in die Vermögenslage der Aktiengesellschaft ermöglicht und den Erfolg als Saldo zwischen Aktiva und Passiva aufzeigt, liegt die Bedeutung der Gewinn- und Verlustrechnung in der "Erläuterung der Erfolgsstruktur"²⁾. Der Geschäftsbericht liefert Informationen über die wirtschaftliche Situation der Aktiengesellschaft, wobei er gleichsam als Rechenschaftsbericht gegenüber den Organisationsteilnehmern zu verstehen ist. Da aus dem Bilanzgewinn nicht zu ersehen ist, ob er in der Abrechnungsperiode durch umsatzbezogene Leistungen oder betriebsfremde und außerordentliche Erfolgsbestandteile entstanden ist, liegt die Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung darin begründet, einen Einblick in die Gewinnsituation und die Aufwands- und Ertragsgestaltung einer Gesellschaft³⁾ zu geben. Klare und eindeutige Informationen kann die Gewinn- und Verlustrechnung

-
- 1) Vgl. Kirsch (Entscheidungsprozesse II, 1971), S. 128 f.
2) Schmidbauer-Juraschek (Erfolgsrechnung, 1957), S. 154.
3) Gutenberg (Erfolgsausweis, 1955), S. 85 ff., hier S. 93.

den Organisationsteilnehmern nur dann vermitteln, wenn sie in einer entsprechend sinnvollen Erfolgsspaltung¹⁾ Aufschluß über das Zustandekommen des Erfolgs nach Art, Höhe und Quellen gibt²⁾.

Der Jahresabschluß als klassisches Instrument der Informationsvermittlung bildet oft die einzige Informationsquelle und -grundlage für die Entscheidungen der Organisationsteilnehmer, vorwiegend von Satellitengruppen wie bsp. Kleinaktionären oder Mitarbeitern. Die Informationsweitergabe stellt eine Kommunikation dar, bei der der Jahresabschluß als Kommunikationsinstrument fungiert. In Anlehnung an Kramer ist unter Kommunikation "die Gesamtheit aller auf die Glieder einer Organisation bezogenen Regelungen" zu verstehen, "die auf das Zusammenwirken der Funktionen Aufnahme (Empfang), Speicherung, Verarbeitung und Abgabe (Sendung) von Signalen (=Zeichen, Anm. d. Verf.) Nachrichten oder Informationen gerichtet sind"³⁾. Die Nachrichten bzw. Informationen werden in verschlüsselter Form mit Hilfe von Zeichen (Wertziffern) in einer bestimmten Darstellungsform (Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz) den Jahresabschlußadressaten übermittelt. Informationstheoretisch sind bei analoger Anwendung der Grundsätze der Semiotik drei Dimensionen zu unterscheiden. Die syntaktische, die sematische und die pragmatische

-
- 1) Zum Begriff der Erfolgsspaltung vgl. Kapitel 22 dieser Arbeit.
 - 2) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1953), S. 34; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 287.
 - 3) Kramer (Information, 1965), S. 18 f.

Dimension¹⁾. Auf der syntaktischen Ebene werden die von den Benützern abstrahierten Zeichen (z.B. Buchstaben, Ziffern) und Zeichenfolgen (z.B. Wörter) als physikalische Elemente untersucht und die Relationen zwischen den Zeichen mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden dargestellt. Die Syntaktik behandelt die Sprache als Kalkül. Der von Wiener und Shannon entwickelte Informationsbegriff ist auf dieser Stufe einzuordnen²⁾. Zeichen und Zeichenfolgen enthalten somit strenggenommen keinen Sinngehalt. Erst wenn den Zeichen bestimmte Bedeutungen (Designata) beigemessen werden, kommt ihnen Nachrichtencharakter³⁾ zu (semantische Dimension).

Die Koordination von Zeichen und Designata ergibt einen Begriff. Um den Informationsgehalt einer Zeichenfolge nicht zu schmälern, sind die Bedeutungen der Begriffe eindeutig abzugrenzen. Die semantische Eindeutigkeit fordert deshalb eine genaue Bestimmung der Intension und Extension der Begriffe⁴⁾, wobei die Intension die Eigenschaften oder den Inhalt des Begriffes bezeichnet. Die Extension hingegen präzisiert den Umfang, also den pragmatischen Bereich des Begriffes. Intensional beziehen sich bestimmte Begriffe auf Objekte. Der Wert eines Objektes ist abhängig von den Zielfunktionen und dem Entscheidungsfeld⁵⁾ der bilanzierenden Aktiengesellschaft. Mit den Zielen wird ein Wertesystem

-
- 1) Vgl. z.B. Cherry (Kommunikationsforschung, 1967), S. 269 ff.; Kosiol (Unternehmung, 1966), S. 166 f.; Kramer (Information, 1965), S. 27 ff.
 - 2) Vgl. Cherry (Kommunikationsforschung, 1967), S. 269; Wiener (Cybernetics, 1948); Shannon/Weaver (Communication, 1962).
 - 3) Vgl. Kramer (Information, 1965), S. 18 f.
 - 4) Zu den Begriffen der Intension und Extension vgl. z.B. Carnap (Logik, 1960), S. 39 f.; Bocheński (Denkmethoden, 1959), S. 58 f.
 - 5) Vgl. Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 94.

konstituiert, das die axiomatische Grundlage für die Wertungen bildet¹⁾. "Wert ist ein Maßstab der Vorziehenswürdigkeit von Aktionsmöglichkeiten oder Gegenständen"²⁾. Der Wertansatz im Jahresabschluß als Resultat eines Bewertungsaktes wird immer vom subjektiven Entscheidungsfeld und den Zielen der Bilanzierenden bestimmt. Eine "Wertung ist teleologisch"³⁾; die Jahresabschlußinteressenten können die Wertansätze der Bilanzierenden nur nachprüfen, wenn deren Zielfunktionen und Wertesystem bekannt sind. Dann sind die Wertansätze objektiv, also intersubjektiv nachprüfbar⁴⁾, d.h. "für jedes erkennende Wesen gültig"⁵⁾. Weichen die Zielvorstellungen anderer Organisationsteilnehmer davon ab, dann würde auch ein entsprechend anderes Wertesystem konstituiert werden. Für den Jahresabschluß würde das bedeuten, daß differenzierte Erfolgsausweise möglich sind, die durch unterschiedliche Bewertungen zustande kommen.

Verbindet man die Nachricht mit einem eindeutig bestimmten Zweck, d.h. ein gesetztes Ziel durch eine Entscheidung zu erreichen, so ist eine Information gegeben (pragmatische Dimension). Informationen können daher als zweckorientierte Nachrichten bezeichnet werden⁶⁾. Um allen Kommunikationsteilnehmern Zeichen, Nachrichten und Informationen ver-

1) Vgl. Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 12.

2) Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 1.

3) Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 12.

4) Vgl. Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 12.

5) Schischkoff (Philosophisches Wörterbuch, 1957), S. 430.

6) Vgl. Kramer (Information, 1965), S. 22 f.

ständig zu machen und gleichzeitig das ursprünglich in eine Zeichenfolge hineingelegte Wissen zu erhalten, sind für jegliche Kommunikation Konventionen die Grundvoraussetzung¹⁾. Auch die Forderung des Aktienrechts, einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft im Rahmen der Bewertungsvorschriften²⁾ zu geben, kann, soweit keine eindeutigen Kriterien für deren Abbildung existieren, nur mit allgemeingültigen Normen erfüllt werden. Die Normierung der semiotischen informatorischen Bestimmungsfaktoren bedeutet, daß etwas "in dieser oder jener genau festgelegten Weise als ordnungsmäßig gelten soll"³⁾. Diese konventionelle Ordnungsmäßigkeit hat nichts mit einer Bewertung von "richtig" oder "falsch" zu tun, sondern beinhaltet reine willkürliche Regelungen. In der bilanztheoretischen Diskussion wurde längst erkannt, daß es den richtigen Gewinn und die wahre Bilanz nicht gibt⁴⁾. Die primäre Aufgabe bilanzrechtlicher Konventionen ist deshalb darin zu sehen, allen im Kommunikationssystem Aktiengesellschaft interagierenden Organisationsteilnehmern Informationen bereitzustellen, die für alle den gleichen Gehalt an zweckorientiertem Wissen aufweisen. Engels geht dabei davon aus, daß es zweckmäßiger ist, "ein geringes Maß an Informationen sicher zu übermitteln, als die Wertziffer mit hohen Informationsgehalten zu versehen, dann aber Gefahr laufen, daß die Nachricht nicht verstanden wird"⁵⁾.

1) Vgl. Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 209.

2) Vgl. § 149 Abs. 1 Satz 2 AktG.

3) Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 217.

4) Vgl. Schneider (Bilanztheorien, 1970), Sp. 260 ff.

5) Engels (Entscheidungstheorie, 1962), S. 209.

Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kriterien der sprachlichen und zeitlichen Adäquanz der Jahresabschlußinformationen. Sprachliche Adäquanz bedeutet die Aufbereitung der Bilanzinformationen auf der Grundlage der allgemein anerkannten Konventionen (consensus omnium¹⁾) zur Vermeidung von Verständigungsschwierigkeiten bei den Informationsempfängern. Das Kriterium der zeitlichen Adäquanz gewinnt insofern an Bedeutung, da die Aktualität und somit auch der Wert der Informationen in Zweifel gestellt werden muß, wenn man bedenkt, daß Jahresabschlußinformationen normalerweise die Bilanzinteressenten erst mit großem Abstand nach dem Bilanzstichtag erreichen²⁾.

Die Informationsempfänger haben bestimmte Vorstellungen bezüglich der Informationen aus dem Jahresabschluß, d.h. Attitüden. Die Informationen, die im Sinne der Anreiz-Beitrags-Theorie den aktuellen und potentiellen Organisationsteilnehmern von der Aktiengesellschaft für deren Beiträge angeboten werden, entsprechen primär wohl eher den Zielvorstellungen der Kerngruppe der Aktiengesellschaft. Das Überleben einer Organisation setzt jedoch voraus, daß langfristig die Präferenz- und Erwartungsstrukturen aller im Sozialsystem Aktiengesellschaft interagierenden Individuen erfüllt werden. Deshalb muß die unternehmerische Informationspolitik und speziell die Bilanzpolitik auch die Attitüden der Informationsempfänger mit in ihren Kalkül einbeziehen.

Stimmen die Informationsbedürfnisse und die Verhaltensweisen der Jahresabschlußinteressenten nicht mit den bilanzpolitischen Vorstellungen der bilanzierenden Kern-

1) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 367.

2) Vgl. Meffert (Kosteninformationen, 1968), S. 79.

gruppe überein, dann besteht die Möglichkeit, die kognitiven Werte, Überzeugungen, Attitüden und Programme der Kommunikationspartner entsprechend den Informationsvorstellungen der Kerngruppenmitglieder umzustrukturieren bzw. zu modifizieren. Diese beeinflussende Informationsweitergabe impliziert eine Veränderung der kognitiven Persönlichkeit und damit der Verhaltensweisen der Individuen¹⁾.

133. Die Bedeutung der "attitude change"

Das Bemühen der Kommunikationspartner, eine Veränderung der kognitiven Persönlichkeit der Informationsempfänger herbeizuführen, bedeutet letztlich Überzeugung oder Manipulation. Eine Überzeugung liegt vor, wenn das Individuum die ihm zugeleiteten Informationen und die darin enthaltenen syllogistischen Schlußfolgerungen bewußt und freiwillig als Entscheidungsprämissen übernimmt. Im Gegensatz dazu erfolgt bei der Manipulation die Informationsaufnahme, jedenfalls im Beeinflussungszeitpunkt, unbewußt²⁾.

-
- 1) Vgl. Klis (Führungsstile, 1969), S. 67 ff.
 - 2) Vgl. Zur "Überzeugung" und "Manipulation" sehr ausführlich bei Klis (Führungsstile, 1969), S. 21 ff.; Gilman (Inquiry, 1962), S. 107. Auf eine differenziertere Darstellung zwischen "Überzeugung" und "Manipulation" kann in diesem Zusammenhang verzichtet werden.

In diesem Zusammenhang wird im allgemeinen von attitude change¹⁾ (Attitüden - oder Einstellungsänderung) gesprochen. Jones und Gerard differenzieren hier zwischen drei Arten von Überzeugungsprozessen (persuasion). "The communicator may have one of three tasks: he may wish to create an attitude change the sign of an existing one, or increase its intensity"²⁾.

Eine Attitüde des Individuums gegenüber einem relevanten Sachverhalt zu verstärken, erfordert die Aktivierung bestehender Werte und Überzeugungen. Das Individuum wird gleichsam an bestimmte Aspekte erinnert³⁾, bsp. an das überaus soziale Verhältnis der Unternehmungsleitung zu seinen Mitarbeitern.

Den wohl stärksten Widerstand setzen Individuen dem Versuch entgegen, eine Attitüde zu ändern, weil die damit verbundenen kognitiven Dissonanzen bzw. Inkonsistenzen als unbefriedigend empfunden werden⁴⁾.

Das Ziel, neue Attitüden zu schaffen, gelingt mit manipulativen Überzeugungsprozessen, die gefühlsmäßige Bindungen erzeugen und kognitive Inkonsistenzen hervorrufen. "Die Schaffung einer 'neuen' Attitüde setzt einmal die Hervorrufung gewisser übergeordneter Wertvorstellungen voraus und zum anderen die Aktivierung und Wahrnehmung von Informationen, die als Bindeglied zwischen ursprüng-

1) Vgl. Abelson (Attitudes, 1959); Insko (Attitude Change, 1967).

2) Vgl. Jones/Gerard (Psychologie, 1967), S. 435.

3) Vgl. Hörmann (Bedingungen, 1964), S. 243 f.

4) Vgl. die Theorie der kognitiven Dissonanz von Festinger. Festinger (Cognitive Dissonance, 1957). Dissonanz entsteht, wenn zwei Attitüden zu gegenteiligen Schlußfolgerungen führen. Die Individuen sind bestrebt, kognitive Dissonanzen zu beseitigen.

lichen und 'abgeleiteten Werten' (Attitüden) dienen. Es gilt, Informationen zu liefern, die das Individuum als Überzeugungen (beliefs) im Sinne von Tatsachenwissen aufnimmt und die es mit 'höheren' Werten in Beziehung setzt. Das Individuum wird durch die empfangenen Informationen zur Ableitung und Speicherung 'neuer' syllogistischer Schlußfolgerungen veranlaßt" ¹⁾).

134. Der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung

Die betrieblichen Entscheidungsprozesse sind auf bestimmte Zielsetzungen ausgerichtet, für deren Erreichung die Organisationsteilnehmer spezifische Informationen benötigen. Diese werden durch den Zielinhalt bestimmt. Das jeweils angestrebte Ausmaß der Informationen ist vom individuellen Anspruchsniveau abhängig, das von psychologischen Gesichtspunkten bestimmt wird. Für die eindeutige Formulierung eines Zieles sind neben der Präzisierung von Inhalt und erstrebten Ausmaß auch der zeitliche Bezug erforderlich ²⁾.

Die Aussagefähigkeit bzw. der Informationswert des Jahresabschlusses im allgemeinen und der Gewinn- und Verlustrechnung im besonderen, wird deshalb danach beurteilt, inwieweit die für die Entscheidungen relevanten Informationen bereitstehen und mit den Attitüden der Informationsempfänger

1) Klis (Führungsstile, 1969), S. 68 f. (Hervorhebungen wurden weggelassen; A.d.V.).

2) Vgl. Heinen (Einführung, 1972), S. 98 ff.

ger in Übereinstimmung gebracht werden können. Je größer der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung vom Informationsempfänger erachtet wird, desto besser sind auch die Beeinflussungsmöglichkeiten¹⁾. Will die Aktiengesellschaft bestehende Attitüden der Organisationsteilnehmer nicht ändern, dann sind die bestehenden Einstellungen durch den Jahresabschluß zu bestätigen. Die Informationsempfänger haben dann ihrerseits die Möglichkeit, ihre Entscheidungsprämissen offenzulegen und damit die Jahresabschlußgestaltung zu beeinflussen.

Häufig versucht die Aktiengesellschaft in Form von public relation-Aktionen, bsp. durch zahlenmäßig hohe Aufwandspositionen, die besonders Maßnahmen für den Umweltschutz oder freiwillige soziale Leistungen der Gesellschaft hervorheben, positive Attitüden, insbesondere in der Öffentlichkeit, hervorzurufen.

Die "wahre" oder "richtige" Bilanz und Erfolgsrechnung gibt es nicht. Der Jahresabschluß ist demnach wahr, wenn er den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)²⁾ entspricht, die einen Teil von festgelegten Konventionen bilden. Bei Beachtung dieser Konventionen und der Berücksichtigung der noch darzustellenden Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung ist der Informationswert, vorwiegend für die externen Organisationsteilnehmer am größten anzusehen³⁾. Der Jahresabschluß als klassisches Instrument der Informationsweitergabe kann zwar im Sinne

1) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 107 f.

2) Vgl. die Ausführungen zum Kapitel 23 in dieser Arbeit.

3) Internen Organisationsteilnehmern stehen doch noch andere und eventuell bessere Informationsquellen zur Verfügung.

der GoB objektiv wahr sein; jedoch ist zu beachten, daß Bilanzierende und Bilanzinteressenten konfliktäre Zielvorstellungen haben können. Die Bilanzierenden werden wohl immer sämtliche ihnen zur Verfügung stehenden Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften nutzen, um z.B. einen für sie möglichst günstigen Steuereffekt zu erzielen und/oder die Informationserwartungen der Jahresabschlußinteressenten zu erfüllen. Werden an die Aktionäre immer - auch in schlechten Geschäftsjahren - Dividenden ausgeschüttet, obwohl sie bereits aus den Rücklagen finanziert werden müssen und damit die Unternehmenssubstanz ernstlich gefährden, so mag die Dividendenpolitik bei den Anteilseignern unter Umständen eine positive Einstellung gegenüber der Aktiengesellschaft verursachen; daß aber diese Geschäftspolitik allein auf den Tantiemenvorstellungen von Vorstand und Aufsichtsrat beruhen kann, weil die Tantiemen lt. Satzung an die Dividendenzahlungen gekoppelt sind, mag dem Großteil der Organisationsteilnehmer gar nicht bewußt werden. In einem solchen Fall würde es sich um eine klare Täuschung bestimmter Interessengruppen handeln und mit einer objektiven Darstellung des Jahresabschlusses im krassen Widerspruch stehen, besonders dann, wenn die Dividendenzahlungen nicht mit den tatsächlichen, sondern mit Scheinargumenten gerechtfertigt werden.

Das Aktiengesetz fordert einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft im Rahmen der Bewertungsvorschriften¹⁾. Dieser Einblick

1) Vgl. § 149 Abs. 1 Satz 2 AktG.

kann nach Adler/Düring/Schmaltz nur von den Komponenten des Jahresabschlusses insgesamt gewährt werden, nämlich der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Geschäftsbericht¹⁾. Bei Würdigung des Informationswertes der Bilanz ergeben sich Einschränkungen durch die gesetzlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte oder durch den Nichtausweis schwebender Verpflichtungen (finanzielle Belastungen aus abgeschlossenen, jedoch noch nicht erfüllten Verträgen, bsp. für Großinvestitionen). Weiter ist der Kreditrahmen der Aktiengesellschaft und der Liquiditätspolitische Spielraum aus der Bilanz nicht erkennbar. Die Bilanz spiegelt nur die Situation der Gesellschaft an einem bestimmten Stichtag (Stichtagsbilanz) wider, wobei durch bilanzpolitische Manipulationen das Bilanzbild zwar nicht grundsätzlich, aber prinzipiell beeinflusst werden kann ("window dressing").

Der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung liegt in der Offenlegung der Erfolgskomponenten. Hierbei sind Erfolgsquellen, die aus dem eigentlichen Betriebszweck resultieren, gesondert auszuweisen neben den betriebsfremden und außerordentlichen Erfolgsbestandteilen. Wie bereits bei der Bilanz, wird auch in der Gewinn- und Verlustrechnung der Erfolgsausweis durch die angewandten Abschreibungs- und Bewertungsmethoden nicht unwesentlich beeinflusst. Hier versucht aber der Gesetzgeber Willkürmaßnahmen entgegenzutreten, indem er im Geschäftsbericht weitere erläuternde Angaben fordert, wenn von der Bewertungskontinuität, die eine Vergleichbarkeit verschiedener Jahresabschlüsse ermöglichen soll, abgewichen wird²⁾.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung, 1968), § 149, Tz 4 ff.

2) Vgl. § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG.

Schließlich muß der Informationswert durch die fehlende Aktualität des Jahresabschlusses in Frage gestellt werden, wenn man bedenkt, daß die Veröffentlichung des Abschlusses erst mehrere Monate nach dem Ende des Geschäftsjahres erfolgt (Problematik der zeitlichen Adäquanz).

14. Attitüden der Organisationsteilnehmer

Die Informationserwartungen der Jahresabschlußadressaten werden durch deren Attitüdenstrukturen bestimmt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung kann die Aussage getroffen werden, daß allein die Erfolgsgröße (Gewinn- oder Verlust) für die aktuellen und potentiellen Organisationsmitglieder und -teilnehmer keinen Informationswert besitzt. Vielmehr muß aus der Erfolgsrechnung deutlich hervorgehen, wie sich der Reinerfolg im einzelnen zusammensetzt, gerade weil vorwiegend für externe Adressaten der Jahresabschluß die einzige verfügbare Informationsquelle darstellt. Auch die Globalattitüde der begrenzten Verwertbarkeit der Handels- und Steuerbilanz¹⁾ kann zunichte gemacht oder zumindest abgeschwächt werden, wenn die Grundsätze der Erfolgsspaltung bei den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußerstellung Beachtung finden. Das wiederum kann der negativen Attitüde von zu großer Dokumentationsbereitschaft widersprechen, die sich daraus erklärt, daß bestimmte Organisationsteilnehmer als "Feinde" der

1) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 26.

Aktiengesellschaft betrachtet werden. Als Folgeattitüde ergibt sich daraus, daß die Publizierung des Jahresabschlusses für die Unternehmungsziele als schädlich erachtet wird¹⁾, weshalb als maximales Zugeständnis der Informationsweitergabe durch den Jahresabschluß der Rahmen der gesetzlichen Mindestvorschriften angesehen wird. Dann aber ist die Attitüde berechtigt, daß ein solcher Jahresabschluß keine wesentlichen Informationen vermittelt.

Für diese Arbeit wird davon ausgegangen, daß ein hoher Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung nur bei Beachtung der Prinzipien der Erfolgsspaltung erzielt werden kann. Mit Hilfe solcher Informationen können auch die Attitüden der Jahresabschlußadressaten bestätigt bzw. abgeändert werden, wenn es die Unternehmungspolitik erfordert.

Zur Analyse der Attitüden der potentiellen und/oder tatsächlichen Organisationsteilnehmer ist primär die Frage der Systematisierung der Adressaten zu klären. In der Literatur gibt es viele Ansätze, die sich mit der Differenzierung und Systematisierung der Bilanzinteressenten befassen²⁾, so daß es fast unmöglich ist, aus dieser Vielfalt der Einteilungsversuche eine gewisse Ordnung zu finden.

1) Vgl. Kupper (Aktionärsinteressen, 1967), S. 29 ff.

2) Vgl. z.B. Le Coutre (Bilanzkunde, 1949), S. 37 ff.; Kupper (Aktionärsinteressen, 1967), S. 29 ff.; Lüdtke (Rentenmarkt, 1972), S. 231 ff.; Moxter (Bilanzlehre, 1974), S. 418 ff.; Lück (Rechnungslegung, 1970), S. 7 ff.; Bäumlner (Rechenschaftslegung, 1967), S. 64 ff.; Weisser (Aktiengesellschaft, 1962), S. 31; Müller-Erzbach (Aktiengesellschaft, 1929), S. 19; vgl. vor allem die Ausführungen über die Attitüdenstrukturen der Bilanzinteressenten bei Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 155 ff.

Kappler, der sich mit der Attitüdenstrukturierung der Organisationsteilnehmer sehr ausführlich auseinander-gesetzt hat, ist der Meinung, daß "einer Aufzählung und Differenzierung von Bilanzinteressenten ... keine Grenze gesetzt (ist , A.d.V.)... Die Unternehmensleitung, der Aufsichtsrat, die Aktionäre, die Gläubiger, der Staat, die Arbeitnehmer, die Kunden und Lieferanten, die Konkurrenz, die Wirtschaftsprüfer, die Betriebsprüfer, die Unternehmensberater, die Anlageberater, die Wirtschafts-journalisten, die Gerichte, die Hochschullehrer und Studenten der Wirtschaftswissenschaften, der Jurisprudenz, der Soziologie und der Politikwissenschaften, die Allgemeinheit, sie alle sind potentielle und in aller Regel auch tatsächliche Bilanzinteressenten"¹⁾.

141. Attitüden der Aktionäre

Bei einer Klassifikation der verschiedenen Aktionärsgruppen wird in der Literatur, gemessen an den Eigentumsverhältnissen, in Klein- und Großaktionäre²⁾ oder nach der vermutlichen Einstellung zur Aktiengesellschaft in Publikums- und Unternehmeraktionäre, Dauer- und Spekulationsaktionäre, Nomaden- und Anlageaktionäre usw. unterschieden³⁾.

Eine denkbare Globalattitüde der Aktionäre kann darin vermutet werden, daß bei der Kapitalanlage in Aktien eine möglichst hohe Rendite im Vergleich zu alternativen Anlage-

1) Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 144.

2) Vgl. Passow (Aktiengesellschaft, 1922), S. 333.

3) Vgl. Weisser (Aktiengesellschaft, 1962), S. 31.

möglichkeiten erzielt werden soll. Da Aktionäre die Dividenden, Bezugsrechte, Ausschüttungen von Boni, Teilliquidationen, Aktienkursentwicklungen und Grundkapitaländerungen richtig beurteilen wollen, läßt sich darin eine weitere Attitüde vermuten: Die Aktionäre erwarten Informationen aus der Gewinn- und Verlustrechnung über das Zustandekommen des Erfolgs, so bsp. über außerordentliche Ertragnisse aus dem Verkauf von Grundstücken, wodurch neben der Dividende noch ein Bonus zur Ausschüttung gelangen kann. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist für die Aktiengesellschaft ebenso wichtig wie für die Aktionäre. Für die Feststellung der Liquidität ist die Bilanz jedoch ungeeignet (zeitliche Adäquanz); eine echte Aussage über das finanzielle Gleichgewicht kann eigentlich nur der tägliche Finanzstatus bringen. Diese Informationsquellen sind aber nur den Insidern zugänglich. Von den Aktionären betrifft das im wesentlichen die Großaktionäre, die zur Kerngruppe der Unternehmung zu zählen sind und entsprechende Kontrollmöglichkeiten für sich in Anspruch nehmen können. Für die übrigen Aktionärs-satellitengruppen ist von Interesse, daß keine dauernde Überliquidität besteht, weil sich daraus ein erheblicher erfolgswirtschaftlicher Nachteil ergeben würde.

Knüpft man an die grobe Unterteilung in Groß- und Kleinaktionäre an, so ist nach Weber eine verfeinerte interessenbezogene Aktionärstypisierung möglich¹⁾:

- a) Kleinaktionäre ohne Außeninteressen,
- b) Kleinaktionäre mit Außeninteressen,
- c) Großaktionäre ohne Außeninteressen,
- d) Großaktionäre mit Außeninteressen.

1) Vgl. Weber (Dividendenpolitik, 1955), S. 27 ff.

Bei Kleinaktionären ohne Außeninteressen kann es sich um Belegschaftsaktionäre handeln. Ihre Interessen sind primär in der Arbeitsplatzsicherung zu vermuten, woraus sich die Befürwortung einer Gewinnthesaurierungspolitik ableiten läßt. Das bedeutet natürlich nicht, daß Dividendeneinkommen zur Befriedigung zusätzlicher Konsumbedürfnisse abgelehnt werden. Erst bei Erreichen eines bestimmten Anspruchsniveaus kann die Einstellung zu einer absoluten Gewinnausschüttungsstabilisierung vordergründig werden. Der Anlageaktionär, aber auch der Spekulationsaktionär ist zur Gruppe der Kleinaktionäre mit Außeninteressen zu zählen. Der Anlageaktionär ist an einer dauerhaften Beteiligung an der Aktiengesellschaft interessiert "und demgemäß an einer langfristigen Erhaltung und Sicherung des Unternehmens gleichermaßen interessiert ... wie an dem Ertrag, den dieses Unternehmen ihm gewähren kann"¹⁾. Zu dieser Gruppe gehören vor allem die Volks- und Publikumsaktionäre. Ihre Attitüden treten in den Hintergrund, da sie ihre Aktienstimmrechte an die Depotbank abtreten und somit primär deren Attitüden an bilanzpolitischer Relevanz gewinnen. Der Spekulationsaktionär ist an Gewinnausschüttungen relativ uninteressiert; nur sobald Dividendenerhöhungen im Gespräch sind, erwartet er von dieser Maßnahme Kursgewinne.

Als Prototyp des Großaktionärs ohne Außeninteressen können Aktionäre von Familienunternehmen gelten. Sie werden in der Regel ihren Lebensunterhalt einschließlich der Verbesserung des Lebensstandards und der Alterssicherung aus dem Gewinn der Aktiengesellschaft bestreiten müssen. Um aber andererseits eine langfristige Gewinnerzielung ga-

1) Weisser (Aktiengesellschaft, 1962), S. 31.

rantieren zu können, ist, wenn die für die Erhaltung der Unternehmung erforderlichen Finanzmittel nicht durch hohe Kapitaleinlagen der Aktionäre erbracht oder Einflüsse externer potentieller Kapitalgeber ausgeschaltet werden sollen, dieses Unternehmerziel u.a. durch eine hohe Selbstfinanzierungsquote erreichbar.

Als Großaktionäre mit Außeninteressen sind insbesondere die institutionellen Anleger von Bedeutung. Dazu gehören vor allem die Banken, Versicherungs-, Kapitalanlage¹⁾- und Investmentgesellschaften. Je nach den speziellen Zielvorstellungen dieser Großaktionäre ist eine rein gewinnbringende und wertbeständige Kapitalanlage denkbar oder eine Anlage, mit der Einfluß auf die Unternehmungspolitik verstärkt ausgeübt werden soll. Meistens ist es auch steuerlich günstiger, Gewinnausschüttungen zu verhindern und damit gleichzeitig die Eigenkapitalbasis zu stärken. Die vorzüglichen Einfluß- und Informationsmöglichkeiten der Großaktionäre lassen die Attitüdenvermutung aufkommen, daß sie nur an der gesetzlichen Mindestpublizität interessiert sind.

1) "Kapitalanlagegesellschaften sind Unternehmen, deren Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, bei ihnen eingelegtes Geld in eigenem Namen für gemeinwirtschaftliche Rechnung der Einleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in Wertpapieren gesondert von dem eigenen Vermögen anzulegen und über die hinaus sich ergebenden Rechte der Einleger (Anteilsinhaber) Urkunden (Anteilscheine) auszustellen." (§ 1 KAAG - Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften).

142. Attitüden der Gläubiger

Kappler sieht bei den Gläubigern die Unterteilungsmöglichkeit in "Großgläubiger, Kleingläubiger; Gläubiger langfristiger oder Gläubiger kurzfristiger Verbindlichkeiten der Unternehmung; Gläubiger mit Beteiligungsinteresse, Gläubiger ohne Beteiligungsinteresse; institutionelle oder private Gläubiger"¹⁾. Auch Kunden und Lieferanten sind teilweise mit in den Kreis der Gläubiger einzubeziehen. Kunden insoweit, als sie Anzahlungen geleistet haben und Lieferanten, soweit sie Zielverkäufe durchgeführt haben. Eine denkbare Globalattitüde der Gläubiger besteht darin, daß sie die der Aktiengesellschaft gewährten kurz-, mittel- und langfristigen Kredite mit vereinbarten Zins- und Tilgungskonditionen zurückerhalten²⁾. Auch die potentiellen Gläubiger werden vor Gewährung von Krediten anhand der Jahresabschlußinformationen prüfen, ob das zur Haftung bestimmte Eigenkapital nicht durch zu hohe Gewinnausschüttungen oder Kapitalrückzahlungen ohne vorherige Gläubigerbefriedigung aufgezehrt wird. Vielmehr werden sie Forderungen artikulieren, wie bsp. das Haftungskapital durch Zuführung hoher Rücklagen zu verstärken (Zusatzkapital), um einmal die Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaft zu garantieren und damit zum anderen die eingegangenen finanziellen Verpflichtungen erfüllen zu können. Weiter haben aktuelle und potentielle Gläubiger bestimmte Attitüden im Hinblick auf die Finanzierungsstruktur der Aktiengesellschaft. Weit verbreitet

1) Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 147.

2) Für Kunden gilt das ebenfalls, wenn die zugesicherten Leistungen nicht erfüllt werden.

sind die vertikalen und horizontalen Finanzierungsregeln, die als Orientierungshilfe dienen sollen. So fordert die horizontale Finanzierungsregel ("goldene Bilanzregel"), daß die Überlassungsdauer des Kapitals der Bindungsdauer in den einzelnen Unternehmungsvermögensteilen entspricht; d.h., das Anlagevermögen ist mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zu finanzieren. Die vertikale Finanzierungsregel beschäftigt sich hingegen mit dem Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital¹⁾. Nicht zuletzt ist für die Gläubiger wie auch für alle anderen Organisationsteilnehmer wichtig, daß in der Gewinn- und Verlustrechnung die Quellen des Periodenerfolgs offengelegt werden, wenn überhaupt eine Ertragsprognose anhand von Jahresabschlußinformationen erfolgen soll.

143. Attitüden des Vorstandes

Der Vorstand ist als Kerngruppe der Aktiengesellschaft gem. § 76 Abs. 1 AktG zur Geschäftsführung autorisiert und verpflichtet, unter eigener Verantwortung zu handeln. Will die Aktiengesellschaft als System überleben, dann muß der Vorstand seinem Handeln das erwirtschaftliche Prinzip als Oberziel zugrundelegen²⁾, das im Gewinn- und Rentabilitätsstreben seinen Ausdruck findet³⁾. Die Ziele der

1) Vgl. Hinter (Eigen- und Fremdkapital, 1963), S. 81 ff.

2) Dieses Verhalten ist in Systemen der freien Marktwirtschaft typisch, anders dagegen in planwirtschaftlichen Systemen.

3) Vgl. Heinen (Einführung, 1972), S. 107.

Substanz- und Kapitalerhaltung der Aktiengesellschaft einerseits und des Wachstums andererseits, stehen im Interesse aller Organisationsmitglieder und -teilnehmer, deren Verwirklichung zum Aufgabenbereich des Vorstandes gehört. Daraus lassen sich Attitüden des Vorstandes bezüglich der Realisierung dieser Ziele ableiten wie die Kontrolle des vergangenen und die Prognose des neuen Geschäftsjahres anhand der Jahresabschlußinformationen. Als Detailattitüde ergibt sich hieraus insbesondere die Erhaltung der Liquidität, d.h. "die Fähigkeit der Unternehmung, die zu einem Zeitpunkt zwingend fälligen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt erfüllen zu können"¹⁾. Der Jahresabschluß ist hierfür jedoch als Kontrollinstrument ungeeignet.

Als weitere Detailattitüde kann die strukturelle Liquidität, das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital als Ausdruck der Solidität der Aktiengesellschaft, betrachtet werden. Mitunter läßt sich beim Vorstand eine negative Attitüde gegenüber der Publizität des Jahresabschlusses, insbesondere des Aufzeigens der Erfolgsquellen in der Gewinn- und Verlustrechnung, feststellen, weil gewisse Nachteile für das Wohl der Gesellschaft befürchtet werden²⁾. Daraus kann eine weitere Attitüde abgeleitet werden, die alle Organisationsmitglieder als "Feinde" der Aktiengesellschaft deklariert³⁾ und deshalb die Attitüde vermuten läßt, die Informationen auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß zu beschränken. Eine Attitüde, die beim Vorstand und bei den Aktionären gleichermaßen aktuell sein dürfte, ist die Minimierung der Steuerbelastung⁴⁾.

1) Witte (Liquiditätsreserve, 1964), S. 765.

2) Vgl. Moxter (Einfluß, 1962), S. 1.

3) Vgl. Kupper (Aktionärsinteressen, 1967), S. 29 ff.; Walb (Bilanzwahrheit, 1935), S. 59; zitiert nach Kupper (Aktionärsinteressen, 1967), S. 29, FN 29; v. Wagenheim (Wirtschaftspresse, 1958), S. 470 ff.; Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 158.

4) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 161 f.

144. Attitüden des Aufsichtsrats

Gem. § 170 Abs. 1 AktG hat der Gesetzgeber dem Aufsichtsrat die Kontrollfunktion übertragen, die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen. Diese Kontrollfunktion wird heute vom Aufsichtsrat selbst nicht mehr ausgeübt; sie ist Hauptaufgabe des Abschlußprüfers, der das abgeschlossene Geschäftsjahr prüft und mögliche gefährliche Fehlentwicklungen, soweit es die Geschäftspolitik betrifft, abschätzen können muß. Der Aufgabenbereich des Aufsichtsrats erschöpft sich nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Funktion als Kontrollorgan, vielmehr wirkt er als Beratungsorgan in grundlegenden Fragen der Unternehmenspolitik und nicht selten auch an spezifischen Problembereichen der Geschäftsführung mit. Das erklärt auch die Tatsache, daß dieses Kernorgan zusammen mit dem Vorstand meistens als Unternehmensführung bezeichnet wird. Der Ansicht von Chmelik, den Aufsichtsrat als "Bindeglied zwischen Aktionärsseite und Verwaltung"¹⁾ zu verstehen, kann somit nicht gefolgt werden. Diese Funktion steht trotz mehrerer Insolvenzfälle in der letzten Zeit nur dem Abschlußprüfer zu. Er bürgt gegenüber externen Organisationsteilnehmern aufgrund der Berufsgrundsätze der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung und Rechnungslegung²⁾. Gemeinsame Attitüden lassen sich wegen der Heterogenität der Zusammensetzung des Aufsichtsrates schwerlich feststellen, weil "Großaktionäre, Banken als Großgläubiger

1) Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 166.

2) Vgl. z.B. v. Wysocki (Grundlagen, 1967), S. 112.

und/oder als Vertreter der Depotaktionäre, Arbeitnehmer (in mitbestimmten Aktiengesellschaften) und Kleinaktionärsvereinigungen häufig (im Aufsichtsrat, A.d.V.) vertretene Gruppen darstellen"¹⁾. Kappler führt eine gemeinsame Attitüde aller Aufsichtsratsmitglieder an, die er in unserer Wirtschaftsordnung begründet sieht; dementsprechend muß der Jahresabschluß Informationen liefern über die Sicherung des eingesetzten Kapitals und seine Verzinsung²⁾.

Die Attitüden der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat dürften vorwiegend in der Sicherung der Arbeitsplätze zu suchen sein.

Der Katalog der Attitüdenstrukturen aller Organisationsmitglieder und -teilnehmer ist nicht vollständig. An dieser Stelle konnte nur auf wesentliche Attitüdenstrukturen Bezug genommen werden.

1) Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 168.

2) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 168.

2. Die Determinanten für den Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung

Der Informationswert der Erfolgsrechnung ist am größten, wenn das aktienrechtliche Gliederungsschema, das eine Mindestvorschrift darstellt, den Prinzipien der Erfolgsspaltung Rechnung trägt. Um die Problematik der Erfolgsspaltung untersuchen zu können, ist die unabdingbare Forderung nach eindeutiger Abgrenzung und Bestimmbarkeit des Erfolgsbegriffes Voraussetzung¹⁾. Den Bilanztheoretikern fällt es zu, Erfolgsauffassungen im Rahmen ihrer Theorien zu entwickeln. Die Aufgabe der folgenden Untersuchung ist deshalb, die diversen Erfolgsbegriffe anhand der bilanztheoretischen Diskussion zu interpretieren und die Möglichkeit einer Zuordnung des aktienrechtlichen Erfolgsbegriffes zu einer bestimmten betriebswirtschaftlichen Erfolgsauffassung zu prüfen. Nach eindeutiger Bestimmung des Erfolgsbegriffes ist schließlich der Terminus "Erfolgsspaltung" zu klären.

Weiter ist zu untersuchen, inwieweit das Entstehen der Jahreserfolgsziffer von den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten beeinflusst wird. Hier ist zu bedenken, daß die Bewertung einzelner Bilanzpositionen den subjektiven Gestaltungsmöglichkeiten der Bilanzierenden großen Spielraum läßt. Diesen subjektiven Bewertungen liegen die unterschiedlichsten Ziele (Bilanzzwecke) zugrunde, die allgemein bekannt sein müssen, wenn eine intersubjektive Überprüfbarkeit der Werte gegeben sein soll.

1) Vgl. Käfer (Erfolgsanalyse, 1950), Sp. 1651.

21. Begriff und Aussage des Erfolgs

211. Erfolgsauffassungen in der bilanztheoretischen Diskussion

Bevor die betriebswirtschaftliche Bilanzdiskussion begann, erstellten die Kaufleute aus pragmatischen Bedürfnissen Bilanzen, die vor allem ihnen selbst und den Gläubigern einen gewissen Einblick in das Geschäftsgebaren gewährten. Die Bilanzen wurden mit Regeln erstellt, die sich aus der Praxis der Kaufleute entwickelten. Natürlicherweise war es nicht zu verhindern, daß vorwiegend die Interessen der "insider" berücksichtigt wurden. Das war für einige Wissenschaftler Grund genug, in den Jahren 1870 - 1900 die ersten Bilanztheorien - von Schmalenbach als "statisch" bezeichnet - zu entwickeln. Die statische Auffassung sieht die Hauptaufgabe der Bilanz in der Ermittlung des Nettovermögens (=Eigenkapital) durch Gegenüberstellung der Vermögens- und Schuldpositionen zu einem bestimmten Stichtag. Demgegenüber sieht die dynamische Bilanztheorie, die vor allem von Schmalenbach¹⁾ geprägt wurde, ihr erklärtes Ziel in der Erfolgsermittlung und gleichzeitiger Offenlegung der Erfolgsfaktoren. Besteht das Bilanzziel in der Erfolgs- und Vermögensermittlung, so ist eine dualistische Bilanz gegeben²⁾; wird nur ein Ziel angestrebt, dann handelt es sich um eine monistische Bilanztheorie.

Eine gewisse Problematik in den Bilanzrechnungen ergab sich durch die Zugrundelegung des Prinzips der nominellen Kapitalerhaltung, das die Geldwertinstabilität ignoriert.

1) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1931).

2) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 159.

Als Hauptvertreter der Nominalwertrechnung ist vor allem Rieger zu bezeichnen, der Geldwertschwankungen in der Bilanz völlig negiert¹⁾. Die Tatsache der Abweichung zwischen realer und nominaler Kaufkraft bei Preisänderungen gab zu Beginn der Zwanzigerjahre im Zeichen der großen Inflation in der Betriebswirtschaftslehre den wesentlichen Anstoß zu einer angeregten Diskussion zur Frage der Kapital- und Substanzerhaltung. Schmalenbach versucht der Forderung nach Substanzerhaltung der Unternehmung mit einer Korrektur des Erfolges bei Geldwertänderungen durch einen Kaufpreisindex zu begegnen²⁾. Aus der Sicht der Aktionäre liegt bsp. die Notwendigkeit der Unternehmungserhaltung darin begründet, daß die Aktiengesellschaft als Mittel zum Zweck der Einkommenserzielung für Konsum-, Spar- oder Investitionszwecke zu erhalten versucht wird.

Schmidt sieht mit seiner Konzeption der "relativen Kapitalerhaltung" einen Unternehmenserfolg dann als realisiert an, wenn die "relative Werterhaltung der Unternehmung ... in der Gesamtwirtschaft"³⁾ erhalten bleibt.

Bei der folgenden Darstellung der bilanztheoretischen Erfolgsauffassungen sollen nur die Bilanzauffassungen besprochen werden, die die Bilanzdiskussion im wesentlichen geprägt haben. Eine rein monistische Bilanztheorie, die entweder die Erfolgsermittlung oder die Vermögensermittlung zum Ziele hat, findet sich nur in der älteren Betrachtungs-

-
- 1) Das Axiom "Mark=Mark" ist bei Rieger auf die volkswirtschaftliche Aussage seines Lehrers Knapp zurückzuführen, der die Behauptung aufstellte, daß Geldwertschwankungen unmöglich seien.
 - 2) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1931), S. 217 ff.
 - 3) Schmidt (Tageswertbilanz, 1951), S. 146.

weise der statischen Bilanzauffassung. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vermögen zu einem bestimmten Zeitpunkt darzustellen, wobei die Ermittlung des Reinvermögens als Saldo von Aktivvermögen und Verbindlichkeiten von besonderem Interesse ist. Eine Erfolgsaussage ist nicht möglich, weil der Bilanzierende nur die absolute Höhe des Eigenkapitals zum Stichtag feststellt, ohne einen Vergleich zu einem früher ermittelten Eigenkapital anzustellen.

Als erste Erfolgsauffassung der dualistischen Bilanztheorien, deren erklärtes Ziel in der Vermögens- und Erfolgsermittlung liegt, soll der Erfolgsbegriff der dynamischen Bilanz erörtert werden. Schmalenbach, der von vielen Autoren als Begründer dieser Theorie betrachtet wird¹⁾, hat den Dualismus²⁾ scharf kritisiert³⁾ und als "unwissenschaftlich" abgelehnt, obwohl "er selbst im höchsten Grade 'dualistisch' orientiert war"⁴⁾.

Der Kerninhalt von Schmalenbachs dynamischer Bilanzrechnung besteht in erster Linie darin, einen "vergleichbaren Erfolg" zu bestimmen. Damit soll die "Kontrolle des Betriebsgebarens"⁵⁾ und die Beurteilung der "Wirtschaftlichkeit" des Betriebes ermöglicht werden⁶⁾. Da nach dy-

1) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 51.

2) Der Ausdruck "Dualismus" wurde von Sganziini geprägt. Vgl. Sganziini (Buchführung, 1908), S. 58.

3) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1931), S. 80.

4) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 325; vgl. auch Schmalenbach (Bilanz, 1931), S. 342.

5) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1962), S. 54.

6) Vgl. Schmalenbach (Bilanzlehre, 1919), S. 3.

namischer Bilanzauffassung der Hauptzweck in der Erfolgsbestimmung liegt, rückt die Gewinn- und Verlustrechnung in den Mittelpunkt. Der vergleichbare Erfolg wird durch den Unterschied der realisierten Leistungen¹⁾ und Aufwendungen festgestellt, gemessen an den in der vergangenen Geschäftsperiode verursachten Ausgaben und Einnahmen. Um auch die schwebenden Geschäfte darstellen zu können, bsp. wenn Zahlungs- und Erfolgsvorgänge zeitlich auseinanderfallen, ist die Bilanz zur Periodengrenzung erforderlich²⁾.

Der vergleichbare Erfolg Schmalenbachs und anderer älterer Dynamiker umfaßt nur den partiellen Erfolgsausweis, der durch die eigentliche Betriebstätigkeit erzielt wird^{3) 4)}. Die Ursache hierfür liegt in der bis zum 19. Jahrhundert noch herrschenden Vorstellung von der Quellentheorie, der älteren Einkommenstheorie. Danach ist Einkommen das Ergebnis einer laufend fließenden Quelle; d.h. alle regelmäßig fließenden Erträge bestimmen das Einkommen, nicht dagegen außerordentliche Erfolgsbestandteile⁵⁾.

-
- 1) Schmalenbach zieht den Begriff "Leistung" dem des "Ertrags" vor, weil mit "Ertrag" das von außen Hereinkommende so sehr verknüpft ist. Vgl. Schmalenbach (Bilanzlehre, 1919), S. 98. Erst in der 11. Auflage seiner "Dynamischen Bilanz" ersetzt er den Begriff "Leistung" durch den Begriff "Ertrag". Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1953), S. 54 ff.
 - 2) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 52.
 - 3) Vgl. Schmalenbach (Abschreibung, 1908/09), S. 82.
 - 4) Hierbei wird der von fast allen Bilanztheoretikern vertretene Grundsatz der Erfolgskongruenz völlig verkannt. Die Erfolgskongruenz kommt in der folgenden Gleichung zum Ausdruck: $\sum \text{Einnahmen} \cdot / \cdot \sum \text{Ausgaben} = \sum \text{Periodenfolge} = \text{Totalerfolg}$.
 - 5) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 247.

Um die Vergleichbarkeit der Periodenerfolge zu ermöglichen, gibt sich Schmalenbach mit Ergebnissen zufrieden, die einen nur relativen Wirtschaftlichkeitsvergleich zulassen: "In welchem Grade ein Betrieb wirtschaftlich ist, ist wichtig; wichtiger aber ist, wie die Wirtschaftlichkeit sich verändert. Und namentlich ist wichtig, die erste Umkehr einer steigenden oder fallenden Bewegung in die entgegengesetzte Richtung sicher zu erkennen"¹⁾. Diese von Schmalenbach verfolgte Vergleichbarkeit ist auch die Ursache für seine pluralistische und kasuistische Bewertungslehre:

"Es läßt sich nicht eine allgemeine Regel dafür aufstellen, welcher von den verschiedenen Werten die Aufgabe unserer Bilanz, eine möglichst gute Gewinnrechnung zu gewährleisten, am besten unterstützt. Je nach der Art des Gegenstandes und den Umständen schwankt die Entscheidung über den besten Wert."²⁾

Schmalenbach übersieht vollkommen, daß die Voraussetzung für die Bestimmung einer vergleichbaren Erfolgsgröße die Bewertungskontinuität sein muß! Eine Bewertungskontinuität aber ist bei der Inkonsistenz des Meßsystems in der dynamischen Bilanzlehre nicht gegeben³⁾.

Das Ziel der Dynamiker, nur einen Teil des tatsächlichen Erfolges, nämlich den betrieblich bedingten, zu ermitteln, um die Vergleichbarkeit zu ermöglichen, ist nur durch Erfolgsspaltung möglich⁴⁾.

1) Schmalenbach (Bilanzlehre, 1919), S. 9.

2) Schmalenbach (Bilanzlehre, 1919), S. 83.

3) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 277.

4) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 176, S. 246 und S. 325.

Eine Fortentwicklung erfährt die dynamische Bilanzlehre mit der finanzwirtschaftlichen Bilanzauffassung von Walb¹⁾, der eudynamischen Bilanzauffassung von Sommerfeld²⁾ und der pagatorischen Bilanztheorie von Kosiol³⁾.

Als konsequente Fortführung der Lehre Schmalenbachs ist noch die pagatorische Bilanztheorie von Kosiol zu erwähnen. Kosiol will mit der Bezeichnung "pagatorisch" andeuten, daß alle in der Erfolgsrechnung und der Bilanz festgehaltenen Geschäftsvorfälle von Zahlungsvorgängen abgeleitet werden können⁴⁾. Dies erfordert, den Zahlungsvorgang über den Begriff der Barzahlung hinaus zu erweitern auf die sog. Verrechnungszahlungen. Kosiol bezeichnet damit bereits angefallene oder noch anfallende Einnahmen und Ausgaben früherer und späterer Perioden. Alle Aufwendungen und Erträge sind somit pagatorische Werte, d.h. "alle Güter erscheinen ... mit dem Wert der ihnen entsprechenden Zahlung in der Erfolgsrechnung"⁵⁾. "Die Erfolgsrechnung erscheint somit als modifizierte Einnahmen- und Ausgabenrechnung"⁶⁾. Die Tatsache, daß sämtliche Wirtschaftsgüter, die in den Betrieb Eingang finden, mit einem pagatorischen Wert belegt werden, hat zur Folge, daß die Bewertung in der pagatorischen Bilanz grundsätzlich zum Anschaffungswert

1) Vgl. Walb (Bilanz, 1966).

2) Vgl. Sommerfeld (Bilanzlehre, 1926).

3) Vgl. Kosiol (Bilanz, 1956).

4) Vgl. Kosiol (Bilanz, 1956), Sp. 2087.

5) Kosiol (Bilanz, 1956), Sp. 2106.

6) Kosiol (Bilanzreform, 1944), S. 22.

zu erfolgen hat. Dies wiederum bedeutet zwangsläufig, daß der pagatorische Erfolgsbegriff mit dem Prinzip der nominalen Kapitalerhaltung korrespondiert¹⁾. Um die Substanzerhaltung der Unternehmung zu gewährleisten, sind offene Rücklagen zu bilden.

Die pagatorische Erfolgsrechnung ist die Gegenüberstellung aller Bareinnahmen und Barausgaben sowie aller Verrechnungseinnahmen und Verrechnungsausgaben. Ein Erfolg (Gewinn) ist dann erzielt, "wenn die Ertragseinnahmen einer Periode die Aufwandsausgaben übersteigen. Die Aufwandsausgaben repräsentieren das im Umsatzprozeß der Periode verzehrte Kapital"²⁾.

Die organische Bilanztheorie hat insbesondere durch Veröffentlichungen von Schmidt³⁾ Beachtung gefunden. Diese Bilanzlehre wurde von Fäs⁴⁾ konzipiert und von Schmidt vollendet. Schmidts primäres Bilanzziel entspricht voll der dynamischen Zielsetzung - der Erfolgsermittlung⁵⁾.

In seiner organischen Tageswertbilanz unterscheidet Schmidt zwischen Wertänderungen am ruhenden Vermögen und kalkulatorischem Umsatzerfolg. Er erkennt klar, daß der Erfolg der eigentlichen Betriebstätigkeit mit Hilfe des kalkulatorischen Umsatzerfolges festgestellt werden kann und dieser nur im Wege einer Erfolgsspaltung bestimmbar ist. Echter Erfolg ist allein die Differenz, die sich am Umsatztag

1) Vgl. Kosiol (Bilanz, 1956), Sp. 2111.

2) Kosiol (Bilanz, 1956), Sp. 2111.

3) Vgl. Schmidt (Tageswertbilanz, 1951).

4) Vgl. Fäs (Erwerbswirtschaft, 1913).

5) Vgl. Fleege-Althoff (Bilanzzweck, 1929), S. 191.

zwischen Verkaufspreis und Wiederbeschaffungspreis ergibt, d.h. was über die Erhaltung eines zu Tagesbeschaffungspreisen errechneten Unternehmungsvermögens hinaus erzielt wird¹⁾. Jeder buchmäßige Erfolg, der mit keiner Umsatztätigkeit verbunden ist, stellt eine erfolgsneutrale Vermögenswertänderung dar. In solchen Wertänderungen sieht Schmidt Scheinerfolge, die er, unabhängig von ihrer Realisierung auf ein Vermögenswertänderungskonto, einem Vorkonto des Eigenkapitalkontos, einstellt bei gleichzeitiger Wahrung der Erfolgskongruenz²⁾. D.h. auch realisierte Buchgewinne werden erfolgstechnisch neutralisiert; eine Gewinnverteilung ist demnach erst bei der Liquidation der Gesamtunternehmung möglich. Seicht spricht deshalb von einer "Spaltung des ... Verrechnungssystems"³⁾ und nicht von Erfolgsspaltung.

1) Vgl. Schmidt (Tageswertbilanz, 1951), S. 55 f. und S. 87 ff.

2) $\text{Totalerfolg} = \sum \text{kalkulatorische Periodenerfolge} + \sum \text{Vermögenswertänderungen.}$

3) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 430. Seicht führt dazu aus: "Schmidt übersieht dabei, daß der ganzen Konzeption der b i l a n z m ä ß i g e n Gewinnermittlung nur die Reinvermögenszugangstheorie adäquat ist. Eine Spaltung und getrennte Ausweisung des Erfolges mag aus verschiedenen Gründen sehr sinnvoll und zweckmäßig sein, auch die Forderung nach unterschiedlicher Behandlung der verschiedenen Erfolgskategorien kann - von bestimmten Gesichtspunkten aus betrachtet - als gerechtfertigt erscheinen; man kann aber nicht innerhalb eines über Vermögen und Kapital bzw. deren Veränderungen geführten geschlossenen Rechnungssystems 'Vermögenswertänderungen' und 'Erfolge' als w e s e n s v e r s c h i e d e n auffassen. Tut man dies jedoch, dann bedeutet dies keine 'Erfolgsspaltung', sondern eine Spaltung des ganzen Verrechnungssystems."

Rieger erblickt in seiner "nominalen Bilanzauffassung" eine Zukunftsrechnung, in der die zukünftige Geldwerdung der Bilanzpositionen antizipiert wird¹⁾.

Er geht in seinen bilanztheoretischen Überlegungen davon aus, daß die Unternehmung "eine geschlossene wirtschaftliche Einheit (ist, A.d.V.) die zum Zwecke des Gelderwerbs für ihre Rechnung und Gefahr Güter herstellt oder vertreibt"²⁾. Die Bilanz als reine Geldrechnung zeigt den Gewinn auf, der "notwendig ein Mehr an Geld"³⁾ sein muß. Rieger weist darauf hin, daß jede Bilanz zur Erfolgsermittlung eine Fiktion sein muß. Um den Jahreserfolg ermitteln zu können, muß in der Jahresbilanz unter Annahme des Weiterbetriebes eine Liquidation vorgetäuscht werden.

"Wir haben also unzweifelhaft aus der Unternehmung noch ebensoviel Einnahmen wie Ausgaben zu erwarten, und zwar beides streng genommen in einem ganz unabsehbaren Umfange. Unabsehbar deshalb, weil der Betrieb ja weiterläuft. Aber der fingierte Abschluß darf darauf keine Rücksicht nehmen, er muß sich anstellen, als ob die Unternehmung zu Ende wäre, und sucht nur die noch ausstehenden Einnahmen und Ausgaben zu ermitteln - unter Ausschluß neu zu entrierender Geschäfte: Es handelt sich bei der Jahresbilanz wirklich um eine vorgetäuschte Liquidation, aber unter der Annahme des Weiterarbeitens. Wenn wir einen Abschluß machen wollen, können wir nur so zu Werke gehen, daß wir die bisher geführte Einnahmen-Ausgabenrechnung ergänzen, indem wir die noch zu erwartenden Einnahmen wie die noch zu leistenden Ausgaben in die Buchführung einbeziehen: dann entsteht eine Art Totalrechnung, die mit diesem Rechnungsabschnitt endigt. Ausgehend von der ersten Aufwendung, dem Kapitaleinsatz, umfaßt sie alle echten Einnahmen und Ausgaben im Laufe des Jahres; dazu kommen die rechnungsmäßig fingierten am Ende des Jahres. Die Jahresbilanz ist also ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung"⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 212 f.
 - 2) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 15.
 - 3) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 55.
 - 4) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 211 f.

Bewerten von Bilanzposten bedeuten für Rieger "das spätere geldliche Ende auf den Bilanzstichtag zu eskomptieren¹⁾". Diesen auf den Bilanzstichtag abgezinsten Bilanzwert bezeichnet er als den "heutigen Wert ..., nämlich den Wert oder Preis, der uns einmal wirklich erreicht ... allerdings umgerechnet auf heute"²⁾. Da aber der heutige Wert nicht genau bestimmbar ist, bleibt der Periodenbilanzserfolg von geringem Erkenntniswert. Der wahre Erfolg ist nur nach Beendigung eines vollständigen Geldwertungsprozesses am Ende der Totalperiode als Einnahmeüberschuß zu ermitteln³⁾.

In den vergangenheitsbezogenen Bilanzrechnungen wird die Erfolgsermittlung als unentbehrliches Steuerungs- und Kontrollinstrument der Unternehmung gesehen⁴⁾. Als weiteres Rechnungsziel soll die Erfolgsziffer den ausschüttbaren Gewinn anzeigen. Da beide Erfolgsgrößen nicht übereinstimmen müssen, kann der finanziell vertretbare ausschüttbare Gewinn bsp. durch das Ausnutzen von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten manipuliert werden⁵⁾. Darin kann eine Beeinträchtigung des Informationswertes der Erfolgsrechnung vermutet werden.

Während die vergangenheitsorientierten Bilanzrechnungen vorwiegend auf dem Realisationsprinzip aufbauen und wegen dem Vorsichtsdanken der Kaufleute auch bereits im Ent-

1) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 213.

2) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 215.

3) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 46.

4) Vgl. Schmalenbach (Bilanz, 1962), S. 50.

5) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 85 f.

stehen begriffene negative Erfolgsbestandteile der Zukunft bei der Aufstellung des Jahresabschlusses antizipieren, verfolgen die zukunftsorientierten Bilanztheorien ein Realisationskonzept, das auch positive Konstellationen im "Zeitpunkt der Erkennbarkeit"¹⁾ bilanziell berücksichtigt. Dabei wird "der richtige Periodengewinn... als maximal entziehbarer Betrag bei Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmung verstanden"²⁾. Dieser Periodenerfolg, der als ökonomischer Gewinn³⁾ bezeichnet wird, erfordert Informationen über die zukünftigen Zahlungsströme der Unternehmung und das Erfolgskapital, das sich aus dem Barwert der prognostizierten Einnahmenüberschüsse bis zur Liquidation der Unternehmung ergibt. Gewinn ist der am Ende der Abrechnungsperiode den Anfangswert zu Beginn der Periode übersteigende Teil des Erfolgskapitals. Grundsätzlich ist die kapitaltheoretische Bilanz als Zukunftsrechnung im Sinne Riegers zu verstehen⁴⁾. Während die Gewinn- und Verlustrechnung den Erfolg nach konventionellen Rechnungslegungsvorschriften überwiegend aus vergangenheitsbezogenen Werten ermittelt, besteht die Aufgabe der kapitaltheoretischen Bilanz darin, Aufschluß zu geben über den "heutigen Wert" der zukünftigen Einnahmen und Ausgaben⁵⁾. Somit sind zukünftige Planungen, Investitions- und Finanzierungsentscheidungen im öko-

1) Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 31.

2) Schneider (Selbstfinanzierung, 1968), S. 9.

3) Die Bezeichnung "ökonomischer Gewinn" geht auf Hansen zurück. Vgl. Hansen (Profit, 1962).

4) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 511.

5) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 569.

nomischen Gewinn berücksichtigt. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß die zukunftsorientierten Bilanzen den Informationsbedürfnissen der Organisationsteilnehmer und -mitglieder z.B. über die Entwicklungsaussichten der Aktiengesellschaft besser entsprechen als die herkömmlichen konventionellen Jahresabschlußinformationen.

Die erste geschlossene Darstellung des ökonomischen Gewinns findet sich bei Irving Fisher¹⁾ in seinem Buch "The Nature of Capital and Income". Bei der traditionellen Bilanzkonzeption liegt der Gewinnbegriffsbestimmung nicht die Reinvermögenszugangstheorie, sondern die Quellentheorie zugrunde. Fisher definiert "a stock of wealth existing at an instant of time is called capital. A flow of services through a period of time is called income"²⁾. Dieses Einkommen (Gewinn) ist den Konsumentnahmen gleichzusetzen: "Income was defined as consumption"³⁾. Nicht der gesamte Unternehmungsgewinn wird also ausgewiesen, sondern nur das "realized income" (Entnahmen für Konsumzwecke). Vermögenswertänderungen, d.h. Änderungen des Kapitalwertes werden nicht als Elemente des Einkommens berücksichtigt.

Die Gewinndefinition Fishers wurde etwa dreißig Jahre später von Lindahl⁴⁾ entscheidend modifiziert. Er bezieht in seinen Gewinnbegriff außer den Entnahmen für Konsumzwecke Ersparnisse und Entsparnisse mit ein⁵⁾. Unter der

1) Fisher (Capital, 1906).

2) Fisher (Capital, 1906), S. 52.

3) Chen-Chang über die Theorie Fishers; Chen, -Chang (Income, 1962), S. 639.

4) Vgl. Lindahl (Income, 1933).

5) Vgl. Lindahl (Income, 1933), S. 401.

Annahme vollkommener Information kann Gewinn als "Zinsen auf den Ertragswert (Kapitalwert) der Unternehmung definiert werden"¹⁾. Der ökonomische Gewinn ergibt sich somit aus der Summe vom "realized income" (Konsumentnahmen) zuzüglich Ersparnis, wenn nicht der gesamte Gewinn für Konsumausgaben verbraucht wird. Umgekehrt liegt eine Entsparnis vor, d.h. eine Minderung des Erfolgskapitals, wenn die Konsumentnahmen den ökonomischen Gewinn übersteigen. Eine fruchtbare Weiterentwicklung dieses Gewinnbegriffes hat die kapitaltheoretische Bilanztheorie vor allem durch die skandinavischen Autoren Kristensen²⁾, Hansen³⁾ und Honko⁴⁾ erfahren. Bei den von ihnen entwickelten Gewinnkonzeptionen bleiben jedoch zwei Problemkreise unbeachtet; einmal die Wahl des richtigen kalkulatorischen Zinssatzes und zum anderen damit verbunden auch das Prinzip der Erfolgskongruenz. Eine Übereinstimmung der Gleichung

$$\sum \text{Periodenerfolge} = \sum \text{Einnahmen} ./ \sum \text{Ausgaben}$$

ist nicht hergestellt. Sie bestimmen unter der Annahme sicherer Informationen einen kalkulatorischen Zinssatz und errechnen damit einen "idealen Gewinn"⁵⁾. Die Summe dieser idealen Periodengewinne entspricht nicht dem Prinzip der Erfolgskongruenz; d.h. es entsteht ein Differenzbetrag zum Totalerfolg, weil ein willkürlich festgesetzter kalkulatorischer Diskontierungszinssatz von der tatsächlichen Verzinsung des eingesetzten Kapitals abweicht. Die Erfolgs-

1) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 535.

2) Vgl. Kristensen (Statusteori, 1944).

3) Vgl. Hansen (Profit, 1962).

4) Vgl. Honko (Unternehmung, 1965).

5) Vgl. Hansen (Profit, 1962), S. 15 ff.; Schneider (Bilanzgewinn, 1963), S. 462.

kongruenz wäre nur dann gewahrt, wenn der "good will" gleichsam als kalkulatorischer Ausgleichsbetrag Berücksichtigung finden würde.

Um den rechentechnisch sich ergebenden "good will" zu vermeiden und trotzdem das Prinzip der Erfolgskongruenz zu wahren, sind einige Autoren dazu übergegangen, den internen Zinsfuß als Kalkulationszinssatz für das Eigenkapital in Ansatz zu bringen. Auf diese Möglichkeit haben zuerst Edwards und Bell¹⁾ hingewiesen und im deutschsprachigen Raum Schneider²⁾ und Moxter³⁾, jedoch mit der Einschränkung, daß zum internen Zinssatz beliebige Beträge angelegt werden können.

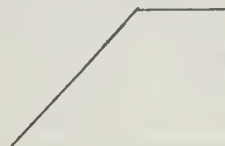
Auch Albach⁴⁾ bedient sich in seiner "synthetischen Bilanztheorie" der internen Zinsfußmethode. Die Bilanz dient ihm als periodische Kontrollrechnung des Optimalplans.

-
- 1) Vgl. Edwards/Bell (Income, 1961), S. 176. Hier ist jedoch zu beachten, daß für die einzelnen Aktiva unterschiedliche interne Zinssätze gelten können.
 - 2) Dieter Schneider entscheidet sich für den internen Zinsfuß der günstigsten Alternativinvestition. Vgl. Schneider (Diskussionsbeitrag, 1966), S. 577 f. Andererseits findet er die Anwendung des internen Zinsfußes bei der Ermittlung des ökonomischen Gewinns nicht unproblematisch. Vgl. Schneider (Investition, 1970), S. 181. Auf Seite 200 schreibt er: "Die Definition 'Periodengewinn gleich interner Zinsfuß mal Anfangskapital' ist verschiedentlich vorgeschlagen worden. Die Definition gilt aber nur in einer Unternehmung, in der das Endvermögen gleich dem Anfangskapital gesetzt wird (nominelle Kapitalerhaltung), und wenn dort zum internen Zinsfuß beliebige Beträge entliehen oder verliehen werden können".
 - 3) Vgl. Moxter (Bilanztheorie, 1966); Moxter (Bilanzlehre, 1974), S. 348 f.
 - 4) Vgl. Albach (Bilanztheorie, 1965).

Als Optimalplan bezeichnet Heinen den Gesamtplan, der die Kombination von Entscheidungsparametern angibt, die zum größtmöglichen Kapitalwert führt¹⁾. Er enthält einmal den Ausgabenbetrag (a_0^0) für alle Wirtschaftsgüter der Unternehmung unmittelbar vor Beginn der Bilanzierungsperiode und zum anderen die zukünftigen Zahlungen, die aus verschiedenen Entscheidungen resultieren und eine bestimmte Verzinsung des Betrages (a_0^0) determinieren. Wird der optimale Kapitalwert C_{00}^{opt} gleich 0 gesetzt, so ergibt sich als Diskontierungssatz i der interne Zinsfuß.

$$C_{00}^{opt} = - a_0^0 + \sum_{t=1}^n e_t (1+i)^{-t} - \sum_{t=1}^n a_t (1+i)^{-t}$$

Nach der synthetischen Bilanzauffassung ergibt sich im Zeitpunkt t_1 folgender Jahresabschluß.

Gewinn- und Verlustrechnung in t_1			
Ausgaben der Periode a_1		Einnahmen der Periode e_1	
Kapitalverzehr (Abschreibungen)			
$a_0^0 - a_0^1$			
Gewinn			
g_1			

(a_0^1) entspricht den fortgeschriebenen Anschaffungswerten der Wirtschaftsgüter (Buchwerte). Der Kapitalverzehr ($a_0^0 - a_0^1$) entspricht den Abschreibungen der Periode in t_1 .

1) Vgl. hierzu und zum folgenden Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 99 ff.

Bilanz in t_1			
Noch nicht getilgte vergangene Ausgaben (Buchwerte am Ende der Periode)	a_0	Barwert der zukünftigen Einnahmen zum Periodenbeginn	C_{00}^0
Finanzüberschuß der Periode	$e_1 - a_1$	Gewinn	g_1

"Zusammenfassend ist festzustellen, daß nach Albachs Bilanz-auffassung einerseits grundsätzlich bei einer Bewertung des V e r m ö g e n s z u A n s c h a f f u n g s p r e i s e n festgehalten wird, es aber andererseits zur Ermittlung der internen Verzinsung des eingesetzten Kapitals einer V o r s c h a u r e c h n u n g über die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben bedarf. Ohne eine derartige g e s o n d e r t e V o r s c h a u r e c h n u n g ist die interne Verzinsung in Albachs Bilanz nicht bestimmbar"¹⁾.

Seicht begreift die kapitaltheoretische Bilanz als Zukunftsrechnung, in der "die Vermögensgüter ... als die mit dem internen Zinsfuß abgezinste n z u k ü n f t i g e n E i n n a h m e n (!) und die Schulden als die mit dem internen Zinssatz abgezinste n z u k ü n f t i g e n A u s g a b e n zu interpretieren"²⁾ sind. Periodengewinn definiert er als "interne Verzinsung des anschaffungsorientierten Eigenkapitals inklusive Kapitalerhaltungsrücklage"³⁾, wobei das Eigenkapital als Barwert der zukünftigen Eigenkapitalrückzahlungen aufzufassen ist.

1) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 555.

2) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 558.

3) Seicht (Bilanztheorien, 1970), S. 561.

Ob die konventionelle auf dem Realisationsprinzip aufbauende vergangenheitsorientierte Bilanzkonzeption durch die kapitaltheoretische Bilanz zu ersetzen ist, muß unter der Voraussetzung befürwortet werden, daß die Informationsbedürfnisse der Jahresabschlußadressaten besser erfüllt werden. Honko gibt hier der traditionellen Bilanz nach wie vor den Vorzug:

"Bei einem Vergleich zwischen der Verwendbarkeit der Ermittlung des Jahresgewinns nach dem Realisationsprinzip und der auf Erwartungen beruhenden Ermittlung des Jahresgewinns unter Beachtung der verschiedenen Zwecke (vor allem Planung und Kontrolle) kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das letztere Verfahren grundsätzlich einen weiten Vorsprung hätte, falls bestimmte Voraussetzungen gegeben wären wie z.B. eine vollständige Kenntnis der Zukunft, die Identität der Erwartungen sämtlicher Interessentengruppen oder das Bestehen nur einer Interessentengruppe, die Aufstellung einer beliebigen Anzahl von Rechnungen über den Jahresabschluß usf. Weil jedoch die Kenntnis der Zukunft unvollständig, die Erwartungen der Interessenten sehr verschieden sind, weil es eine große Zahl von Interessenten gibt, weil nur eine einzige Rechnung (oder einige wenige Rechnungen) über den Jahresgewinn aufgestellt werden können usf., verdient die Ermittlung des Jahresgewinns nach dem Realisationsprinzip durchwegs den Vorzug"¹⁾.

1) Honko (Unternehmung, 1965), S. 640 f.; vgl. auch Honko (Vuositulos, 1959), S. 241 f.

212. Erfolgsauffassung des Aktienrechts

Bis zum Aktiengesetz von 1937 wird der Jahresabschluß vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzgedankens erstellt. Erst mit der Aktienrechtsreform von 1965 werden durch eine gewisse Mindestausschüttung auch die Aktionärsinteressen berücksichtigt. Die primäre Gläubigersicherung findet ihre Begründung im Privileg der Haftungsbeschränkung, das Aktiengesellschaften im Gegensatz zu Personenhandelsgesellschaften genießen¹⁾. Kommt eine Aktiengesellschaft in Zahlungsschwierigkeiten, so haben die Gläubiger keine Möglichkeit, sich aus dem Privatvermögen der Aktionäre zu befriedigen. Diese Haftungsbeschränkung hat der Gesetzgeber durch begrenzte Ausschüttungen an die Aktionäre zu kompensieren versucht. Der maximal ausschüttbare Betrag entspricht der Position 32 des § 157 Abs. 1 AktG "Bilanzgewinn", der nicht zu wechseln ist mit dem Periodenerfolg der Position 28 "Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag". Der "Bilanzerfolg" ergibt sich in § 157 Abs. 1 AktG als rechnerisches Ergebnis aus folgenden Positionen:

- 28. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
- 29. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr
- 30. Entnahmen aus offenen Rücklagen
- 31. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß
in offene Rücklagen
- 32. Bilanzgewinn/Bilanzverlust

Der Bilanzgewinn entspricht der betrieblichen Zielsetzung eines ausschüttbaren Gewinns und dem Gläubigerschutzprinzip, das vorwiegend im Realisations- und Imparitätsprinzip zum

1) Vgl. § 1 Abs. 1 AktG.

Ausdruck kommt. Aus dem Realisationsprinzip kann das Anschaffungswertprinzip abgeleitet werden. Danach ist eine höhere Bewertung als zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht zulässig, auch wenn Wertsteigerungen der Aktiva den "möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft"¹⁾ einschränken. Der Ausweis und ggf. die Ausschüttung unrealisierter Gewinne ist somit nicht möglich.

Der Bilanzenerfolg als verteilungsfähiger Reingewinn ist andererseits so konzipiert, daß Mindestdividendenaus-schüttungen an die Aktionäre möglich sind. Deshalb ist es dem Vorstand nicht mehr freigestellt, wie nach dem Aktiengesetz von 1937, darüber zu entscheiden, welcher Teil des Jahresüberschusses in die offenen Rücklagen eingestellt wird. § 58 Abs. 1 und 2 AktG bestimmen, daß Vorstand und Aufsichtsrat, wenn sie den Jahresabschluß feststellen, höchstens die Hälfte des um einen Verlustvortrag und die Zuführung zur gesetzlichen Rücklage gekürzten Jahresüberschusses in die freien Rücklagen einstellen, außer die Satzung ermächtigt sie zur Zuführung eines größeren Teils in die freien Rücklagen. Dies ist allerdings nur solange zulässig, soweit die freien Rücklagen noch nicht die Hälfte des Grundkapitals erreicht haben.

Der wirtschaftlich-materielle Inhalt des aus den Aufwendungen und Erträgen abgeleiteten Periodenerfolges (Pos. 28) wird wesentlich durch die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften der §§ 153 - 156 AktG und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung²⁾ (GoB) bestimmt. Mit den GoB

1) § 149 Abs. 1 Satz 2 AktG.

2) § 149 Abs. 1 Satz 1 AktG: "Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen".

hat der Gesetzgeber Regelungen zu schaffen versucht, die eine bestimmte Einheitlichkeit in der Rechnungslegung garantieren und willkürliche Bewertungsmanipulationen unterbinden sollten. Um die Periodenerfolge vergleichbar zu machen, sind Bewertungs- und Abschreibungsmethoden nach dem Grundsatz der Bewertungsstetigkeit vorzunehmen. Abweichungen von bisherigen Bewertungsmaßnahmen sind im Geschäftsbericht zu erörtern¹⁾, um die "Vergleichbarkeit" nicht zu beeinträchtigen.

Der Periodenerfolg zeigt keineswegs ein eindeutiges Ergebnis auf, weil vorallem die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der GoB eine flexible Erfolgsermittlung ermöglichen. So vermindert die Bildung stiller Rücklagen den ausgewiesenen Periodengewinn und erhöht ihn bei deren Auflösung. Eine periodengerechte Erfolgsermittlung wird somit offensichtlich nicht ermöglicht.

Der Versuch einer Zuordnung des aktienrechtlichen Erfolgsbegriffes zu einer bestimmten betriebswirtschaftlichen Erfolgsauffassung ist in der Literatur umstritten²⁾. Grundsätzlich lassen sich aber Elemente der dynamisch-pagatorischen Bilanzauffassung feststellen³⁾. Die aktienrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung lehnt sich wie die dynamisch-pagatorische Bilanztheorie an die betriebliche Einnahmen-Ausgabenrechnung an. Die Erfolgsziffer ergibt

-
- 1) Vgl. § 160 Abs. 2 Satz 4 und 5; weiter § 157 Abs. 3 AktG.
 - 2) Vgl. Broschwitz (Ergebnisanalyse, 1967), S. 89 ff.; hier S. 91: "Weder die dynamische noch die ökonomische Bilanztheorie finden in der aktienrechtlichen Bilanz ihren Niederschlag ... Die aktienrechtlichen Bilanzierungsgrundsätze können auch in ihrer heutigen Fassung nicht den Betriebserfolg ausweisen, der sowohl einen Einblick in die Ertragslage ermöglicht wie auch als Instrument für die Unternehmungssteuerung geeignet wäre". Vgl. weiter Döllner (Bilanz, 1968), S. 637 ff.
 - 3) Vgl. Tallau (Bilanzgewinn, 1969), S. 199.

sich als Differenz von Erträgen und Aufwendungen, die durch die verursachungsgemäße Periodenabgrenzung der Zahlungsvorgänge entstehen. Die Erfolgsermittlung beruht somit auf dem Prinzip der nominellen Kapitalerhaltung. Um die Substanzerhaltung zu gewährleisten, sind sowohl in der pagatorischen wie auch in der aktienrechtlichen Erfolgsrechnung aus dem Gewinn offene Rücklagen zu bilden. Die Forderung Schmalenbachs nach Ermittlung eines vergleichbaren Periodenerfolgs ist auch Hauptziel der aktienrechtlichen Erfolgsrechnung. Allerdings weichen die Maßnahmen zur Vergleichbarkeit von diesem "Postulat der Rechenschaftslegung"¹⁾ erheblich von einander ab. Der Gesetzgeber versucht die Vergleichbarkeit in der Gewinn- und Verlustrechnung anders als Schmalenbach²⁾ im wesentlichen formell durch Aufzeigen der angewandten Bewertung- und Abschreibungsmethoden zum Ausdruck zu bringen.

Beide Erfolgsrechnungen gehorchen dem Erfolgskongruenzprinzip und gehen von einem Totalerfolg aus, der infolge der gemeinsamen Grundlagen identisch ist. Abweichungen können sich nur in den einzelnen Perioden ergeben. "Will man die Buchhaltung zu einer periodisch abschließenden Erfolgsrechnung ausbauen, so ist man gezwungen, den Totalerfolg auf die einzelnen Rechnungszeiträume zu verteilen"³⁾. Jede Erfolgsrechnung ist somit eine Periodenrechnung. Der absolut richtige Periodenerfolg läßt sich aber nicht ermitteln, solange keine Sicherheit bei der verursachungsgemäßen Zurechnung vorwiegend der als Aufwendungen verrechneten erfolgswirksamen Betriebsausgaben auf die einzelnen Perioden be-

1) Saage (Reservepolitik, 1966), S. 73.

2) Vgl. die Ausführungen zu Schmalenbachs "vergleichbaren Erfolg" in Kap. 211 dieser Arbeit.

3) Kosiol (Bilanzreform, 1949), S. 44.

steht¹⁾. Andererseits haben die Organisationsteilnehmer ein berechtigtes Interesse an der richtigen Darstellung der Erfolgssituation der Aktiengesellschaft. Deshalb besteht auch ein Postulat der Erfolgsspaltung darin, alle in der Periode entstandenen Erfolgskomponenten gemäß dem Kausalitätsprinzip abzugrenzen.

22. Die Erfolgsspaltung

Der Terminus "Erfolgsspaltung" ist in der betriebswirtschaftlichen Literatur des öfteren zu finden²⁾. Ein semantisch klar umrissener, theoretisch fundierter und für alle Extensionen des Erfolgsbegriffes gültiger Begriff der Erfolgsspaltung fehlt jedoch. Die Zusammensetzung des Wortes "Erfolgsspaltung" läßt vermuten, daß irgendein Gesamterfolg in Teilerfolge zerlegt wird³⁾. Im Jahresabschluß wird der Erfolg in zweifacher Weise festgestellt. Während die Bilanz den Jahreserfolg nur in einer Gesamtsumme ausweist, liegt die Bedeutung der Gewinn- und Verlustrechnung in der "Erläuterung der Erfolgsstruktur"⁴⁾ und in der Darstellung des "genetischen Werdens des Ergebnisses"⁵⁾. Demzufolge hat die Gewinn- und Verlustrechnung mit Hilfe

1) Vgl. Tallau (Bilanzgewinn, 1969), S. 201.

2) Vgl. Seicht (Bilanztheorien, 1970); Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 289 f.; Ewaldsen (Erfolgsspaltung, 1952), S. 1; Funke (Erfolgsspaltung, 1935), S. 17 ff.; Lange (Möglichkeiten, 1965), S. 102; Pfauter (Erfolgsspaltung, 1931), S. 1 ff.

3) Vgl. Ewaldsen (Erfolgsspaltung, 1952), S. 1.

4) Schmidbauer-Juraschek (Erfolgsrechnung, 1957), S. 154.

5). Schmidbauer-Juraschek (Erfolgsrechnung, 1957), S. 154.

der Erfolgsspaltung "das Zustandekommen des Erfolgs nach Art, Höhe und Quellen"¹⁾ zu erklären. Soll die Erfolgsrechnung die Informationsbedürfnisse der Organisationsteilnehmer optimal erfüllen, dann muß sie über die einzelnen Erfolgskomponenten genauestens Aufschluß geben. In der Literatur werden hierzu insbesondere folgende Prinzipien der Erfolgsspaltung diskutiert²⁾:

1. Um alle Erfolgsquellen voll zu erkennen, ist die Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Bruttoprinzip aufzubauen; d.h. Saldierungen von Erträgen und Aufwendungen sind nicht erlaubt.
2. Trennung des Erfolges nach eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Erfolg. Aus der Erfolgsrechnung soll hervorgehen, welche Erfolgsteile mit der Umsatz- bzw. Produktionstätigkeit zusammenhängen und welche Erfolgsteile mit der betrieblichen Leistungserstellung nichts zu tun haben oder ihr nicht in voller Höhe zugerechnet werden können.
3. Das Bereichsprinzip fordert das Aufzeigen der Erfolgsfaktoren nach den betrieblichen Funktionsbereichen Beschaffung, Produktion, Absatz, Finanzierung und Verwaltung.

1) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 287.

2) Vgl. Laßmann (Gewinn- und Verlustrechnung, 1961), S. 655 f.; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 289 ff.; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 5 ff., S. 603 ff. In dieser Arbeit wird auf die Prinzipien der Erfolgsspaltung sehr ausführlich in Kapitel 43 eingegangen.

4. Periodenabgrenzung der Erfolgskomponenten gemäß ihrer Verursachung (Periodenverursachungsprinzip).
5. Alle primären Aufwendungen und Erträge einer Abrechnungsperiode sind in der gesetzlich vorgeschriebenen Artengliederung gemäß dem Primärprinzip¹⁾ aufzuzeigen. Dieses Prinzip leistet keinen wesentlichen Beitrag zur Erfolgsspaltung und ist deshalb auch nicht imstande, Informationsvorteile für die Organisationsteilnehmer zu bringen. Da es auch in deutlichem Widerspruch zum Brutto- und Periodenverursachungsprinzip²⁾ steht, bleibt es im Rahmen dieser Arbeit außer Betracht.

1) Primäre Aufwendungen sind von der Umwelt bezogene Produktionsfaktoren, die erstmalig in den betrieblichen Leistungsprozeß eingehen (z.B. der Produktionsfaktor "Arbeit" ausgedrückt durch die Pos. 16 "Löhne und Gehälter"). Primäre Ertragsarten sind Erträge, die das Unternehmen aus seiner Leistung gegenüber der Umwelt erzielt (z.B. "Umsatzerlöse"). Das Primärprinzip fordert, daß alle Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung in der Weise zu erfassen sind, wie sie in der Abrechnungsperiode tatsächlich angefallen sind. Es berücksichtigt somit nicht die kausale Zurechenbarkeit der Erfolgsbestandteile nach dem Periodenverursachungsprinzip. Eine Übereinstimmung der Zurechenbarkeit von Erträgen und Aufwendungen nach dem Primär- und dem Periodenverursachungsprinzip ist zwar grundsätzlich möglich, aber nicht die Regel. Für unsere Betrachtungen kann prinzipiell von einem Widerspruch der beiden Prinzipien ausgegangen werden.

2) Vgl. die Ausführungen zum Periodenverursachungsprinzip in Kapitel 431 dieser Arbeit.

23. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

Damit ein möglichst sicherer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Unternehmung gewährt werden kann, muß der Jahresabschluß nach bestimmten formellen und materiellen Regeln erstellt werden. Diese als "Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung" (GoB) bekannten Prinzipien sind für alle Unternehmen gleichermaßen von Bedeutung (§ 38 Abs. 1 HGB). Die GoB erfahren eine besondere Bedeutung dort, wo Spezialvorschriften keine abschließende Regelung treffen oder wenn Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte dem Bilanzierenden bei der Erstellung des Jahresabschlusses Ermessensspielräume ermöglichen. So kann die Ertragslage in der Gewinn- und Verlustrechnung durch die angewendeten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden nicht unwesentlich beeinflusst werden, so daß die Bildung und Auflösung stiller Reserven möglich ist. "Einerseits wird hierdurch der Flexibilität wirtschaftlicher Vorgänge in besonderem Maße Rechnung getragen, andererseits wird die Ausgestaltung der Spielräume der reinen Willkür der Bilanzierenden entzogen"¹⁾.

Die GoB, die auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung einschließen, hat der Gesetzgeber²⁾ nirgends vollständig definiert. Sie haben sich aus dem Ordnungsempfinden heraus entwickelt, das ordentliche und ehrbare Kauf-

1) Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 81.

2) Der Begriff der GoB ist aus dem Handelsgesetzbuch auch in andere Gesetze übernommen worden; so in das GmbH-Gesetz (§ 41 Abs. 1), das Einkommensteuergesetz (§ 5) und in das Aktiengesetz von 1965. Dort ist in der sog. Generalklausel des § 149 Abs. 1 Satz 1 folgendes festgehalten: "Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen".

leute in ihrer Buchführungs- und Bilanzierungspraxis entfaltet haben¹⁾. Im neueren Schrifttum wird die Auffassung vertreten, daß die GoB Grundvoraussetzungen dafür sein müssen, daß die pragmatischen Gesichtspunkte des Jahresabschlusses erfüllt werden. Im Sinne des Aktienrechts müssen die GoB somit die Gewähr geben, daß eine getreue Rechenschaftslegung der Verwaltung gegenüber sich selbst, den Aktionären, den Gläubigern und der Öffentlichkeit erfolgt; primär heißt das die Ermittlung des richtigen Periodenerfolgs²⁾. Zweifel an der induktiven Ermittlungsmethode der GoB haben in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion vor allem deswegen aufkommen müssen, weil in der Praxis oft die Tendenz erkennbar war, bei der Erstellung der Jahresabschlüsse "schlechte Übungen zum Gewohnheitsrecht zu erheben"³⁾. Für die Ermittlung der GoB erhält deshalb in jüngster Zeit die deduktive Methode den Vorzug, die sich allein an den Zielsetzungen des Jahresabschlusses ausrichtet. Als Entscheidungshilfe der Deduktion dienen die Rechtsprechung, Erlasse, Steuerrichtlinien, Empfehlungen und Gutachten von Behörden und Verbänden und schließlich die wissenschaftliche Diskussion über die Problematik in der Geschäftsbuchhaltung und im Jahresabschluß. Trotzdem kann auf die praktische Übung ordentlicher Kaufleute, die zum Handelsbrauch geworden ist und fortlaufend weiterentwickelt wird, nicht verzichtet werden. Grundsätzlich ist der Auffassung Döllnerers zuzustimmen, daß die GoB nicht das zusammenfassen, was

-
- 1) Vgl. z.B. Trumpler (Aktiengesellschaft, 1950), S. 80; nach Schmalenbach kommt es für die GoB "weniger darauf an, was man in der Praxis tut, als was man in der Praxis, und zwar in der Praxis ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute für richtig hält". Schmalenbach (Grundsätze, 1933), S. 232; Hast (Grundsätze, 1935), S. 6.
 - 2) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 48 ff.; Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung, 1970), § 149, Anm. 2, S. 181.
 - 3) Bodarwe (Grundsätze, 1966), S. 668.

praktiziert wird (Schmalenbach), sondern was praktiziert werden sollte¹⁾. Juristisch handelt es sich bei den GoB um abgeleitete Rechtsnormen²⁾ und wirtschaftlich um Regeln, nach denen bestimmte Geschäftsvorfälle darzustellen sind³⁾. Materiell sind die GoB semantische Regeln, die aus systematischen und pragmatischen Erwägungen zur Erfüllung der Rechenschaftslegung erforderlich sind. Sie ermöglichen als Konventionen, die weder als richtig noch als falsch zu bezeichnen sind, eine gewisse Ordnungsmäßigkeit in der Rechnungslegung, die für die Kommunikation die wesentlichste Grundlage sein muß. Die Organisationsteilnehmer sind dann in der Lage, Informationen, die sie dem Jahresabschluß entnehmen, objektiv nachprüfen zu können. Um so mehr ist es zunächst verwunderlich, "daß der Begriff in den verschiedenen Gesetzen weder definiert noch sonstwie fixiert oder näher erläutert wird"⁴⁾. Daraus ergibt sich aber der Vorteil einer unkomplizierten flexiblen Anpassung der GoB an neue Erkenntnisse und veränderte wirtschaftliche Verhältnisse.

Für die Aktiengesellschaft fordert das Aktiengesetz als *lex specialis* zum HGB bei der Erstellung des Jahresabschlusses den GoB zu entsprechen. Gegenüber dem § 129 AktG 1937 enthält der § 149 Abs. 1 eine wesentliche Präzisierung im Hinblick auf die "Lage" der Gesellschaft. Demnach ist durch den Jahresabschluß ein möglichst sicherer Einblick in die Vermögens- und die Ertragslage der Aktiengesellschaft zu gewähren. Dieser Einblick erfährt eine

1) Vgl. Döllerer (Bilanzierung, 1959), S. 653.

2) Vgl. Döllerer (Bilanzierung, 1959), S. 656.

3) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 2.

4) Boelke (Rechtsform, 1970), S. 48.

Einschränkung durch die Formulierung "im Rahmen der Bewertungsvorschriften". Die hier vom Gesetzgeber gewährten Bewertungswahlrechte erfahren ihrerseits wiederum eine Einschränkung durch die GoB, die gleichsam als Konventionen allen Organisationsteilnehmern bekannt sein sollten, um die Informationsdarbietung im Jahresabschluß objektiv nachprüfen zu können. Grundsätzlich hat das Vorsichtsprinzip als GoB vor allem zum Schutze der Gläubiger bei bilanzrechtlichen Bewertungsvorschriften vorrangige Bedeutung. Das zeigt sich bsp. im Anschaffungswertprinzip, das Wertsteigerungen des Anlage- und Umlaufvermögens über die historischen Anschaffungskosten für den Bilanzansatz nicht zuläßt, obgleich vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus der in § 149 Abs. 1 AktG geforderte sichere Einblick in die Vermögens- und Ertragslage durch die Bildung der gesetzlich bedingten stillen Reserven erheblich erschwert wird. Die durch die Ermessensspielräume möglichen verschiedenen Bilanzwerte sind so anzusetzen, daß der bestmögliche Einblick gewährt wird. Neben dem Vorsichtsprinzip erfahren deshalb auch die Grundsätze der Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit und das Prinzip der Bilanzverknüpfung wesentliche Bedeutung. Im folgenden sind die GoB im einzelnen zu diskutieren.

231. Das Vorsichtsprinzip

Jede Unternehmung befindet sich, wie Knight¹⁾ hervorhebt, in einer Welt der Ungewißheit; daraus resultieren Unsicherheitsfaktoren über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. In dieser Tatsache liegt die fundamentale Be-

1) Vgl. Knight (Risk, 1940), S. 199.

deutung des Vorsichtsprinzips begründet. Es kommt innerhalb der Finanzbuchhaltung und der Erstellung des Jahresabschlusses durch eine vorsichtige Darstellung der Vermögens- und Ertragslage zum Ausdruck, wodurch vorwiegend dem Gläubigerschutzgedanken Rechnung getragen wird sowie den Interessen der Aktionäre und der Gesellschaft selbst. Der Konvention des Vorsichtsprinzips liegt die Vorstellung zugrunde, "daß der Kaufmann sich vor sich selbst und vor anderen nicht reicher und im Zweifel eher ärmer rechnet, als er wirklich ist"¹⁾. Eine zu optimistische Beurteilung der Unternehmungssituation würde bei Erstellung des Jahresabschlusses zu überhöhten Wertansätzen führen und überhöhte Gewinne ausweisen mit der Konsequenz, daß bei Ausschüttung Vermögenssubstanz verteilt werden könnte. Es kann jedoch nicht uneingeschränkt der Ansicht gefolgt werden, "daß der Vorsicht der Vorrang gebührt vor der Richtigkeit"²⁾. Bei dieser Vorgehensweise würde unter Umständen ein weitgehender Manipulationsspielraum geschaffen werden, da die Grenze zwischen Willkür und Vorsicht nicht objektiv fixierbar ist. Diese Grenze kann z.B. dort liegen, wo die Pragmatik des Jahresabschlusses, eine gewissenhafte Rechnungslegung gegenüber den Bilanzinteressenten auf der Grundlage nachprüfbarer Informationen zu gewährleisten, nicht mehr erfüllt wird. "Die Grenze ist ... dort zu ziehen, wo die Vergleichbarkeit gestört ist, d.h. (bei gleichen Voraussetzungen) keine einheitliche Handhabung mehr erfolgt"³⁾. Innerhalb der Bewertungsermessens-

1) Dietzen (Reserven, 1937), S. 32.

2) Heinen (Handelsbilanzen, 1969), S. 85.

3) Pohmer (Jahresbilanz, 1953), S. 63.

spielräume kann die Anwendung des Vorsichtsprinzips zur Bildung stiller Rücklagen führen. Eine Unterbewertung von Bilanzpositionen muß nicht Ausdruck vorsichtiger Bewertung sein. Während nämlich bewußte Unterbewertungen aus steuer- und bilanzpolitischen Gründen auf eine Gewinnreduzierung abzielen können, versucht eine vorsichtige Bewertung allein die Risiken im Wertansatz zu eliminieren. Die Bildung stiller Reserven vermindert und ihre Auflösung erhöht den ausgewiesenen Periodengewinn: Die willkürliche Bildung stiller Reserven bedeutet somit einen Verstoß gegen die periodengerechte Erfolgsabgrenzung und damit auch gegen die Erfolgsspaltung.

Das Vorsichtsprinzip erfährt eine materielle Konkretisierung in zwei Ausprägungen, im Realisationsprinzip und im Imparitätsprinzip.

2311. Das Realisationsprinzip

Der Kerngedanke des Realisationsprinzips besteht darin, daß Gewinne und Verluste erst dann ausgewiesen werden dürfen, wenn sie durch den Umsatzprozeß tatsächlich eingetreten sind¹⁾. Mit der Frage des Realisationszeitpunktes eines Erfolges hat sich Leffson eingehendst auseinandergesetzt und festgestellt, daß die Erfolgsrealisation nur durch Konvention festgelegt werden kann. Während bei Barzahlungsgeschäften der Erfolg im Zeitpunkt des Zahlungseingangs als realisiert gilt, sind bei Warenlieferungen oder bei Dienstleistungen

1) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 253.

auf Ziel mehrere Realisationszeitpunkte denkbar¹⁾:

- a) Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses,
- b) der Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung
und gleichzeitiger Rechnungserteilung und
- c) der Zeitpunkt, zu dem der Schuldner bezahlt hat.

Mit dem Vertragsabschlußtermin ist ein wesentlicher und schwieriger Teil der Erfolgsrealisation erfüllt; die Höhe des zu erwartenden Ertrages ist genau fixiert. Trotzdem bestehen nicht unerhebliche Risiken in den Beschaffungs-, Leistungs- und Lieferungsmöglichkeiten der Aktiengesellschaft, die eine Erfüllung des Vertrages verhindern können. Die Verbuchung solcher von beiden Vertragspartnern unerfüllten Geschäfte würde Gewinnmanipulationen ermöglichen, weil dann in der Bilanz Forderungen und in der Gewinn- und Verlustrechnung Umsätze ausgewiesen würden, denen unter Umständen noch keine Herstellungsaufwendungen gegenüberstehen. In der Literatur wird deshalb die Meinung vertreten, daß der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses für die Erfolgsrealisation nicht angebracht erscheint²⁾.

Vom Vorsichtsprinzip aus betrachtet ist der Fall (c) nicht mit Risiken behaftet; die Unternehmung hat ihre Leistung erbracht und der Schuldner hat seine Verbindlichkeiten beglichen. "Allgemein wird der Termin des Geldeingangs als Realisationszeitpunkt ... abgelehnt, weil hierdurch der Vorsichtsgedanke überbetont würde"³⁾. In diesem Falle würden den bilanzierten Herstellungsaufwendungen die ent-

1) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 187 f.; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 144 f.

2) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 145.

3) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 145.

sprechenden Erträge erst bei Zahlungseingang gegenübergestellt werden. Da die Verbuchungen dieser Geschäftsvorfälle in verschiedene Perioden fallen können, würde das Periodenverursachungsprinzip verletzt werden. Nach herrschender Meinung gilt deshalb als Realisationszeitpunkt für den Erfolg der Fall (b). Für diesen Zeitpunkt treffen folgende Fakten zusammen:

- "1. Der Ausgang des Sachgutes, die Beendigung der Dienstleistung,
2. die Erfüllung des Vertrages durch den Lieferer,
3. die Entstehung der Forderung,
4. der Gefahrenübergang,
5. die Rechnungserteilung"¹⁾.

Die Risiken beschränken sich auf mögliche Zahlungsverzögerungen oder -ausfälle und Garantieansprüche, denen mit der Bildung von Rückstellungen begegnet werden kann. Bei einem Vergleich der nach dem Vorsichtsprinzip realisierten Geschäftsvorfälle mit rechtlichen Tatbeständen stellt sich heraus, daß ein realisierter Umsatzertrag eng verknüpft ist mit dem Verfügungsgeschäft (bsp. Obereignung eines Gutes), wohingegen das Verpflichtungsgeschäft (bsp. Abschluß eines Kaufvertrages) nach dem Realisationsprinzip irrelevant ist und deshalb auch in der Finanzbuchhaltung nicht erfaßt wird²⁾.

Im engeren Sinne bezieht sich das Realisationsprinzip nur auf die am Markt abgesetzten betrieblichen Leistungen. Im weiteren Sinne aber umschließt es auch das Anschaffungswertprinzip, die Bewertung fertiger und unfertiger Erzeugnisse und den Ansatz immaterieller Wirtschaftsgüter.

1) Leffson (Grundsätze, 1970), S. 189.

2) Vgl. Lutz (Aussagefähigkeit, 1963), S. 140.

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten bilden nach dem Anschaffungswertprinzip die obere Grenze für Wertansätze der Wirtschaftsgüter in der Handels- und Steuerbilanz. Höhere Wiederbeschaffungskosten als Ausdruck von Wertsteigerungen (z.B. Grundstückspreise) dürfen in der Bilanz nicht ausgewiesen werden. Folglich entstehen stille Zwangsrücklagen, die nur vermieden werden könnten, wenn die Bewertung bzw. die Abschreibung auf der Grundlage der Wiederbeschaffungskosten erfolgen würde. Die Bewertungsgrundlage auf der Basis der Wiederbeschaffungskosten unterbindet das Realisationsprinzip. Ansonsten würden unrealisierte Gewinne ausgewiesen und unter Umständen ausgeschüttet werden, was eine Vermögenssubstanzminderung bedeuten würde. Das wiederum würde einen eklatanten Verstoß gegen das Gläubigerschutzprinzip und die Interessen der Aktionäre und der Aktiengesellschaft selbst bedeuten. Auch in der Steuerbilanz ist ein Ansatz zu Wiederbeschaffungskosten nicht vertretbar, weil Wertsteigerungen den steuerpflichtigen Gewinn erhöhen würden, obgleich eine durch Umsätze erfolgte Erfolgsrealisation noch nicht erfolgt ist.

Die Bilanzierung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse betrifft die Frage nach der zulässigen Wertober- und -untergrenze der Herstellungskosten. Im Aktienrecht besteht ein Ermessensspielraum für die Aktivierung von Gemeinkosten. Da fixe Gemeinkosten nicht durch die Kostenträger verursacht werden, sondern durch die Zeit, führt ihre Aktivierung zu einem unzulässigen Ausweis künftiger Periodengewinne und somit zu einem Verstoß gegen das Realisationsprinzip. Die Kostenträgereinzelkosten, d.h. die auf den Kostenträger direkt zurechenbaren Einzelkosten bilden bei der Bewertung der fertigen und unfertigen Pro-

dukte nach dem Aktienrecht die Wertuntergrenze¹⁾. Das Steuerrecht hingegen verlangt unverständlicherweise für den Bilanzansatz eine Bewertung auf der Basis der Vollkostenrechnung, wobei kalkulatorische Kostenarten wie der kalkulatorische Unternehmerlohn oder die kalkulatorischen Wagnisse zu eliminieren sind, weil sie keine periodisierten Ausgaben bzw. Aufwendungen darstellen.

Bei den immateriellen Wirtschaftsgütern ist zwischen originären und derivativen Gütern des Anlagevermögens zu differenzieren. Originäre, d.h. selbstgeschaffene Werte dürfen nicht aktiviert werden, da objektive Wertmaßstäbe nicht existent sind. Die Möglichkeit einer Aktivierung originärer immaterieller Güter hat der Gesetzgeber bewußt ausgeklammert, weil sonst zu große Manipulationsspielräume geschaffen worden wären. Diese gesetzliche Regelung war auch deshalb erforderlich, weil die Aktivierung selbstgeschaffener immaterieller Wirtschaftsgüter den Ausweis zukünftiger unrealisierter Gewinne bedeutet und damit auch einen Verstoß gegen das Realisationsprinzip beinhaltet. Die Bestimmung des Nichtausweises beruht auf dem Vorsichtsprinzip und nimmt eine Beeinträchtigung des Einblicks in die Vermögenslage bewußt in Kauf²⁾.

Da es sich bei den derivativen, d.h. entgeltlich erworbenen immateriellen Gütern auch um "unsichere Werte"

1) Vgl. dazu die Ausführungen auf S. 135 f. dieser Arbeit und FN 4 auf S. 136. Nach anderer Ansicht sind auch die variablen Gemeinkosten anzusetzen. Vgl. Albach (Rechnungslegung, 1966), S. 180 f.; Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 380; Kruse (Bilanzierung, 1967); Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 79 ff., S. 497 f.

2) Vgl. Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 378 f.; Forster (Pflichten, 1965), S. 590.

handelt, besteht hier ein echtes Aktivierungswahlrecht¹⁾. Anschaffungskosten dürfen also, Herstellungskosten dürfen nicht bilanziert werden. Im Gegensatz zum Aktienrecht schreibt das Steuerrecht zwingend die Aktivierung des derivativen Geschäftswertes vor.

Der große Vorteil des Realisationsprinzips liegt darin begründet, "daß es besonders sicher und frei von Willkür ist"²⁾. "Mit der Aufstellung des Realisationsprinzips wird die Frage, wann ein Ertrag realisiert ist, dem Ermessen des Rechenschaftspflichtigen entzogen. Damit ist das Prinzip Eckpfeiler der Periodenabgrenzung, sofern es allgemein und eindeutig angewandt wird"³⁾.

2312. Das Imparitätsprinzip

Das Realisationsprinzip unterstellt, daß für die Realisation eines Erfolgs die Voraussetzungen für Aufwendungen und Erträge in gleicher Weise Gültigkeit haben. Das herrschende Bilanzrecht⁴⁾, verschiedene Bilanztheoretiker⁵⁾ und die Bilanzierungskonventionen fordern aber ein "imparitätisches Realisationsprinzip". Das bedeutet, daß erwartete negative Erfolgskomponenten bei der Aufstellung des Jahresabschlusses

-
- 1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 2411 dieser Arbeit.
 - 2) Badelt (Gewinn, 1933), S. 59.
 - 3) Leffson (Grundsätze, 1970), S. 184.
 - 4) Vgl. bsp. die §§ 154 und 155 AktG, in denen Teilinhalte des Prinzips für den Jahresabschluß der Aktiengesellschaft kodifiziert sind.
 - 5) Vgl. z.B. Koch (Problematik, 1957), S. 5; Tomfohrde (Bilanzauffassung, 1959), S. 65.

zu antizipieren sind. Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip wirken somit folgendermaßen zusammen:

1. Noch nicht durch Umsatz realisierte Erträge dürfen zur Feststellung des Jahreserfolgs nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt werden; somit gilt das Realisationsprinzip.
2. Noch nicht am Markt realisierte, aber bereits erkennbare negative Erfolgsbestandteile müssen in den Periodenerfolg mit einbezogen werden; das Realisationsprinzip ist somit ungültig. An seine Stelle tritt das Imparitätsprinzip¹⁾.

Die Begründung dieser ungleichen, imparitätischen Behandlung von Aufwendungen und Erträgen liegt dem Vorsichtsprinzip zugrunde und damit einer vorsichtigen Gewinnermittlung und -ausschüttung²⁾. Das Imparitätsprinzip bringt aber, wie Walb festgestellt hat, "einen Bruch in die gerade gedankliche Linie der Realisierung, weil der unrealisierte Verlust anders behandelt wird als der unrealisierte Gewinn"³⁾. Aufgrund der ungleichen Behandlung von Aufwendungen und Erträgen bezeichnet Rhein das Imparitätsprinzip auch als Grundsatz der "Inkonsequenz"⁴⁾. Die Verlustantizipation ermöglicht weiter nicht unerhebliche Ermessensspielräume, wodurch die Grundsätze der Bilanzwahrheit und -klarheit verletzt werden können, wenn nicht gleichzeitig die Grundsätze der Erfolgsspaltung Beachtung finden.

1) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 219.

2) Vgl. Albach (Rechnungslegung, 1966), S. 184 f.

3) Walb (Bilanz, 1966), S. 91.

4) Rhein (Gewinnbesteuerung, 1953), S. 26.

232. Bilanzklarheit und -wahrheit

Der Grundsatz der Bilanzklarheit ist explizite in § 149 Abs. 1 Satz 2 AktG festgelegt: "Er (der Jahresabschluß, A.d.V.) ist klar und übersichtlich aufzustellen...". Dieses Postulat wird für die Gewinn- und Verlustrechnung durch die Gliederungsvorschriften des § 157 AktG unterstrichen. Die Erfolgsrechnung wird dem Grundsatz der "Klarheit" weitgehend gerecht, wenn alle Positionen brutto, also ohne Saldierungen, ausgewiesen werden. Weiter ist den Informationsbedürfnissen der Organisationsteilnehmer derart zu entsprechen, daß die Entstehung der Erfolgssziffer klar und übersichtlich unter Zugrundelegung der Erfolgsspaltungsprinzipien aufzuzeigen ist¹⁾.

Das Prinzip der Bilanzwahrheit trägt den materiellen Gesichtspunkten beim Erstellen des Jahresabschlusses Rechnung. Es bestimmt im einzelnen, daß der Jahresabschluß "vollständig und im Rahmen der Bewertungsbestimmungen fachgerecht aufgestellt sein muß"²⁾. Die Forderung nach Vollständigkeit ergibt sich aus den aktienrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 und § 40 Abs. 2 HGB; sie wird jedoch bei den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten zugunsten des Vorsichtsprinzips eingeschränkt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte und das vom Realisationsprinzip abgeleitete Anschaffungswertprinzip machen das Fehlen eines objektiven Wertmaßstabes deutlich. Da "die Wahrheit... ein ethischer Begriff (ist, A.d.V.), der Anspruch auf absolute Geltung hat"³⁾, es aber keine absolute Wahrheit gibt, kann für den Grundsatz der Bilanz-

-
- 1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 149, Tz 22, S. 23; Leffson (Grundsätze, 1970), S. 123 ff.
 - 2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 149, Tz 26, S. 25.
 - 3) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 157.

wahrheit nur die Pragmatik des Jahresabschlusses ausschlaggebend sein. Infolgedessen erfährt der Wahrheitsbegriff eine Relativierung. Der Jahresabschluß entspricht folglich einer "relativen Bilanzwahrheit", wenn er nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung erstellt wird¹⁾.

233. Prinzipien der Bilanzverknüpfung

Die Grundsätze der Bilanzverknüpfung beinhalten vorwiegend das Ziel der Vergleichbarkeit der Erfolgsausweise aufeinanderfolgender Jahresabschlüsse. Heinen unterscheidet die Bilanzidentität und die Bilanzkontinuität²⁾.

2331. Bilanzidentität

Das Prinzip der Bilanzidentität fordert die Gleichheit zweier Bilanzen zu einem bestimmten Zeitpunkt, d.h. die Schlußbilanz eines Geschäftsjahres und die Eröffnungsbilanz des folgenden Geschäftsjahres müssen ziffernmäßig in quantitativer und qualitativer Hinsicht völlig über-

1) Vgl. Gail (Reserven, 1969), S. 67; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 149.

2) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 147 f.; vgl. auch Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 161 ff.

einstimmen. Diese Übereinstimmung ergibt sich zwangsweise aus dem System der doppelten Buchführung. Die Salden der Erfolgs- sowie aktiven und passiven Bestandskonten werden über das Schlußbilanzkonto bzw. das Gewinn- und Verlustkonto abgeschlossen. Die Erfolgsziffer ergibt sich einmal als Saldo zwischen Aktiva und Passiva in der Bilanz und andererseits als Saldo zwischen Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Identität ergibt sich dadurch, daß die Bilanzpositionen der Schlußbilanz, die gleichzeitig Eröffnungsbilanz des neuen Geschäftsjahres ist, als Anfangsbestände auf die Hauptbuchkonten der neuen Rechnungsperiode verbucht werden. Somit ist gewährleistet, daß zwischen beiden Bilanzen kein Geschäftsvorfall liegt bzw. keine Bilanzposition hinzukommt oder verschwindet¹⁾. Die Bilanzidentität verhindert, daß durch den künstlichen Schnitt, den die Periodenerfolgsrechnung in die Totalerfolgsrechnung legt, der Totalerfolg nicht beeinträchtigt wird. Unterschiedliche Wertansätze ermöglichen zwar Ermessensspielräume und damit auch Gewinnverschiebungen. Der Totalerfolg wird dadurch nicht berührt, wohl aber die Gesamtsteuerbelastung der Totalperiode infolge von Steuertarifänderungen oder Steuerprogressionen.

1) Eine Unterbrechung des Grundsatzes der Bilanzidentität ist nur in durch Gesetz oder Rechtsprechung geregelten Sonderfällen zulässig. Ein Beispiel ist der Übergang von der RM-Schlußbilanz zur DM-Eröffnungsbilanz am 21.6.1948 durch die Währungsreform.

2332. Die Bilanzkontinuität

Das Prinzip der Bilanzkontinuität ermöglicht die formelle und materielle Vergleichbarkeit aufeinanderfolgender Bilanzen einer Aktiengesellschaft. Die formelle Bilanzkontinuität fordert die "Beibehaltung des äußeren Aufbaus"¹⁾. Dies bedeutet eine gleichbleibende Gliederung der Bilanz und der Erfolgsrechnung und gleiche Bezeichnung der Posten (Postenkontinuität) sowie gleiche inhaltliche Abgrenzung und Beibehaltung derselben Abschreibungsformen (direkte Abschreibung oder die indirekte Methode über ein Wertberichtigungskonto).

Die materielle Bilanzkontinuität, auch Bewertungsstetigkeit genannt, verlangt die Anwendung der in früheren Jahresabschlüssen angesetzten Bewertungsgrundsätze und die Beibehaltung der gleichen Wertansätze. Die materielle Bilanzkontinuität hat bisher weder im Handels- noch im Aktienrecht Eingang gefunden. Innerhalb der Bewertungswahlrechte können prinzipiell verschiedene Wertansätze gewählt werden. Bsp. ist es nach dem Aktienrecht erlaubt, die Herstellungskosten für fertige und unfertige Erzeugnisse in einem Geschäftsjahr auf Teilkostenbasis und im folgenden Geschäftsjahr auf Vollkostenbasis nach Abzug der kalkulatorischen Zusatzkosten in die Bilanz einzustellen. Weil aber bei Nichtbeachtung der Bewertungskontinuität der möglichst sichere Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Aktiengesellschaft wegen der fehlenden Vergleichbarkeit zu früheren Jahresabschlüssen fehlt, bezeichnet Wöhe dieses Prinzip als "Bestandteil der nicht kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung"²⁾. Um die

1) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 147.

2) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 167.

willkürliche Anwendung von Bewertungswahlrechten zur manipulativen Periodenerfolgsbeeinflussung auszuschalten, sind Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden und die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen im Geschäftsbericht zu erläutern¹⁾.

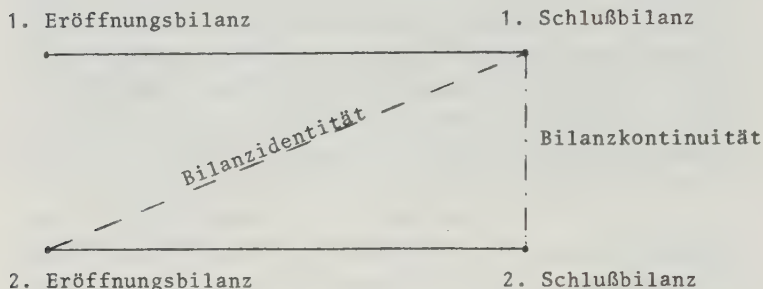
Die materielle Bilanzkontinuität beinhaltet auch das Prinzip des Wertzusammenhangs. Es verlangt, daß einmal in der Bilanz angesetzte Werte auch für nachfolgende Bilanzen maßgeblich sind. Anschaffungs- und Herstellungskosten übersteigende Wertansätze sind grundsätzlich nicht zulässig (Anschaffungswertprinzip). Dagegen darf für Anlagegüter, wenn die Voraussetzungen für außerplanmäßige Abschreibungen nicht mehr bestehen, wieder ein höherer Wert angesetzt werden, wobei jedoch auch die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die Wertobergrenzen bilden²⁾³⁾.

1) Vgl. § 160 Abs. 2 AktG.

2) Vgl. § 154 Abs. 2 AktG.

3) Das Steuerrecht schreibt zwingend in § 6 Abs. 1 Nr. 1 EStG die kontinuierliche Verbindung zwischen allen Werten des Anlagevermögens vor und läßt im Gegensatz zum Aktienrecht keine Werterhöhung über den letzten Bilanzansatz zu: "Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres zum Anlagevermögen des Steuerpflichtigen gehört haben, darf der Bilanzansatz nicht über den letzten Bilanzansatz hinausgehen". Der Steuergesetzgeber versucht hiermit, dem Bilanzierenden die Möglichkeit zu entziehen, den zu versteuernden Periodenerfolg derart zu manipulieren, daß in Verlustjahren möglichst hohe Wertansätze und in Gewinnjahren möglichst niedrige Wertansätze gewählt werden. Für nicht abnutzbare Güter des Anlagevermögens und für Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens gilt diese strenge Form des Wertzusammenhangsprinzips nicht. Wie in der Handelsbilanz, dürfen auch in der Steuerbilanz Wertsteigerungen bis zur Obergrenze der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten berücksichtigt werden. (Vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG).

Den Zusammenhang zwischen Bilanzidentität und Bilanzkontinuität soll das folgende Schaubild nochmals verdeutlichen:



24. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte

Die Bilanzierungs- und Bewertungspolitik ist neben der Rücklagenpolitik das wesentlichste Instrument, das in der Bilanz die Vermögens- und Kapitalstruktur und in der Gewinn- und Verlustrechnung die Erfolgsziffer zu beeinflussen imstande ist. Der Jahresabschluß als Ergebnis der Finanzbuchhaltung, einem Partialbereich des betrieblichen Rechnungswesens, der die zahlenmäßigen Konsequenzen des Betriebsgeschehens aufzeigt, dient der Rechnungslegung der Unternehmung. Das Unternehmungsmanagement will damit einen Rechenschaftsbericht der von ihm übernommenen Aufgaben den Bilanzadressaten

zur Verfügung stellen. Dieses Informationsmaterial ist als nachprüfbares Wissen zu interpretieren¹⁾. Da der ausgewiesene Bilanzgewinn neben der Funktion als Ausschüttungsgrundlage (Dividendenpolitik) von den Informationsempfängern häufig auch als Beurteilungsmaßstab für die wirtschaftliche Situation der Aktiengesellschaft angesehen wird, verfolgen die Bilanzierenden mit der Bilanzpolitik und ihrer Informationspolitik das Ziel, vor allem die externen Organisationsteilnehmer zu einem Verhalten zu bewegen, das primär die Interessen der Unternehmungsleitung berücksichtigt²⁾.

Neben der Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer kann das der Erfolgsfeststellung übergeordnete Ziel auch in der Steuerbelastungsvariation oder in der Beeinflussung der Liquidität gesehen werden. Sind die für Neuinvestitionen erforderlichen Finanzmittel nicht bzw. nur mit sehr hohen Zinskosten am Kapitalmarkt erhältlich, dann können durch die Bildung von Rücklagen Gewinne thesauriert werden und zur Selbstfinanzierung beitragen. Die Kapitalzuführung zu den offenen Rücklagen bedeutet gleichzeitig eine "Entscheidung über die Gewinnverwendung"³⁾, was eine geringere Gewinnausschüttung zur Folge hat und eventuell den Attitüdenstrukturen der Organisationsteilnehmer widersprechen kann.

1) Vgl. Scheider (Rechnungslegung, 1972), S. 576; Schneider (Renaissance, 1973), S. 30 f.

2) Vgl. Kappler (Informationsverhalten, 1972), S. 14 ff.

3) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 458.

Die Bildung und Auflösung offener Rücklagen beinhaltet erfolgsneutrale Kapitalbewegungen, während die Bildung und Auflösung stiller Rücklagen die Erfolgsziffer wesentlich beeinflussen kann. Bei der Bildung bzw. Auflösung stiller Rücklagen (Reserven) entsprechen sich Rücklagen- und Bewertungspolitik, weil stille Reserven meistens durch Bewertungsmaßnahmen entstehen, mit Ausnahme der Zwangsrücklagen, die allein dadurch entstehen, daß die Anschaffungskosten die Wertobergrenze bilden. Bei der Bildung stiller Reserven liegt ebenfalls eine Gewinnverwendung vor. Wöhe spricht von Gewinnverwendung durch Bewertungsmaßnahmen, "wenn durch buchtechnische Überhöhung des Periodenaufwands der ausgewiesene Bilanzgewinn vermindert wird, indem Teile des erzielten Gewinns 'still' an den Betrieb gebunden werden und damit eine Entscheidung über eine Nichtausschüttung getroffen wird (z.B. stark degressive Abschreibung, die weder durch technische noch durch wirtschaftliche Wertminderungsfaktoren begründet ist)"¹⁾.

Jede willkürliche oder absichtliche Bildung stiller Rücklagen, die allein darauf abzielt, den auszuweisenden Erfolg zu manipulieren, steht in krassem Widerspruch zum Prinzip der periodengerechten Erfolgsermittlung und damit auch zur Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Um beliebige Bewertungsmanipulationen auszuschließen, sieht Hintner in allen Buchführungs- und Bilanzierungsfragen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als obersten Maßstab und Richtschnur an²⁾. Das Vorsichtsprinzip als Aus-

1) Wöhe Bilanzpolitik, 1971), S. 459.

2) Vgl. Hintner (Bilanz, 1960), S. 523 ff.

druck des Gläubigerschutzgedankens kann bei entsprechender Bewertung zur Bildung stiller Rücklagen führen. Eine übermäßige Unterbewertung ist aber nicht Ausdruck des Vorsichtsprinzips¹⁾. "... there is nothing in the doctrine of conservatism (= Vorsichtsprinzip, A.d.V.) urging the accountant to understate assets or income"²⁾. Der Grundsatz des Gläubigerschutzes stand zwar im Vordergrund des AktG 1937, nicht aber im AktG 1965. Die Bilanzierungs- und Bewertungsnormen dieses Aktienrechts berücksichtigen gleichzeitig Gläubiger- und Aktionärschutz. An die Stelle des Höchstwertprinzips mit Bewertungsfreiheiten nach unten, wie es das AktG 1937 und alle früheren Aktiengesetze vorsahen, hat das AktG 1965 ein "System der festen Wertansätze"³⁾ gesetzt. In § 153 Abs. 1 AktG wird grundsätzlich bestimmt, daß Gegenstände des Anlagevermögens zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen oder Wertberichtigungen nach § 154 anzusetzen sind. Aus der Höchstwertvorschrift des § 133 Abs. 1 Satz 1 AktG 1937, in der es hieß: "... dürfen höchstens... angesetzt werden", ist ein "Fixwertprinzip"⁴⁾ geworden, das durch die Forderung " ..sind.. anzusetzen" seinen Ausdruck findet. Die Bildung stiller Willkürücklagen ist somit unterbunden, wohingegen durch den Grundsatz der Bestimmtheit einzelner Wertansätze⁵⁾ (Fixwertprinzip) im Rahmen des Anschaffungswertprinzips Zwangsrücklagen entstehen können.

1) Vgl. Saage (Grundsätze, 1967), S. 6.

2) Moyer/Mautz (Accounting, 1962), S. 46.

3) Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 377.

4) Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 377.

5) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), Vorbem. zu §§ 153 - 156, Tz 6, S. 357.

Die willkürliche Bildung stiller Reserven, die das Prinzip richtiger Periodenabgrenzung (im amerikanischen Sprachraum "accrual concept" genannt) unbeachtet läßt, wird von der amerikanischen Bilanzierungs- und Bewertungspraxis abgelehnt, "weil darin die Schaffung versteckten Eigenkapitals gesehen wird, über das keine Rechnungslegung erfolgt"¹⁾. Eine Nichtbeachtung des "accrual concept" ist als Verletzung der "accepted accounting principles" zu verstehen und deshalb vom Wirtschaftsprüfer aufzulösen. "When secret reserves are uncovered immediate correction of the accounts is the only proper course of action"²⁾.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Aktienrechts 1965 mögen zunächst den Eindruck starrer Festwertvorschriften vermitteln. Gleichwohl besteht ein nicht unerheblicher bilanzpolitischer Spielraum im Rahmen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze³⁾. Zu unterscheiden sind Bilanzierungswahlrechte, Wertansatzwahlrechte und Bewertungsmethodenwahlrechte.

241. Bilanzierungswahlrechte

Bilanzierungswahlrechte räumen dem Bilanzierenden die Möglichkeit ein, einen Vermögensgegenstand zu aktivieren oder eine Verbindlichkeit zu passivieren. Der Bilanzsteller hat eine Entscheidung über Ansatz oder Nichtansatz in der Bilanz zu treffen. Bilanzierungswahlrechte können in Aktivierungs- und Passivierungswahlrechte unterteilt werden. Die große Bedeutung der Bilanzierungswahl-

1) Kirchhoff (Sonderprüfung, 1971), S. 54 f.

2) Wixon (Accountants, 1957), S. 22.

3) Vgl. Kropff (Leitgedanke, 1964), S. 566.

rechte und -verbote liegt in der wesentlichen Beeinflussung des Erfolgsausweises, weil durch den Nichtansatz eines Aktivpostens der ausgewiesene Gewinn geringer wird. Analog verhält es sich bei den passiven Bilanzpositionen, über deren Ansatz oder Nichtansatz der Bilanzierende im Rahmen des Ermessensspielraumes zu entscheiden vermag. Grundsätzliche Voraussetzung für den Bilanzansatz ist, obwohl das Aktienrecht nur in Ausnahmefällen¹⁾ dazu explizite Stellung nimmt, die Bilanzierungsfähigkeit. Im Gegensatz zu einem Bilanzierungswahlrecht besteht eine Bilanzierungspflicht, wenn die Aktivierung bzw. Passivierung eines Bilanzobjektes obligatorisch ist. Die Bilanzierungsfähigkeit bestimmt sich im übrigen nach den GoB, deren Indeterminiertheit dem Bilanzierenden großen Gestaltungsspielraum nach subjektivem Ermessen eröffnet²⁾. Die Bilanzierungspflicht wird aus dem Prinzip der Vollständigkeit gemäß § 40 Abs. 2 HGB abgeleitet. Danach sind selbst Erinnerungsposten ("Merkmark") von Anlagewerten in der Bilanz anzusetzen. Bilanzierungswahlrechte über den Ausweis oder Nichtausweis eines Vermögensgegenstandes oder einer Verbindlichkeit sind nur in den vom Aktiengesetz eigens genannten Fällen anwendbar.

1) §§ 153 Abs. 3-5, 156 Abs. 3 und 348 Abs. 2 AktG.

2) Vgl. Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 88 f.; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 154 ff.

2411. Aktivierungswahlrechte

Das Aktienrecht nennt Aktivierungswahlrechte in § 153 Abs. 5 AktG für den derivativen Geschäfts- oder Firmenwert¹⁾, in § 153 Abs. 3 für entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte, in § 153 Abs. 4 Satz 2 für die Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes, in § 156 Abs. 3 für ein Disagio von Verbindlichkeiten oder Anleihen und in § 348 Abs. 2 für den Verschmelzungsmehrwert von Aktiengesellschaften. Aufgrund des Maßgeblichkeitsgrundsatzes ergibt sich für die Handelsbilanz nach § 6 Abs. 2 EStG ein Wahlrecht, geringwertige Wirtschaftsgüter zu aktivieren oder sofort abzuschreiben. Die Aktivierungswahlrechte eröffnen den Bilanzherstellern die Möglichkeit, die entsprechenden Geldbeträge als Aktivposten in die Bilanz einzustellen und über die Abschreibung auf mehrere Geschäftsperioden zu verteilen oder sofort als Gesamtaufwand in die Erfolgsrechnung gewinnmindernd einzustellen. Bei der Bewertung immaterieller Güter des Anlagevermögens ist einmal zwischen immateriellen Anlagewerten und Geschäftswert und zum anderen zwischen derivativen und originären Werten zu differenzieren. Zu den immateriellen Anlagewerten zählen bsp. gewerbliche Schutzrechte wie Patente, Konzessionen, Lizenzen, Marken-, Verlags- und Urheberrechte usw.. Der Geschäftswert kann seine Ursache in einem gut ausgebauten Kundenstamm, in einer hervorragend funktionierenden Organisation oder in einem ausgewählten Produktionsprogramm bzw. Sortimentsangebot haben.

1) Zur Berechnung des Geschäftswertes vgl. z.B. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 294 f.

rechte und -verbote liegt in der wesentlichen Beeinflussung des Erfolgsausweises, weil durch den Nichtansatz eines Aktivpostens der ausgewiesene Gewinn geringer wird. Analog verhält es sich bei den passiven Bilanzpositionen, über deren Ansatz oder Nichtansatz der Bilanzierende im Rahmen des Ermessensspielraumes zu entscheiden vermag. Grundsätzliche Voraussetzung für den Bilanzansatz ist, obwohl das Aktienrecht nur in Ausnahmefällen¹⁾ dazu explizite Stellung nimmt, die Bilanzierungsfähigkeit. Im Gegensatz zu einem Bilanzierungswahlrecht besteht eine Bilanzierungspflicht, wenn die Aktivierung bzw. Passivierung eines Bilanzobjektes obligatorisch ist. Die Bilanzierungsfähigkeit bestimmt sich im übrigen nach den GoB, deren Indeterminiertheit dem Bilanzierenden großen Gestaltungsspielraum nach subjektivem Ermessen eröffnet²⁾. Die Bilanzierungspflicht wird aus dem Prinzip der Vollständigkeit gemäß § 40 Abs. 2 HGB abgeleitet. Danach sind selbst Erinnerungsposten ("Merkmark") von Anlagewerten in der Bilanz anzusetzen. Bilanzierungswahlrechte über den Ausweis oder Nichtausweis eines Vermögensgegenstandes oder einer Verbindlichkeit sind nur in den vom Aktiengesetz eigens genannten Fällen anwendbar.

1) §§ 153 Abs. 3-5, 156 Abs. 3 und 348 Abs. 2 AktG.

2) Vgl. Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 88 f.; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 154 ff.

2411. Aktivierungswahlrechte

Das Aktienrecht nennt Aktivierungswahlrechte in § 153 Abs. 5 AktG für den derivativen Geschäfts- oder Firmenwert¹⁾, in § 153 Abs. 3 für entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte, in § 153 Abs. 4 Satz 2 für die Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes, in § 156 Abs. 3 für ein Disagio von Verbindlichkeiten oder Anleihen und in § 348 Abs. 2 für den Verschmelzungsmehrwert von Aktiengesellschaften. Aufgrund des Maßgeblichkeitsgrundsatzes ergibt sich für die Handelsbilanz nach § 6 Abs. 2 EStG ein Wahlrecht, geringwertige Wirtschaftsgüter zu aktivieren oder sofort abzuschreiben. Die Aktivierungswahlrechte eröffnen den Bilanzerstellern die Möglichkeit, die entsprechenden Geldbeträge als Aktivposten in die Bilanz einzustellen und über die Abschreibung auf mehrere Geschäftsperioden zu verteilen oder sofort als Gesamtaufwand in die Erfolgsrechnung gewinnmindernd einzustellen. Bei der Bewertung immaterieller Güter des Anlagevermögens ist einmal zwischen immateriellen Anlagewerten und Geschäftswert und zum anderen zwischen derivativen und originären Werten zu differenzieren. Zu den immateriellen Anlagewerten zählen bsp. gewerbliche Schutzrechte wie Patente, Konzessionen, Lizenzen, Marken-, Verlags- und Urheberrechte usw.. Der Geschäftswert kann seine Ursache in einem gut ausgebauten Kundenstamm, in einer hervorragend funktionierenden Organisation oder in einem ausgewählten Produktionsprogramm bzw. Sortimentsangebot haben.

1) Zur Berechnung des Geschäftswertes vgl. z.B. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 294 f.

Das Aktienrecht räumt nur bei entgeltlich erworbenen immateriellen, d.h. derivativen Werten ein Bilanzierungsrecht ein. Für selbstgeschaffene immaterielle (originäre) Güter des Anlagevermögens besteht in der Handels- und Steuerbilanz ein Aktivierungsverbot. Anschaffungskosten dürfen demnach, Herstellungskosten dürfen nicht aktiviert werden. Diesen Verhaltensregeln liegt die Vorstellung zugrunde, daß immaterielle Güter schwer schätzbar und deshalb unsichere Werte sind¹⁾. Aufgrund des Vorsichtsprinzips dürfen daher nur gekaufte immaterielle Werte, bei denen das Risiko geringer eingeschätzt wird als bei den selbstgeschaffenen, bilanziert werden. Diese dem Gläubigerschutz dienenden Vorschriften begründet Albach²⁾ mit dem Realisationsprinzip, weil die Aktivierung originärer Werte eine "Aktivierung von zukünftigen Gewinnen"³⁾ bedeuten würde. In Höhe der Herstellungskosten selbstgeschaffener immaterieller Werte entstehen stille Zwangsrücklagen.

Die Frage, ob immaterielle Werte, die keine Rechte repräsentieren, wie bsp. nicht geschützte Erfindungen, Kundenkarteien oder das "know how" unter das Bilanzierungswahlrecht fallen, wird von Saage⁴⁾ verneint, weil im aktienrechtlichen Bilanzierungsschema keine ent-

1) Vgl. Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 244; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 115, S.403.

2) Vgl. Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 378 f. Anderer Meinung sind Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 115, S. 403.

3) Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 379.

4) Vgl. Saage (Gewinnermittlung, 1969), S. 1710 f.; anders Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 115, S. 404.

sprechende Position ausgewiesen ist. Da aber eine erhöhte Transparenz nur im Sinne des Gesetzgebers und vor allem der Organisationsteilnehmer sein kann, ist diesem Formalismus von Ausweisivorschriften zu widersprechen.

Ein aktivierter derivativer Firmenwert ist nach § 153 Abs. 5 letzter Satz innerhalb von fünf Jahren abzuschreiben, unabhängig davon, ob eine Wertminderung stattgefunden hat oder nicht. Steuerrechtlich wird das aktienrechtliche Wahlrecht in § 5 Abs. 2 EStG zur Aktivierungspflicht. Der Steuergesetzgeber rechnet den derivativen Geschäftswert zu den nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern und untersagt deshalb eine regelmäßige Abschreibung (AfA¹⁾). Im Falle einer tatsächlich eingetretenen Wertminderung ist der niedrigere Teilwert anzusetzen.

Das Aktivierungswahlrecht beim derivativen Firmenwert, das seine Berechtigung - wie oben aufgezeigt - im Vorichtsprinzip findet, stellt im Falle der Nichtaktivierung einen eklatanten Verstoß gegen das Periodenverursachungsprinzip dar. Die Nichtbeachtung dieses Prinzips der Erfolgsspaltung verhindert eine periodengerechte Erfolgsermittlung. Auch das Aktivierungsverbot des originären Firmenwertes führt aus dem übergeordneten Gläubigerschutzprinzip zu einer Mißachtung der Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Äußerst problematisch wird die bilanzpolitische Bedeutung des derivativen Geschäftswertes durch die möglichen Anschaffungskostenmanipulationen bei vereinbartem Gesamtkaufpreis des Unternehmens. Bedenkt man, daß eine

1) AfA = Steuerliche Abschreibung: Absetzung für Abnutzung.

mathematisch genaue Berechnung des derivativen Firmenwertes nicht möglich ist, dann wird klar, daß Wertverschiebungen auf das materielle Anlage- und Umlaufvermögen und umgekehrt möglich sind¹⁾. Die sich hieraus ergebenden Erfolgsverschiebungen bzw. -verschleierungen lassen sich m.E. nicht einmal mit einem weitgefaßten Vorsichtsprinzip rechtfertigen.

Das Aktivierungswahlrecht der "Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft" (§ 153 Abs. 4 Satz 2) widerspricht streng genommen dem Bilanzierungsverbot des originären Firmenwertes. Der Gesetzgeber hat hier eine zeitlich befristete Bilanzierungshilfe zugelassen²⁾. Dies kommt der Aktiengesellschaft selbst und den Organisationsteilnehmern, besonders bestimmten Aktionärssatellitengruppen zugute. In der Regel entstehen in der Anlaufzeit wenig Erträge und sehr viele Aufwendungen. Durch die Ausnahmeregelung der "Aktivierung und Verteilung dieser ihrem Wesen nach nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen auf fünf Jahre"³⁾ kann die Aktiengesellschaft unter Umständen bereits im ersten oder zweiten Jahr an die Aktionäre Dividenden zahlen. Auch die Marktstellung und das Ansehen der Aktiengesellschaft wird wesentlich mehr gestärkt, wenn nicht bereits in den ersten Jahren nach der Gründung in den Jahresabschlüssen nur Verluste ausgewiesen werden.

1) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 481 ff.

2) Vgl. Saage (Gewinnermittlung, 1969), S. 1711.

3) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 485.

Aktiviert werden dürfen nur die erstmaligen Ingangsetzungskosten, nicht dagegen die Betriebskosten, die bei späteren Erweiterungen anfallen. Zu den Ingangsetzungskosten sind Kosten für die Einführungswerbemaßnahmen, Public relation-Aktionen, Kosten des Aufbaus der Innen- und Außenorganisation, Kosten der Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsorganisation usw. zu rechnen¹⁾. Voraussetzung für die Aktivierung²⁾ ist, daß die Abschreibungen, die innerhalb des Zeitraums von fünf Jahren mit mindestens einem Fünftel pro Periode anzusetzen sind, durch zukünftige Erträge verdient werden.

Übersteigt der Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen den Ausgabebetrag, dann darf der Unterschiedsbetrag unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite ausgewiesen werden³⁾. Dieses Disagio oder Damnum⁴⁾ ist "betriebswirtschaftlich als vorweg gezahlter Zins anzusehen und soll daher bei allen Verbindlichkeiten über die Laufzeit verteilt werden können"⁵⁾. Dagegen sind Emissionskosten wie Prospekt-, Werbe- und Druckkosten im Emissionsjahr als Aufwendungen in die Gewinn- und Verlustrechnung einzustellen.

-
- 1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 125, S. 408 f.; Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung, 1970), § 153, Anm. 84 f., S. 303 f.
 - 2) Die aktivierten Ingangsetzungskosten erscheinen unter der Position 3 "Andere aktivierte Eigenleistungen" in der Gewinn- und Verlustrechnung. Vgl. § 157 Abs. 1 AktG.
 - 3) Vgl. 156 Abs. 3 Satz 1 AktG.
 - 4) Bei der Emission von Anleihen heißt der Unterschiedsbetrag Disagio, bei der Einräumung eines hypothekarisch gesicherten Kredits Damnum.
 - 5) Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 248.

Erstellt die Unternehmungsleitung den Jahresabschluß unter dem Zielaspekt einer periodengerechten Erfolgs-ermittlung, dann ist der Differenzbetrag zu aktivieren und auf die Laufzeit des Darlehens abzuschreiben. Wird andererseits der Unterschiedsbetrag im Jahre der Entstehung der Verbindlichkeit - als Ergebnis des Wahlrechts - voll als Aufwand verrechnet, dann wird das Kausalitätsprinzip völlig außer Acht gelassen und damit die Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung mißachtet.

Das Steuerrecht trägt der Erfolgsspaltung insofern Rechnung, als für den Unterschiedsbetrag eine Aktivierungspflicht besteht und auf die Laufzeit der Verbindlichkeit in gleichen Jahresbeträgen abzuschreiben ist¹⁾.

Eine weitere Bilanzierungshilfe bildet bei der Verschmelzung von Aktiengesellschaften das Aktivierungswahlrecht für den Verschmelzungsmehrwert. Für die übernehmende Gesellschaft gelten gem. § 348 Abs. 1 AktG die in der Schlußbilanz der Übertragenden Gesellschaft angesetzten Werte als Anschaffungskosten. Eine Neubewertung der übertragenen Vermögensgegenstände ist nicht gestattet. Sind stille Reserven in den übernommenen Vermögenswerten enthalten, dann wird die Gegenleistung über den Buchwerten liegen. In Höhe des Differenzbetrages wäre ein Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Um aber das Periodenergebnis nicht übermäßig zu belasten, gestattet § 348 Abs. 2 AktG, den Verschmelzungsmehrwert als gesonderten Posten innerhalb des Anlagevermögens auszuweisen, wenn die übernehmende Gesellschaft das Grundkapital erhöht hat. Der aktivierte Betrag ist in nicht mehr als fünf Jahren abzu-

1) Vgl. BFH-Urteil v. 29.6.1967, BStBl. 1967, S. 670; Abschn. 37 Abs. 3 EStR 1969.

schreiben. Wie beim derivativen Firmenwert ergibt sich hier die gleiche Problematik in bezug auf die tatsächliche Wertänderung¹⁾.

§ 6 Abs. 2 EStG räumt der Aktiengesellschaft ein Aktivierungswahlrecht für sog. geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) ein, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten dürfen vermindert um den darin enthaltenen Vorsteuerbetrag und eventuell anfallenden Skontoabzügen, 800,-- Deutsche Mark für das einzelne Wirtschaftsgut nicht übersteigen.
2. Ein geringwertiges Wirtschaftsgut muß einer selbständigen Bewertung und Nutzung fähig sein.
3. Ein geringwertiges Wirtschaftsgut muß zum beweglichen abnutzbaren Anlagevermögen zählen.

Aufgrund des Maßgeblichkeitsprinzips der Handelsbilanz für die Steuerbilanz ist eine hundertprozentige Abschreibung in der Steuerbilanz nur zulässig, wenn auch in der Handelsbilanz keine Aktivierung erfolgt. Die Kannvorschrift des

-
- 1) Der Verschmelzungsmehrwert kann sich in bezug auf die fünfjährige Abschreibungszeit wie folgt ändern:

1. Die stillen Reserven bleiben in Höhe des Verschmelzungsmehrwertes bestehen.
2. Die stillen Reserven steigen aufgrund erhöhter Verkehrswerte.
3. Die stillen Reserven zehren sich bis zum Ende des Fünfjahreszeitraumes auf.

Nur im dritten aufgezeigten Fall würde am Ende der fünften Abschreibungsperiode die tatsächliche Wertminderung des Verschmelzungsmehrwertes insgesamt auch den gesamten Abschreibungen während der fünf Jahre entsprechen.

Fraglich ist aber weiterhin, ob in den einzelnen Perioden die tatsächliche Wertminderung den jeweiligen Abschreibungen entsprochen hat.

Eine periodengerechte Erfolgsermittlung ist deshalb auch beim Aktivierungswahlrecht für den Verschmelzungsmehrwert äußerst selten anzunehmen.

§ 6 Abs. 2 EStG führt hier praktisch zu einer Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes. Aus dynamischer Bilanzbetrachtung verstößt eine "Sofortabschreibung" gegen die Abgrenzungsfunktion "Ausgabe noch nicht Aufwand". Durch die Aufwandsantizipation erfolgt eine Gewinn- und Steuer- verlagerung auf nachfolgende Perioden. Eine derartige Selbstfinanzierungspolitik kann mitunter von Nachteil sein, wenn rein aus steuerpolitischen Gründen Investitionen erfolgen, deren Rentabilität in Frage gestellt werden müssen¹⁾.

2412. Passivierungswahlrechte

Passivierungswahlrechte sind bei den Rückstellungen gem. § 152 Abs. 7 AktG, den Sonderposten mit Rücklageanteil gem. § 152 Abs. 5 AktG, den Pauschalwertberichtigungen gem. § 152 Abs. 6 AktG und der Lastenausgleichsvermögensabgabe gem. § 218 LAG feststellbar.

Rückstellungen²⁾ sind bei statischer bilanztheoretischer Betrachtung Verbindlichkeiten, die dem Verpflichtungsgrunde nach am Bilanzstichtag zu erwarten sind, deren Höhe und Fälligkeit aber noch ungewiß ist. Hierbei genügt es, wenn die Schuld in der Abrechnungsperiode wirtschaftlich begründet wurde.

Die Ursachen für die Bildung von Rückstellungen ist aus der Sicht dynamischer Bilanzauffassung in erster Linie in der richtigen periodengerechten Erfolgsabgrenzung zu sehen. Danach sind Rückstellungen "Aufwendungen noch nicht

1) Von besonderem Interesse bei geringwertigen Wirtschaftsgütern ist bei Bestehen einer Investitionssteuerverpflicht, daß für diese Wirtschaftsgüter keine Investitionssteuer zu entrichten ist.

2) Zur Bilanzierung von Rückstellungen vgl. insbes. die Habilitationsschrift von Kupsch (Rückstellungen, 1973).

Ausgaben" gewissermaßen Abgrenzungsposten, die den Perioden zuzurechnen sind, in denen sie nach dem Kausalitätsprinzip verursacht worden sind. Aufgrund des Vorsichtsprinzips im allgemeinen und des Imparitätsgrundsatzes im besonderen sind Rückstellungen gewissermaßen als Eventualverbindlichkeiten oder Verluste zu antizipieren¹⁾.

Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt erfüllen Rückstellungen auch eine Finanzierungsfunktion²⁾. Die Liquiditätssituation der Aktiengesellschaft kann von der Art und der Höhe der Rückstellungen wesentlich beeinflusst werden. Da Rückstellungen für Aufwendungen gebildet werden, die erst in späteren Perioden zu Ausgaben führen, stehen die Geldbeträge in Höhe der Rückstellungen der Aktiengesellschaft bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Auszahlung für anderweitige finanzpolitische Dispositionen zur Verfügung. Rückstellungen sind wirtschaftlich als Fremdkapital zu betrachten, das der Aktiengesellschaft nicht vom externen Bereich zugeführt wird, sondern durch den betrieblichen Umsatzprozeß entsteht. Ohne die Bildung von Rückstellungen wären die entsprechenden Geldbeträge als Gewinne ausgewiesen worden und hätten unter Umständen die Aktiengesellschaft in Form von Ausschüttungen verlassen.

1) Einen Systematisierungsvorschlag für die Bildung möglicher Rückstellungsarten, aufbauend auf der dynamischen Bilanztheorie, findet sich bei Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 380 f.

2) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 262.

Die Aktiengesellschaft kommt weiter in den Genuß einer Ertragssteuerersparnis¹⁾. Der Finanzierungseffekt der Rückstellungen wächst mit deren Laufzeit; demnach ist er bei Pensionsrückstellungen am größten, solange die laufenden Pensionszahlungen kleiner sind als die Zuführungen zu den Rückstellungen. Daher steht in einer Aktiengesellschaft bei der Neueinführung einer betrieblichen Altersversorgung besonders bei einem jungen Mitarbeiterteam zinsloses Fremdkapital oft über Jahrzehnte zur Verfügung.

Das Aktienrecht bezeichnet in § 152 Abs. 7 die Zwecke, für die Rückstellungen gebildet werden dürfen. Damit werden gleichzeitig Rückstellungen für andere Zwecke ausgeschlossen. In dieser Einschränkung sehen Adler/Düring/Schmaltz eine stärkere Betonung des statischen Charakters der Rückstellungen²⁾. Im einzelnen handelt es sich um folgende Rückstellungsarten:

1. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten,
2. Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften,
3. Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung oder Abraumbe-seitigung, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden,

1) Erfolgen die Zuführungen zu den Rückstellungen im steuerlich zulässigen Rahmen, so vermindert sich in Höhe dieses Betrages der steuerpflichtige Gewinn- und Gewerbeertrag. Folglich wird die Körperschafts-, Einkommen- und Gewerbeertragssteuer vermindert. Pensionsrückstellungen haben auch auf die Ermittlung der Gewerkekaptal- und Vermögenssteuerbelastung Einfluß, da sie als Fremdkapital einzustufen sind. (Vgl. BFH-Urteil vom 4.12.1962, BStBl. 1963, S. 93; § 12 Abs. 2 Ziff. 1 GewStG und § 104 Abs. 1 BewG).

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 102, S. 327. Anderer Ansicht ist Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 382.

4. Rückstellungen für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden und
5. Pensionsrückstellungen.

Die Gesetzesformulierung in § 152 Abs. 7 AktG, daß bestimmte Rückstellungsarten gebildet werden "dürfen", bedeutet nicht, daß in der aktienrechtlichen Bilanz ein allgemeines Passivierungswahlrecht für die obengenannten Rückstellungen besteht. Vielmehr ist die Frage nach der Passivierungspflicht oder dem Passivierungswahlrecht nach den GoB zu beurteilen¹⁾. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und für Verluste aus schwebenden Geschäften unterliegen deshalb der Passivierungspflicht, weil nach dem Imparitätsgrundsatz bereits drohende Verluste oder Verbindlichkeiten im Zeitpunkt des Erkennens vor einer Realisierung in der Bilanz zu antizipieren sind²⁾. Ansonsten würde die Vermögens- und Ertragslage zu günstig ausgewiesen.

Großer bilanzpolitischer Spielraum besteht beim Passivierungswahlrecht für Pensionsrückstellungen. Pensionsansprüchen begründen echte Verbindlichkeiten³⁾ mit Ungewisschheitscharakter⁴⁾ gegenüber den Arbeitnehmern, denen die Pensionen aufgrund ihrer langjährigen Mitarbeit zugesichert wurden. Das Postulat einer periodengerechten Erfolgsermitt-

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 157, S. 342.

2) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 391, Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 152, Anm. 77, S. 241.

3) Davon zu unterscheiden sind unechte Verbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten gegenüber der Unternehmung selbst darstellen. Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 96, S. 324.

4) Es handelt sich hier um ungewisse Verbindlichkeiten, weil der Zeitpunkt der ersten Pensionszahlung und der Zeitraum der Ruhegehaltszahlungen und evtl. der Zahlungen an die Hinterbliebenen nicht bekannt ist.

lung kann jedoch nur in einer Passivierungspflicht für Pensionsrückstellungen bestehen, weil die Pensionsanswartschaften ursächlich während der Zugehörigkeit der Mitarbeiter zur Aktiengesellschaft entstanden sind¹⁾ und nicht erst im Zeitpunkt der tatsächlichen Ausgabe. Trotz dieser betriebswirtschaftlichen Überlegungen hat sich der Gesetzgeber für ein Bilanzierungswahlrecht ausgesprochen und folgt somit dem umstrittenen BGH-Urteil²⁾, das ausdrücklich das Bilanzierungswahlrecht für Pensionsrückstellungen bestätigt. Die Aktiengesellschaften haben also ein Wahlrecht zwischen der Bildung von Rückstellungen für Pensionsverbindlichkeiten oder der Erfüllung der Versorgungsverpflichtungen bei Eintritt des Pensionsfalles. Im Sinne des Periodenverursachungsprinzips und der Erfolgsspaltung kann allein die Bildung von Pensionsrückstellungen gutgeheißen werden; die effektiven Pensionszahlungen sind dann erfolgsneutral. Werden jedoch die Pensionszahlungen erst als Aufwendungen den jeweiligen Geschäftsperioden angelastet, dann wird die Erfolgsziffer zu niedrig ausgewiesen, während vor Eintritt der Ruhegehaltszahlungen die Periodenerfolge zu hoch ausgewiesen werden. Hier wird auch die weittragende Problematik dieses Wahlrechts überdeutlich. Werden nämlich die zu hoch ausgewiesenen Gewinne an die Aktionäre und den Fiskus (Steuern) verteilt, dann sind die eingegangenen Pensionsverpflichtungen nicht mehr durch entsprechende Vermögenswerte abgedeckt, wenn nicht gleichzeitig ein echter Substanzverlust

1) Pensionen sind wirtschaftlich als Personalkosten zu betrachten.

2) Vgl. BGH-Urteil vom 27.2.1961 - II ZR 292/59, BGHZ 34, S. 324. Zur Kritik dieses Urteils vgl. z.B. Adler/Forster (Pensionsrückstellungen, 1961), S. 301 ff.; Havermann (Pensionsverpflichtungen, 1961), S. 985 ff.

in Kauf genommen werden soll. Den Organisationsteilnehmern wird ein zu günstiger Eindruck von der Vermögens- und Ertragslage der Aktiengesellschaft vermittelt, weil durch den Nichtausweis der echten Pensionsverbindlichkeiten die Vermögenswerte der Aktiengesellschaft zu hoch erscheinen, die zum Teil bereits den Mitarbeitern zustehen.

Eine willkürliche Auflösung von Pensionsrückstellungen wird in der Literatur überwiegend abgelehnt, weil darin ein Verstoß gegen die GoB gesehen wird¹⁾.

Das Steuerrecht gestattet gemäß § 6 a Abs. 1 EStG die Bildung von Rückstellungen für Pensionsverbindlichkeiten nur, wenn für die Pensionszusage eine rechtsverbindliche Verpflichtung in Schriftform vorliegt ohne Vorbehalte, nach denen der Arbeitgeber die Pensionsanswartschaft oder -leistung nach freiem Ermessen widerrufen könnte.

Ein echtes Wahlrecht besteht auch für Instandhaltungs- oder Abraumbeseitigungsrückstellungen. Das Aktien- und das Steuerrecht erlauben nur den Ansatz dieser gesetzlich angeführten Aufwandsrückstellungen²⁾. Andere während des Geschäftsjahres geplante, aber unterlassene Aufwendungen, bsp. für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten oder für Werbemaßnahmen, dürfen nicht im Jahresabschluß berücksichtigt werden. Solche Aufwandsperiodisierungen entsprechen den Grundsätzen dynamischer Bilanzfassung "Aufwand noch nicht Ausgabe" und ermöglichen

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 162, S. 344 f.; Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 152, Anm. 82, S. 243 f.; Adler/Forster (Pensionsrückstellungen, 1961), S. 301 ff.

2) Vgl. Arbeitskreis Chemie (Bewertungsvorschriften, 1966), S. 60; Kropff (Grundsätze, 1966), S. 59. Albach lehnt wegen des Vergleichbarkeitsgrundsatzes das Wahlrecht ab und verlangt deshalb die Passivierungspflicht, Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 382.

somit eine periodengerechte Erfolgsermittlung. Diese Ausnahmeregelung, die von der statischen in der Handelsbilanz vorherrschenden Auffassung "Aufwand- ungewisse Verbindlichkeit" abweicht, wurde primär aus steuerlichen Gründen getroffen, weil die bisherige steuerliche Anerkennung dieser Rückstellungsarten auch in Zukunft gewährleistet werden sollte¹⁾. Die Bildung der Rückstellungen ist an die Voraussetzungen geknüpft, daß die unterlassene Instandhaltung oder Abraumbeseitigung im abgelaufenen Geschäftsjahr entstanden sein muß und im folgenden Jahr nachgeholt werden muß²⁾. Die Nachholfrist, wie sie nach dem Aktienrecht für Instandhaltungsarbeiten während des gesamten folgenden Geschäftsjahres ausreicht, hat keine Gültigkeit für den steuerrechtlichen Jahresabschluß. Danach können bei der steuerlichen Erfolgsermittlung Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung allenfalls gebildet werden, wenn die Arbeiten für die Instandhaltung innerhalb von drei Monaten nach dem Bilanzstichtag begonnen und auch vollendet werden³⁾.

In Anlehnung an das Steuerrecht schreibt das Aktienrecht in § 152 Abs. 5 vor, passive Bilanzpositionen, die auf steuerlichen Vorschriften beruhen, gesondert auf die Passivseite unter II a "Sonderposten mit Rücklageanteil" auszuweisen.

-
- 1) "Die steuerliche Anerkennung setzt .. nach dem Grundsatz, daß die Steuerbilanz der Handelsbilanz folgt, voraus, daß die Rückstellungen auch in der Handelsbilanz gebildet werden. Ihre steuerliche Anerkennung wäre gefährdet, wenn sie in der Handelsbilanz nicht gebildet werden dürften". Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 237.
 - 2) Vgl. § 152 Abs. 7 Ziff. 1 AktG.
 - 3) Vgl. BFH-Urteil vom 15.2.1955 - I 54/54, BStBl. 1955 III, S. 172 f.; BFH-Urteil vom 19.3.1975 - I R 182/73, BStBl. 1975 II, S. 535 f.

Da Rücklagen normalerweise aus versteuerten Gewinnen gebildet werden, sind die vom Steuergesetzgeber vorgesehenen ertragssteuerlichen abzugsfähigen Rücklagen als Sonderposten im Jahresabschluß anzugeben¹⁾. Das gemeinsame Merkmal der Sonderposten ist darin zu sehen, daß sie in der Regel nur vorübergehend der Ertragsbesteuerung entgehen. Es handelt sich nicht um eine endgültige Steuerbefreiung, sondern nur um ein Hinauszögern der Steuerbelastung. Die Sonderposten sind gleichsam Mischposten aus Eigen- und Fremdkapital und zählen deshalb teils zu den Rückstellungen, teils zu den Rücklagen²⁾. "Besonders deutlich zeigt sich der Rückstellungscharakter darin, daß der genaue Zeitpunkt der endgültigen Realisation und Versteuerung sowie die Höhe der Steuerverbindlichkeit ungewiß"³⁾ ist. Da in der Handelsbilanz ein Passivierungswahlrecht für diese Sonderposten besteht, z.B. für die steuerfreie Rücklage gemäß § 6 b EStG zur Übertragung von stillen Reserven auf Ersatzwirtschaftsgüter oder für die Preissteigerungsrücklage gemäß § 74 EStDV, muß in der Regel aufgrund des Maßgeblichkeitsgrundsatzes und der

1) Gem. § 158 Abs. 6 sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil zwischen den Positionen 13 und 14 in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen und Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil zwischen den Positionen 25 und 26.

2) Vgl. Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 157.

3) Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 157.

steuerlichen Anerkennung dieses Sonderpostens in der Handelsbilanz eine Rücklage gebildet werden^{1) 2)}.

Ein Passivierungswahlrecht ist "in Verbindung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung bei den Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen anzunehmen, da diese in den Bewertungsvorschriften nicht geregelt sind"³⁾.

Folglich liegt die Passivierung des allgemeinen Kreditrisikos im Ermessensbereich des Bilanzierenden. Das allgemeine Kreditrisiko⁴⁾ ergibt sich bsp. bei einer Konjunkturabschwächung, bei einem Modewandel oder bei verschärfter Konkurrenz.

Der Ermessensspielraum ist hier in zweifacher Form problematisch. Einmal darf der Bilanzersteller das allgemeine Kreditrisiko passivieren. In diesem Fall ist die Bezeichnung "Pauschalwertberichtigung zu Forderungen" zwingend⁵⁾. Die Festsetzung der Höhe dieser Wertberichtigung liegt offensichtlich allein beim Bilanzierenden. Andererseits, wenn die Organisationsteilnehmer diese Pauschalwertberichtigung

-
- 1) Gem. Abschn. 228 Abs. 5 EStR ist für die steuerliche Anerkennung der Preissteigerungsrücklage kein Ansatz in der Handelsbilanz erforderlich. In diesem Fall muß die Unternehmung aber nach dem Periodenverursachungsprinzip in Höhe der voraussichtlichen Ertragssteuerbelastung eine Rückstellung bilden. Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 70, S. 312 f.; Kropff (Grundsätze, 1966), S. 60.
 - 2) Zu den Sonderposten im einzelnen vgl. die Aufzählungen bei Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 73, S. 313 f.. Als weitere Literaturquellen zu den Sonderposten mit Rücklageanteil vgl. Peupelmann (Rücklagenanteil, 1969), S. 2045 ff.; Göbel (Sonderposten, 1973), S. 1361 ff.
 - 3) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 64; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 91, S. 322 f.
 - 4) Davon zu unterscheiden ist das spezielle Risiko, das sich z.B. in einer bestimmten Branche ergeben kann.
 - 5) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 91, S. 322 f.

in der Bilanz vermissen, kann das allgemeine Risiko auch durch eine aktivische Absetzung vom Forderungsbestand Berücksichtigung gefunden haben¹⁾. Diese Saldierungsmöglichkeit ist als eindeutiger Verstoß gegen den Grundsatz der Bilanzklarheit zu interpretieren. In bezug auf die Erfolgsspaltung findet hier auch das Bruttoprinzip keine Beachtung.

Die Rechtsgrundlage für das Passivierungswahlrecht der Lastenausgleichsvermögensabgabe²⁾ bildet § 218 LAG. Danach ist es den Aktiengesellschaften freigestellt, die Vermögensabgabe ganz oder teilweise zu passivieren. Entweder ist die Verbindlichkeit als gesonderte Rücklage zwischen den gesetzlichen und freien Rücklagen auszuweisen³⁾ oder es ist im Falle der Nichtbilanzierung unter dem Bilanzstrich ein Vermerk über den Gegenwartswert der Schuld erforderlich⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 152, Anm. 56, S. 227 f. Anderer Ansicht ist Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 132; er verneint eine aktivische Absetzung vollkommen.
 - 2) Das Lastenausgleichsgesetz hatte sich zur Aufgabe gestellt, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kriegs- u. Kriegsfolgeschäden auf alle zu erreichen. Durch die Lastenausgleichsvermögensabgabe sollte über den Lastenausgleichsfonds ein Ausgleich gewährleistet werden. Bezugspunkt für die Vermögensabgabe war das im Jahre 1948 vorhandene Vermögen. Regelung durch Gesetz über den Lastenausgleich (LAG) vom 14.8.1952, zuletzt geändert durch das 26. Gesetz zur Änderung des LAG vom 24.8.1972 (BGBl. 1972 I, 1537).
 - 3) Vgl. Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 151, Anm. 100, S. 172.
 - 4) Vgl. dazu Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 151, Tz 310, S. 274 f.

242. Bewertungswahlrechte

Die aktienrechtliche Bewertungskonzeption beruht einerseits auf der Erkenntnis, daß es den absolut richtigen Wert nicht gibt, weil der Jahresabschluß immer auf den subjektiven Zielvorstellungen der Bilanzierenden¹⁾ aufbaut. Andererseits sind absehbare Risiken im Jahresabschluß, bedingt durch das Vorsichtsprinzip, zu berücksichtigen. Deshalb hat der Gesetzgeber den Bilanzerstellern bestimmte Bewertungswahlrechte zugestanden.

Maßgebend für die Bewertung aller Vermögensgegenstände sind die Anschaffungskosten oder bei selbsterstellten Gegenständen die Herstellungskosten. Die anzusetzenden Werte sind jedoch nicht eindeutig bestimmt. Vielmehr stehen oft mehrere Wertbestimmungsmethoden zur Wahl. Insofern besteht der "Grundsatz der Methodenfreiheit"²⁾. Es kann gleichsam von Bewertungsmethodenwahlrechten gesprochen werden. Dazu zählen die gesetzlich zulässigen Abschreibungsmethoden, die Verfahren der Fest- und Gruppenbewertung und die Bewertungsmethoden gleichartiger Vorräte. Daneben enthalten die Bewertungsvorschriften des Aktienrechts Wertansatzwahlrechte in Form von Aufwertungs- und Abwertungswahlrechten³⁾.

1) Darin ist nicht unbedingt ein Widerspruch zu den Attitüdenstrukturen der nicht bilanzierenden Organisationsteilnehmer zu sehen.

2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), §§ 153-156, Tz 9, 359.

3) Vgl. Kropff (Leitgedanken, 1964), S. 566.

2421. Wertansatzwahlrechte

Entfallen in späteren Perioden die Gründe vorgenommener außerplanmäßiger Abschreibungen, so ermöglichen die Aufwertungswahlrechte, zu hoch angesetzte Abschreibungen durch Zuschreibungen aufzuheben oder den niedrigeren Wertansatz beizubehalten. Somit besteht bei nicht mehr existenten Wertminderungen kein Zwang zur Zuschreibung. Das Beibehaltungsrecht (§ 154 Abs. 2 Satz 2 AktG) führt simultan zu stillen Reserven, deren Bildung der Gesetzgeber im Interesse der Bewertungskontinuität bewußt in Kauf genommen hat¹⁾.

Die Abwertungswahlrechte ermöglichen bei nicht als nachhaltig angesehenen Wertminderungen, Gegenstände des Anlagevermögens mit dem niedrigeren Wert, der ihnen am Abschlußstichtag beizulegen ist, anzusetzen, oder dem Wert, der für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird (§ 154 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 AktG). Weiter dürfen Gegenstände des Umlaufvermögens mit einem niedrigeren Wert angesetzt werden, soweit dieser bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zu verhindern, daß in der nächsten Zukunft der Wertansatz dieser Gegenstände aufgrund von Wertschwankungen geändert werden muß (§ 155 Abs. 3 Ziff. 1 AktG).

Um dem Vorsichtsprinzip und damit dem Gläubigerschutz Rechnung zu tragen, hat die Bewertung im aktienrechtlichen Jahresabschluß nach den Grundsätzen des Realisations- und Imparitätsprinzips zu erfolgen. In bezug auf die Abwertungswahlrechte nimmt das Niederstwertprinzip als konkrete Erscheinungsform des Imparitätsprinzips im Rahmen der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften eine zentrale

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 86 ff., S. 460 ff.

Stellung ein¹⁾. Es besagt, daß bei der Bewertung von Bilanzpositionen von mehreren zur Verfügung stehenden Werten -

1. den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten,
2. dem Börsen- oder Marktpreis und
3. dem Wert, der den Gegenständen am Bilanzstichtag beizulegen ist -

stets der aus diesem Vergleich hervorgehende niedrigste Wert anzusetzen ist. Vom erfolgsrechnerischen Standpunkt aus kann das Niederstwertprinzip "unter Umständen zu einer ungleichmäßigen Erfolgsverteilung auf die einzelnen Abrechnungsperioden führen. Bei stark sinkenden Preisen gegen Schluß einer Abrechnungsperiode wird der gesamte, nicht realisierte Verlust unter Umständen einer einzigen Periode zugerechnet und das negative Ergebnis verschärft, während andererseits eine Preissteigerung erst in der Periode berücksichtigt werden kann, in der die Gewinne realisiert werden. Dies bedeutet, daß bei sinkenden Preisen einzelne Abrechnungsperioden besonders ungünstig abschneiden"²⁾. Das Niederstwertprinzip als aktienrechtliche Konkretisierung des Imparitätsprinzips, ist allein durch das Vorsichtsprinzip zu erklären³⁾. Es ist in zwei Ausprägungen konzipiert, und zwar als strenge sowie als gemilderte Vorschrift.

1) Vgl. Koch (Problematik, 1957), S. 1 ff., S. 31 ff., S. 60 ff.; Leffson (Grundsätze, 1970), S. 211 ff.; (Niederstwertvorschrift, 1967), S. 57 ff.

2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 148, S. 533.

3) Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 231 dieser Arbeit.

In § 155 Abs. 2 AktG ist für die Gegenstände des Umlaufvermögens ein strenges Niederstwertprinzip verankert. Der niedrigere Alternativwert muß angesetzt werden, ganz gleich, ob es sich um eine voraussichtlich dauernde Wertminderung handelt oder nicht, wenn der Börsen- oder Marktpreis am Abschlußstichtag oder, falls dieser nicht festzustellen ist, der den Gegenständen beizulegende Wert unter den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten liegt. Der obligatorische Charakter dieser Vorschrift hat zur Folge, daß bei einem Unterbleiben des niedrigeren Wertansatzes der Tatbestand einer Überbewertung gegeben ist. Das wiederum kann gemäß § 256 Abs. 5 AktG zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses führen.

Problematisch ist die Bestimmung des Niederstwertes, weil dem Gesetz nicht zu entnehmen ist, ob dafür der Beschaffungs- oder Absatzmarkt maßgeblich ist. Nach herrschender Meinung sind Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie unfertige und fertige Erzeugnisse, die am Markt durch Fremdbezug erworben werden können, mit Beschaffungsmarktpreisen zu bewerten, weil im möglichen Fremdbezug eine enge Verbindung zum Beschaffungsmarkt gesehen wird¹⁾. Unfertige und fertige Produkte, für die eine Fremdbezugsmöglichkeit nicht besteht und Überbestände von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, sind mit Absatzmarktpreisen zu bewerten. Für die Bewertung von Handelswaren, Wertpapieren und Überbeständen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen wird

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 151 ff., S. 533 ff.; Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 598 f.; Arbeitskreis Chemie (Bewertungsvorschriften, 1966), S. 52; Mellerowicz/Brönner sind der Meinung, daß grundsätzlich ein Wahlrecht besteht. Einen Zwang zum Ansatz eines bestimmten Wertes gibt es nicht. "Es ist für den Betrieb allein wichtig, welchen Wert der Gegenstand für die Unternehmung hat". Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 155, Anm. 33, S. 349.

die Berücksichtigung der Preisverhältnisse sowohl am Beschaffungs- als auch am Absatzmarkt gefordert. Bei dieser qualifizierten Maßgeblichkeit, auch doppeltes¹⁾, dreifaches²⁾ oder qualifiziertes³⁾ Niederstwertprinzip genannt, ist für die Bestandsbewertung der niedrigste Wert anzusetzen, der sich aus dem Vergleich der Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskosten mit den um Verkaufsaufwendungen verminderten Absatzpreisen und mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ergibt. Obgleich für unfertige und fertige Erzeugnisse ohne Fremdbezugsmöglichkeit grundsätzlich die Absatzmarktpreise maßgeblich sind, ist es zulässig, wenn die Reproduktionskosten gesunken sind, das doppelte bzw. qualifizierte Niederstwertprinzip anzuwenden⁴⁾.

Hier stellt sich die Frage, ob das Niederstwertprinzip, wie es nach herrschender Ansicht verstanden wird, sinnvoll ist, und vor allem mit den GoB in Einklang gebracht werden kann.

Nach herrschender Meinung wird für die Bewertung des Umlaufvermögens von den Zuordnungskriterien der Fremdbezugsmöglichkeit und dem Überbestandscharakter der Gegenstände ausgegangen. Danach impliziert ein möglicher Fremd-

1) Vgl. Koch (Problematik, 1957), S. 2.

2) Vgl. Leffon (Niederstwertvorschrift, 1967), S. 59; (Grundsätze, 1970), S. 247 f.

3) Vgl. Schweitzer (Bilanz, 1972), S. 136 ff. Hier wird zwischen einfachem und qualifiziertem Niederstwertprinzip unterschieden. Beim einfachen Niederstwertprinzip ergibt sich der Niederstwert durch den Vergleich zweier Wertkategorien. Beim qualifizierten Niederstwertprinzip sind mehr als zwei Wertkategorien vorgegeben.

4) Vgl. Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 599; Forster (Bewertung, 1966), S. 24.

bezug der Güter des Umlaufvermögens eine Bewertung zu Beschaffungsmarktpreisen. Fraglich ist aber, ob diese Bewertung der Verlustantizipation dem Imparitätsprinzip, erwartete zukünftige negative Erfolgsbestandteile im Jahresabschluß zu berücksichtigen, entspricht. Sicherlich nicht, weil ein Verlust im Sinne des Imparitätsprinzips nur dann als entstanden gilt, wenn die künftigen Verkaufserlöse unter Berücksichtigung noch anfallender variabler Kosten niedriger als die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind¹⁾.

"Warum Überbestände an Halb- und Fertigfabrikaten unbeschadet der Möglichkeit des Fremdbezugs mit Preisverhältnissen auf dem Beschaffungsmarkt zu konfrontieren sind, obwohl sowohl die Produktionsreife als auch ihre Beurteilung als Überbestand ihre eindeutige Ausrichtung auf die für Veräußerungen maßgeblichen Absatzmärkte unterstreichen, ist kaum zu begründen"²⁾. Weiter sind bei beschaffungsmarktpreisorientierten Werten auch fiktive Anschaffungsnebenkosten in Ansatz zu bringen, die eine Aktiengesellschaft in diesem Falle nicht zu tragen gewillt ist und weil zudem bei Überbeständen zusätzliche Anschaffungen kaum geplant werden dürften³⁾.

Wenn trotzdem gesunkene Beschaffungspreise im Jahresabschluß als Verluste ausgewiesen werden, obgleich die zu erwartenden Umsatzerlöse höher als die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind, dann kann diese Verlustkonzeption

1) Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 291.

2) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 71.

3) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 72.

nur durch ein weit gefaßtes Vorsichtsprinzip erklärt werden. Diese unterschiedlichen Bewertungsprinzipien führen zu einem nicht vertretbaren Dualismus. Ein negativer Erfolgsbestandteil ergibt sich in keinem Fall bei sinkenden Preisverhältnissen auf der Beschaffungsseite, sondern allein durch Verkaufserlöse, wenn sie unter den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten liegen. Für die Bestimmung des Niederstwertes sind deshalb allein die absatzorientierten Marktpreise abzüglich noch anfallender variabler Kosten relevant. Das bedeutet gleichzeitig die Ablehnung des qualifizierten Niederstwertprinzips. Entgegen der von Adler/Düring/Schmaltz wiedergegebenen herrschenden Meinung sind vor allem von Leffson Einwendungen dagegen erhoben worden, in die Bewertungsfragen zu den Gegenständen des Vorratsvermögens den Beschaffungsmarkt einzubeziehen¹⁾. Leffson geht richtigerweise davon aus, daß das in § 155 Abs. 2 AktG zugrundegelegte Niederstwertprinzip auf dem Bewertungsgrundsatz beruht, der eine unbegrenzte Fortführung der Aktiengesellschaft unterstellt. In der amerikanischen Literatur ist dieser Grundsatz als "going concern concept" bekannt²⁾. Wird die Fortführung

1) Vgl. Leffson (Niederstwertprinzip, 1967), S. 57 ff.

2) Das bedeutet nicht, daß eine Aktiengesellschaft eine unbegrenzte Lebensdauer hat. Leffson hat dazu folg. Grundsatz aufgestellt: "Soweit es nicht geplant ist, ein Unternehmen nur auf eine unbegrenzte Zeit fortzuführen, ist zu unterstellen, daß es auf unbegrenzte Zeit fortgeführt wird". Leffson will diesen Grundsatz als GoB verstanden wissen. Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 156. Vgl. auch Moonitz (Accounting, 1961), S. 39; American Institute (Bulletin 43, 1953), S. 19.

einer Aktiengesellschaft auf unbegrenzte Zeit unterstellt, dann sind die Vergleichswerte zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der Gegenstände des Vorratsvermögens von den Absatzpreisen der Erzeugnisse abzuleiten¹⁾.

Bei der Berücksichtigung der Absatzmarktpreise sind nicht die Preise des Abschlußstichtages, sondern die Preise des voraussichtlichen Verkaufszeitpunktes relevant. Da wegen des Vorsichtsprinzips nicht mit höheren Verkaufspreisen als denen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung zu rechnen ist, sind diese anzusetzen, falls die Vermögensgüter nicht schon veräußert worden sind²⁾³⁾.

-
- 1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 152, S. 534 f.
 - 2) Vgl. Koch (Problematik, 1957), S. 32. Dagegen ist der Ansicht von Leffson, daß in der Regel nicht mit höheren Stichtagspreisen zu rechnen ist, nicht zuzustimmen. Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 292; (Niederstwertvorschrift, 1967), S. 57.
 - 3) Das Aktiengesetz verlangt in § 155 Abs. 2 ausdrücklich den Ansatz der Preise am Abschlußstichtag. Die vom Imparitätsprinzip aufgestellte Forderung, die erwarteten Preisverhältnisse des Zeitpunktes in Ansatz zu bringen, an dem die Güter verkauft werden, wird vom aktienrechtlichen Niederstwertprinzip in § 155 Abs. 2 verkannt. Insofern besteht offensichtlich ein Widerspruch zum Imparitätsprinzip. Das hat den Gesetzgeber zu der Vorschrift des § 155 Abs. 3 Ziff. 1 AktG bewogen. Danach dürfen auch Absatzpreise nach dem Abschlußstichtag angesetzt werden.

Hier wird der wesentliche Unterschied zwischen § 155 Abs. 2 und Abs. 3 Ziff. 1 AktG ganz deutlich aufgezeigt. Das strenge Niederstwertprinzip in § 155 Abs. 2 fordert zwingend den niedrigsten Wertansatz, der sich nach den am Bilanzstichtag vorliegenden Verhältnissen ergibt. Dieser obligatorische Wertansatz, der keinen Bewertungsspielraum zuläßt, darf noch unterschritten werden, "soweit der niedrigere Wertansatz bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zu verhindern, daß in der nächsten Zukunft der Wertansatz dieser Gegenstände aufgrund von Wertschwankungen geändert werden muß"¹⁾. Insoweit besteht bei diesem gemilderten Niederstwertprinzip ein echtes Abwertungs-
wahlrecht. Diese Vorschrift soll "ein ständiges Auf und Ab in den Wertansätzen der Vorräte, das die Bilanzklarheit eher beeinträchtigt als fördern könnte"²⁾, vermeiden. Auf den fundamentalen Unterschied zum strengen Niederstwertprinzip wird bereits in der Begründung zu § 146 Abs. 3 des Regierungsentwurfs eines Aktiengesetzes hingewiesen: "Der Spielraum ... besteht darin, daß entgegen dem sonst geltenden Grundsatz der Bewertung zu einem bestimmten Stichtag (§ 40 HGB, § 155 Abs. 2) nicht nur die bei der Aufstellung des Jahresabschlusses gewonnene bessere Kenntnis der Verhältnisse am Abschlußstichtag berücksichtigt werden kann, sondern darüber hinaus die in Zukunft vernünftigerweise zu erwartenden Wertminderungen

1) § 155 Abs. 3 Ziff. 1 AktG.

2) Begründung zum Entwurf eines Aktiengesetzes, S. 176.

und Preisrückschläge vorweggenommen werden dürfen^{1) 2)}. Der Hinweis im Gesetz auf die "vernünftige kaufmännische Beurteilung" ist dahingehend zu interpretieren, daß die Beurteilungskriterien durch die GoB eine Einschränkung erfahren. Für die Bewertung sind weiter nur Wertminderungen "in der nächsten Zukunft" von Bedeutung. Unklar ist, welcher Zeitraum damit gemeint ist. Der Arbeitskreis der Chemischen Industrie lehnt eine exakte Zeitbestimmung ab, fordert aber gleichzeitig einen überschaubaren Zeitraum³⁾. Adler/Düring/Schmaltz sehen einen Zeitraum von zwei Jahren für vertretbar an⁴⁾. Dagegen scheint ein Zeitraum von drei bis fünf Jahren, worauf Saage⁵⁾ hinweist, indiskutabel, weil die Güter des Umlaufvermögens meistens innerhalb eines Jahres veräußert werden.

Weichen die Werte des Umlaufvermögens von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ab, so kann das im Sinne des Imparitätsprinzips nach den obigen Ausführungen nur damit erklärt werden, daß zu erwartende Verkaufsverluste zu berücksichtigen sind. Der gesetzliche Hinweis auf die nächste Zukunft kann sich deshalb allein auf den effektiven Ver-

1) Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 247.

2) Leffson verneint zwischen § 155 Abs. 2 und Abs. 3 Ziff. 1 einen materiellen Unterschied. Vgl. Leffson (Grundsätze, 1970), S. 292; (Niederstwertvorschrift, 1967), S. 60 f.

3) Vgl. Arbeitskreis Chemie (Bewertungsvorschriften, 1966), S. 55.

4) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 199, S. 552 f.. Vgl. auch Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 599; Forster (Bewertung, 1966), S. 25; Kormann (Aktienrechtsreform, 1966), S. 1777.

5) Vgl. Saage (Selbstfinanzierung, 1959), S. 183.

kaufszeitpunkt beziehen. Die im Gesetz angeführten Wertschwankungen sind als Wertminderungen¹⁾ zu verstehen, die im Zeitpunkt des Umsatzes negative Erfolgsbeiträge erwarten lassen. Bei dem in § 155 Abs. 3 Ziff. 1 AktG möglichen Wertansatz kann es sich also nur um die künftigen Verkaufserlöse, unter Berücksichtigung noch bis zum Umsatztage anfallender variabler Kosten, handeln, soweit diese unter den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten liegen. Die im Imparitätsprinzip verankerte Verlustantizipation ermöglicht im Gegensatz zur aktienrechtlichen Bestimmung kein Wertansatzwahlrecht²⁾.

Mit der Regelung für das Umlaufvermögen nach § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG ergibt sich die zweite Variante des gemilderten Niederstwertprinzips. Danach dürfen die Gegenstände des Umlaufvermögens mit einem niedrigeren Wert angesetzt werden als den in § 155 Abs. 1 AktG fixierten Kostenwerten bzw. dem in Abs. 2 geforderten niederen Wert (strenges Niederstwertprinzip), "soweit der niedrigere Wertansatz ... für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird"³⁾. Mit dieser Bestimmung berücksichtigt das Aktiengesetz den in § 5 Abs. 1 EStG . geregelten Maßgeblichkeitsgrundsatz der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Würden die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften den niedrigeren Wertansatz nicht erlauben, dann dürfte der niedrigere Wert auch nicht in der Steuerbilanz angesetzt werden. Da einem solchen niedrigeren Wert-

1) Vgl. Leffson (Jahresabschluß, 1961), S. 22.

2) Vgl. dazu auch Boelke (Rechtsform, 1970), S. 160 ff.

3) § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG.

ansatz keine entsprechende Wertminderung gegenübersteht, führt das zur Bildung stiller Reserven, die in Widerspruch zu den GoB stehen¹⁾. Andererseits erhält die Aktiengesellschaft durch diese Vorschrift die Möglichkeit, eine Minderung des steuerpflichtigen Einkommens herbeizuführen. Diese aus rein fiskalischen, konjunkturpolitischen oder sonstigen steuerlich für zulässig gehaltenen Werte können sich nachträglich z.B. aufgrund einer Betriebsprüfung oder steuergerichtlichen Entscheidung als unzulässig erweisen. Dann dürfen in der Handelsbilanz gemäß § 155 Abs. 4 AktG die niedrigeren Wertansätze beibehalten werden, wenngleich die Gründe für deren Ansatz nicht mehr bestehen. Hier wird dem Grundsatz der Bewertungskontinuität größeres Gewicht eingeräumt als dem Bestreben, stille Reserven aufzulösen.

Die steuerrechtlichen Spezialvorschriften, die eine willkürliche Unterbewertung zulassen, passen nicht in das Festwertsystem aktienrechtlicher Bewertungsnormen. Werden diese Abwertungswahlrechte beim Umlaufvermögen in Anspruch genommen, dann werden, im Widerspruch zum Periodenverursachungsprinzip, im Veräußerungsjahr zu hohe Gewinne ausgewiesen. Gleichzeitig ist darin auch ein klarer Verstoß gegen die Erfolgsspaltung zu sehen, weil dem Bilanzierenden hier ein manipulativer Spielraum eröffnet wird. Das liegt in der Tatsache begründet, daß es bei diesem steuerbezogenen Wertansatzrecht nicht darauf ankommt, ob ein bestimmter Wert steuerlich zulässig ist, sondern ob ihn der Bilanzierende

1) Vgl. dazu auch Mutze (Bewertung, 1972), S. 144 ff.

für steuerlich zulässig hält. Deshalb ist Karsten¹⁾ zuzustimmen, der von "gesetzgeberischer Schizophrenie" spricht, wenn einerseits in der Grundsatzvorschrift des § 149 AktG ein klarer und übersichtlicher Jahresabschluß sowie ein möglichst sicherer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage gefordert wird und andererseits durch das Maßgeblichkeitsprinzip bedingt, eine willkürliche Unterbewertung des Vermögens durch steuerliche Spezialvorschriften über Sonderabschreibungen und Bewertungsfreiheiten zugelassen wird. Für die Gegenstände des Anlagevermögens ist in § 154 Abs. 2 AktG ebenfalls ein gemildertes Niederstwertprinzip niedergelegt. Grundsätzlich steht es im subjektiven Ermessen des Bilanzierenden, außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen. Dieses Abwertungswahlrecht setzt jedoch für den niedrigeren beizulegenden Wert eine echte Wertminderung voraus. Dieses Wahlrecht wird allerdings in dem Falle durchbrochen, wenn die Wertminderung voraussichtlich von dauerhafter Natur ist. Insofern wandelt sich das für das Anlagevermögen gültige fakultative Niederstwertprinzip in eine obligatorische Abwertungsvorschrift um.

1) Vgl. Karsten (Wirtschaftsförderung, 1967) S. 425.

Zur Bestimmung des beizulegenden Wertes werden in der Literatur verschiedene Hilfswerte vorgeschlagen wie der Börsen- und Marktpreis, die Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskosten sowie der Ertrags- oder Substanzwert¹⁾. Dieses Bewertungsverhalten wird damit begründet, daß die Konkurrenz die gleiche Anlage zu niedrigeren Preisen beschaffen kann und folglich geringere Abschreibungen zu verrechnen hat. Darin wird möglicherweise eine Beschneidung der Nutzungsmöglichkeiten der eigenen Anlage vermutet. Mangels rationaler Begründungen für die Bildung stiller Reserven wird die im Imparitätsprinzip konzipierte Verlustantizipation von der herrschenden Meinung immer wieder durch das allgemeine Vorsichtsprinzip zu verdrängen versucht. Gleichwohl geben Adler/Düring/Schmaltz selbst zu, daß der Anlagewert bei gesunkenen Wiederbeschaffungskosten "nicht notwendigerweise"²⁾ unter den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten liegen muß. Auch Kupsch überzeugt diese Vorgehensweise nicht, "weil die Unternehmung, die dieses Gut zu bewerten hat, in der Regel unter den gegebenen Verhältnissen von einer erneuten Beschaffung absehen wird"³⁾. Grundsätzlich sind nach dem Prinzip der Verlustantizipation nur die Preisverhältnisse am Absatzmarkt von bewertungspolitischer Bedeutung⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 72 ff., S. 454 ff.; Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 564; Mutze (Bewertung, 1972), S. 144; Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 154, Anm. 29 ff., S. 325 ff.; Moxter (Bilanzlehre, 1974), S. 83 ff.; Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 330 ff.
 - 2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 74, S. 455.
 - 3) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 77, vgl. auch Albach (Teilwert, 1963), S. 630.
 - 4) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 77.

Analog zu der Vorschrift des § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG für das Umlaufvermögen nennt das Aktiengesetz die Möglichkeit der Abwertung der Gegenstände des Anlagevermögens durch außerplanmäßige Abschreibungen auf den "niedrigeren Wert, der für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird "¹⁾. Beispiele für die steuerlichen Bewertungsvergünstigungen sind die Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens gemäß § 6 Abs. 2 EStG²⁾, die Sonderabschreibungen für Einfamilien- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen gemäß § 7 b EStG, Sonderabschreibungen in Zonenrandgebieten nach dem Zonenrandförderungsgesetz³⁾ und für bestimmte Branchen (§ 75 EStDV für private Krankenanstalten)⁴⁾.

Diese durch das Maßgeblichkeitsprinzip bedingte Vorschrift soll ermöglichen, daß steuerrechtliche Abschreibungsmöglichkeiten ausgenutzt werden können⁵⁾. Für dieses Abwertungswahlrecht werden ebenfalls keine echten Wertminderungen vorausgesetzt. Diese aus wirtschafts-, konjunktur- und sozialpolitischen Gründen vom Steuergesetzgeber erlaubten Unterbewertungen sind mit den Zielen der Handelsbilanz nicht vereinbar. Die hier möglichen manipulativen Erfolgsschiebungen stehen eindeutig in Widerspruch zur Erfolgsspal-

1) § 154 Abs. 2 Ziff. 2 AktG.

2) Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2411 dieser Arbeit.

3) Vgl. § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung des Zonenrandgebietes vom 5.8.1971, BGBl 1971 I, S. 1233. Die vorgängige Abwertung in der Handelsbilanz wird im Erlaß des BdF vom 18.8.1971 Abschn. I 1 Abs. 3, BStBl 1971 I, S. 286 f., angeordnet.

4) Vgl. die detaillierte Aufgliederung steuerlicher Bewertungsvergünstigungen bei Mutze (Bewertung, 1972), S. 145 f.; Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 154, Anm. 34, S. 327 f.

5) Vgl. Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 245.

Fallen die Gründe weg, die zur niedrigeren Bewertung geführt haben, dann darf in späteren Jahresabschlüssen dieser Wert gemäß §§ 154 Abs. 2 Satz 2 und 155 Abs. 4 AktG beibehalten werden. Der Zweck dieses Beibehaltungsrechts und damit auch die Bildung stiller Reserven kann nur damit erklärt werden, "ein ständiges Auf und Ab in den Wertansätzen"¹⁾ zu verhindern. Der Bewertungsstetigkeit wird somit eindeutig der Vorrang gegenüber der Richtigkeit im Jahresabschluß gewährt²⁾. Die Beibehaltungswahlrechte implizieren gleichzeitig Aufwertungswahlrechte. Wird davon Gebrauch gemacht, führt dies zu einer Zuschreibung; beim Umlaufvermögen bis zu einem Wert, der dem strengen Niederstwertprinzip entspricht; beim Anlagevermögen, das durch planmäßige Abschreibungen vermindert worden ist, sind Zuschreibungen zulässig, wenn die Nutzungsdauer ursprünglich zu kurz geschätzt wurde³⁾. Adler/Düring/Schmaltz lehnen dagegen Zuschreibungen ab, durch die planmäßige Abschreibungen korrigiert werden sollen, "da im Rahmen einer Änderung des Abschreibungsplanes nur die künftigen Abschreibungen geändert werden können, nicht dagegen die in der Vergangenheit bereits verrechneten Abschreibungen"⁴⁾. Dieser Meinung kann nicht gefolgt werden, weil der Grundsatz der Richtigkeit des Vermögens- und Erfolgsausweises der Bewertungsstetigkeit unterzuordnen ist. Auch die Bilanzierungspraxis ist oft aus steuerlichen, ausschüttungspolitischen und nicht zuletzt aus Gründen der Selbstfinanzierung daran interessiert, Zuschreibungen zu unterlassen.

1) Begründung zum Entwurf eines Aktiengesetzes, S. 176.

2) Vgl. Kropff (Bilanzwahrheit, 1966), S. 374.

3) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 512.

4) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 64, S. 451, § 149, Tz 72 ff., S. 46 f. Auch Kupsch vertritt diese Meinung. Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 78.

Aus der Sicht der Erfolgsspaltung kann diesem Verhalten nicht zugestimmt werden, weil dann ein periodengerechter Erfolgsausweis unterbleibt. Andererseits kann die Zuschreibungspolitik problematisch werden, wenn bei schlechter Ertragslage oder vor Neuemissionen positive Ertragsaussichten vorgetäuscht werden sollen und daher großzügig über die stillen Reserven hinaus Wertzuschreibungen erfolgen. Dieser Überbewertung sind m.E. aber Grenzen gesetzt, weil Zuschreibungen einmal bei den Bilanzpositionen (§ 152 Abs. 1 Satz 2 AktG) und zum anderen in der Gewinn- und Verlustrechnung in Position 11 auszuweisen sind. Der Ansatz eines Zwischenwertes durch nur teilweise Ausnutzung der an sich möglichen Zuschreibung ist zu verneinen, weil erstens damit der Erfolgsspaltung nicht Rechnung getragen wird und zweitens der Grundsatz der Methodenbestimmtheit ignoriert wird, der verlangt, daß der einzelne Wertansatz einer bestimmten Bewertungs- und Abschreibungsmethode zugrundeliegen muß.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), §§ 153 - 156, Tz 6, S. 358.

2422. Bewertungsmethodenwahlrechte

Grundsätzlich bilden für die aktiven Bilanzpositionen die Anschaffungs- bzw. die Herstellungskosten die Bewertungsbasis. Der Grundsatz der Methodenfreiheit ermöglicht jedoch oft mehrere Wertbestimmungsmethoden. Diese Methodenwahlrechte implizieren Bewertungsspielräume.

Die Ermittlung der Anschaffungskosten¹⁾ ist in der Regel mit relativ geringen Schwierigkeiten verbunden. Inwieweit Bewertungswahlrechte bestehen, soll im folgenden untersucht werden.

Anschaffungskosten sind alle erforderlichen Aufwendungen, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und im Betrieb einsatzfähig zu machen. Da weder im Handels- noch im Steuerrecht der Begriff definiert ist, kann er nur aufgrund der GoB bestimmt werden. Die Anschaffungskosten umfassen neben dem eigentlichen Anschaffungspreis auch alle Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Beschaffung bis zur Betriebsbereitschaft des Vermögensgutes anfallen. Zu den Anschaffungsnebenkosten gehören z.B. die Kosten des Transports und der Transportversicherung, die Kosten für das Aufstellen und die Montage, Notar-, Gerichts- und Registerkosten, Provisionen und Vermittlungsgebühren, Eingangszölle und Steuern (Grunderwerbsteuer). Diese ausgabebezogenen Anschaffungsnebenkosten sind in der Steuer- und der aktienrechtlichen Handelsbilanz aktivierungspflichtig. Die Nebenkosten sind allein durch die Anschaffung eines Anlagegegenstandes entstanden.

1) Vgl. hierzu Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 257 ff.; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 11 ff., S. 370 ff.; Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 64 f.; Bühler/Scherpf (Bilanz, 1971), S. 436; Moxter (Bilanzlehre, 1974), S. 74 f.; Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 153, Anm. 28 ff., S. 282 ff.

Nur eine Verteilung dieser aktivierten Aufwendungen auf die Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes durch Abschreibungen entspricht dem Periodenverursachungsprinzip. Würden andererseits die Anschaffungsnebenkosten im Anschaffungsjahr voll als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung eingehen, dann würde der Gewinn in diesem Jahr ungerechtfertigterweise reduziert werden, während in den Folgejahren der Gewinn zu hoch wäre.

Hat eine Aktiengesellschaft einen Rechtsanspruch auf Erstattung oder Aufrechnung der im Kaufpreis gezahlten Umsatzsteuer an das Finanzamt, dann darf nur der Nettopreis (=Bruttopreis ./. Umsatzsteuer) aktiviert werden. Wird eine Investitionssteuer vom Staat vereinnahmt, dann ist sie anschaffungskostenerhöhend zu aktivieren.

Die in der Bilanz zu aktivierenden Anschaffungskosten sind durch die von Lieferanten gewährten Preisnachlässe zu ermäßigen. Dazu gehören Skonti, Rabatte, Boni und dgl. mehr ¹⁾. Zweifel an einer generellen Anschaffungskostenminderung von Preisnachlässen haben Mellerowicz/Brönner bei der Gewährung von Treuerabatten und Boni in späteren Perioden, soweit der wirtschaftliche Zusammenhang mit einem einzelnen Vermögensgegenstand nicht mehr besteht ²⁾.

Werden die Boni für mehrere Wirtschaftsgüter gewährt, dann wird eine nachträgliche Umlage immer das Prinzip der Einzelbewertung verletzen. Deshalb sind in solchen Fällen Boni als Erträge der Geschäftsperiode aufzufassen.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 19, S. 372.

2) Vgl. Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 153, Anm. 42, S. 286 f.

Bei der bilanziellen Behandlung von Zuschüssen und Subventionen besteht grundsätzlich ein Wahlrecht¹⁾. Danach dürfen Zuschüsse erfolgswirksam als Betriebseinnahmen angesetzt werden und die mit diesen Zuschüssen zum Teil finanzierten Anlagegegenstände sind voll mit den effektiven Anschaffungskosten zu aktivieren oder die Zuschüsse sind erfolgsneutral zu behandeln. In diesem Fall sind nur die von der Aktiengesellschaft tatsächlich aufgebrachtten Finanzierungsmittel zu aktivieren. Stellt sich die Frage, ob Zuschüsse, die von Dritten zur Beschaffung bestimmter Gegenstände gezahlt werden, unter Erfolgsspaltungsgesichtspunkten als Erträge vereinnahmt werden dürfen. Mit Hilfe derartiger Zuwendungen soll seitens des Zuschußgebers kein Gewinnausweis ermöglicht, sondern eine Verminderung der Anschaffungskosten erreicht werden. Eine periodengerechte Erfolgsaufteilung muß deshalb solche Geldzuflüsse auf die Nutzungsjahre der Anschaffungsgegenstände verteilen. Das heißt, solche Subventionen und Zuschüsse sind als Minderung der Anschaffungskosten zu behandeln. Vereinnahmungen dieser Art werden, weil die Aktiengesellschaft sich nur auf die Aktivierung eigener Aufwendungen beschränkt, folglich über geringere Abschreibungen in den einzelnen Perioden erfaßt. Eine sofortige Verrechnung der Zuschüsse als Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht nicht dem Periodenverursachungsprinzip.

1) Vgl. Steuerrechtsprechung BFH-Urteil IV 228/63 vom 4.11.1965, BStBl. 1966 III, S. 167; Abschnitt 34 EStR 1969; Abschnitt 163 EStR; Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 558 f.; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 20 ff., S. 373 f.; Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 260 f.

Bei manchen Zuschüssen (z.B. Baukostenzuschüsse von Mietern, die auf die späteren Mieten angerechnet werden) handelt es sich nicht um nicht rückzahlbare Zuschüsse von Dritten, sondern um Mitfinanzierungen. Dem hier eingeräumten Wahlrecht kann nicht gefolgt werden, weil keine Anschaffungskostenminderung gegeben ist. Zudem ist die Zeitdauer der Anrechnung der Mietvorauszahlungen in der Regel kürzer als die Abschreibungsdauer des Gebäudes. M.E. sind vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt der Erfolgsspaltung Baukostenzuschüsse u.ä. als erhaltene Anzahlungen oder zinslose Darlehen zu passivieren. Die Vorauszahlungen sind aus der Sicht des Periodenverursachungsprinzips erfolgsrechnerisch den Mieterträgen der jeweiligen Periode anteilig zuzurechnen. Buchungstechnisch heißt das, daß die Fremdkapitalposition "Anzahlungen" zugunsten der Position "Mieterträge" von Periode zu Periode abnimmt.¹⁾

Die Ermittlung der Herstellungskosten eröffnet dagegen einen erheblichen Bewertungsspielraum. Der Gesetzgeber bestimmt in § 153 Abs. 1 AktG für selbsterstellte Gegenstände des Anlagevermögens und in § 155 Abs. 1 AktG für selbsterstellte Gegenstände des Umlaufvermögens, daß sie mit den Herstellungskosten zu aktivieren sind. Nach § 153 Abs. 2 AktG dürfen angemessene Teile der Abschreibungen, Betriebs- und Verwaltungskosten in die Herstellungskosten einbezogen werden. Das Kriterium der "Angemessenheit" erschwert die eindeutige Festlegung der Untergrenze der aktienrechtlichen Herstellungskosten. Ihrer Bestimmung sind deshalb die GoB und die aktienrechtliche Generalklausel

1) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971) S. 261; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), S. 153, Tz 21, S. 374.

des § 149 AktG zugrunde zu legen, die im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Aktiengesellschaft fordert¹⁾.

Für die Ermittlung der Herstellungskosten ist auf den betriebswirtschaftlichen Begriff in der Kostenrechnung zurückzugreifen. Da die Kostenrechnung und die Bilanz unterschiedliche Ziele verfolgen, dürfen für den bilanziellen Kostenbegriff nur aufwandsgleiche Kosten berücksichtigt werden. Die kalkulatorischen Kosten oder Zusatzkosten, denen kein Aufwand oder nicht in voller Höhe ein Aufwand entspricht, dürfen weder handels- noch steuerrechtlich in die Herstellungskosten eingehen. So entstehen z.B. bewertungsbedingte Zusatzkosten durch unterschiedliche Periodenabschreibungen in der Bilanz und der Kostenrechnung, weil angenommen in der Bilanz auf der gesetzlichen Grundlage der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten, in der Kostenrechnung aber auf der Basis von Wiederbeschaffungskosten abgeschrieben wird. Diese kalkulatorischen Zusatzkosten, die unter keinen Umständen in der Bilanz ange-

1) Zur Bestimmung der Herstellungskosten vgl. z.B. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 265 ff.; Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 65 ff.; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 16 ff., S. 471 ff.; Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung, 1970), § 153, Anm. 44 ff. S. 287 ff.; Neth (Herstellungskosten, 1971), S. 26 ff.; Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 79 ff.; Husemann (Grundsätze, 1970) S. 112 ff.

setzt werden dürfen, ergeben sich aus der Differenz der kalkulatorischen und bilanziellen Abschreibung¹⁾. Kostenrechnungssysteme können auf der Grundlage von Voll- oder Teilkosten konzipiert sein. Zu der Frage, inwieweit Gemeinkosten bei der Bestimmung der handelsrechtlichen Herstellungskosten zu berücksichtigen sind, gibt es viele differenzierte Auffassungen. Aus dem Wortlaut des § 153 Abs. 2 AktG wird ein Wahlrecht für die Aktivierung der Gemeinkosten abgeleitet²⁾. Nach einer weit vertretenen Ansicht gehören nur die dem Kostenträger verursachungsgemäß direkt zurechenbaren Kosten, d.h. Einzelkosten, zu den aktivierungspflichtigen Herstellungskosten. Diese

-
- 1) Hier wird unterstellt, daß die Wiederbeschaffungskosten über den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten liegen.
 - 2) Vgl. z.B. Arbeitskreis Chemie (Bewertungsvorschriften, 1966), S. 38 ff.; Forster (Bewertung, 1966), S. 29 ff.; Eßer (Bewertung, 1965), S. 310 und 316; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 16 ff., S. 471 ff und Tz 74, S. 495 f.; Kofahl (Aktienrechtsreform, 1965), S. 194 f.

Teilkosten bilden die handelsrechtliche Wertuntergrenze der Bewertung. Einzelkosten sind die Kosten, die dem Kostenträger nach dem Kostenverursachungsprinzip direkt zugerechnet werden können. Solche Einzelkosten sind z.B. die Fertigungslöhne, das Fertigungsmaterial und die Sonderkosten der Fertigung (Spezialwerkzeuge, Patent- und Lizenzgebühren u.a.m.). Viele Kostenarten lassen sich nach dem Verursachungsprinzip dem Kostenträger nicht direkt zurechnen, weil diese Kosten für mehrere Kostenträger oder Kostenstellen angefallen sind und eine Aufteilung nur durch Schlüsselung möglich ist. Diese Gemeinkosten werden in der Vollkostenrechnung geschlüsselt, nicht dagegen in der Teilkostenrechnung¹⁾. Bleibt zu prüfen, ob die Bewertung auf Teilkostenbasis dem Zweck der Bestandsbewertung und vor allem der periodengerechten Erfolgsabgrenzung entspricht. Die bilanzielle Bewertung von unfertigen und Fertigerzeugnissen mit Teilkosten fordert auch Albach. Er kommt sogar zu dem Ergebnis, daß ein Wahlrecht für die Aktivierung der Gemeinkosten nicht besteht²⁾. Nach seiner auf dem Realisationsprinzip basierenden Begründung dürfen Halb- und Fertigfabrikate nur mit Einzelkosten und variablen Gemeinkosten bewertet werden. Variable bzw. unechte Gemeinkosten sind ihrem Wesen nach Einzelkosten, die dem Kostenträger zwar theoretisch nach dem Verursachungsprinzip direkt zurechenbar sind, aber z.B. aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht direkt zugerechnet werden. Fixe Kosten (echte Gemeinkosten) dürfen nach Albachs Meinung beim Umlaufvermögen nicht aktiviert werden, weil es sich dabei um Periodenkosten handelt.

1) Ein spezifiziertes Aufzeigen der gesamten Problematik der verschiedenen Kostenrechnungssysteme ist in diesem Zusammenhang nicht möglich. Vgl. hierzu z.B. Heinen (Kostenlehre, 1970); Heinen et al. (Industriebetriebslehre, 1972), S. 702 ff.

2) Vgl. Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 380 f.

"Diese Periodenkosten sind aus dem Gewinn abzudecken. Die fixen Kosten schaffen keine materiellen Wirtschaftsgüter, hier also Halb- und Fertigfabrikate, sondern als Kosten der Betriebswirtschaft nur 'konkrete Möglichkeiten', diese Erzeugnisse zu fertigen. Die fixen Kosten fallen nur an, um die Produktionsbereitschaft der Periode zu gewährleisten. Die Kosten sind daher aus dem Gewinn der Periode zu decken. Jede Aktivierung dieser Kosten durch eine willkürliche Aufteilung auf die während der Periode gefertigten Produkte stellt eine Aktivierung zukünftiger Gewinne dar"¹⁾.

Das Verbot der Einbeziehung angemessener Teile der echten Gemeinkosten in die Herstellungskosten gilt für Albach nicht für die Gegenstände des Anlagevermögens²⁾.

Die Beschränkung des Ansatzes auf die variablen Kosten als maßgebliche Bewertungsgröße für die Herstellungskosten der Kostenträger erscheint unter dem Gesichtspunkt des § 149 AktG vertretbar³⁾. Hier zeigt sich auch der wesentliche Vorteil beim Ansatz variabler Kosten. Entstehen bei rückläufiger Konjunktur Überkapazitäten infolge mangelnder Teilbarkeit der Potentialfaktoren (z.B. Arbeitskräfte und Maschinen), dann entstehen Leerkosten, die in der Vollkostenrechnung letztlich über höhere Gemeinkostenzuschläge zu berücksichtigen sind. Werden die folglich höheren Herstellungskosten aktiviert, dann entsteht bei rückläufigem Absatz und steigenden Lagerbeständen ein nicht realisierter Gewinn! Die Aktiengesellschaft kann dieses sehr weit gefaßte Bewertungswahlrecht selbst in der Weise einschränken, daß sie die Gemeinkostenzuschläge auf der Basis der "Normalbeschäftigung" festsetzt und alle durch die Unterbeschäftigung bedingten aufwandsgleichen Kosten in der Geschäftsperiode gewinnmindernd

1) Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 380 f.

2) Vgl. Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 382.

3) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 80, S. 497.

als Aufwendungen in der Finanzbuchhaltung verrechnet. Entsprechend dem Prinzip des Vollkostenrechnungssystems werden alle anderen aufwandsgleichen Fixkosten aktiviert. Im Extremfall bei stagnierendem Absatz kann deshalb trotzdem ein Gewinn im Jahresabschluß ausgewiesen werden. Dies würde bei Versteuerung und eventueller Ausschüttung einen echten Substanzverlust bedeuten. Das aktienrechtliche Bewertungswahlrecht eröffnet hier bei den Herstellungskosten einen äußerst problematischen bilanzpolitischen Spielraum, der sich m.E. in keiner Weise, besonders im Hinblick auf die Informationsbedürfnisse der Organisationsteilnehmer, rechtfertigen läßt. Aus der Sicht der GoB und der Generalnorm des § 149 AktG läßt sich eine Bewertung der unfertigen- und Fertigerzeugnisse nur zu variablen Kosten vertreten. Das Steuerrecht hingegen hält eine Bewertung mit variablen Kosten für nicht zulässig. "Die Gründe hierfür liegen sowohl in der mangelnden Auseinandersetzung der Steuerbehörden mit dem Fixkostenproblem als auch in der Traditionsgebundenheit des Steuerrechts"¹⁾. In einem Vorbescheid des RFH vom 21.11.1939, der durch das Urteil vom 5.3.1940 bestätigt wurde, wird aber folgende Einschränkung gemacht: "Wird ein Betrieb infolge teilweiser Stilllegung oder mangelnder Aufträge nicht voll ausgenutzt, so sind die dadurch verursachten Kosten bei Berechnung der anteiligen Herstellungsgemeinkosten auszuscheiden. Schon mit Rücksicht auf die gegebenenfalls vorzunehmende Abschreibung auf den gemeinen Wert²⁾ ist davon auszugehen, daß lediglich die für die Herstellung n o t w e n d i g e n Gemeinkosten zu aktivieren sind"³⁾.

1) Heinen et al. (Industriebetriebslehre, 1972), S. 750.

2) Zum "gemeinen Wert" vgl. Wöhe (Steuerlehre, 1972), S. 412 ff und 662 ff.

3) Vgl. Vorbescheid des RFH vom 21.11.1939 und RFH-Urteil vom 5.3.1940, RStBl. 1940, S. 683 ff.

Im BFH-Urteil vom 15.2.1966 wird die Aktivierung von Leerkosten auch grundsätzlich abgelehnt¹⁾. Falkenroth kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, "daß nur die notwendigen Kosten zu aktivieren sind, daß es also nicht zulässig ist, auch die Kosten einer nicht voll genutzten Kapazität mit anzusetzen"²⁾.

Die Bewertung von variablen Kosten beruht auf dem System des Direct Costing³⁾, bei dem die Kostenträger mit variablen Kosten belastet werden. Der Deckungsbeitrag (d), die zentrale Größe des Direct Costing, ergibt sich aus der Differenz des Erlöses (p) und der variablen Kosten (k_v):

$$d = p - k_v$$

Der Deckungsbeitrag dient zur Abdeckung der fixen Gemeinkosten und der Gewinnerzielung.

In der Literatur wird teilweise die Auffassung vertreten, bei der Ermittlung der Herstellungskosten nur die Einzelkosten ohne Berücksichtigung der variablen Gemeinkosten anzusetzen. Die Teilkostenrechnung mit relativen Einzelkosten berücksichtigt bei der Bestimmung der Herstellungskosten nur die Material- und Fertigungseinzelkosten sowie die Sondereinzelkosten der Fertigung⁴⁾. Die Relativierung

1) Vgl. BFH-Urteil vom 15.2.1966, BStBl. 1966 III, S. 468.

2) Falkenroth (Steuerbilanz, 1957), S. 922.

3) Vgl. z.B. Layer (Deckungsbeitragsrechnung, 1967); Heinen et al. (Industriebetriebslehre, 1972), S. 734 ff.

4) Vgl. Riebel (Einzelkosten, 1959), S. 213 ff.; (Deckungsbeitragsrechnung, 1970), S. 383 ff.; Kupsch (Rückstellung, 1973), S. 80 ff.

der Einzelkosten erfordert den Aufbau einer Zurechnungs- oder Bezugsgrößenhierarchie¹⁾, damit alle Kosten der Unternehmung bei irgendeiner Bezugsgröße als Einzelkosten erfaßt werden können. Die Zurechnung der Einzelkosten erfolgt nach dem Identitätsprinzip, d.h. "jedem Element eines Bezugsgrößensystems kostenrelevanter Entscheidungstatbestände sind diejenigen Kosten zuzurechnen, die entfallen würden, wenn die fragliche Bezugsgröße nicht existiert"²⁾. Es lassen sich nur Größen einander gegenüberstellen, soweit die dadurch bedingten Kosten und Leistungen auf identischen Entscheidungen beruhen. Stellt sich die Frage, ob eine Beschränkung der Aktivierung der Einzelkosten als Herstellungskosten in Widerspruch zu § 153 Abs. 2 AktG steht und ob dadurch der möglichst sichere Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft beeinträchtigt wird³⁾. Kupsch kommt eindeutig zu dem Ergebnis, daß die Einzelkosten die zulässige Wertuntergrenze für die Herstellungskosten darstellen⁴⁾. Die Befürworter für den Ansatz variabler

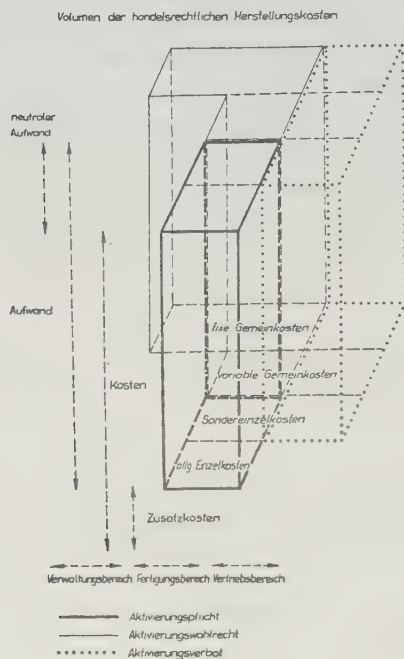
-
- 1) Zum Aufbau einer Bezugsgrößenhierarchie vgl. z.B. Heinen et al. (Industriebetriebslehre, 1972), S. 743.
 - 2) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 80.
 - 3) Vgl. für viele Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 80 a, S. 498. Sie weisen ferner darauf hin, daß in den USA ein Bilanzansatz nur von Einzelkosten unzulässig sei. Vgl. dazu auch Kruse (Bilanzierung, 1967), S. 34.
 - 4) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 84; im Ergebnis gleich Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung 1970), § 153, Anm. 46, S. 289; Wohlgemuth (Planherstellkosten, 1968), S. 44; Kropff (Bilanzwahrheit, 1966), S. 378; Eßer (Bewertung, 1965), S. 310 und 316, Kofahl (Aktienrechtsform, 1965), S. 195; Volkmann (Herstellungskosten, 1960), S. 379.

Kosten als Wertuntergrenze für die Herstellungskosten sehen in der sofortigen Aufwandsverrechnung variabler Gemeinkosten eine unzulässige Bildung stiller Reserven, die der Risikotragung der Aktionäre entgegensteht¹⁾. Dem stellt Kupsch zu Recht entgegen, daß die Aktivierung variabler Gemeinkosten mit einem Vermögenszugang und einer Gewinnerhöhung gleichzusetzen ist. Unterstellt man, daß eine realisierte Vermögensmehrung mit einem ausschüttungsfähigen Gewinn identisch ist, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß ein zu versteuern-der Gewinn ausgewiesen wird, der, unabhängig von einer Gewinnausschüttung, einem echten Vermögenssubstanzverlust gleichkommt, wenn gleichzeitig eine Stagnation am Absatzmarkt unterstellt wird. Die Begründung liegt in der Nichtbeachtung der strengen Auslegung des Realisationsprinzips²⁾.

1) Vgl. Neth (Herstellungskosten, 1971), S. 78 f.

2) Die strenge Auslegung des Realisationsprinzips geht entschieden weiter als es Albach fordert. Vgl. Albach (Bewertungsprobleme, 1966), S. 377 ff.

Der Bewertungsspielraum bei der Bestimmung aktienrechtlicher Herstellungskosten soll hier zusammenfassend durch eine graphische Darstellung nach Wohlgemuth¹⁾ aufgezeigt werden:



1) Vgl. Wohlgemuth (Planherstellkosten, 1968), S. 68.

Zu den Bewertungsmethodenwahlrechten zählen auch die Bewertungsverfahren gleichartiger Vorräte, die verschiedenen Abschreibungsmethoden sowie die Verfahren der Gruppen- und Festbewertung.

Zur Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten gleichartiger Gegenstände des Vorratsvermögens kann nach § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG das Lifo-, Fifo- oder ein anderes Verfahren angewendet werden mit der Unterstellung einer fiktiven Verbrauchs- oder Veräußerungsfolge, soweit dies den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht. Die Lifo-Methode (lifo = last in, first out) geht davon aus, daß die zuletzt erworbenen Vorräte zuerst verbraucht oder veräußert werden. Die Fifo-Methode (fifo = first in, first out) unterstellt, daß die zuerst beschafften Güter auch als zuerst verbraucht oder veräußert betrachtet werden. Als sonstige bestimmte Folge des Verbrauchs kann noch das Hifo-Verfahren (hifo = highest in, first out) angeführt werden. Bei seiner Anwendung wird davon ausgegangen, daß grundsätzlich die Güter mit den höchsten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuerst verbraucht oder veräußert worden sind. Dieses Verfahren entspricht besonders dann dem Vorsichtsprinzip, wenn innerhalb einer Periode dauernde Preisschwankungen erfolgen, also kein eindeutiger Preistrend erkennbar ist. Der Gesetzgeber erkennt damit zugleich an, daß die tatsächliche von der unterstellten Verbrauchsfolge abweichen darf. Teilweise wird die Auffassung vertreten, daß die Zulassung des Lifo-Verfahrens und der anderen Verfahren nach § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG den Einblick in die Vermögenslage verschlechtert, den Einblick in die Ertragslage dagegen verbessert¹⁾. Kropff

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 149, Tz 8, S. 14.

hat gegen die Anwendung des Hifo-Verfahrens aus Rechtsgründen Bedenken erhoben¹⁾, die von Forster nicht geteilt wird²⁾. Die Ansicht von Döllerer³⁾, daß das Lifo- oder ein ähnliches Verfahren nur dann im Einzelfall den GoB entspricht, wenn der Verbrauch oder die Veräußerung wenigstens im großen und ganzen auch in der betreffenden Reihenfolge stattfindet, hat in der Literatur keine Zustimmung gefunden⁴⁾.

Den einzelnen Verfahren kommt besonders in Zeiten instabiler Preise große Bedeutung zu. Bei der Lifo-Methode werden z.B. in der Verbrauchsbewertung immer die letzten Werte mit den zugehörigen Mengen sofort als Materialaufwand verrechnet. Am Periodenende ist dann ein Bestand vorhanden, der mit ältesten Anschaffungspreisen bewertet wird. Bei inflationärer Preisentwicklung werden die höheren Anschaffungskosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie fremdbezogene Fertigteile in die Kosten der Produkte übernommen. Dadurch wird gegenüber der herkömmlichen Durchschnittspreisbildung ein niedrigerer Gewinn ausgewiesen. Die Durchschnittsmethode kommt besonders bei Materialien in Betracht, bei denen eine körperliche Trennung zugekaufter Partien nicht möglich oder wirtschaftlich nicht sinnvoll ist (z.B. Ölvorrat in einem Heizöllager). Die Durchschnittspreisbildung erfolgt in der Weise, daß zum Lagerwert am Periodenanfang die Anschaffungskosten der Zugänge hinzuaddiert werden und

1) Vgl. Kropff (Bilanzwahrheit, 1966), S. 377.

2) Vgl. Forster (Rechnungslegung, 1966), S. 492.

3) Vgl. Döllerer (Rechnungslegung, 1965), S. 1412.

4) Vgl. Schrader (Auswirkungen, 1966), S. 1146; Langen (Verbrauchsfolgen, 1966), S. 551.

durch die Summe aus Lageranfangsbestand und Zukaufsmengen dividiert werden. Bei dieser Bewertungsmethode wird bei steigenden Preisen ein höherer Gewinn ausgewiesen als beim Lifo-Verfahren, weil der Lagerendbestandswert durch die Preisnivellierung höher ausfällt. Bewertet eine Aktiengesellschaft bei steigenden Preisen nach der Fifo-Methode, dann ergeben sich für den Bilanzansatz die höchsten Werte. Es ergibt sich ein noch höherer Gewinn als bei der Durchschnittspreisbildung. Da die Bilanzierung zu den aktuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgt, wird bei steigender Preistendenz der Einblick in die Vermögenslage verbessert, der Einblick in die Ertragslage hingegen verschlechtert, weil die Bewertung der verbrauchten oder veräußerten Gegenstände mit gegenwartsfernen Preisen erfolgt. Umgekehrt ermöglicht das Lifo-Verfahren bei inflationärer Preisentwicklung einen besseren Einblick in die Ertragslage, weil bei dieser Methode die verbrauchten und veräußerten Güter mit aktuellen Preisen bewertet werden¹⁾. Zugleich führt das zur Bildung stiller Reserven und dient somit der Substanzerhaltung. Zum gleichen Ergebnis gelangt man bei Anwendung der Fifo-Methode bei sinkenden Preisen. Insofern wird auch dem Realisationsprinzip voll entsprochen, weil nur durch Umsatz realisierte Gewinne ausgewiesen werden. Die Anwendung des Lifo-Verfahrens bei steigenden Preisen und des Fifo-Verfahrens bei sinkenden Preisen ermöglicht im Sinne der Erfolgsspaltung einen guten Einblick in die Ertragslage. In der gleichzeitigen Entfernung der Vermögenswerte von den Zeitwerten ist kein Widerspruch zur Erfolgsspaltung zu sehen. Die Bildung stiller Reserven wird hier durch das Vorsichtsprinzip verursacht, das den Ausweis unrealisierter Gewinne untersagt.

1) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 89, S. 502 f.

Ein Verstoß gegen das Prinzip periodengerechter Erfolgs-
ermittlung und damit auch gegen die Erfolgsspaltung er-
gibt sich erst dann, wenn aus bilanzpolitischen Gründen
manipulativ unterbewertet wird, um den Aktionären zu-
stehende Gewinne vorzuenthalten. Dann wird der ausgewiesene
Periodengewinn durch die Bildung stiller Reserven will-
kürlich vermindert, durch deren Auflösung erhöht.

Das Lifo-Verfahren führt bei sinkenden bzw. das Fifo-
Verfahren bei steigenden Preisen stets zu gegen § 155
Abs. 2 AktG verstoßenden und somit unzulässigen Wertan-
sätzen.

Die verschiedenen Bewertungsmöglichkeiten eröffnen den
Bilanzierenden erheblichen Spielraum. Unter dem Gesichts-
punkt der Erfolgsspaltung können bei Beachtung des Real-
isationsprinzips nur die Bewertungsverfahren gutgeheißen
werden, die bsp. keine durch Preissteigerungen bedingte
Scheingewinne am ruhenden Vermögen ermöglichen. Ein
eklatanter Verstoß gegen die Erfolgsspaltung ist in der
Verletzung des Bruttoprinzips zu sehen, wenn verschiedene
Positionen des Vorratsvermögens mit unterschiedlichen Be-
wertungsverfahren summiert in einer Bilanzposition ausge-
wiesen werden. Die unbemerkte Auflösung stiller Reserven
ist durchaus denkbar.

Viele amerikanische Unternehmen versuchen bei der anhal-
tenden inflationären Preisentwicklung durch Bewertungs-
methodenänderungen in nicht unerheblichem Umfang Steuern
zu sparen. Bsp. führte ein Bewertungswechsel von der
herkömmlichen Durchschnittsmethode zum Lifo-Verfahren
bei Du Pont im Jahre 1974 zu einem um rund drei-
hundert Millionen Dollar geringeren Ertrag von Steuern¹⁾.

1) Vgl. Henniger (Lifo, 1974), S. 77.

Im Gegensatz zum amerikanischen Steuerrecht werden im deutschen Steuerrecht die unter § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG fallenden Verfahren nur anerkannt, wenn die Verbrauchs- und Veräußerungsfolgen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen¹⁾. Gegenstände des Vorratsvermögens sind in der Steuerbilanz gem. § 6 Abs. 1 Ziff. 2 EStG mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder mit dem niedrigeren Teilwert anzusetzen. Der Teilwert stellt die steuerrechtliche Bewertungsuntergrenze dar. Nach der Legaldefinition entspricht er dem Betrag, "den ein Erwerber des ganzen Betriebes im Rahmen des Gesamtaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt"²⁾. Da die Teilwertdefinition für die Bewertungspraxis nicht operational ist, hat der RFH den Teilwert durch "Vermutungen" präzisiert. Für die Güter des Umlaufvermögens besteht die Vermutung, daß der Teilwert den Wiederbeschaffungskosten, in der Regel also dem Börsen- und Marktpreis entspricht³⁾. Die Bezugnahme auf Beschaffungsmarktpreise ist betriebswirtschaftlich nicht zu begründen. "Soweit auf Marktpreise nicht verzichtet werden kann, sind darunter bei wirtschaftlicher Beurteilung Veräußerungspreise, nicht Wiederbeschaffungspreise zu verstehen"⁴⁾. In der Steuerbilanz kann ein niedrigerer Wert als nach dem Anschaffungswertprinzip berücksichtigt werden durch Vornahme einer Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung oder durch eine Teilwertabschreibung. Wegen

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 136, S. 528 f.; Döllner (Rechnungslegung, 1965), S. 1412; Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 363 ff.

2) § 6 Abs. 1 EStG; vgl. auch § 10 BewG.

3) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 296.

4) Schneider (Teilwertlehren, 1969), S. 307.

des Maßgeblichkeitsgrundsatzes hat dieses steuerrechtliche Abwertungswahlrecht keine praktische Bedeutung. Im Handelsrecht greift für das Umlaufvermögen das strenge Niederstwertprinzip durch¹⁾.

Eine Erweiterung der Vorratsbewertungsmethoden stellt das Aktienrecht durch die Zulässigkeit von Verbrauchs- oder Veräußerungsfolgefiktionen mit den Methodenwahlrechten der Gruppen- und Festbewertung dar. Diese Verfahren weichen vom Grundsatz der Einzelbewertung ab. Sie sind gleichsam ein gesetzlich geregeltes Zugeständnis zur Bewertungsvereinfachung bei der Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses. Das auch von der Steuerrechtsprechung akzeptierte Gruppenbewertungsverfahren²⁾ hat den GoB zu entsprechen. Nach § 40 Abs. 4 Ziff. 1 HGB darf es angewendet werden, wenn es sich um annähernd gleichwertige oder solche gleichartige Vermögensgegenstände handelt, bei denen nach Art des Bestands oder aufgrund sonstiger Umstände ein Durchschnittswert bekannt ist. Die Gegenstände des Vorratsvermögens erfüllen das Merkmal der Gleichwertigkeit, "wenn ihre Preise ... nur geringfügig voneinander abweichen"³⁾. Der Gesamtwert der Gruppe darf nicht wesentlich von der Summe der Einzelwerte abweichen⁴⁾. Adler/Düring/Schmaltz halten einen "Spielraum von 20 % zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einzelwert .. bei geringem Wert der einzelnen Vermögensgegenstände⁵⁾ als vertretbar.

1) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 337.

2) Abschnitt 36 Abs. 3 EStR 1970.

3) Abschnitt 36 Abs. 3 EStR 1970.

4) Vgl. Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 604.

5) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155 Tz 140, S. 530.

"Besonders wertvolle Wirtschaftsgüter sind regelmäßig einzeln zu bewerten"¹⁾. Eine Gruppenbewertung annähernd gleichwertiger Vermögensgegenstände (ist, A.d.V.) nur dann zulässig, wenn für die Zusammenfassung zu einer Gruppe auch andere wichtige gemeinsame Merkmale sprechen (z.B. Zugehörigkeit zum gleichen Sortiment)."²⁾ Hinsichtlich der Gleichartigkeit ist zu beachten, daß die Gegenstände des Vorratsvermögens dem gleichen Verwendungszweck dienen³⁾.

Gegenstände des Anlagevermögens sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe können mit einer gleichbleibenden Menge und einem gleichbleibenden Wert angesetzt werden, wenn ihr Bestand in Größe, Wert und Zusammensetzung nur geringen Veränderungen unterliegt. In der Regel ist dieser Festwert alle drei Jahre durch eine körperliche Bestandsaufnahme zu prüfen (§ 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB). Ansonsten bleibt der Wertansatz unverändert, während die Zugänge beim Vorratsvermögen sofort als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Dem Festwertansatz liegt die Fiktion zugrunde, daß sich Neuzugänge und Verbrauch ungefähr entsprechen. Bei steigenden Preisen entspricht diese Bewertung im Prinzip der Lifo-Methode; nur ist beim Festwertansatz im Gegensatz zum Lifo-Verfahren auch der Bestand quantitativ fixiert. Diese Unterbewertung hat zur

1) Abschnitt 36 Abs. 3 letzter Satz, EStR 1970.

2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 140, S. 530.

3) Vgl. Hax (Substanzerhaltung, 1957), S. 87 f.; Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 155, Tz 98 ff., S. 507 ff.

Folge, daß stille Reserven gebildet werden und zur Substanzerhaltung der Aktiengesellschaft beitragen. Umgekehrt würde eine Bewertung zu tatsächlichen Anschaffungskosten bei steigender Preistendenz die Substanz gefährden, wenn die höher ausgewiesenen Gewinne die Aktiengesellschaft durch Steuerzahlungen und Dividendenausschüttungen verlasen würden. Unter dem Gesichtspunkt des Realisationsgedankens und dem Prinzip der periodengerechten Erfolgsverursachung kann einem Ansatz zu Festwerten nur bei steigender oder stagnierender Preistendenz, zugestimmt werden. Bei fallenden Preisen ist das Niederstwertprinzip zu beachten. Die steuerrechtliche Zulässigkeit von Festwertansätzen bezieht sich nur auf Festwerte, die der Erleichterung der Inventur und der Bewertung dienen, nicht hingegen dem Ausgleich von Preisschwankungen^{1) 2)}.

Das wohl bedeutendste Methodenrecht mit der Möglichkeit der manipulativen Beeinflussung des Periodengewinns ist zweifellos in der Wahl der Abschreibungsverfahren zu sehen, deren Bedeutung durch die Übernahme steuerrechtlicher Bewertungsfreiheiten in die aktienrechtliche Bilanz noch verstärkt wird³⁾. Die Erklärung hierfür liegt im Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Gemäß § 154 Abs. 1 AktG sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Gegenstände des Anlagevermögens um planmäßige Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen zu ver-

1) Vgl. RFH-Urteil v. 16.12.1936, RStB1. 1937, S. 272; Abschnitt 36 Abs. 4 EStR 1970; BFH-Urteil vom 1.3.1955, BStB1. 1955 III, S. 144.

2) Zur Bildung stiller Reserven im Vorratsvermögen mit Hilfe der aktienrechtlichen Bewertungswahlrechte vgl. Karig (Vorratsvermögen, 1976) S. 589 ff.

3) Vgl. §§ 154 Abs. 2 und 155 Abs. 3 AktG.

mindern. Der Abschreibungsplan hat die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach einer den GoB entsprechenden Abschreibungsmethode auf die Perioden zu verteilen, in denen der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt wird.¹⁾ Der im Gesetz ausgesprochene Grundsatz der Planmäßigkeit bedeutet, daß der Abschreibungsverlauf der künftigen Geschäftsjahre eindeutig festliegen muß²⁾; gleichzeitig soll damit der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit gesichert werden. Jede Änderung der Abschreibungsmethode, die die Vergleichbarkeit der einzelnen Jahresabschlüsse beeinträchtigt, ist im Geschäftsbericht darzulegen³⁾. "Die planmäßige Abschreibung dient also nicht der Wertermittlung zum Bilanzstichtag, sondern der aufwandsmäßigen Abgrenzung (Periodisierung) der anfallenden Ausgaben. Die planmäßige Abschreibung ist damit nicht von der Bilanz, sondern von der Erfolgsrechnung her zu verstehen"⁴⁾.

Die Verteilung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten durch eine Schätzung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer macht eine exakte Erfassung der auf eine Periode entfallenden Wertminderungen bei vielen Anlagegegenständen schwierig. Deshalb ist vor allem im Interesse der Organisationsteilnehmer und aus der Sicht der Erfolgsspaltung eine periodengerechte Erfolgsabgrenzung zu beachten. Ihre Berücksichtigung ist unter dem Gesichtspunkt der GoB im allgemeinen und des Realisationsprinzip im speziellen von wesentlicher Bedeutung für die jährlichen Abschreibungsbeträge.

1) Vgl. § 154 Abs. 2 Satz 2 AktG.

2) Vgl. Kropff (Bilanzwahrheit, 1966), S. 375.

3) Vgl. § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG.

4) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 13, S. 431.

Der Voraussetzung planmäßiger Verteilungsverfahren entsprechen die lineare Abschreibung mit gleichbleibenden Jahresbeträgen, die degressive Abschreibung mit fallenden Jahresbeträgen und die progressive Abschreibung mit steigenden Jahresbeträgen. Die degressive Abschreibung unterscheidet die geometrische degressive, die arithmetisch degressive oder digitale Abschreibung sowie die degressive Abschreibung mit unregelmäßigen Quoten¹⁾. Das Steuerrecht läßt gemäß § 7 Abs. 2 EStG die degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zu. Für den anzuwendenden Abschreibungsprozentsatz müssen jedoch zwei Bedingungen erfüllt sein:

1. Er darf höchstens das Zweifache des bei linearer Abschreibung in Betracht kommenden Prozentsatzes betragen und
2. er darf unabhängig von der ersten Bedingung 20 % der Anschaffungskosten nicht übersteigen.

In der Praxis kommen zwischen den vorstehend genannten Abschreibungsmethoden auch Kombinationsformen vor. Der Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode hat in der Praxis insbesondere deshalb viel Anklang gefunden, weil er auch steuerrechtlich nach § 7 Abs. 3 Satz 1 EStG anerkannt wird.

Ein Restwert (Schrottwert oder Veräußerungswert) ist m.E. bei der Ermittlung der Abschreibungsquoten zu berücksichtigen, weil ansonsten die Perioden mit zuviel Aufwand während der Nutzungsdauer belastet werden, d.h. ein zu geringer Erfolg ausgewiesen wird. Als Veräußerungswert ist der voraussichtliche Veräußerungserlös abzüglich noch anfallender Aufwendungen wie z.B. Abbruchkosten anzusetzen.²⁾

1) Auf die verschiedenen Abschreibungsarten soll im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Vgl. dazu z.B. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 298 ff.; (Steuerlehre, 1972), S. 446 ff.; Bühler/Scherpf (Bilanz, 1971), S. 538 ff.; Coenenberg (Jahresabschluß, 1974), S. 90 ff.

2) Anderer Ansicht Geßler (Aktienrecht, 1966), S. 193.

Ungeachtet der um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten können außerplanmäßige Abschreibungen oder Wertberichtigungen vorgenommen werden, wenn die Anlagegegenstände am Bilanzstichtag überbewertet sind. Nach § 154 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 1 AktG sind diese Gegenstände mit dem niedrigsten Wert anzusetzen, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist. Die Forderung, daß eine Wertminderung bereits vor ihrer Realisierung durch den Umsatzprozeß durch eine außerplanmäßige Abschreibung zu erfassen ist, folgt auch aus dem Imparitätsprinzip. Der Grund der außergewöhnlichen Wertminderung kann darin gesehen werden, daß der Nutzungsvorrat des Anlagegutes aus wirtschaftlichen Gründen mehr als geplant entwertet worden ist. Eine außergewöhnliche wirtschaftliche Entwertung liegt z.B. vor, wenn sich die Verwendungsmöglichkeiten eines Vermögensgegenstandes durch den technischen Fortschritt oder einen Nachfragerückgang infolge eines Modewechsels verringern¹⁾.

Außerplanmäßige Abschreibungen sind nach § 154 Abs. 2 Ziff. 2 AktG auch zulässig, um die Gegenstände des Anlagevermögens "mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird". Diese Bestimmung ist mit den Zielvorstellungen der Handelsbilanz, insbesondere der periodengerechten Erfolgsermittlung, nicht zu vereinbaren. Die vom Steuergesetzgeber zugelassenen Sonderabschreibungen sind nicht mit betriebswirtschaftlichen Argumenten zu begründen, sondern beruhen allein auf wirtschafts-, konjunktur- und sozialpolitischen Überlegungen. Diese legalen Unterbewertungen führen zu einem Erfolgsausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung, der dann mehr zu einer Zufallsgröße wird. Diese Vorschrift mußte in

1) Ausführlich Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 330 ff.

das Aktiengesetz übernommen werden, weil sonst "die Unternehmen durch die handelsrechtliche Bewertungsvorschriften gehindert würden, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten auszunutzen"¹⁾. In diesem Falle erfährt das Maßgeblichkeitsprinzip praktisch eine Umkehrung. Die Steuerbilanz wird maßgeblich für die Handelsbilanz²⁾. Zu den steuerpolitischen Sonderabschreibungen zählen die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (Afa A) gemäß § 7 Abs. 1 Satz 4 EStG für abnutzbare Wirtschaftsgüter sowie die Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 Ziff. 1 Satz 2 und 3 sowie Ziff. 2 Satz 2 EStG. Der Teilwert kann erst angesetzt werden, wenn sich der Buchwert nach Vornahme der außergewöhnlichen Absetzung als niedriger erweist. Nach Meinung von Wöhe sind die "Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert nichts anderes als der Ansatz eines niedrigeren Wertes am Abschlußstichtag nach § 154 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 1 AktG bei tatsächlich eingetretener dauernder oder vorübergehender Wertminderung"³⁾.

Das Aktiengesetz von 1965 ist in seinen Bewertungsvorschriften strenger geworden; es wird aber durch die steuerlichen Bewertungswahlrechte unterlaufen. Die vorwiegend aus wirtschaftspolitischen Gründen gebildeten Abschreibungen sind ein Instrument zur Bildung stiller Reserven, in deren Höhe der steuerpflichtige Gewinn ceteris paribus gemindert wird. Für die Aktiengesellschaft bedeutet dies eine Steuerverschiebung und gleichzeitig in Höhe der augenblicklichen Steuerersparnis einen Liquiditätsvorteil sowie einen Zinsgewinn, weil der "Steuerkredit" zinslos gewährt wird. Der sichere Einblick in die Vermögens- und besonders in die Ertragslage wird dadurch empfindlich gestört. Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung sind diese Bewertungswahlrechte nicht haltbar.

1) Kropff (Aktiengesellschaft, 1965), S. 245.

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 154, Tz 84, S. 460; Mutze (Bewertungsvorschriften, 1965), S. 6.

3) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 336.

3. Die Bedeutung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte im Hinblick auf die Erfolgsspaltung

31. Die bilanzierungs- und bewertungspolitischen Interdependenzen zwischen Bilanz und Erfolgsrechnung

Grundsätzlich sind zwei Abweichungen vom tatsächlich erwirtschafteten Periodenerfolg denkbar. Entweder soll der ausgewiesene Periodengewinn niedriger oder höher als der effektiv erzielte Gewinn sein. Wie der Erfolgsausweis beeinflusst werden kann, wurde durch die bilanzierungs- und bewertungspolitischen Maßnahmen bereits aufgezeigt. Im folgenden werden zusammenfassend die theoretisch möglichen Maßnahmen zur jeweils gewünschten Gestaltung der Erfolgsziffer aufgezählt, ohne jedoch die steuerliche und handelsrechtliche Zulässigkeit inklusive der GoB prüfen zu wollen. Ein zu kleiner Periodengewinn wird ausgewiesen, wenn einerseits vorhandene Vermögenswerte entweder überhaupt nicht bilanziert oder unterbewertet werden. Eine Unterbewertung kann durch zu hohe planmäßige oder außerplanmäßige Abschreibungen sowie durch Unterlassen von Zuschreibungen erfolgen. Andererseits kann eine Gewinnreduzierung durch Überbewertung von passiven Bilanzpositionen erfolgen, wenn bsp. zu hohe Rückstellungen bilanziert oder erforderliche Korrekturen von im Wert gesunkenen Verbindlichkeiten unterlassen werden. Schließlich können aktivierungsfähige Positionen sofort gewinnmindernd als Aufwand verrechnet werden.

Soll der auszuweisende Periodengewinn höher sein als der tatsächlich erzielte Gewinn oder soll ein entstandener Verlust buchtechnisch beseitigt oder vermindert werden,

dann kann das durch Überbewertungen von aktiven Bilanzpositionen oder Unterbewertungen von Verbindlichkeiten erfolgen. Eine Überbewertung bei Aktiven ergibt sich bsp. bei zu niedrigen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen oder bei zu hohen Zuschreibungen. Unterbewertungen bei passiven Bilanzpositionen entstehen z.B. durch zu knapp bemessene Rückstellungen. Der Periodengewinn erhöht sich auch durch die Auflösung von in früheren Perioden gebildeten stillen Reserven.

32. Ziele der Bilanzierungs- und Bewertungspolitik

Welche Ziele den bewertungs- und bilanzierungspolitischen Maßnahmen aufgrund der gesetzlich eingeräumten Wahlrechte, die erhebliche Ermessensspielräume ermöglichen, zugrundeliegen, ist im folgenden zu untersuchen. Zu den wichtigsten Zielen, die auf dem Wege der Variation des Erfolgsausweises realisiert werden können, zählen im einzelnen:

1. Kapital- und Substanzerhaltung,
2. Verbesserung der Finanzierungs- und Liquiditätssituation,
3. Stabilisierung der Dividendenpolitik,
4. Steuerminimierung und
5. Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer.

321. Kapital- und Substanzerhaltung

Die handels- und steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften beruhen auf dem Prinzip der nominellen Kapitalerhaltung, d.h. der im Jahresabschluß ermittelte Erfolg beruht auf der Axiomatik eines gleichbleibenden Geldwertes. In der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich der Erfolg als Differenzbetrag aller in der Periode angefallenen Erträge und Aufwendungen. Nach der statischen Bilanzaufassung kann Erfolg nur das sein, "was als Differenz zwischen Geldkapitalbestand am Ende und am Anfang der Periode in Erscheinung tritt"¹⁾. Die Verrechnungsfunktion des Geldes ermöglicht es, die den heterogenen Gütern und Diensten zugeordneten Werte in gleichnamigen Geldeinheiten auszudrücken. Die Rechengröße "Geld" als Maßeinheit der Wertextension quantitativer pagatorischer Begriffe bildet die Grundlage, die bewerteten Güter und Dienste des betrieblichen Kombinationsprozesses verrechenbar zu machen²⁾. Das betriebliche Rechnungswesen, soweit es die Finanzbuchhaltung betrifft, geht von der Fiktion der absoluten Wertbeständigkeit des Geldes aus³⁾; d.h. es wird die axiomatische Forderung aufgestellt, daß der inhärente Wert "Geld" sich im Zeitablauf nicht verändert⁴⁾. In der Realität treten bei steigender Preistendenz Größen miteinander in Beziehung, die in Geldeinheiten unterschiedlicher Kaufkraft ausge-

1) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 44.

2) Vgl. Heinen (Kostenlehre, 1970), S. 75.

3) Vgl. Hax (Substanzerhaltung, 1957), S. 271.

4) Vgl. Schilcher (Geldtheorie, 1958), S. 88 f.

drückt sind. Die in den Gewinn- und Verlustrechnungen auf der Grundlage des Anschaffungswertprinzips ausgewiesenen Aufwendungen reichen deshalb nicht aus, die ge- und verbrauchten Potential- und Repetierfaktoren zu ersetzen, um die Sicherung des Unternehmenspotentials zu gewährleisten. Der Differenzbetrag zwischen historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und gestiegenen Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskosten wird in den auf dem Nominalwertprinzip fußenden Jahresabschlüssen als Gewinn ausgewiesen, dem keine quantitative Erhöhung von Produkten gegenübersteht¹⁾. "In Zeiten steigender Preise (ist, A.d.V.) die Erhaltung der zu uneingeschränkter betrieblicher Leistungserstellung erforderlichen Vermögenswerte in Frage gestellt"²⁾, wenn solche allein durch Geldwertverschlechterung bedingte Scheingewinne bilanziert werden und als Dividenden- und Steuerzahlungen die Aktiengesellschaft verlassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung baut wie die pagatorische Erfolgsrechnung grundsätzlich auf dem Realisationsprinzip auf. Wird in der Bilanz das nicht-geldliche Vermögen zu Anschaffungskosten angesetzt, so wird das Prinzip der nominalen Kapitalerhaltung verfolgt³⁾. Geldwertschwankungen bleiben unberücksichtigt. Die Kaufkraft des Geldes verhält sich umgekehrt proportional zur Veränderung des Preisniveaus. Die in der Realität vorhandene inflationäre Preisentwicklung kann den Informationsgehalt der Gewinn- und Verlustrechnung für die Organisationsteilnehmer wesentlich beein-

1) Vgl. Busse v. Colbe (Eliminierung, 1960), Sp. 4423 f.

2) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 466.

3) Vgl. Hax (Geldwertänderungen, 1970), Sp. 553 ff.

trächtigen. Der reale Erfolg, d.h. der Erfolg in Geldeinheiten gleicher Kaufkraft ist nicht erkennbar¹⁾. In Wissenschaft und Praxis hat sich aber die Meinung durchgesetzt, "daß diese Kaufkraftgewinne und -verluste aus Nominalwerten zusammen mit dem Einfluß der Geldwertschwankungen auf Aufwand und Ertrag in der Ermittlung des Jahreserfolges berücksichtigt werden sollten"²⁾. Jedoch haben die Wahl der Mittel und Maßnahmen zur Kapital- und Substanzerhaltung in der Literatur noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Eine erste heftige Diskussion über diesen Problemkreis wurde in den Zwanziger Jahren durch die Inflation ausgelöst. "Begründet werden Kapital- und Substanzerhaltung mit der Notwendigkeit, die Unternehmung als Mittel zum Zweck der Einkommenserzielung oder zur Erreichung anderer Zielvorstellungen zu erhalten"³⁾. Wenn der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Erfolg wegen der Geldwertverschlechterung einen geringeren Aussagewert besitzt, dann handelt es sich nach Hax bei diesen Überlegungen offenbar nicht um die Substanzerhaltung, sondern um die Kapitalerhaltung. Er unterscheidet, unter Berufung auf Walb⁴⁾, zwei Formen:

1. Nominelle Kapitalerhaltung = Erhaltung eines Kapitals in Geldeinheiten, ohne Rücksicht auf deren Kaufkraftänderungen.
2. Reale Kapitalerhaltung = Erhaltung des ursprünglichen Geldkapitals in Einheiten gleicher Kaufkraft⁵⁾.

1) Vgl. Hax (Geldwertänderungen, 1970), Sp. 555.

2) Lüttge (Geldwertschwankungen, 1968), S. 5; vgl. weiter Potthoff (Geldwertverschlechterung, 1972), S. 145 ff.; Boecken (Nominalwertprinzip, 1974), S. 881 ff.; Schildbach/Schweigert (Preispolitik, 1974), S. 541 ff.; Selchert (Abschreibung, 1975), S. 557 ff.; Bucher (Entstehung, 1975), S. 653 ff.

3) Chmelik (Gewinnpolitik, 1972), S. 17.

4) Vgl. Walb (Erfolgsrechnung, 1926), S. 339.

5) Vgl. Hax (Substanzerhaltung, 1957), S. 14 ff.

Neben diesen Kapitalerhaltungstheorien (monetäre Interpretation) werden in der Literatur Substanzerhaltungstheorien unterschieden, die die Potential- und Repetierfaktoren quantitativ und qualitativ zu erhalten suchen (bonitäre Interpretation)¹⁾.

Das Problem der Preisänderungen kann dadurch gelöst werden, daß in der Kalkulation vom Anschaffungswertprinzip völlig abgegangen wird und die Erfolgsermittlung und die Bewertung der Vermögensgüter an den Wiederbeschaffungspreisen im Sinne der organischen Bilanztheorie von Schmidt ausgerichtet wird. Bei seiner Konzeption von der "relativen Kapitalerhaltung" ist ein Erfolg erst dann realisiert, wenn die Erhaltung der relativen Stellung einer Aktiengesellschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft gesichert ist²⁾. Demnach ist ein echter Gewinn nur entstanden, wenn der Verkaufspreis einer Ware höher ist als der Wiederbeschaffungspreis am Verkaufstag. Die Differenz zwischen Anschaffungs- und Wiederbeschaffungspreis ist ein Scheinerfolg. Solche Scheinerfolge sind Wertänderungen am ruhenden Vermögen, die auf einem Vermögensänderungskonto gesondert auszuweisen sind.

Um der Gefahr des in der Praxis herrschenden Prinzips der nominellen Kapitalerhaltung zu begegnen, daß, als Folgeerscheinung der inflationären Preistendenzen, Scheingewinne versteuert und ausgeschüttet werden, ist mit Hilfe der Bilanzierungs-, Bewertungs- und Rücklagenpolitik die betriebliche Substanzerhaltung zu gewährleisten.

1) Vgl. z.B. Fäßler et al. (Kostenrechnungslexikon, 1971), S. 427 f. Die Substanzerhaltungstheorien lassen sich wie folgt gliedern:

1. Reproduktive Substanzerhaltung,
2. relative Substanzerhaltung,
3. qualifizierte Substanzerhaltung und
4. leistungsäquivalente Substanzerhaltung.

2) Vgl. Schmidt (Tageswertbilanz, 1951), S. 146.

Die substantielle Kapitalerhaltung kann im Jahresabschluß auf zwei Arten erfolgen. Einmal können in Höhe der Differenz zwischen historischen Anschaffungskosten und aktuellen Wiederbeschaffungskosten, also Scheingewinnen, offene Rücklagen gebildet werden und zweitens sind stille Reserven zu bilden entweder durch Unterbewertung von Vermögensteilen und Überbewertung von Verbindlichkeiten, um eine Ausschüttung dieser Scheingewinne zu verhindern¹⁾. "Anders formuliert; von den Umsatzerlösen muß soviel zurückbehalten werden, wie zur Wiederbeschaffung der Kostengüter benötigt wird, mit denen die umgesetzten Leistungen erstellt worden sind. Nur der darüber hinausgehende Betrag darf als Bilanzgewinn gezeigt werden und den Betrieb ver- lassen, wenn man von der Zielsetzung der Substanzerhaltung ausgeht"²⁾.

Die durch Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte gebildeten stillen Rücklagen sind aus zwei Gründen besser geeignet, die substantielle Kapitalerhaltung zu gewährleisten als die Bildung offener Rücklagen. Erstens werden die stillen Reserven nicht versteuert³⁾ und zweitens können offene Rücklagen zu einer Fehleinschätzung der Ertragslage der Aktiengesellschaft durch die Organisationsteilnehmer führen, die Rücklagen unter Umständen mit echten Gewinnen gleichsetzen. Wobei immer noch fraglich ist, ob durch die Bildung der offenen Rücklagen die bisherige Kapazität überhaupt erhalten werden kann⁴⁾.

-
- 1) Diese Bewertungsmöglichkeiten stehen natürlich im Widerspruch zu den Prinzipien der Erfolgsspaltung.
 - 2) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 466.
 - 3) Offene Rücklagen sind im Gegensatz dazu i.d.R. aus dem zu versteuernden Gewinn zu bilden.
 - 4) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 467 f.

Die substantielle Kapitalerhaltung bleibt wohl für die meisten Organisationsteilnehmer das wesentlichste bilanzpolitische Ziel, weil von vielen die Aktiengesellschaft, sieht man von Spekulationsaktionären einmal ab, als dauerhafte Einkommensquelle betrachtet wird. "Gewinn ist für sie der Betrag, der ausgeschüttet werden kann, ohne die Substanz der Einkommensquelle und ihre dauerhafte Entwicklungschance zu gefährden"¹⁾. Auch der Fiskus müßte ein Interesse an der Substanzerhaltung zeigen, weil bei einer Besteuerung von Scheingewinnen die Aktiengesellschaft als "dauerhafte Steuerquelle" gefährdet sein dürfte. Ein Substanzverlust würde weiter eine ernstliche Bedrohung für die Arbeitsplätze der Mitarbeiter darstellen, weshalb sie ebenfalls an einer Kapazitätserhaltung oder möglichst an einer Kapazitätserweiterung interessiert sein dürften.

322. Verbesserung der Finanzierungs- und Liquiditätssituation

Als Möglichkeiten der Kapitalerweiterung bieten sich bei der Aktiengesellschaft die Außenfinanzierung (Ausgabe neuer Aktien oder Beschaffung von Fremdkapital durch Aufnahme von Krediten) sowie die Innenfinanzierung an²⁾. Die wichtigste Form der Innenfinanzierung besteht in der Thesaurierung von Gewinnen. Diese Art von Kapitalbildung bezeichnet man als Selbstfinanzierung, die in offener

1) Schneider (Selbstfinanzierung, 1968), S. 7.

2) Vgl. z.B. Wöhe (Einführung, 1971), S. 386 ff.

und stiller Form erfolgen kann. Offene Selbstfinanzierung liegt vor, wenn Gewinne zurückbehalten und als Zusatzkapital den gesetzlichen oder freien Rücklagen zugeführt werden. Durch die Bildung stiller Rücklagen vollzieht sich die stille Form der Selbstfinanzierung.

Jede Form der Rücklagenbildung bedeutet zugleich die Einbehaltung von Gewinnen und eine Erhöhung des Eigenkapitals. Primär erfolgt diese Zusatzkapitalbildung "zum Zwecke der Kapitalsicherung oder der Kapitalerhaltung"¹⁾. Offene Rücklagen sind deshalb nicht unbedingt unter dem Aspekt einer in der Bilanz sichtbaren vermögenserhöhenden Wirkung der Selbstfinanzierung zu sehen im Gegensatz zu stillen Rücklagen²⁾. Erst sekundär kann der über die Kapitalsicherung hinaus zur Verfügung stehende Betrag für Investitionen zum Zwecke von Kapazitätserweiterungen verfügbar gemacht werden.

Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte ermöglichen z.B. durch Aufwandsantizipationen wie überhöhten Abschreibungen die Bildung stiller Reserven, die die Finanzierungs politik einer Aktiengesellschaft wesentlich beeinflussen können³⁾. So entstehen einerseits keine Finanzierungskosten und andererseits wird die Gesellschaft nicht mit Zins- und Tilgungsverbindlichkeiten belastet. Zudem entstehen erhebliche steuerliche Vorteile, solange die stillen Reserven nicht aufgelöst werden. Auch die Liquidität wird durch die Bildung stiller Reserven erhöht. Der Liquiditätseffekt ergibt sich durch die Nichtausschüttung von Gewinnen an die Aktionäre, durch die zeitliche Verschiebung von Steuerzahlungen dieser nicht ausgewiesenen

1) Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 468.

2) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 283.

3) Zur Problematik der "stillen Reserven" vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 277 ff.

Gewinne und schließlich durch die nicht sofortige Reinvestition der liquiden Mittel.

Die rechtliche Zulässigkeit stiller Reserven läßt sich aus dem Aktiengesetz ableiten. Sie ergibt sich implizite durch die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften, die es dem Bilanzierenden offenstellen, einen Aktivposten zu bilanzieren oder nicht zu bilanzieren sowie eine für den speziellen Fall bestimmte Bewertungsmethode zu wählen. Ansonsten sind für die Zulässigkeit der Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven die GoB und hier speziell das Vorsichtsprinzip maßgeblich. Eine unmittelbare rechtliche Bestätigung für die Auflösung stiller Reserven findet sich in den Positionen 11, 12 und 13 der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 157 AktG¹⁾.

Unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsspaltung kann der Bildung bzw. Auflösung stiller Rücklagen nicht zugestimmt werden, wenn sie unter Mißachtung der GoB und des Periodenverursachungsprinzips allein dazu dienen, einen Verlust aufzufangen oder Dividenden auszuschütten, um einen Vertrauensschwund bei den Organisationsteilnehmern, insbesondere den Gläubigern und Aktionären oder in der öffentlichen Meinung zu vermeiden. Eine solche Politik ist nur dazu geeignet, den Einblick in die Vermögens- und Ertragslage zu verschleiern.

1) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 282.

323. Stabilisierung der Dividendenpolitik

Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie rücklagenpolitische Maßnahmen bilden ein wertvolles Instrument zur Regulierung des Bilanzgewinns, um die zwischen der Unternehmungsführung und den Aktionären bestehenden Interessenkonflikte möglichst klein zu halten. Bildung und Auflösung stiller Reserven werden als "Manövriermasse" der Gewinnpolitik vorwiegend zur Dividendenstabilisierung eingesetzt¹⁾. Mit Hilfe der stillen Reserven ist der Periodengewinn derart manipulierbar, daß in Zeiten steigender Konjunktur erzielte echte Gewinne nicht in vollem Umfange ausgewiesen werden, um selbst bei rückläufiger Konjunktur gleichmäßige Dividendenzahlungen vornehmen zu können²⁾, wobei natürlich die zukünftigen Ertragsaussichten zu berücksichtigen sind³⁾. Ein Vorteil der Dividendenstabilisierung liegt sicherlich darin, daß die Aktionäre mit einer gleichbleibenden Nominalverzinsung rechnen können. Andererseits wird der Einfluß von Zufallsgewinnen auf die Dividendenhöhe eliminiert. Eine einmal zu hoch angesetzte Dividende wird, wenn sie bei schlechter Ertragslage herabgesetzt werden muß, einen Vertrauensschwund bei den Aktionären und in der Öffentlichkeit nicht vermeiden können, wenn nicht die gesamte Branche zum gleichen Schritt gezwungen ist⁴⁾.

Vom Standpunkt der Erfolgsspaltung kann die Stabilisierung der Dividendenpolitik nicht gutgeheißen werden, wenn dieses Ziel allein durch willkürliche Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven zu erreichen versucht wird.

1) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 277.

2) Vgl. Weber (Dividendenpolitik, 1955), S. 52 ff. u. S.173 ff.

3) Vgl. Kalveram (Rechtfertigung, 1950), S. 346.

4) Vgl. Mellerowicz (Unternehmenspolitik, 1964), S. 416 f.

324. Steuerminimierung

Für die Minderung der Steuerbelastung sind bei Aktiengesellschaften im wesentlichen zwei Möglichkeiten zu unterscheiden. Steuerersparnisse können auf dem Wege der Ausnutzung der gesetzlich zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte einmal beim Tatbestand einer Steuertarifänderung und zum anderen bei progressiven Steuertarifen durch zeitliche Verlagerung steuerpflichtiger Gewinne erzielt werden.

Bei Steuertarifänderungen sind wiederum zwei Möglichkeiten denkbar, nämlich eine Tarifsenkung und eine Tarifierhöhung. Im Falle der Tarifsenkung können Steuern gespart werden, wenn Gewinne willkürlich in die Periode verschoben werden, in denen die Steuertarifsenkung in Kraft tritt. Problematisch ist nur, daß neben der bereits bestehenden Unbestimmtheit der zukünftigen Ertragsaussichten einer Aktiengesellschaft auch die fiskalischen Maßnahmen des Staates normaliter nicht mit absoluter Bestimmtheit vorhersehbar sind. Eine diesbezügliche langfristige bilanzpolitische Steuerkonzeption ist deshalb nicht möglich¹⁾.

Die bilanzpolitische Beeinflussung der gegenwärtigen und der zukünftigen Jahresabschlüsse durch Erfolgsregulierung kann auch durch das Ziel eines Steueraufschubs bezweckt sein²⁾. Hier versuchen die Bilanzierenden mit Hilfe steuer-

1) Vgl. Harder (Bilanzpolitik, 1962), S. 83 ff.

2) Vgl. Harder (Bilanzpolitik, 1962), S. 83 ff., insbesondere S. 88 f.; Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 471 f.

pflichtiger Gewinnverlagerungen in nachfolgende Perioden durch Bildung stiller Reserven eine Steuerstundung zu erreichen. Allerdings kommt es dabei zu keiner endgültigen Steuerersparnis, sondern der Anspruch des Fiskus auf steuerliche Zahlungsverpflichtungen wird nur zeitlich verschoben. Eine Steuerverschiebung bedeutet für die Aktiengesellschaft gleichsam eine Liquiditätsverbesserung. Diese "Liquiditätshilfe auf Zeit" ¹⁾ hilft finanzielle Engpässe zu überbrücken, d.h. fällige Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt erfüllen zu können. Neben den liquiditätspolitischen Gesichtspunkten ist ein weiterer wesentlicher Vorteil der Steuerverschiebung darin zu sehen, daß der Aktiengesellschaft ein zinsloser Kredit zur Verfügung steht. Damit kann die Gesellschaft entweder bei Anlage dieses Geldbetrages Zinserträge erwirtschaften oder sich Zinskosten ersparen, die sie bei Aufnahme eines Kredites hätte aufwenden müssen.

Alle bilanzpolitischen manipulativen Maßnahmen der Erfolgsregulierung, die allein aus finanzpolitischen Zielen der Steuerersparnis und des Steueraufschubs auf die Höhe des steuerpflichtigen Gewinns einwirken, sind vom Standpunkt der Erfolgsspaltung nicht vertretbar, weil durch die willkürliche Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven der tatsächlich im jeweiligen Geschäftsjahr gemäß dem Periodenverursachungsprinzip entstandene Erfolg nicht zum Ausweis gelangt. Somit stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt noch ein Informationswert des Jahresabschlusses für die Organisationsteilnehmer besteht!

Sozialpsychologisch betrachtet offenbart sich dieser Sachverhalt in Wertkonflikten zwischen der Kerngruppe der

1) Sandig (Steuervergünstigungen, 1952), S. 511.

Aktiengesellschaft und den Satellitengruppen. Den Wertkonflikten zwischen den Organisationsteilnehmern liegen einerseits finanzpolitische Ziele nach Steuerersparnis bzw. -aufschub zugrunde (Kerngruppe) und andererseits die Maximierung der Steuereinkommen (Fiskus) bzw. der Dividendeneinkommen bestimmter Aktionärsgruppen. Diese differenzierten Zielvorstellungen erfahren eine Konkretisierung in wertverschiedenen Attitüden in bezug auf einen bestimmten Jahresabschluß, d.h. trotz derselben Überzeugungen der Organisationsteilnehmer weichen deren Attitüdenstrukturen voneinander ab, weil die den syllogistischen Schlußfolgerungen zugrundeliegenden Werte sich unterscheiden. Für die Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven ist bsp. folgende Überzeugung aller Organisationsteilnehmer denkbar: "Die Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven ist ein Instrument der Erfolgsregulierung". Aus der Sicht der Kerngruppe der Aktiengesellschaft kann der Wert "Erfolgsregulierungen im Rahmen der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sind vorteilhaft" unterstellt werden. Daraus ergibt sich die syllogistische Kombination "Jahresabschlüsse, in denen der Erfolg durch die Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven beeinflußt werden kann, sind vorteilhaft". Diese Schlußfolgerung ist eine Attitüde gegenüber Jahresabschlüssen, in denen Gewinnverlagerungen mit Hilfe stiller Reserven vorgenommen werden. Wenn andererseits die Finanzbehörde oder bestimmte Anteilseignergruppen Erfolgsregulierungen als unzulässig ansehen, gelangen sie von dieser Wertprämisse bei Unterstellung dergleichen o.a. Überzeugung zu der Attitüde "Jahresabschlüsse, in denen der Erfolg durch Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven beeinflußt werden kann, sind unzulässig".

325. Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer

In der Praxis hat die Steuerbilanz aufgrund der Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes gegenüber der Handelsbilanz vorrangige Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb werden bilanzierungs- und bewertungspolitische Maßnahmen zum Zwecke der Erfolgsregulierung von steuerlichen Aspekten bestimmt. Eine Modifizierung der steuerlichen Erfolgsbestimmungspolitik kann lediglich aus finanz- und ausschüttungspolitischen Gründen erforderlich werden, um Jahresabschlußadressaten zu Verhaltensweisen zu veranlassen, die den Zielvorstellungen des Unternehmensmanagements entsprechen. Die Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer ist um so effektiver, je besser es den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußgestaltung gelingt, die Erwartungen der Bilanzadressaten zu antizipieren. Die Antizipation von Informationserwartungen bezieht sich auf verhaltensrelevante Kennzahlen der Bilanz¹⁾ sowie die Berücksichtigung der Prinzipien der Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Auf die Erfolgsrechnung bezogen bedeutet dies, daß weniger die Gewinnziffer für sich alleine informatorischen Wert besitzt, sondern vielmehr die Zusammensetzung des Erfolges. Soweit die Unternehmungsleitung nicht daran denkt, die Attitüdenstrukturen der Informationsempfänger zu ändern (attitude change), wird sie die bestehenden Einstellungen zu bestätigen versuchen. Deshalb können die Organisationsteilnehmer, die den Jahresabschluß ihren Ein- und Austrittsentscheidungen in bzw. aus der Organisation "Aktiengesellschaft" zugrundelegen wollen, ihrerseits die Gestaltung des Jahresabschlusses beeinflussen²⁾. Die Bestätigung be-

1) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 351 ff.

2) Vgl. Bischofberger (Beeinflussung, 1971).

stimmter Vorstellungen der Bilanzadressaten über die Vermögens- und Ertragslage sowie über die zukünftigen Ertragsaussichten sind insbesondere dann relevant, wenn Kapitalerhöhungen geplant sind, die von den aktuellen und potentiellen Anteilseignern positiv beurteilt werden sollen. Haben die Aktionäre vorwiegend Präferenzen für hohe Dividendenzahlungen, dann entsteht ein Widerspruch zu den bei Aktiengesellschaften verfolgten Zielvorstellungen der über die Substanzerhaltung hinausgehenden Vermögensmaximierung¹⁾. Zur Vermeidung solcher Interessenkonflikte sind die Attitüdenstrukturen vorwiegend externer Adressaten bei der Erstellung des Jahresabschlusses zu berücksichtigen, um keine im Sinne der Unternehmungsleitung negativen Verhaltensweisen zu induzieren. "Da die externen Informationsempfänger keine homogene Gruppe darstellen, sind unterschiedliche Erwartungen über ihre Informationswünsche denkbar, so daß die Zielkonflikte häufig von Antizipationskonflikten begleitet werden, die auf unterschiedliche Erwartungen über das Informationsverhalten der Bilanzadressaten zurückzuführen sind"²⁾.

1) Vgl. Schneider (Investition, 1970), S. 151 ff.

2) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 352.

325. Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer

In der Praxis hat die Steuerbilanz aufgrund der Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes gegenüber der Handelsbilanz vorrangige Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb werden bilanzierungs- und bewertungspolitische Maßnahmen zum Zwecke der Erfolgsregulierung von steuerlichen Aspekten bestimmt. Eine Modifizierung der steuerlichen Erfolgsbestimmungspolitik kann lediglich aus finanz- und ausschüttungspolitischen Gründen erforderlich werden, um Jahresabschlußadressaten zu Verhaltensweisen zu veranlassen, die den Zielvorstellungen des Unternehmensmanagements entsprechen. Die Verhaltensbeeinflussung der Organisationsteilnehmer ist um so effektiver, je besser es den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußgestaltung gelingt, die Erwartungen der Bilanzadressaten zu antizipieren. Die Antizipation von Informationserwartungen bezieht sich auf verhaltensrelevante Kennzahlen der Bilanz¹⁾ sowie die Berücksichtigung der Prinzipien der Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Auf die Erfolgsrechnung bezogen bedeutet dies, daß weniger die Gewinnziffer für sich alleine informatrischen Wert besitzt, sondern vielmehr die Zusammensetzung des Erfolges. Soweit die Unternehmungsleitung nicht daran denkt, die Attitüdenstrukturen der Informationsempfänger zu ändern (attitude change), wird sie die bestehenden Einstellungen zu bestätigen versuchen. Deshalb können die Organisationsteilnehmer, die den Jahresabschluß ihren Ein- und Austrittsentscheidungen in bzw. aus der Organisation "Aktiengesellschaft" zugrundelegen wollen, ihrerseits die Gestaltung des Jahresabschlusses beeinflussen²⁾. Die Bestätigung be-

1) Vgl. Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 351 ff.

2) Vgl. Bischofberger (Beeinflussung, 1971).

stimmter Vorstellungen der Bilanzadressaten über die Vermögens- und Ertragslage sowie über die zukünftigen Ertragsaussichten sind insbesondere dann relevant, wenn Kapitalerhöhungen geplant sind, die von den aktuellen und potentiellen Anteilseignern positiv beurteilt werden sollen. Haben die Aktionäre vorwiegend Präferenzen für hohe Dividendenzahlungen, dann entsteht ein Widerspruch zu den bei Aktiengesellschaften verfolgten Zielvorstellungen der über die Substanzerhaltung hinausgehenden Vermögensmaximierung¹⁾. Zur Vermeidung solcher Interessenkonflikte sind die Attitüdenstrukturen vorwiegend externer Adressaten bei der Erstellung des Jahresabschlusses zu berücksichtigen, um keine im Sinne der Unternehmungsleitung negativen Verhaltensweisen zu induzieren. "Da die externen Informationsempfänger keine homogene Gruppe darstellen, sind unterschiedliche Erwartungen über ihre Informationswünsche denkbar, so daß die Zielkonflikte häufig von Antizipationskonflikten begleitet werden, die auf unterschiedliche Erwartungen über das Informationsverhalten der Bilanzadressaten zurückzuführen sind"²⁾.

1) Vgl. Schneider (Investition, 1970), S. 151 ff.

2) Kupsch (Rückstellungen, 1973), S. 352.

33. Die Auswirkungen der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte auf die Erfolgspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung

331. Bilanzierungswahlrechte

Die Möglichkeit der Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung, über Ansatz oder Nichtansatz von Bilanzpositionen zu entscheiden, stellt ein bedeutendes Instrumentarium zur Erfolgsbeeinflussung dar. Im folgenden ist der Umfang der Beeinflussungsmöglichkeiten der Bilanzierungswahlrechte und deren Auswirkungen auf die Erfolgspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung zu untersuchen.

Die bilanzpolitische Bedeutung der Aktivierungswahlrechte liegt in der Tatsache, daß der derivative Geschäftswert, die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte, die Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes, ein Disagio oder Damnum, die geringwertigen Anlagegüter und der Verschmelzungsmehrwert von Aktiengesellschaften im Falle der Nichtaktivierung sofort als Aufwendungen der Geschäftsperiode gewinnmindernd in der Erfolgsrechnung verrechnet werden dürfen. Die Zielvorstellungen und damit verbunden die Einflußmöglichkeiten der Bilanzierenden auf den Erfolgsausweis sind entscheidend für die Wahlmöglichkeiten zwischen Aktivierung oder einmaliger Aufwandsverrechnung der entstandenen Kosten. Bei hohem Gewinnausweis und/oder der Notwendigkeit, Finanzierungsmittel für erforderliche Investitionen zu beschaffen, wird man im Unternehmungsmanagement bestrebt sein, durch Ausnutzen der Aktivierungswahlrechte auf die Bilanzierung

der in Frage kommenden Positionen zu verzichten und stattdessen durch die hundertprozentige Aufwandsverrechnung eine Gewinnthesaurierungspolitik zu betreiben. Dies hat zur Folge, daß den Aktionären zustehendes Kapital in Form von Gewinnausschüttungen vorenthalten wird, was unter Umständen mit deren Attitüdenstrukturen und Einkommensvorstellungen nicht in Einklang gebracht werden kann. Andererseits steht durch diese Bildung stiller Reserven der Aktiengesellschaft Kapital für Investitionszwecke zur Verfügung, das bei fehlender Selbstfinanzierungsmöglichkeit am Kapitalmarkt zu den üblichen Konditionen hätte beschafft werden müssen. Umgekehrt wird die Unternehmungsleitung in schlechten Geschäftsperioden bemüht sein, Aufwendungen, soweit es das Aktiengesetz erlaubt, durch Aktivierungen zu neutralisieren. Abschreibungen sind dann in dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum vorzunehmen. Der entgeltlich erworbene Firmenwert, andere derivative immaterielle Anlagewerte, der Verschmelzungsmehrwert von Aktiengesellschaften und die Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes sind in maximal fünf Jahren mit mindestens zwanzig Prozent pro Jahr vom aktivierten Betrag abzuschreiben. Teilweise wird in der Literatur die Meinung vertreten, die Formulierung in § 348 Abs. 2 Satz 2 AktG, daß ein aktivierter Verschmelzungsmehrwert "in nicht mehr als fünf Jahren durch Abschreibungen zu tilgen" ist, führe zu dem Schluß, daß eine Abschreibung in den ersten Geschäftsperioden völlig unterbleiben könne, wenn nur die Abschreibung im fünften Jahr erfolgen würde¹⁾. Die Ab-

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 153, Tz 151, S. 421 f. Adler/Düring/Schmaltz kommen aber zu dem Schluß, daß die Abschreibung zu mindestens einem Fünftel des Ausgangsbetrages zu erfolgen hat.

schreibungen sind in Position 19 der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die Mindestabschreibungsquote von einem Fünftel des Ausgangsbetrages bedeutet, daß die Abschreibungen auch in einem Zeitraum von weniger als fünf Jahren erfolgen können. Bei Nichtaktivierung erfolgt der Ausweis der Gesamtaufwendungen in der Sammelposition 26 der Erfolgsrechnung, außer die Bilanzsteller sind von sich aus bereit, diese Sonderposten in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert auszuweisen. Dem steht aber entgegen, daß dadurch vor allem den externen Organisationsteilnehmern ein zu großer Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt werden könnte. Die Abschreibungen auf das aktivierte Disagio bzw. Damnum dürfen auf die Gesamtlaufzeit der Verbindlichkeiten in Position 23 der Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt werden. Eine kürzere Abschreibungsdauer ist ebenfalls zulässig. Bei Nichtaktivierung ist das Abgeld voll in Position 23 oder 26 der Erfolgsrechnung zu berücksichtigen. Schließlich können die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten geringwertiger Anlagegüter sofort voll als Aufwand verrechnet werden oder bei Aktivierung über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben werden; beide male erfolgt die Aufwandsverrechnung über die Erfolgsposition 19 der Gewinn- und Verlustrechnung. Mit Ausnahme der "Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes" und selbsterstellter geringwertiger Anlagegüter werden im Falle der Aktivierung die entstandenen Kosten durch Umbuchung auf ein aktives Bestandskonto neutralisiert. In den beiden Ausnahmefällen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung zu den unter diversen Aufwendungen verrechneten Kosten der Ausgleichsposten "Andere aktivierte Eigenleistungen" eingesetzt. Dies erfolgt aus dem Bruttoprinzip, alle Auf-

wendungen einer Abrechnungsperiode unsaldiert auszuweisen. Der Ausgleichsposten entspricht dem Brutto- und Periodenverursachungsprinzip nur dann, wenn in dieser Ertragsposition keine Aufwendungen früherer Perioden verbucht sind. Die Möglichkeit der Erfolgsregulierung soll an einem Beispiel anhand selbsterstellter geringwertiger Anlagegüter kurz aufgezeigt werden:

Aufwendungen	Davon aktivierte Eigenleistungen	
	DM	DM
Materialverbrauch	7.000,--	1.500,--
Löhne und Gehälter	10.000,--	5.000,--
Soziale Abgaben	2.000,--	1.000,--
Aufwendungen für Altersversorgung	1.000,--	500,--
Abschreibungen auf Sachanlagen	7.000,--	2.000,--
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.000,--	500,--
Steuern	3.000,--	1.500,--
Sonstige Aufwendungen	9.000,--	3.000,--
	40.000,--	15.000,--

In diesem Beispiel wird unterstellt, daß von den Gesamtaufwendungen in Höhe von DM 40.000,-- für selbsterstellte geringwertige Anlagegüter DM 15.000,-- aufwandsgleiche Kosten angefallen sind. Diese Kosten sind einerseits in der Bilanz zu aktivieren und andererseits als Korrekturposten zu den Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der

Position 3 einzustellen. Werden die aktivierten geringwertigen Anlagegüter sofort voll abgeschrieben, dann erhöht sich in der Erfolgsrechnung die Aufwandsseite um DM 15.000,-- und gleichzeitig verringern sich die Vermögenswerte um denselben Betrag in der Bilanz. Die geringwertigen Anlagegüter können aber auch auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von bsp. zehn Jahren abgeschrieben werden. In diesem Falle erhöhen sich die Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung um DM 1.500,-- bei linearer Abschreibung. Es ergibt sich somit bei diesem Beispiel ein betragsmäßiger Erfolgsregulierungsspielraum von DM 13.500,--.

Vom Standpunkt der Erfolgsspaltung ist in allen Fällen die Aktivierungspflicht zu fordern. Die sofortige hundertprozentige Aufwandsverrechnung aktivierungsfähiger Kosten verhindert eine periodengerechte Erfolgsermittlung. Die Bedingungen der Erfolgsspaltung, besonders des Periodenverursachungsprinzips, werden bei der Aktivierung von Kosten nur dann erfüllt, wenn die Abschreibungsquoten den tatsächlichen Wertminderungen der Aktivposten entsprechen. Die meisten Organisationsteilnehmer sehen sich deshalb außerstande, sich allein aus der Gewinn- und Verlustrechnung ein Bild der Erfolgssituation zurechtzulegen, das ihren Informationserwartungen entspricht. Es bedarf daher zusätzlicher Erläuterungen im Geschäftsbericht über die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die aus der Bilanz und Erfolgsrechnung nicht zu ersehen sind. § 160 Abs. 2 Satz 1 AktG schreibt ganz allgemein vor, gleichsam als Generalklausel: "Im Geschäftsbericht ist

ferner der Jahresabschluß zu erläutern". In § 160 Abs. 2 Satz 2 - 5 AktG fordert der Gesetzgeber besondere Angaben. Auf die Art der Ausübung der Aktivierungswahlrechte ist im Geschäftsbericht ebenfalls hinzuweisen¹⁾. Im Jahresabschluß sind bsp. nicht kurzlebige geringwertige Vermögensgüter als Zugang und unter der Position Abschreibung auszuweisen. Daraus ergibt sich die Erläuterungspflicht über die Abschreibungsbeträge nach § 160 Abs. 2 Satz 3 AktG. Die Abschreibungsmethoden selbst sind nach § 160 Abs. 2 Satz 2 AktG anzugeben. Im Geschäftsbericht könnte dann etwa stehen: "Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung jeweils voll abgeschrieben"²⁾.

In der Synopsis auf Seite 173 werden die Auswirkungen der Aktivierungswahlrechte auf die Gewinn- und Verlustrechnung zusammenfassend dargestellt.

Die Passivierungswahlrechte lassen im Hinblick auf die Erfolgsspaltung keine schematische Einordnung zu und sind daher im folgenden einzeln dazustellen. Pensionsverpflichtungen sind sowohl im Falle der Passivierung als auch bei Nichtbilanzierung in Position 18 der Gewinn- und Verlustrechnung einzustellen. Aus der Erfolgsrechnung ist deshalb nicht zu erkennen, ob die "Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung" auf Pensionsrückstellungen oder effektive Pensionszahlungen zurückzuführen sind. Der Ausweis der anderen Rückstellungsarten

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 160, Tz 40, S. 768. Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 519 f.

2) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 160, Tz 34, S. 766.

Gesetzes- vorschrift	Aktivierungs- wahlrecht	Alternative 1		Alternative 2		Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung
		Sofortige Aufwandsver- rechnung	Aktivierung der Aufwendungen	Jahre	Quote	
\$ 153 Abs. 3 und 5 Aktg	Derivativer Firmenwert, andere im - materielle Anlagewerte	Pos. 26	Umbuchung der Aufwendungen auf aktives Bestandskonto	maximal 5	mindest. 20 %	Pos. 19
\$ 153 Abs. 4 Satz 2 Aktg	Kosten der Ingangsetzung des Geschäfts- betriebes	Pos. 26	Pos. 3 (Ausgleichs- posten)	maximal 5	mindest. 20 %	Pos. 19
\$ 348 Abs. 2 Aktg	Verschmel- zungsmehrwert von Aktienge- sellschaften	Pos. 26	Umbuchung auf aktives Be- standskonto	maximal 5	mindest. 20 %	Pos. 19
\$ 156 Abs. 3 Aktg	Disagio bzw. Dammum	Pos. 23 oder 26	Umbuchung auf aktives Be- standskonto	darf auf die Ge- samtlaufzeit der Verbindlichkeit ver- teilt werden. Eine kürzere A-Dauer ist zulässig		Pos. 23
\$ 6 Abs. 2 Estg	Geringwertige Anlagegüter	Pos. 19	a) Umbuchung auf aktives Bestandskonto b) Selbsterstell- te GWG Pos. 3	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer		Pos. 19

Auswirkungen der Aktivierungswahlrechte auf die Gewinn- und Verlustrechnung

erfolgt bei dynamischer bilanzieller Abgrenzung "Aufwand noch nicht Ausgabe" in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den "Sonstigen Aufwendungen". Werden dagegen erst die tatsächlichen Zahlungen als Aufwendungen verrechnet, dann sind verschiedene Erfolgspositionen (z.B. Pos. 16, 17 oder 26) denkbar.

Vom Standpunkt der Erfolgsspaltung und vor allem auch des Vorsichtsprinzips ist für die in § 152 Abs. 7 AktG angeführten Rückstellungsarten die Passivierungspflicht zu fordern. Das vom Gesetzgeber ausgesprochene Wahlrecht widerspricht völlig den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen nach verursachungsgerechter Erfolgsabgrenzung und dem im Gläubigerschutz fundierten Vorsichtsgrundsatz.

Das Passivierungswahlrecht für Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 152 Abs. 5 AktG betrifft Positionen, die aufgrund steuerlicher Vorschriften zunächst der Ertragsbesteuerung entzogen werden sollen. Entsprechend der Bilanzgliederung ist für diese Sonderposten in der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 158 Abs. 6 AktG ein besonderer Aufwandsposten zwischen die Erfolgspositionen 25 und 26 einzufügen. In betragsmäßiger Höhe dieses Zwischenpostens wird der zu versteuernde Gewinn vorerst gekürzt. Umgekehrt sind die "Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil" bei ihrer Auflösung unter der Ertragsposition 13 a auszuweisen. Dieses Saldierungsverbot entspricht völlig dem von der Erfolgsspaltung geforderten Bruttoprinzip. Fraglich ist aber, ob die eigentliche Bildung der Sonderposten mit Rücklageanteil der Erfolgsspaltung entspricht. Dient die Einstellung in die Sonderposten allein dazu, Teile des steuerlichen Gewinns aus manipulativen Gründen zunächst der Besteuerung

zu entziehen, dann ist das Periodenverursachungsprinzip nicht erfüllt. Soll dagegen eine erfolgsneutrale Übertragung stiller Reserven auf ein Ersatzanlagegut gemäß § 6 b EStG durchgeführt werden, dann entspricht das Bilanzierungswahlrecht streng genommen ebenfalls nicht den Erfolgsspaltungsprinzipien, weil bei einem Verkauf bzw. Entschädigung für ein Anlagegut nach dem Realisationsprinzip ein Gewinn realisiert worden ist, der auch in dieser Periode als Erfolgsbestandteil zu verrechnen ist. Nur ist die Sachlage anders zu beurteilen, wenn die Gewinnrealisierung gegen den Willen der steuerpflichtigen Gesellschaft erfolgt. Das Ausscheiden eines Anlagegegenstandes aus dem Betriebsvermögen kann nämlich zwangsweise geschehen, z.B. durch höhere Gewalt (Sturmschaden, Brand) oder durch behördlichen Eingriff (Enteignung). Ein durch die gewährte Entschädigung realisierter Buchgewinn bildet die Grundlage für die Wiederbeschaffung des ausgeschiedenen Anlagegutes. Die Erfolgswirksamkeit der aufgelösten stillen Reserven würde einem echten Substanzverlust gleichkommen. Eine Ersatzbeschaffung aus dem versteuerten Gewinn, soweit dieser thesauriert werden würde, wäre nicht möglich, so daß im Extremfall die Produktionstätigkeit in Frage gestellt wäre¹⁾.

Die Zuführungen zur Pauschalwertberichtigung zu Forderungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Erfolgsposition 21 auszuweisen. Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung unter Einbeziehung des Vorsichtsprinzips ist hier eine Passivierungspflicht zu fordern. Problematisch ist nur, wenn die Entscheidungsträger der Bilanzerstellung die

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 67 ff., S. 309 ff.; § 158, Tz 38 f., S. 731; Kobs (Rückstellungen, 1964), S. 89 f.

Höhe der Pauschalwertberichtigung nicht allein auf der Grundlage des Periodenverursachungsprinzips festsetzen.

Das Passivierungswahlrecht für die Lastenausgleichs-Vermögensabgabe ist, bilanzpolitisch betrachtet, von geringer Bedeutung, weil es nur einmal ausgeübt werden kann¹⁾. Eine einmal als Verbindlichkeit ausgewiesene Vermögensabgabe kann mit dem Hinweis auf das Wahlrecht nicht wieder aufgelöst werden. Eine solche Auflösung ist mit der GoB unvereinbar²⁾. Nehmen die Bilanzierenden das Passivierungswahlrecht wahr, dann wird die Geschäftsperiode mit einem außerordentlichen und einmaligen Aufwand belastet, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Sonderposten 24 c "Lastenausgleichs-Vermögensabgabe" einzustellen ist. Wegen der außergewöhnlichen Höhe dieses Aufwandspostens bedarf es zusätzlicher Erläuterungen im Geschäftsbericht³⁾. Unter diesem Sonderposten oder unter "Zinsen und ähnliche Aufwendungen" sind dann nur noch die in den Vierteljahresbeträgen enthaltenen Zinsanteile auszuweisen⁴⁾.

1) Vgl. Wöhe (Bilanzpolitik, 1971), S. 497.

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 151, Tz 239, S. 250; Wirtschaftsprüferhandbuch (1973), S. 652.

3) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 222, S. 695.

4) Die Vierteljahresbeträge sind in Tilgungs- und Zinsanteile zu zerlegen. Die Tilgungsanteile verringern die in der Bilanz passivierte Verbindlichkeit der Vermögensabgabe.

Wird nicht passiviert, dann sind die gesamten gezahlten jährlichen Vierteljahresbeträge unter dem Sonderposten auszuweisen¹⁾. Werden die Vierteljahresbeträge zu den Fälligkeitstagen nicht bezahlt, dann sind sie jedenfalls zu passivieren. In der Erfolgsrechnung ist die Summe der in der Geschäftsperiode fällig gewordenen Vierteljahresbeträge in den Sonderposten einzustellen. Das entspricht auch den Prinzipien der Erfolgsspaltung. Die Teil- oder Vollpassivierung der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe verursacht immer einen außerordentlichen Aufwand, der das Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen kann. Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung ist deshalb die Passivierung abzulehnen.

332. Bewertungswahlrechte

Auch die Bewertungswahlrechte, die in Wertansatz- und Bewertungsmethodenwahlrechte zu unterteilen sind, stellen ein bedeutendes Instrumentarium zur Erfolgsbeeinflussung dar. Im folgenden ist der Umfang der Beeinflussungsmöglichkeiten und deren Auswirkungen auf die Positionen der Erfolgsrechnung zu untersuchen.

Die Wertansatzwahlrechte lassen sich in Abwertungs- und Aufwertungswahlrechte unterteilen. Die Abwertungswahlrechte beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen. Das aktienrechtliche Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung sieht dafür keinen gesonderten Ausweis vor.

1) Die Zinsanteile dürfen wiederum unter der Position 23 ausgewiesen werden.

Soweit es sich um Gegenstände des Anlagevermögens handelt, sind die außerplanmäßigen Abschreibungen zusammen mit den planmäßigen Abschreibungen in Position 19 "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte" auszuweisen. Handelt es sich allerdings um wesentliche Beträge, dann sind nach § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG Erläuterungen im Geschäftsbericht erforderlich. Wertminderungen¹⁾ von Gegenständen des Umlaufvermögens mit Ausnahme der Vorräte sind unter der Position 21 auszuweisen²⁾. Die Wertminderungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind in Position 5, die für fertige und unfertige Erzeugnisse in Position 2 aufzuzeigen.

Das in § 155 Abs. 2 AktG für das Umlaufvermögen gültige Niederstwertprinzip hat obligatorischen Charakter. Insofern ist ein Wertansatzwahlrecht ausgeschlossen. Problematisch bleibt jedoch die Bestimmung des Niederstwertes, die auf dem von der herrschenden Meinung vertretenen qualifizierten Niederstwertprinzip beruht³⁾.

Dagegen wirkt sich das in § 154 Abs. 2 AktG fixierte aktienrechtliche Niederstwertprinzip für das Anlagevermögen nicht obligatorisch aus, sondern ist in seiner Anwendung gemildert. Dieses Wahlrecht der Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen ist im Hinblick auf die Erfolgsspaltung nicht haltbar, weil jede Wertänderung, auch wenn sie nur von vorübergehender Natur ist, eine Änderung des Erfolgsausweises impliziert. Dieses Wertansatzwahlrecht wandelt sich im Falle einer voraussichtlich dauernden

-
- 1) Das Aktiengesetz spricht in bezug auf das Umlaufvermögen von Wertminderungen. Materiell wirkt sich diese Unterscheidung insofern aus, als nach § 160 Abs. 2 AktG im Geschäftsbericht Erläuterungen zu den Abschreibungen und Wertberichtigungen des Anlagevermögens verlangt werden, nicht aber zu den Abschreibungen im Umlaufvermögen.
 - 2) Dazu zählen z.B. Wertpapiere des Umlaufvermögens.
 - 3) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 2421 dieser Arbeit.

Wertminderung in das zwingende Niederstwertprinzip um. Auch die in den §§ 154 Abs. 2 Ziff. 2 und 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG aufgrund des Maßgeblichkeitsprinzips möglichen Bewertungsfreiheiten sind vom Standpunkt der Erfolgsspaltung nicht vertretbar, wenn allein aus steuerpolitischen Gründen Unterbewertungen vorgenommen werden können. Bestehen die Gründe für die niedrigeren Wertansätze nicht mehr, dann erlaubt das Aktiengesetz trotzdem, diese Werte beizubehalten¹⁾. Diese Beibehaltungswahlrechte implizieren Unterbewertungen, die mit den Prinzipien der Erfolgsspaltung unvereinbar sind. Der Gesetzgeber gewährt hier der Bewertungskontinuität eindeutig Vorrang gegenüber dem richtigen Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Aktiengesellschaft. Die Beibehaltungswahlrechte beinhalten gleichzeitig Aufwertungswahlrechte. Im Sinne der Erfolgsspaltung sind Aufwertungen vorzunehmen, wenn die Gründe, die zu außerplanmäßigen Abschreibungen geführt haben, nicht mehr bestehen. Solche Zuschreibungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position 11 auszuweisen. Der gesonderte Ausweis der Zuschreibungen bedeutet, daß es nicht zulässig ist, Abschreibungen und Zuschreibungen zu saldieren. Dieser getrennte Ausweis der außerordentlichen Erträge einerseits und der Abschreibungsaufwendungen andererseits entspricht voll den Erfolgsspaltungsgrundsätzen, vor allem dem Bruttoprinzip und dem Erfordernis, außerordentliche Erfolgsbestandteile gesondert auszuweisen.

1) Vgl. §§ 155 Abs. 4 und 154 Abs. 2 Satz 2 AktG

Die bilanzpolitische Bedeutung der Bewertungsmethodenwahlrechte wird bei den Anschaffungskosten im wesentlichen auf die Behandlung von Zuschüssen und Subventionen eingeengt. Danach dürfen Zuschüsse und Subventionen in der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe der Vereinnahmung unter den "Sonstigen Erträgen" ausgewiesen oder erfolgsneutral durch Minderung der Anschaffungskosten berücksichtigt werden. Ein Ausweis unter den "Sonstigen Erträgen" entspricht in keinem Fall dem Periodenverursachungsprinzip. So sind z.B. Baukostenzuschüsse durch Passivierung (zinsloses Darlehen) erfolgsmäßig zu neutralisieren und während der Mietzeit als Mieterträge auszuweisen. Die Baukostenzuschüsse stellen praktisch Mietvorauszahlungen dar, die vom Standpunkt der Erfolgsspaltung so zu behandeln sind, als ob sie dem Vermieter erst während der Mietzeit zufließen würden. In Höhe der Mieterträge wird gleichzeitig das Darlehen getilgt¹⁾. Bei einer Verrechnung der Zuschüsse mit den Anschaffungskosten werden die Abschreibungen in der Erfolgsrechnung zu niedrig ausgewiesen.

Anders verhält es sich mit Subventionen und Zuschüssen, die von Dritten zur Anschaffung bestimmter Gegenstände bereitgestellt werden und nicht zurückgezahlt werden müssen. Solche Zuwendungen sind im Hinblick auf die Erfolgsspaltung mit den Anschaffungskosten zu verrechnen, um durch niedrigere Abschreibungen eine periodengerechte Erfolgsverteilung zu ermöglichen.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen Kapitel 2422 dieser Arbeit.

Im Gegensatz zu den Anschaffungskosten ist bei der Ermittlung der Herstellungskosten die bilanzpolitische Bedeutung der Bewertungsmethodenwahlrechte weitaus größer. Unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsspaltung ist das für die Herstellungskosten des Umlaufvermögens mögliche aktienrechtliche Bewertungsmethodenwahlrecht nach § 155 Abs. 1 Satz 2 i.V. mit § 153 Abs. 2 AktG auf die Einzelkosten einzugrenzen. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese aktivierten Eigenleistungen unter den Bestandsänderungen zu berücksichtigen. Diese Position ist ein Ausgleichsposten zu den aufwandsgleichen Kosten, die gemäß dem Bruttoprinzip unsaldiert auszuweisen sind. Nach den Erfolgsspaltungsprinzipien dürfen bei den Bestandsänderungen keine Gemeinkosten berücksichtigt werden. Sie sind vielmehr nicht zu aktivieren und voll als Aufwendungen (z.B. Positionen 5, 16, 17, 18) gewinnmindernd in der Erfolgsrechnung auszuweisen. Gleichwohl erlaubt das Aktiengesetz die Aktivierung dieser Gemeinkosten. In diesem Falle wird ein Gewinn ausgewiesen, der um den Betrag der aktivierten Gemeinkosten zu hoch ist¹⁾.

Weitere Bewertungsmethodenwahlrechte zur Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten gleichartiger Gegenstände des Vorratsvermögens stehen mit dem Lifo- und Fifoverfahren zur Verfügung. Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung wird der Einblick in die Ertragslage der Gewinn- und Verlustrechnung verbessert, wenn die Lifomethode bei steigender und die Fifomethode bei sinkender Preistendenz angewendet wird. Die höchsten Werte sind unter den "Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe" zu verrechnen,

1) Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 2422 dieser Arbeit.

während in der Bilanz die niedrigeren Werte anzusetzen sind. Werden in der Bilanz Positionen des Vorratsvermögens als Festwerte geführt, dann sind Zugänge direkt als Aufwand zu verrechnen. Bei Festwerten des Anlagevermögens sind Zugänge unter den "Sonstigen Aufwendungen" auszuweisen.

Abschreibungen sind in Postition 19 der Erfolgsrechnung in Ansatz zu bringen. Im Hinblick auf die Erfolgsspal- tung wird der Einblick in die Ertragslage hier vor allem dadurch verschlechtert, daß Abschreibungen, die allein durch steuerliche Begünstigungen entstehen, im aktien- rechtlichen Jahresabschluß zu berücksichtigen sind. Die Folge ist ein zu niedriger Gewinnausweis.

4. Die Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Problematik

41. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung

Betrachtet man die Gewinn- und Verlustrechnung als Kalkül, so sind zwei Formen denkbar, die Erfolgsrechnung darzustellen: einmal die Kontoform und zum anderen die Staffelform. Bis zum Jahre 1959 gelangte die Gewinn- und Verlustrechnung in Deutschland in der auch für Bilanzen üblichen Kontoform zur Darstellung. Die Aufwendungen und Erträge sind hierbei einander kontenmäßig im "Soll" und im "Haben" gegenüberzustellen. Die Verabschiedung des Gesetzes "über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung" vom 23.12.1959 (BGBI. I, S. 789) hat neben der bis dahin üblichen und für die Aktiengesellschaften verbindlich vorgeschriebenen Kontoform auch die Staffelform für die Erfolgsrechnung wahlweise zugelassen. Das Aktiengesetz von 1965 hingegen schreibt in § 157 Abs. 1 zwingend die Staffelform vor. Ihr Vorteil liegt in der größeren Übersichtlichkeit durch die Bildung von Zwischenergebnissen, die als Kennzahlen sich vor allem für die Erfolgsanalyse in Form des Zeitvergleichs eignen und somit den Aussagegehalt der Erfolgsrechnung erweitern.

42. Die Eindeutigkeit der Gliederungspositionen

Im folgenden ist zu untersuchen, inwieweit die Grundsätze der Erfolgsspaltung in den einzelnen Erfolgspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung durch die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte beeinflusst werden.

42.01 Umsatzerlöse

Umsatzerlöse sind nach § 158 Abs. 1 AktG in Verbindung mit dem Realisationsprinzip Erlöse, die ausschließlich auf Lieferungen und Leistungen der betrieblichen Haupttätigkeit zurückzuführen sind und die sich aus der Fertigungs- und Absatztätigkeit der Aktiengesellschaft ergeben¹⁾. Einnahmen aus Nebenbetrieben (bsp. Erträge aus Sozialeinrichtungen wie Kantine, Kindergarten etc.) stehen in keinem direkten Zusammenhang mit der eigentlichen Betriebsleistung der Aktiengesellschaft und sind deshalb unter "Sonstige Erträge" auszuweisen. Gemäß § 158 Abs. 2 AktG sind die Umsatzerlöse um Preisnachlässe²⁾ zu vermindern.

Durch die Trennung in "Umsatzerlöse" und "Sonstige Erträge" ergibt sich von der Ertragsseite her ein Ansatz zur Erfolgsspaltung des Unternehmungsergebnisses in eigentlichen Betriebserfolg und neutralen Erfolg³⁾. Eine extensionale eindeutige Abgrenzung der Umsatzerlöse für eine bestimmte Periode ist nicht möglich, weil die Umsatzerlöse um nachzuverrechnende Erlösschmälerungen vergangener Geschäftsperioden vermindert werden können⁴⁾. Insoweit verstoßen die Umsatzerlöse gegen das Periodenverursachungs- und

1) Vgl. Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung, 1970), § 157, Anm. 31, S. 302 f.

2) Vgl. Rabattgesetz vom 25.11.1933, RGBl. I, S. 1011. Zu den Preisnachlässen zählen Skonti, Rabatte und Sondernachlässe.

3) Vgl. Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 294.

4) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 158, Tz 28, S. 725. Mellerowicz/Brönnner (Rechnungslegung, 1970), § 158, Anm. 10, 4 e, S. 450. Anderer Meinung Döllner (Gewinn- und Verlustrechnung, 1960), S. 109.

Bruttoprinzip. Erlösschmälerungen zurückliegender Perioden sind als außerordentliche Erfolgskomponenten auszuweisen. Die Umsatzerlöse können demnach keine eindeutige Aussage über die Leistungen der Aktiengesellschaft am Absatzmarkt in einer Periode vermitteln, wenn nicht gleichzeitig zusätzliche Angaben im Geschäftsbericht gemacht werden.

42.02 Bestandsänderungen

Die aktienrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung, die als Produktions- bzw. Leistungsrechnung konzipiert ist, hat wegen des Periodenverursachungsprinzips die von den Umsätzen verursachten Aufwendungen festzustellen. Da normalerweise die in einer Periode hergestellten Produkte quantitativ und qualitativ nicht mit den realisierten Umsatzerlösen übereinstimmen, bilden die Bestandsänderungen gewissermaßen einen bilanztechnischen Berichtigungsposten, um den "periodengerechten Ertrag"¹⁾ zu erhalten.

Ergibt sich am Periodenende eine Bestandserhöhung, dann sind diese betrieblichen Leistungen noch nicht durch Umsatzerlöse realisiert. Um eine betriebliche Gesamtleistung feststellen zu können, sind die entsprechenden Aufwendungen, die dem Realisationsprinzip entsprechen, unter diesem Ausgleichsposten zu aktivieren. Diese Vorgehensweise entspricht voll dem Bruttoprinzip. Andererseits wird dem Periodenverursachungsprinzip als weiterem Grundsatz der Erfolgsspaltung entsprochen, wenn bei der Ermittlung der

1) Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 157, Anm. 38, S. 408 f.

Herstellungskosten nur Einzelkosten in Ansatz gebracht werden. Gleichwohl erlauben die Bewertungsmethodenwahlrechte auch die Aktivierung der aufwandsgleichen Gemeinkosten. Die Neutralisierung dieser Kosten impliziert einen zu hohen Gewinnausweis infolge der Nichtbeachtung des Realisationsprinzips.

Das in § 155 Abs. 2 AktG verankerte strenge Niederstwertprinzip verlangt für die Gegenstände des Umlaufvermögens, also auch für die fertigen und unfertigen Erzeugnisse, den von mehreren möglichen Alternativwerten niedrigsten Wertansatz. Problematisch ist die Bestimmung des Niederstwertes, der nach herrschender Meinung auf der Grundlage des qualifizierten Niederstwertprinzip¹⁾ zu bestimmen ist. Da aber der Bewertung das "going concern concept" zugrunde zu legen ist, sind die Alternativwerte zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Vorratsvermögens nur vom Absatzmarkt her abzuleiten. Die Berücksichtigung des qualifizierten Niederstwertprinzips durch die Bilanzierenden ist aus der Sicht der Erfolgsspaltung abzulehnen.

Eine weitere wesentliche Beeinträchtigung der semantischen Eindeutigkeit der Bestandsänderungen liegt vor allem in der Regelung des § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG, die allein dem Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz entspricht. Darin ist ein klarer Verstoß gegen das Periodenverursachungsprinzips zu sehen, weil dieses steuerbezogene Wertansatzwahlrecht niedrigere Wertansätze zuläßt, denen keine äquivalenten Wertminderungen gegenüberstehen. Die durch diese willkürliche Unterbewertung gebildeten stillen Reserven verletzen eindeutig die GoB.

1) Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2421 in dieser Arbeit.

Während das Bruttoprinzip durch die Bestandsänderungen als Ausgleichsposten innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erfüllt wird, erfährt das Prinzip innerhalb dieses Postens keine Beachtung, weil bsp. Zuschreibungen (Werterhöhungen bestimmter Erzeugnisse) bis zum Wertansatz, der dem Niederstwertprinzip entspricht, mit Wertminderungen anderer Produkte saldiert werden können.

42.03 Andere aktivierte Eigenleistungen

Neben den Bestandsveränderungen bilden diese aktivierten Eigenleistungen ebenfalls einen bilanztechnischen Ausgleichsposten zu den während der Geschäftsperiode verrechneten aufwandsgleichen Kosten (Personalaufwand, Materialien u.a.m.) für erbrachte Eigenleistungen. Dazu gehören selbsterstellte Anlagen, Maschinen, Großreparaturen, selbsterstellte geringwertige Vermögensgüter und gemäß § 153 Abs. 4 AktG die Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes.

Dieser Ausgleichsposten entspricht dem Brutto- und Periodenverursachungsprinzips nur, wenn in dieser Ertragsposition keine Aufwendungen früherer Perioden verbucht werden. Solche Aufwendungen sind unter "Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens" als Buchgewinne oder unter "Sonstige Erträge" einzustellen. Kann aus praktischen Gründen keine Trennung erfolgen, dann ist der periodenfremde Ertrag gesondert herauszustellen.

Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung sind die Aktivierungswahlrechte abzulehnen und anstelle dessen ist die Aktivierungspflicht zu fordern. Werden die Ingangsetzungskosten des Geschäftsbetriebes nicht aktiviert und alternativ sofort mit hundert Prozent abgeschrieben, dann erfolgt eine

nicht gerechtfertigte Gewinnverkürzung, die vor allem mit dem Periodenverursachungsprinzip in Widerspruch steht.

42.04 Gesamtleistung

Die Gesamtleistung ist im Sinne des Gesetzgebers mit der Betriebsleistung zu identifizieren. Betriebswirtschaftlich problematisch ist die nur teilweise Erfassung der betrieblichen Leistung. Finden die Grundsätze der Erfolgsspaltung bei den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußerstellung keine Beachtung, dann fehlen bsp. nicht aktivierte Eigenleistungen oder geringwertige Anlagegüter, die durch Umgehung der Ausgleichsposten direkt auf ein aktives Bestandskonto gebucht werden. Weitere nicht berücksichtigte betriebliche Leistungen können Beteiligungserträge oder Zinserträge sein.

Der Meinung von Adler/Düring/Schmaltz kann jedoch nicht gefolgt werden, "daß die zur Gesamtleistung zusammengefaßten Größen sich nicht ganz entsprechen". Weiter kommentieren sie "Die Umsatzerlöse enthalten auch den Gewinn, während die Bestandsveränderungen sich aus Werten ergeben, für die das Niederstwertprinzip gilt"¹⁾. Laßmann hält es sogar für äußerst bedenklich, wenn "sachlich nicht Zusammenhöriges addiert wird"²⁾. Seiner Ansicht nach dürfen keine realisierten Umsatzerlöse mit "am Markt noch nicht realisierten Betriebsleistungen"³⁾ zusammengefaßt werden.

1) Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 20, S. 615.

2) Laßmann (Gewinn- und Verlustrechnung, 1961), S. 670.

3) Laßmann (Gewinn- und Verlustrechnung, 1961), S. 670.

Von einer Zusammenfassung sich nicht entsprechender Werte kann nicht gesprochen werden, wenn bei den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten prinzipiell das Periodenverursachungsprinzip Anwendung findet, das auf der Grundlage des Realisationsprinzips beruht.

42.05 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Diese Erfolgsposition ist insoweit semantisch eindeutig abgegrenzt, als hier nur die Materialaufwendungen zu erfassen sind, die dem Fertigungsbereich kausal zuzuordnen sind. Entsprechende Aufwendungen für den Verwaltungs- und Vertriebsbereich sind unter den "Sonstigen Aufwendungen" auszuweisen. Die semantische Eindeutigkeit wird ähnlich wie bei den Bestandsänderungen durch die Bewertungswahlrechte wesentlich beeinträchtigt. Die nach § 155 AktG mögliche Bildung bzw. Auflösung (Zuschreibung) stiller Reserven sind als klarer Verstoß gegen das Brutto- und Periodenverursachungsprinzip zu begreifen, wenn nicht äquivalente Wertänderungen stattgefunden haben. Die Erfolgsspaltung wird weiter durch die Anwendung des qualifizierten Niederstwertprinzips in Frage gestellt. Der getrennte Ausweis der eigentlichen Betriebsleistung und des neutralen Erfolgs erfordert auch den gesonderten Ausweis außerordentlicher Erfolgskomponenten. Stattdessen erfolgt hier eine Saldierung positiver und negativer Erfolgsfaktoren, die auch andere Perioden betreffen.

42.06 Erfolge aus Konzernbeziehungen

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit sind die Erfolgspositionen 7, 15, 25 und 27 der Gewinn- und Verlustrechnung, die sich aus Konzernbeziehungen ergeben, zusammen zu betrachten¹⁾. Der Zusammenhang bei Ergebnisabführungsverträgen zwischen der übernehmenden Muttergesellschaft und der abführenden Tochtergesellschaft soll im folgenden schematisch aufgezeigt werden:

	Bei der Tochtergesellschaft entsteht ein		
	Verlust	Gewinn	
Bei der Muttergesellschaft entstehen	<u>Aufwendungen aus Verlustübernahme</u> Pos. 25 (Vgl. § 302 AktG)	<u>Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen</u> Pos. 7	Echte Erfolge
Bei der Tochtergesellschaft entstehen	<u>Erträge aus Verlustübernahme</u> Pos. 15 (Vgl. § 302 AktG)	<u>Abgeführte Gewinne aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages</u> Pos. 27	Unechte Erfolge

Diese Darstellung macht deutlich, daß bei einem solchen Vertragsverhältnis zwischen einer Ober- und Untergesellschaft immer nur eine der vier Positionen in der jeweiligen Gewinn- und Verlustrechnung in Erscheinung treten kann²⁾.

- 1) Die einzelnen Unternehmensverträge sind im Aktiengesetz geregelt (Gewinnngemeinschaft in § 252 Abs. 1 Nr. 1; Gewinnabführungsverträge in § 291 Abs. 1 Satz 1 u. 2; Teilgewinnabführungsverträge in § 292 Abs. 1 Nr. 2).
- 2) Werden in einer Gewinn- und Verlustrechnung mehr als eine dieser vier Positionen ausgewiesen, denn bestehen mit mehreren Unternehmen Ergebnisabführungsvereinbarungen.

Die semantische Eindeutigkeit ist durch die genaue Bestimmung der Intensionen und Extensionen der Positionen gegeben. Trotzdem ist der Informationswert dieser Erfolgspositionen nicht unproblematisch. Jede an einer Gewinngemeinschaft beteiligte Aktiengesellschaft kann ihrerseits durch Ausnutzen der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte - außer es finden die Prinzipien der Erfolgsspaltung Anwendung - den Periodenerfolg bestimmen, der dem beabsichtigten Verteilungsschlüssel entspricht¹⁾. Eine intersubjektive Nachprüfbarkeit durch die Jahresabschlußinteressenten ist meistens nicht möglich.

42.07 Beteiligungserträge

Darunter sind die regelmäßigen Erträge aus Beteiligungen vor Abzug der Kapitalertragssteuer²⁾ zu verstehen. Dazu zählen Dividenden von Aktiengesellschaften, die Gewinne aus Beteiligungen an Personenhandelsgesellschaften und die Gewinnanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die Beteiligungserträge sind intensional und extensional klar bestimmt. Die semantisch eindeutige Abgrenzung zur Position 7 ergibt sich dadurch, daß hier nur solche Erträge auszuweisen sind, die aus Beteiligungen herrühren, die nicht mit einem Gewinn- bzw. Ergebnisabführungsvertrag verbunden sind. Buchgewinne aus Veräußerungen von Beteiligungen sind als außerordentliche Erträge (Auflösung stiller Reserven) unter "Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens..." auszuweisen.

1) Vgl. Havermann (Unternehmen, 1966), S. 92.

2) Vgl. Wöhe (Steuerlehre, 1972), S. 96 f.

Dem Bruttoprinzip wird dadurch Rechnung getragen, daß eine Saldierung mit Verlusten aus Beteiligungen nicht zulässig ist. Derartige Verluste sind unter den "Sonstigen Aufwendungen" auszuweisen. Sind dagegen die Verluste durch Abschreibungen entstanden, dann hat der Ausweis unter "Abschreibungen auf Finanzanlagen" (Pos. 20) zu erfolgen. Ergibt sich der Verlust durch den Verkauf einer Beteiligung, liegt also der Verkaufspreis unter dem Buchwert, dann ist er als außerordentlicher Aufwand unter der Erfolgsposition 22 auszuweisen.

Um eine periodengerechte Erfolgsabgrenzung zu ermöglichen, muß der Jahresabschluß der Tochtergesellschaft bis zur Abschlußprüfung bei der Muttergesellschaft festgestellt sein und eine entsprechende Beschlußfassung über seine Verwendung vorliegen, ehe die Beteiligungserträge bei der Muttergesellschaft erfaßt werden können¹⁾.

Trotz der deutlichen Ansätze einer Erfolgsspaltung sind semantische Bedenken nicht ganz auszuschließen, da besonders innerhalb von Konzernen mit gegenseitigen Lieferungen Gewinne bsp. durch die Gestaltung der Verrechnungspreise oder durch Umlegen von Kosten manipuliert werden können²⁾.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 97, S. 647 f.

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 96, S. 646 f.

42.08 Erträge aus anderen Finanzanlagen

Intensional als periodenzugehörige Bruttoerträge bestimmt, sind die "Erträge aus anderen Finanzanlagen" extensional auf Finanzanlagen abgegrenzt, die keine Beteiligungen sind¹⁾. Die laufenden Erträge, vor allem Zinsen, Dividenden und Ausbeuten aus Wertpapieren des Anlagevermögens sowie aus langfristigen Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren sind brutto auszuweisen. Eventuell anfallende Kapitalertragssteuern sind unter den Steuern (Pos. 24 a) einzustellen. Veräußerungsgewinne bei Verkäufen von Wertpapieren gegenüber ihren Buchwerten und Erträge aus dem Verkauf von Bezugsrechten stellen betriebswirtschaftlich einen Abgang²⁾ dar und sind deshalb als außerordentliche Erfolgskomponenten unter Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

42.09 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Durch das Brutto- und Periodenverursachungsprinzip ist die Position "Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge" in ihrer Intension und Extension semantisch eindeutig bestimmt. Hier sind insbesondere Dividenden auf Wertpapiere des Umlaufvermögens und Zinsen für Einlagen bei Kreditinstituten sowie für Forderungen an Dritte auszuweisen. Lieferantenkonti sind im Sinne der Erfolgsspaltung nicht als Zinserträge zu behandeln, sondern prinzipiell als Anschaffungskostenminderung anzusehen. Die Behandlung der Lieferanten-

1) Vgl. § 151 Abs. 1 Nr. II B 2 u. 3 AktG.

2) Nach Adler/Düring/Schmaltz handelt es sich bei der Intension des Begriffes "Abgang" "um ein mengenmäßiges Ausscheiden von Teilen des Anlagevermögens". Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 152, Tz 24, S. 289.

skonti als Zinserträge würde vollkommen dem Periodenverursachungsprinzip widersprechen.

Dem Bruttoprinzip wird dadurch Rechnung getragen, daß die bis zum Jahre 1959 möglichen Saldierungen von Zinserträgen und Zinsaufwendungen grundsätzlich ausgeschlossen sind. Zinsaufwendungen sind unter der korrespondierenden Erfolgsposition 23 auszuweisen. Dieser Bruttoausweis bezweckt, einerseits die Erträge aus liquiden Mitteln kenntlich zu machen und andererseits die Kosten für in Anspruch genommenes Fremdkapital offenzulegen. Der Informationswert dieser Positionen läßt deshalb für die Jahresabschlußadressaten Rückschlüsse auf das Finanzierungsgebaren der Aktiengesellschaft zu.

42.10 Erträge und Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens

Intensional handelt es sich um außerordentliche Erfolge, die aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens herrühren. Die Extension umfaßt die Gewinne bzw. Verluste, die sich aus der Differenz des erzielten Verkaufserlöses des mengenmäßigen Abgangs von Teilen des Anlagevermögens und den Restbuchwerten ergeben. Der Informationswert dieser Positionen beschränkt sich nicht nur auf den Nachweis von Buchgewinnen bzw. -verlusten der laufenden Geschäftsperiode. Vielmehr kann er als Symptom für die Bewertungs- und Abschreibungspolitik gesehen werden. Zu beachten ist jedoch, daß die in der Erfolgsposition 11 aufgelösten stillen Reserven auch auf Veränderungen des Geldwertes zurückgeführt werden können.

Bei der Position 11 umfaßt die Extension noch Zuschreibungen zu Gegenständen des materiellen, immateriellen und finanziellen Anlagevermögens. Formell handelt es sich um eine Wertkorrektur und materiell um eine Reaktivierung von in früheren Perioden zu hoch angesetzten Abschreibungen. Der Gesetzgeber erlaubt bei Wegfall der Gründe für einen niedrigeren Wertansatz die Beibehaltung dieser Werte. Diese Beibehaltungswahlrechte sind mit den Prinzipien der Erfolgsspaltung nicht vereinbar. Aufwertungen sind bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der Bewertungskontinuität vorzunehmen, wenn die Gründe für niedrigere Wertansätze nicht mehr bestehen. Der gesonderte Ausweis der Zuschreibungen entspricht dem Bruttoprinzip, d.h. Abschreibungen und Zuschreibungen nicht zu saldieren. Es wird auch dem Erfordernis, außerordentliche Erfolgskomponenten getrennt vom eigentlichen Betriebsergebnis auszuweisen, entsprochen.

42.11 Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen

Die Intension dieser Position erfaßt außerordentliche Erträge; die Extension ist mit den "Erträgen aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigungen" zu eng gefaßt, weil gleichartige Erträge aus Einzelwertberichtigungen von Forderungen nicht hier, sondern unter den "Sonstigen Erträgen" auszuweisen sind.

Die Position 12 kann als Richtschnur für gelegte stille Reserven begutachtet werden und somit die Bilanzierungs- und Bewertungspolitik der Aktiengesellschaft widerspiegeln. Der Ansatz von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen

liegt allein im Ermessensbereich der Bilanzierenden bei Abwägung des allgemeinen Kreditrisikos und eröffnet daher erhebliche Bewertungsspielräume. Dementsprechend ist der außerordentliche Charakter dieses Postens zu beurteilen.

42.12 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Auch hier bezieht sich die Intension auf außerordentliche Erträge. Die Extension umfaßt die "Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen". Eine Verrechnung dieser Erträge mit den Aufwandsposten, zu deren Lasten die Rückstellungen ursprünglich gebildet wurden, untersagt das Bruttoprinzip. Trotz des außerordentlichen Charakters dieser Position werden keine Informationen über die Auflösung der heterogenen Rückstellungen gegeben.

42.13 Sonderposten mit Rücklageanteil

Die Erträge aus der Auflösung von bzw. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil¹⁾ entsprechen den Prinzipien der Erfolgsspaltung nur dann, wenn bei diesen Passivierungswahlrechten keine rein steuerlichen Manipulationen von den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußerstellung verfolgt werden.

1) Diese beiden Positionen sind im Gliederungsschema des § 157 AktG 1965 nicht enthalten. Sie sind daher als Sonderposten auszuweisen. Pos. 13 a "Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil" und Pos. 25 a "Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil".

42.14 Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge umfassen intensional heterogene Elemente betriebsfremder und außerordentlicher Art und sind als Sammelposten aller im Gliederungsschema sonst nicht einzuordnenden Erträge in ihrer Extension nur unklar abgegrenzt. Sonstige Erträge sind im wesentlichen Erlöse, die nicht aus Umsatztätigkeit resultieren. Dazu gehören z.B. Mieteinnahmen aus Werkwohnungen und Erträge aus Patenten und Lizenzen. Unter den Erträgen mit außerordentlichen Charakter sind bsp. Buchgewinne aus dem Verkauf von Gegenständen des Umlaufvermögens, im wesentlichen von Wertpapieren sowie von bereits ausgebuchten Forderungen zu verstehen. Auch Zuwendungen von Dritten an die Aktiengesellschaft dürfen hier verbucht werden. Ein Ausweis solcher Zuschüsse und Subventionen entspricht aber in keinem Fall dem Periodenverursachungsprinzip. In Höhe dieser Beträge wird der Erfolgsausweis verfälscht^{1) 2)}.

42.15 Löhne und Gehälter

Hier sind die gesamten Bruttolöhne und Gehälter zu summieren, die während der Geschäftsperiode angefallen sind. Entsteht eine Abweichung von den effektiven Lohn- und Gehaltszahlungen, dann ist der Differenzbetrag gemäß dem Periodenverursachungsprinzip und den GoB als "Sonstige Forderung," bzw. als "Sonstige Verbindlichkeit" in die Bilanz einzustellen. Problematisch ist der Ausweis von Zahlungen vergangener Perioden, für die keine passive Abgrenzung erfolgte. Solche außerordentliche perioden-

1) Vgl. die Ausführungen in Kapitel 332 in dieser Arbeit.

2) Wesentliche Beträge, vor allem einmalige Beträge sind im Geschäftsbericht zu erläutern.

fremde Beträge müssen nicht gesondert ausgewiesen werden. Insofern wird der informatorische Aussagewert insbesondere in bezug auf den Kostenfaktor Arbeit für ein bestimmtes Geschäftsjahr beeinträchtigt.

42.16 Soziale Abgaben

Die intensionale Eindeutigkeit der "sozialen Abgaben" impliziert eine klare Abgrenzung der Extension auf die gesetzlichen Pflichtabgaben des Arbeitgebers. Wie bereits bei den "Löhnen und Gehältern" ist auch hier problematisch, wenn Berichtigungen zurückliegender Perioden zu berücksichtigen sind, für die keine entsprechende bilanzielle Abgrenzung vorgenommen wurde.

42.17 Aufwendungen für Altersversorgung

In ihrer Intension semantisch eindeutig präzisiert, werden die freiwilligen Sozialleistungen durch die Extension mit den "Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung" zu eng abgegrenzt. Folglich werden viele freiwillige Sozialleistungen in anderen Aufwandspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt¹⁾.

1) So sind z. B. Löhne und Gehälter für Werksärzte, Beschäftigte in Kantinen, Werksbibliotheken usw. unter "Löhne und Gehälter" auszuweisen oder Kosten für Jubiläumsgeschenke, Betriebsausflüge, Belegschaftsförderung usw. unter den "Sonstigen Aufwendungen" einzustellen.

Betriebswirtschaftlich äußerst bedenklich ist bei den Aufwendungen für Altersversorgung die Zusammenfassung einerseits von effektiven Pensionszahlungen, soweit sie nicht zu Lasten von Rückstellungen geleistet werden und andererseits von Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Im Hinblick auf die Erfolgsspaltung sind die Passivierungswahlrechte für Pensionszusagen abzulehnen. Allein die Passivierungspflicht entspricht den Grundsätzen nach verursachungsgerechter Erfolgsabgrenzung und der Forderung des Imparitätsprinzips nach dynamischer bilanzieller Abgrenzung "Aufwand noch nicht Ausgabe". Bilden die Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung keine Rückstellungen für Pensionszusagen an Mitarbeiter, sondern stellen erst die tatsächlichen Zahlungen in die Erfolgsrechnung als Aufwendungen ein, dann können bsp. die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten und die Kapital- und Substanzerhaltung der Aktiengesellschaft ernstlich gefährdet werden.

Soweit den Organisationsteilnehmern nicht zusätzlich Informationen aus dem Geschäftsbericht zur Verfügung stehen, ist der Aussagewert der "Aufwendungen für Altersversorgung" sehr kritisch zu begutachten.

42.18 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Obwohl die heterogenen "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte" in der Erfolgsrechnung nur summarisch aufgezeigt werden und deshalb nicht ersichtlich wird, welche Teile dem eigentlichen Betriebserfolg bzw. dem neutralen Erfolg zuzuordnen sind, ist die

Extension durch den § 151 Abs. 1 II A Ziffer 1 - 8 AktG und durch die im Gesetz ausdrücklich vorgesehenen Sonderposten¹⁾ des Anlagevermögens genau bestimmt. Der Informationswert dieser Position wird durch die Zusammenfassung planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen sehr beeinträchtigt. Auch die Erläuterungspflicht nach § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG für außerordentliche Abschreibungen, soweit es sich um wesentliche Beträge handelt, vermag diese Informationslücke nicht zu schließen. Berücksichtigt man noch den Einfluß der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte auf diese Abschreibungspositionen, dann ist der Informationswert vollkommen in Frage zu stellen.

So dürfen innerhalb der Wertansatzwahlrechte für Gegenstände des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen werden, wenn es sich um Wertänderungen vorübergehender Natur handelt. Dieses fakultative Niederstwertprinzip erhält obligatorischen Charakter, sobald eine voraussichtlich dauernde Wertminderung anzunehmen ist. Diese Wahlrechte sind vom Standpunkt der Erfolgsspaltung nicht haltbar, weil dadurch die Erfolgssituation der Aktiengesellschaft nicht richtig dargestellt wird und bei den Jahresabschlußinteressenten zu falschen Entscheidungen führen kann. Bedenklich wird die Verhaltensweise der Bilanzierenden, wenn allein aus steuerpolitischen Gründen gemäß § 154 Abs. 2 Ziff. 2 AktG Unterbewertungen vorgenommen werden. Problematisch sind weiter die Aktivierungs-

1) Zu diesen Sonderposten zählen der derivative Firmenwert und andere immaterielle Anlagewerte (§ 153 Abs. 3 und 5 AktG), die aktivierten Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes (§ 153 Abs. 4 Satz 2 AktG) und der Verschmelzungsmehrwert von Aktiengesellschaften (§ 348 Abs. 2 AktG).

wahlrechte für die angeführten Sonderposten. Eine sofortige Aufwandsverrechnung erfolgt über die "Sonstigen Aufwendungen". Bei einer Aktivierung sind die Abschreibungen in die Position 19 der Erfolgsrechnung einzustellen. Hier werden die Einflußmöglichkeiten der Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung auf den Erfolgsausweis mit Hilfe der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte ganz offensichtlich. Nur die Aktivierungspflicht der Sonderposten kann einen zu niedrigen Ausweis der Erfolgsziffer verhindern.

Werden nicht rückzahlbare Zuschüsse von Dritten zur Finanzierung von Gegenständen des Anlagevermögens als außerordentliche Erträge verbucht, dann wird ein zu hoher Ertrag ausgewiesen. Andererseits werden die Abschreibungen dieser Vermögensgegenstände zu hoch angesetzt, weil durch Nichtberücksichtigung der Subventionen von zu hohen Anschaffungskosten ausgegangen wird.

42.19 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen

Unter dieser Position sind die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen auszuweisen mit Ausnahme der Zuführungen zur Pauschalwertberichtigung zu Forderungen. Dem Bruttoprinzip wird insofern entsprochen, als eine Sal-dierung mit den entsprechenden Ertragspositionen nicht möglich ist. Da Finanzanlagen nicht planmäßig abgeschrieben werden, handelt es sich um außerordentliche Abschreibungen. Eine genaue Periodenerfolgsabgrenzung wird durch das Abwertungswahlrecht auf den niedrigeren Wert verhindert.

Handelt es sich bei Beteiligungen und/oder Wertpapieren voraussichtlich nicht um Wertminderungen, die von Dauer sind, dann gilt das gemilderte Niederstwertprinzip. Nach dem Imparitätsprinzip ist dagegen grundsätzlich der niedrigere Wert anzusetzen.

42.20 Verluste aus Wertminderungen

Die Extension dieser Erfolgsposition bezieht sich auf das Umlaufvermögen der Aktivseite der Bilanz mit der Gruppe III B¹⁾ und die Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen, die sich sowohl auf Forderungen des Finanzanlagevermögens als auch des Umlaufvermögens beziehen kann. Der außerordentliche Charakter dieser Position entspricht dem Postulat der Erfolgsspaltung, betriebliche und neutrale Aufwendungen getrennt auszuweisen. Problematisch ist aber die Bestimmung der Wertminderungen, die nach dem von der herrschenden Meinung vertretenen qualifizierten Niederstwertprinzip abgeleitet werden. Die Verluste aus Wertminderungen können sich weiter daraus ergeben, wenn z.B. aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften ein niedrigerer Wert angesetzt werden darf²⁾. Die dadurch mögliche Bildung stiller Reserven durch Unterbewertung ist vom Standpunkt der Erfolgsspaltung, insbesondere des Periodenverursachungsprinzips, nicht vertretbar.

Das Passivierungswahlrecht für die Bildung von Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen ist im Hinblick auf die periodengerechte Erfolgsermittlung abzulehnen. Vielmehr ist die Passivierungspflicht für die Pauschalwertberichtigungen zu fordern, deren Höhe auf der Grundlage des allge-

1) Vgl. § 151 Abs. 1 AktG.

2) Vgl. § 155 Abs. 3 Ziff. 1 und 2 AktG.

meinen Kreditrisikos in Verbindung mit dem Periodenverursachungsprinzip festzusetzen ist.

Dem Bruttoprinzip wird entsprochen, weil eine Saldierung mit den Erträgen aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen (Pos. 12) nicht statthaft ist.

42.21 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Diese Position weist betrieblich bedingte Zinsaufwendungen für kurz- und langfristige Verbindlichkeiten aus. Zu den "ähnlichen Aufwendungen" zählen bsp. die Abschreibungen auf ein aktiviertes Disagio oder Damnum. Dieser Differenzbetrag zwischen Rückzahlungs- und Auszahlungsbetrag einer Verbindlichkeit bzw. Anleihe ist unter dem Zielaspekt der periodengerechten Erfolgsermittlung zu aktivieren und auf die Laufzeit des Darlehens abzuschreiben. Das Aktivierungswahlrecht erlaubt aber auch die Sofortabschreibung des gesamten Abgeldes unter dieser Position oder unter den "Sonstigen Aufwendungen". Im Hinblick auf das Periodenverursachungsprinzip ist jedoch die Sofortabschreibung abzulehnen.

An Kunden gewährte Skonti sind nicht hier, sondern als Preisnachlässe gemäß § 158 Abs. 2 AktG von den Umsatzerlösen zu subtrahieren.

Eine Saldierung der Zinsaufwendungen mit den Zinserträgen (Pos. 10) untersagt das Bruttoprinzip. Die Beurteilung des Finanzgebarens der Aktiengesellschaft wird damit den Organisationsteilnehmern erheblich erleichtert.

42.22 Steuern

Die Forderung des Gesetzgebers nach gesondertem Ausweis der zu entrichtenden Steuern erstreckt sich auf die gesamte steuerliche Belastung der Gesellschaft. Mit der Zusammenlegung der heterogenen Steuern in einer Summe sollte verhindert werden, eine Beurteilung der Aktiengesellschaft mit Hilfe dieser Zahlen zu ermöglichen¹⁾. Neben den Steueraufwendungen des laufenden Jahres sind hier auch Steuernachzahlungen früherer Rechnungsperioden einzubeziehen, soweit sie nicht mit Steuerrückzahlungen früherer Jahre und/oder -rückstellungen verrechnet werden können. Diese Verrechnungsmöglichkeiten stehen in deutlichem Widerspruch zum Bruttoprinzip und zur Forderung nach getrenntem Ausweis von eigentlichem Betriebsergebnis und neutralem Erfolg. Außerordentliche Erfolgskomponenten wie nicht mehr benötigte Steuerrückstellungen oder Steuererstattungen sind nach den Grundsätzen der Erfolgsspaltung grundsätzlich unter der Position 13 bzw. 14 auszuweisen. Soweit Steuern Anschaffungsnebenkosten darstellen (z.B. Investitionssteuern oder Grunderwerbssteuern), sind sie zu aktivieren.

42.23 Lastenausgleichs-Vermögensabgabe

Die Lastenausgleichs-Vermögensabgabe ist gemäß § 16 Abs. 1 EG AktG zwischen die Positionen 24 und 25 der Erfolgsrechnung einzufügen. Dieser gesonderte Ausweis entspricht der

1) Vgl. Kropff (Aktiengesetz, 1965), S. 253; Eßer (Bewertung, 1965), S. 362.

Forderung nach Trennung zwischen eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Erfolg. Nehmen die Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung das Bilanzierungswahlrecht wahr und passivieren die Vermögensabgabe, dann ist der damit verbundene außerordentliche Aufwand unter dieser Erfolgsposition einzustellen. In diesem Falle sind hier oder unter der Position 23 weiter nur noch die in den Vierteljahresbeträgen enthaltenen Zinsaufwendungen auszuweisen.

Wird die Vermögensabgabe nicht passiviert, so umfaßt der Ausweis die jährlich fälligen Vierteljahresbeträge auf die Lastenausgleichs-Vermögensabgabe, wobei die Zinsanteile wiederum unter der Position 23 ausgewiesen werden dürfen.

Da eine Passivierung immer zu einer außerordentlich hohen Belastung der Erfolgsrechnung führt, ist sie im Hinblick auf die Erfolgsspaltung abzulehnen. Dagegen wird die Geschäftsperiode bei Verrechnung der Vierteljahresbeträge gleichmäßiger mit betriebsfremden Aufwendungen belastet.

42.24 Sonstige Aufwendungen

Die Intension dieser Erfolgsposition umfaßt heterogene Aufwendungen sowohl ordentlicher als auch außerordentlicher Art. Die Extension ist nicht eindeutig abgegrenzt, weil alle sonst im Gliederungsschema nicht einzuordnenden Aufwendungen unter diesem Sammelposten einzustellen sind.

Besonders problematisch im Hinblick auf die periodengerechte Erfolgsabgrenzung ist die sofortige Aufwandsverrechnung an sich aktivierungsfähiger Aufwendungen, für die

aufgrund von besonderen Gesetzesvorschriften¹⁾ Bilanzierungswahlrechte bestehen. Diese außerordentlichen Abschreibungen führen zu einem zu niedrigen Gewinnausweis. Ähnlich verhält es sich bei den Rückstellungen, für die ein Passivierungswahlrecht besteht. Vom Standpunkt der Erfolgsspaltung und vor allem wegen des Imparitätsprinzips ist die Passivierungspflicht zu fordern. Die Bilanzierenden haben jedoch die Möglichkeit, erst die tatsächlichen Zahlungen als Aufwendungen zu verrechnen. Der Erfolgsausweis kann somit analog den Vorstellungen der Entscheidungsträger der Bilanzerstellung manipuliert werden.

42.25 Jahreserfolg-Bilanzerfolg

Der Jahresüberschuß bzw. Jahresfehlbetrag der Position 28 ergibt sich als Saldo der im Gliederungsschema der Erfolgsrechnung aufgezeigten Erträge und Aufwendungen. Dieser Zwischenposten bringt den Periodenerfolg vor der Gewinnverwendung zum Ausdruck. Ein Gewinn- oder Verlustvortrag aus dem Vorjahr wird unter der Erfolgsposition 29 ausgewiesen. Der Bilanzerverfolg (Pos. 32) wird schließlich durch die Rücklagenveränderungen der Positionen 30 und 31 bestimmt. Der Gesetzgeber wollte damit die Rücklagenpolitik der Aktiengesellschaft sichtbar machen. Der Bilanzgewinn/Bilanzverlust der Gewinn- und Verlustrechnung stimmt mit der entsprechenden Position in der Jahresschlußbilanz überein²⁾.

1) Vgl. § 153 Abs. 3, 4 Satz 2 und 5, § 348 Abs. 2 und § 156 Abs. 3 AktG.

2) Vgl. auch Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 300.

43. Realisierung der Prinzipien der Erfolgsspaltung
in der aktienrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung

Während die Bilanz den Jahreserfolg nur in einer Gesamtsumme ausweist, liegt die Bedeutung der Gewinn- und Verlustrechnung in der "Erläuterung der Erfolgsstruktur"¹⁾ und in der Darstellung des "genetischen Werdens des Ergebnisses"²⁾. Demzufolge besteht die Aufgabe der Erfolgsrechnung darin, "das Zustandekommen des Erfolges nach Art, Höhe und Quellen"³⁾ unter Zugrundelegung der Prinzipien der Erfolgsspaltung zu erklären. Dann wird der Aussagewert der Gewinn- und Verlustrechnung als Informations- und Entscheidungsinstrument der Jahresabschlußadressaten deren Informationserwartungen, die auf ihren Attitüdenstrukturen beruhen, entsprechen.

431. Periodenverursachungsprinzip

Läßt man die Geldwertänderungen außer Betracht, so gilt für die Erfolgsrechnung grundsätzlich folgende Feststellung Riegers: "Der einzig wahre, organische Abschluß ist die Totalrechnung, nur sie kann wahr sein. Die Jahresrechnung ist von hier aus gesehen willkürlich"⁴⁾. Da aber der Totalerfolg der Aktiengesellschaft erst am Ende ihrer Lebenszeit durch Liquidation festgestellt werden kann, machen es vor allem die Informationsbedürfnisse der Organisations-

1) Schmidbauer-Juraschek (Erfolgsrechnung, 1957), S. 154.

2) Schmidbauer-Juraschek (Erfolgsrechnung, 1957), S. 154.

3) Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 287.

4) Rieger (Privatwirtschaftslehre, 1959), S. 36.

teilnehmer erforderlich, den Totalerfolg in Teilerfolge kürzerer Perioden zu zerlegen. Zwangsläufig gewinnt hier die Periodenabgrenzung des Erfolges an großer Bedeutung. Um so mehr, als weiterhin die Lebensdauer einer Aktiengesellschaft von vornherein nicht ermittelt werden kann. Normalerweise ist von der Unterstellung der unbegrenzten Fortführung der Gesellschaft (going concern concept) auszugehen. Dies ergibt sich insbesondere aus der Forderung nach Substanzerhaltung als Teilziel des unternehmerischen Zielsystems.

Um die Informationserwartungen der Organisationsteilnehmer zu erfüllen, um eine Beurteilung der Entwicklung der Aktiengesellschaft und Erfolgsvergleiche verschiedener Perioden zu ermöglichen und die Ertragsaussichten prognostizieren zu können, ist dafür die Ermittlung und der Ausweis eines objektiv nachprüfbaren Erfolges, der in einem bestimmten Rechenschaftszeitraum erzielt worden ist, grundsätzliche Voraussetzung. Für die periodengerechte Abgrenzung des Erfolges scheint es zunächst richtig zu sein, wenn Walb vom Periodenverursachungsprinzip (im folgenden kurz PVP) fordert, alle Erfolgskomponenten in der sie verursachenden Periode zu verrechnen¹⁾. Die Schwierigkeit dieser Forderung liegt jedoch darin, eine Formel für die Zurechenbarkeit von Erträgen und Aufwendungen zu bestimmten Rechnungsabschnitten zu finden. Mit Recht hält Leffson dem von Walb geforderten Periodenverursachungsprinzip entgegen, daß es nicht möglich sei, "Erträge irgendwelchen Faktoren oder Zeitabschnitten - der Einkaufsperiode, der Fertigungsperiode, der Absatzperiode oder anderen Perioden - ursächlich zuzurechnen"²⁾. So werden auch die "Aufwendungen

1) Vgl. Walb (Bilanz, 1966), S. 79.

2) Leffson (Grundsätze, 1970), S. 160.

durch ... Bemühungen, ein Unternehmen aufzubauen und Erträge zu erzielen, verursacht, nicht durch Rechnungsperioden im Sinne einer zeitlichen Größe¹⁾. Da die Gewinn- und Verlustrechnung also nicht auf einem zeitlichen Verursachungsprinzip aufgebaut werden kann, erscheint es besonders unter dem Aspekt eines ausschüttbaren Gewinns sinnvoll, die Erträge gemäß dem Vorsichtsprinzip in der Periode zu erfassen, in der sie "realisiert" worden sind. In derselben Periode sind grundsätzlich die diesen Erträgen entsprechenden Aufwendungen festzustellen. Diese Abgrenzungsregel für Aufwendungen läßt sich damit erklären, daß Aufwendungen überwiegend gemacht werden, um mit ihrer Hilfe bestimmte Erträge zu erzielen²⁾. Das Realisationsprinzip ist somit die Bezugsgrundlage für die Periodisierung der Erträge und Aufwendungen. Aus der Forderung nach der Ausschüttungsfähigkeit des im Jahresabschluß festgestellten Gewinnes erfolgt aufgrund des Vorsichtsprinzips ein imparitätisches Vorgehen gegenüber den Aufwendungen. Bereits im Entstehen begriffene negative Erfolgsbestandteile der Zukunft sind bei der Erstellung des Jahresabschlusses zu antizipieren.

Um einen Doppelausweis und damit eine Verfälschung des Erfolges zu vermeiden, sind Einnahmen und Ausgaben, die mit früheren Perioden in Zusammenhang stehen, erfolgsneutral, falls dafür bereits in diesen Rechnungsperioden Aufwendungen und Erträge verrechnet worden sind³⁾.

1) Leffson (Grundsätze, 1970), S. 160.

2) Vgl. Kosiol (Aufwand, 1956), Sp. 281.

3) Vgl. Arbeitskreis (Neugliederung, 1960), S. 546.

Die besondere Bedeutung des PVP liegt in der genauen erfolgsmäßigen Abgrenzung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte. Beachten die Bilanzierenden vor allem dieses Prinzip innerhalb der Grundsätze der Erfolgsspaltung, dann kann die Globalattitüde der Organisationsteilnehmer von der begrenzten Verwertbarkeit des aktienrechtlichen Jahresabschlusses nicht aufrecht erhalten werden. Das PVP versucht einerseits durch eine vorsichtige Bilanzierungs- und Bewertungskonzeption die Risiken im Bilanzansatz zu eliminieren und andererseits Unterbewertungen bsp. aus steuerpolitischen Gründen, die allein auf Gewinnverkürzungen abzielen, auszuschalten. Insofern steht das PVP eindeutig in Widerspruch zu der Attitüde der Kerngruppe der AG, zu große Dokumentationsbereitschaft durch den Jahresabschluß zu verhindern. Ein hoher Informationswert der Erfolgsrechnung und die mögliche Vergleichbarkeit mehrerer Perioden¹⁾ kann aber nur bei Beachtung der Prinzipien der Erfolgsspaltung erreicht werden.

Verschiedentlich ist in der Literatur die Auffassung vertreten worden, "daß die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung bei einer Zusammenfassung mehrerer Jahre insgesamt die Aufwendungen oder Erträge der einzelnen Positionen richtigergeben müssen"²⁾. Diese auf dem Primärprinzip aufbauende Mehrjahresbetrachtung ist jedoch im Hinblick auf eine betriebswirtschaftlich orientierte Erfolgsspaltung nicht haltbar. Die Vorrangigkeit des Primär-

1) Vgl. hierzu auch Mertens (Änderungen, 1964), S. 5.

2) Arbeitskreis (Neugliederung, 1960), S. 547.

prinzips würde einmal eine exakte Periodenabgrenzung verhindern und zum anderen würde die Mehrjahresbetrachtung mit dem Bruttoprinzip konkurrieren¹⁾. Dies würde bedeuten, daß bsp. der Ausweis von der Auflösung zu hoch gebildeter Rückstellungen dann nicht unter der Position 13 zu erfolgen hätte, sondern daß eine Verrechnung mit den entsprechenden Aufwendungen vorzunehmen wäre.

Im folgenden ist anhand der wesentlichsten Positionen zu untersuchen, inwieweit das PVP in der Gewinn- und Verlustrechnung erfüllt ist. Die wichtigste Ertragsposition, die Umsatzerlöse, stellt nicht das periodisch genau abgegrenzte Umsatzergebnis dar; es wird von nachzuverrechnenden Erlösschmälerungen vergangener Geschäftsperioden verfälscht. Die Bestandsänderungen (Pos. 2) werden primär durch die Bewertungsmethodenwahlrechte bestimmt. Im Hinblick auf das PVP ist nur der Ansatz von Einzelkosten für die Ermittlung der Herstellungskosten der Bestände gerechtfertigt. Gleichwohl erlaubt das Aktienrecht die Aktivierung aufwandsgleicher Gemeinkosten, was zum Ausweis unrealisierter Gewinne führt. Einen verfälschten Erfolgsausweis gibt es ebenfalls bei der Bestimmung des niedersten Wertansatzes auf der Grundlage des qualifizierten Niederstwertprinzips. Allein der Kostenwert, der vom Absatzmarkt, nicht vom Beschaffungsmarkt, abgeleitet wird, entspricht dem PVP. Schließlich läßt das steuerbezogene Wertansatzwahlrecht gemäß § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG die Bildung stiller Reserven durch

1) Vgl. Leffson (Bruttoprinzip, 1961), S. 55.

willkürliche Unterbewertungen zu, denen keine äquivalenten Wertminderungen gegenüberstehen. Im wesentlichen die gleiche Problematik wie bei den Bestandsänderungen ergibt sich auch bei den Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Werden die Gründungskosten in Position 3 nicht aktiviert, sondern sofort voll als Aufwand verrechnet, dann erfolgt eine Gewinnverkürzung. Die Beibehaltungswahlrechte stellen den Bilanzierenden frei, Wertansätze für Gegenstände des Anlagevermögens beizubehalten, wenn in früheren Geschäftsperioden zu hohe Abschreibungen vorgenommen wurden. Dagegen verlangt das PVP grundsätzlich eine Zuschreibung bei Wegfall eines niedrigeren Wertansatzes (Pos. 11). Die Passivierungswahlrechte für die Sonderposten mit Rücklageanteil (Pos. 13 a und 25 a) lassen bei rein steuerlichen Manipulationen ebenso Gewinnverschiebungen zu. Der Ausweis von Subventionen Dritter an die AG als "außerordentlicher Ertrag" unter der Position 14 stellt einen prinzipiellen Verstoß gegen das PVP dar. Diese Maßnahme des Managements kann darin bestehen, zu verhindern, daß den Organisationsteilnehmern eine rückläufige Entwicklung der Gesellschaft signalisiert wird. Die Passivierungswahlrechte für Pensionszusagen (Pos. 18) sind im Hinblick auf die Erfolgsspaltung abzulehnen. Nur die Bildung von Rückstellungen für Zusagen einer betrieblichen Altersversorgung an Mitarbeiter entspricht den Grundsätzen verursachungsgemäßer Erfolgsabgrenzung. Bei den Abschreibungen (Pos. 19) kann mit Hilfe der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte in dreifacher Weise die Erfolgsziffer "Jahresüberschuß" beeinflusst werden. Einmal steht es den Bilanzherstellern aufgrund des fakultativen Niederstwertprinzips offen, für Gegenstände

des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen, wenn es sich um nur vorübergehende Wertminderungen handelt. Stellt sich die Frage, nach welchen Gesichtspunkten eine vorübergehende bzw. dauernde Wertminderung festgestellt wird. Zum anderen können nach § 154 Abs. 2 Ziff. 2 AktG aus steuerpolitischen Gründen Unterbewertungen vorgenommen werden. Drittens schließlich dürfen aufgrund der Aktivierungswahlrechte die im Gesetz angeführten Sonderposten sofort hundertprozentig als Aufwand verrechnet werden. Die Unterlassung einer Aktivierung führt demnach zu einem zu niedrigen Erfolgsausweis. Bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen (Pos. 20) spricht gegen eine genaue Periodenerfolgsabgrenzung, wie bereits bei der Position 19, das Abwertungswahlrecht auf einen niedrigeren Wert. Die Problematik solcher Wahlrechte ist darin zu sehen, daß bei schlechter Geschäftslage Wertpapiere aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen übernommen werden können, um bei gesunkenen Börsenkursen keine Abwertung vornehmen zu müssen. Aufgrund der Passivierungswahlrechte müssen Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen (Pos. 21) im Jahresabschluß nicht berücksichtigt werden. Das Imparitätsprinzip fordert jedoch die Passivierung dieser Wertberichtigungen, wobei deren Höhe nach dem allgemeinen Kreditrisiko zu bestimmen ist. Ein Disagio bzw. Damnum (Pos. 23) ist zu aktivieren und auf die Laufzeit der Verbindlichkeit abzuschreiben. Die wegen der Bilanzierungswahlrechte mögliche Sofortabschreibung des Abgeldes entspricht nicht dem PVP. Eine Passivierung der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe (Pos. 24 c) ist im Hinblick auf die Erfolgsspaltung abzulehnen, weil sie stets zu einer außerordentlich hohen Belastung der Erfolgsrechnung der jeweiligen Geschäftsperiode führt. Dagegen ergibt sich bei der Aufwandsverrechnung der Vierteljahresbeträge, den Zins- und Tilgungsanteilen, eine gleichmäßige dem PVP entsprechende Belastung der Perioden.

Da die aktienrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung nicht nach dem Kriterium der verursachungsgerechten Erfolgsermittlung zu erstellen ist, können die Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung mit Hilfe der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte den Erfolg ausweisen, der ihren Attitüdenstrukturen entspricht. Die Nichtbeachtung des PVP hat zur Folge, daß insbesondere die externen Organisationsteilnehmer keine Möglichkeit haben, willkürliche Bilanzierungs- und Bewertungsmaßnahmen zu erkennen. Diese Möglichkeit der Erfolgsmanipulation läßt die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses fraglich erscheinen. Das Vergleichen aufeinanderfolgender Abschlüsse kann dann keine objektive Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft aufzeigen. Schließlich wird der Anspruch der Aktionäre auf Dividendenzahlungen nicht vom tatsächlichen Geschäftsverlauf bestimmt.

Diese Nachteile sind nur damit zu umgehen, wenn entweder die Bilanzierenden aus freien Stücken das PVP der Jahresabschlußerstellung zugrundelegen würden oder wenn dieses Prinzip als Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung kodifiziert würde, was gleichzeitig die Aufhebung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte implizieren würde.

432. Bruttoprinzip

Die Gewinn- und Verlustrechnung kann den externen Jahresabschlußinteressenten über das genetische Werden des Ergebnisses, d.h. über die Erfolgsquellen nur Aufschluß geben, wenn es vom Umsatz her entwickelt wird. Dies veranlaßte verschiedene Vertreter der Betriebswirtschaftslehre bereits in der Diskussion um die Reform des Aktienwesens vor der Aktienrechtsnovelle von 1931, die Einführung des Bruttoausweises für die Erfolgsrechnung zu

fordern. Die Aufstellung einer Bruttorechnung wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, sie gewähre der in- und ausländischen Konkurrenz einen zu weitgehenden Einblick in die inneren Verhältnisse der Aktiengesellschaft. Der Ausweis der Umsatzerlöse könne somit zu schweren wirtschaftlichen Nachteilen führen¹⁾.

Erst durch die Neufassung des § 132 AktG 1937 in der "Kleinen Aktienrechtsreform" des Jahres 1959 und später durch den § 157 des Aktiengesetzes von 1965 ist das Bruttoprinzip in der Gewinn- und Verlustrechnung im wesentlichen realisiert worden.

Das Bruttoprinzip beinhaltet die unsaldierte und vollständige Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen. Eine Erfolgsrechnung, die diesem Prinzip entspricht, erfüllt auch die formellen Anforderungen der GoB, die positiven und negativen Erfolgskomponenten klar und übersichtlich darzustellen. Im Gegensatz dazu ist eine auf dem Nettoprinzip aufgebaute Gewinn- und Verlustrechnung dadurch charakterisiert, daß insbesondere gleichartige Aufwendungen und Erträge (z.B. Zinsaufwendungen und -erträge) miteinander verrechnet werden und nur der entsprechende Saldo ausgewiesen wird. Die Saldierung kann im Grenzfall so weit gehen, daß alle Aufwendungen mit sämtlichen Erträgen verrechnet werden und nur der Saldo, entweder ein Gewinn oder ein Verlust, zum Ausweis gelangt. In der Nettorechnung sind die Erfolgsquellen nicht zu erkennen, wodurch der Aussagewert einer solchen Erfolgsrechnung sehr gering zu veranschlagen ist²⁾. Zwischen der

1) Vgl. Kronstein/Claussen (Publizität, 1960), S. 61.

2) Vgl. Farr (Bedeutung, 1955), S. 294.

Brutto- und Nettoerfolgsrechnung sind die verschiedensten Teilbruttorechnungen zu finden; bei ihnen werden einige Aufwendungen und Erträge in der vollen Höhe, andere nur als Salden ausgewiesen. Der betriebswirtschaftliche Aussagewert der Erfolgsrechnung hängt deshalb auch davon ab, inwieweit das Bruttoprinzip zur Anwendung gelangt. Durch den klaren und übersichtlichen Ausweis der unsaldierten Erfolgsfaktoren sind die Voraussetzungen für eine die Erfolgsquellen offenlegende Gewinn- und Verlustrechnung gegeben. Um die Erfolgsspaltung zu gewährleisten, ist die Erfüllung des Bruttoprinzips eine unabdingbare Forderung, obgleich es vom Gesetzgeber nicht explizite verlangt wird. Ob das Bruttoprinzip als Prinzip der Erfolgsspaltung in der Gewinn- und Verlustrechnung zur Geltung kommt, ist im folgenden zu untersuchen.

Ein offensichtlicher Verstoß gegen das Bruttoprinzip liegt bei den Umsatzerlösen vor, wenn Erlösschmälerungen vergänger Perioden mit Absatzleistungen der abgeschlossenen Geschäftsperiode saldiert werden. In der Verrechnung von Werterhöhungen mit Wertminderungen innerhalb des Vorratsvermögens (Pos. 2 und 5) ist ebenfalls eindeutig ein Widerspruch zum Bruttoprinzip zu sehen. Die Nichtbeachtung dieses Prinzips und die Zusammenfassung sowohl ordentlicher als auch außerordentlicher Steuerelemente bedingt die mangelnde semantische Klarheit der Position 24, die jedoch vom Gesetzgeber bewußt geschaffen wurde, um eine zu weitgehende Beurteilung der Aktiengesellschaft mit Hilfe steuerlicher Zahlen zu verhindern. Ansonsten wurde mit der Einführung des aktienrechtlichen Gliederungsschemas für die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform das Bruttoprinzip weit-

gehend verwirklicht¹⁾. Besonders deutlich wird dies bei Verkäufen von Gegenständen des Anlagevermögens (Pos. 11 und 22), bei der Bildung bzw. Auflösung der Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen (Pos. 12 und 21) oder bei den Zinserträgen und -aufwendungen (Pos. 10 und 23). Bei letzteren wird durch den Bruttoausweis den Organisationsteilnehmern der Einblick in das Finanzgebaren der Gesellschaft ermöglicht, wenn einmal die Zinskosten für aufgenommenes Fremdkapital und zum anderen die Zinserträge für ausgeliehenes Kapital offengelegt werden.

433. Trennung von eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Erfolg

In der Betriebswirtschaftslehre wird die Erfolgsspaltung vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Zweiteilung des Erfolges in eigentlichen Betriebserfolg und neutralen Erfolg diskutiert. Für die wirtschaftliche Beurteilung einer Aktiengesellschaft durch die Jahresabschlußadressaten ist es von entscheidender Bedeutung, Informationen darüber zu erhalten, ob der ausgewiesene Gewinn oder Verlust "in erster Linie aus dem betrieblichen Umsatzprozeß oder aus außergewöhnlichen und betriebsfremden Vorgängen resultiert"²⁾.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968), § 157, Tz 39, S. 623. Mellerowicz/Brönner (Rechnungslegung, 1970), § 157, Anm. 22, S. 398; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 362.

2) Gutenberg (Neugestaltung, 1955), S. 93.

Während das eigentliche Betriebsergebnis alle Aufwendungen und Erträge erfaßt, die ausschließlich auf die betriebliche Leistungserstellung zurückzuführen sind, in der Regel Umsatz- und Produktionstätigkeit, begreift man den neutralen Erfolg als das die Erfolgsfaktoren umfassende Ergebnis, das mit dem eigentlichen Betriebszweck nichts gemein hat.

4331. Eigentliches Betriebsergebnis

Das in Staffelform erstellte Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung ermöglicht den Ausweis verschiedener Zwischenergebnisse, die als Erfolgskennzahlen jedoch aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht den erforderlichen Aussagewert besitzen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Zusammenfassungen von Erfolgselementen gemäß § 157 AktG¹⁾:

Nr. 4	Gesamtleistung	}	Betriebs- und Unter- nehmens- erfolg
Nr. 6	Rohertrag/Rohaufwand		
Nr. 7 - 15	Erträge der Aktiengesellschaft		
Nr. 16 - 27	Aufwendungen der Aktiengesellschaft		
Nr. 28	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag		
Nr. 29	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	}	Gewinn- verwendung
Nr. 30	Entnahmen aus Rücklagen		
Nr. 31	Einstellungen in Rücklagen		
Nr. 32	Bilanzgewinn/Bilanzverlust		

1) Vgl. dazu Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 301 ff.

Gutenberg geht davon aus, daß die Gewinn- und Verlustrechnung keinen Informationswert besitze, wenn der betriebliche Erfolg nicht als Saldo der periodenzugehörigen, aus regulärer betrieblicher Tätigkeit stammenden Erträge und der entsprechenden Betriebsaufwendungen festzustellen ist¹⁾; denn nur der Betriebserfolg ermöglicht eine Beurteilung der zukünftigen Ertragsentwicklung der Gesellschaft. Nicht dagegen die oft nur einmalig auftretenden neutralen Erfolgskomponenten. In der aktienrechtlichen Erfolgsrechnung ist aber nicht einmal der Versuch erkennbar, den eigentlichen Betriebserfolg vom neutralen Erfolg zu trennen. Unter diesen Umständen ist es denkbar, daß die Bilanzierenden ein rückläufiges Jahresergebnis vor den Jahresabschlußadressaten zu verbergen versuchen. Maßnahmen der Unternehmensleitung zur Verschleierung des wahren Sachverhalts können darin bestehen, neutrale Erträge auszuweisen, die allein durch die Ausnutzung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte, d.h. Auflösen stiller Reserven, entstehen. Die Organisationsteilnehmer können aus der Erfolgsrechnung jedoch nur dann klare Informationen entnehmen, wenn im Hinblick auf die Erfolgsspaltung der eigentliche Betriebserfolg gesondert von den neutralen Erfolgskomponenten ausgewiesen wird.

Ein wesentlicher Ansatz hierfür ergibt sich durch die Trennung der Umsatzerlöse und der sonstigen Erträge, obgleich auch in den Umsatzerlösen aperiodische Erlösschmälerungen vergangener Geschäftsjahre enthalten sein können. Als Kennzahl für den Betriebserfolg hätte sich der in der Erfolgsposition 6 ausgewiesene Rohertrag bzw. Rohaufwand

1) Vgl. Gutenberg (Neugestaltung, 1955), S. 96.

angeboten. Dies hätte allerdings die Umgruppierung einiger Positionen erforderlich gemacht. Die Einbeziehung der Aufwandspositionen Nr. 16 bis 19, 23, 24 und 26 in diese Kennzahl hätte eine modifizierte Erfolgsziffer geschaffen, die den annähernd richtigen Betriebserfolg darstellen würde. "Annähernd richtig" deshalb, weil in sämtlichen Erfolgskomponenten außerordentliche Erfolgsbestandteile enthalten sein können. Die Bestimmung eines absolut richtigen Betriebserfolges wäre unter der Voraussetzung möglich, wenn die Aktiengesellschaft bei jeder Position die neutralen Erfolgsbestandteile gesondert ausweisen würden.

Bei der hier vorgeschlagenen Zusammenstellung der diversen Erfolgselemente zur Ermittlung des Betriebserfolges wäre eine bessere und aussagefähigere Kennzahl zur Beurteilung der zukünftigen Ertragsaussichten der Gesellschaft entstanden als es beim Roherfolg der gesetzlich vorgeschriebenen Gewinn- und Verlustrechnung der Fall ist. Denn ebenso wie die Positionen 1 bis 5 der Staffelrechnung sind auch die Personalkosten (Pos. 16 bis 18) oder die Abschreibungen für Gegenstände des Anlagevermögens betriebsbedingt¹⁾.

4332. Neutrales Ergebnis

Um Fehlinformationen zu vermeiden, ist bei der Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung auch das neutrale Ergebnis zu bestimmen. Es setzt sich aus betriebsfremden und außergewöhnlichen Erfolgskomponenten zusammen, soweit keine Beziehung zur eigentlichen betrieblichen Tätigkeit besteht. Der Gesetzgeber sah sich offenbar aus übergeordneten wirt-

1) Vgl. dazu auch Beermann (Prognosemöglichkeiten, 1976), S. 36 f.

schaftspolitischen Gründen veranlaßt, auf den Ausweis eines semantisch eindeutigen neutralen Ergebnisses zu verzichten und statt dessen nur einige wichtige neutrale Erfolgspositionen gesondert herauszustellen.

43321. Betriebsfremdes Ergebnis

Zum betriebsfremden Ergebnis gehören Gewinne und Verluste aus nicht betriebsnotwendigen Beteiligungen oder Erlöse aus Nebengeschäften (z.B. Spekulationsgeschäfte). Aus einer in dieser Weise ermittelten Kennzahl kann festgestellt werden, ob solche Geschäfte für die Aktiengesellschaft eher eine Belastung darstellen oder von Vorteil sind. Bei einer Gesellschaft mit sehr hohem Wertpapierbesitz und/oder relativ hohen Beteiligungen hätte eine diesbezügliche Erfolgsziffer einen besonders hohen Informationswert für die Jahresabschlußinteressenten. Unterstellt man, daß die gesamten Finanzbeteiligungen nicht betriebsbedingt sind, dann entsteht durch Zusammenfassung der Ertragspositionen 7 bis 10, 14 ohne dem außerordentlichen Anteil und 15 sowie der Aufwandspositionen 20, 24 c, 25 und 27 eine Kennzahl für das betriebsfremde Ergebnis.

43322. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis umschließt aperiodische und außergewöhnliche Erfolgsfaktoren. Aperiodische Erträge und Aufwendungen stehen zwar in einem kausalen Zusammenhang mit dem eigentlichen Betriebszweck, jedoch nicht mit den Leistungen der abzurechnenden Geschäftsperiode. Dazu gehören z.B. Erlösschmälerungen vergangener Jahre, die bei

den Umsatzerlösen verrechnet werden dürfen oder Steuernachzahlungen und -rückerstattungen für frühere Perioden, die unter der Position 24 berücksichtigt werden können. Da das aktienrechtliche Gliederungsschema der Erfolgsrechnung nicht nach dem Kriterium, ordentliche und außerordentliche Erfolgsbestandteile getrennt darzustellen, gegliedert ist, sind in jeder vom ordentlichen Ergebnis erfaßten Position aperiodische Erfolgskomponenten zu vermuten.

Zu den außergewöhnlichen Erfolgsfaktoren zählen z.B. außerplanmäßige Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens. Der Ausweis solcher außerordentlicher Aufwendungen erfolgt zusammen mit den "normalen" Abschreibungen der Position 19. Außergewöhnlichen Charakter haben auch an die Aktiengesellschaft geleistete Subventionen, die aber gesondert unter der Position 14 a auszuweisen sind. Ebenfalls sind in diese Position aperiodische Erträge einzustellen wie Buchgewinne aus Verkäufen von Wertpapieren des Umlaufvermögens oder Zahlungen von bereits voll abgeschriebeneneinbringlichen Forderungen.

Das außerordentliche Ergebnis nach der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich aus den Ertragspositionen 11, 12, 13, 13 a, dem a.o. Teil der Position 14 und den Aufwandspositionen 21, 22 und 25 a zusammen. Während die Positionen 11 und 22 mit bestimmten Einschränkungen die Bewertungs- und Abschreibungspolitik der Gesellschaft aufzeigen, können vor allem die Posten 12 und 13 als Maßstab für gelegte stille Reserven begutachtet werden¹⁾.

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 431 dieser Arbeit.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in der Erfolgsrechnung nach § 157 AktG auf eine Trennung zwischen einem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis verzichtet worden ist. Entscheidendes Kriterium besteht nicht darin, ob die Erfolgsfaktoren aus der unmittelbaren betrieblichen Leistungserstellung oder aus neutralen Ergebnissen resultieren, sondern was einmal in der zu berichtenden Geschäftsperiode insgesamt an Erträgen erzielt und zum anderen an Aufwendungen geleistet wurde¹⁾.

434. Bereichsprinzip

Der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung ist weiterhin davon abhängig, inwieweit die Aufwendungen und Erträge nach Verantwortungsbereichen gegliedert sind. Das Aufzeigen dieser Erfolgsquellen ist für die Informationsempfänger besonders deshalb von Interesse, um eine Beurteilung der Ertragskraft der einzelnen Bereiche vornehmen zu können²⁾. Hier ist eine weitere Verfeinerung der Erfolgsspaltung im Wege vertikaler und/oder horizontaler Richtung denkbar³⁾. Horizontale Erfolgsspaltung bedeutet Aufteilung des Betriebsergebnisses in Beschaffungs- Fertigungs- und Absatzergebnis. Die Aufwendungen der einzelnen Funktionsbereiche lassen sich gegeneinander abgrenzen, nicht aber die Erträge. Sie fallen als Umsatzerlöse für die verkauften Produkte insgesamt an. Eine Zuordnung gemäß ihrer Verursachung zu den einzelnen Teilbereichen ist nicht

1) Vgl. Peupelmann (Gewinn, 1960), S. 288.

2) Vgl. Mertens (Änderungen, 1964), S. 2.

3) Vgl. Beisel (Rechnungswesen, 1952), S. 146 f.; Heinen (Handelsbilanzen, 1974), S. 290.

möglich. Vertikale Erfolgsspaltung bedeutet die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge der einzelnen Erzeugnisarten und -gruppen für die Beschaffungs-, Produktions- und Verkaufstätigkeit. Diese Aufspaltung bereitet jedoch wegen der funktionellen Interdependenzen erhebliche Schwierigkeiten.

Aus dem gesetzlichen Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung läßt sich keine Unterteilung nach Verantwortungsbereichen ableiten. Vielmehr erfaßt die Erfolgsrechnung die Gesellschaft insgesamt als einen Bereich, in dem die Aufwendungen und Erträge nach Arten gegliedert sind, für die sich keine logisch begründete Begriffshierarchie finden läßt¹⁾. Bei Produktions- und Handelsbetrieben stehen auf der Ertragsseite die Umsatzerlöse im Mittelpunkt. Daneben werden Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren, Zinsen und Verlustübernahme sowie wegen der wirtschaftspolitischen Bedeutung Erträge aus Anlageverkäufen und aus der Auflösung von Rückstellungen gesondert aufgezeigt. Auf der Aufwandsseite erfolgt die Gliederung einerseits nach den Produktionsfaktoren Arbeit, Material, Sachanlagen und Kapital, während andererseits Aufwandsarten wie bsp. Steuern oder Abschreibungen auf Finanzanlagen und Umlaufvermögen gesondert herausgestellt werden. Nur bei Personalkosten wird eine detaillierte Untergliederung in Löhne und Gehälter, soziale Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung vorgenommen.

1) Vgl. Laßmann (Gewinn- und Verlustrechnung, 1961), S. 660.

Gegen einen zu tiefen Einblick in die inneren Verhältnisse einer Aktiengesellschaft, vor allem durch die externen Organisationsteilnehmer, haben sich verschiedene Autoren, insbesondere Geßler ausgesprochen, weil darin eine Bedrohung der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit der Gesellschaft befürchtet wird¹⁾. Unter diesem Aspekt hat sich offensichtlich auch der Gesetzgeber veranlaßt gesehen, auf eine detaillierte Bereichs- und Artengliederung zu verzichten, obwohl in der Literatur mehrere Vorschläge vorhanden waren²⁾.

1) Vgl. Geßler (Kapitalerhöhung, 1960), S. 26.

2) Vgl. Gutenberg (Neugestaltung, 1955), S. 95 f.

5. Auswirkungen auf die Attitüdenstrukturen der Organisationsteilnehmer

Die Wertansätze im Jahresabschluß sind das Resultat von Bewertungsakten, die vom subjektiven Entscheidungsfeld und den Zielen der Bilanzierenden bestimmt werden. Eine Überprüfung durch die nichtbilanzierenden Organisationsteilnehmer ist nur bei Kenntnis dieser Zielfunktionen und dieses Wertesystems möglich. Dann sind die Wertansätze objektiv, d.h. intersubjektiv nachprüfbar. Unterschiedliche Zielvorstellungen der Organisationsteilnehmer konstituieren voneinander abweichende Wertsysteme. Das bedeutet für den Jahresabschluß, daß aufgrund der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte differenzierte Erfolgsausweise möglich sind. Die Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung können deshalb mit Hilfe der Bilanzinformationen die Attitüden der Informationsempfänger beeinflussen und ein Verhalten induzieren, das sie ihren Zwecken entsprechend als sinnvoll beurteilen. Solche manipulierten Informationen stehen in Widerspruch zu objektiver Informationsdarbietung im Sinne Gutenbergs, wenn in der pragmatischen Informationsdimension allein die Zwecke der Bilanzierenden berücksichtigt werden. Da allen Organisationsteilnehmern Informationen zur Verfügung stehen sollen mit gleichem Gehalt an nicht manipuliertem zweckorientiertem Wissen, ist der Jahresabschluß auf der Grundlage der GoB und der Prinzipien der Erfolgsspaltung zu erstellen.

Die Organisationsteilnehmer beurteilen den Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung danach, inwieweit die für ihre Entscheidungen erforderlichen Informationen bereitstehen und mit ihren Attitüdenstrukturen überein-

stimmen. Auch das Überleben der Aktiengesellschaft setzt voraus, daß langfristig die Präferenz- und Erwartungsstrukturen aller in der Organisation integrierten sozialen Elemente erfüllt werden. Stimmen die Informationserwartungen und die Verhaltensweisen des Jahresabschlußadressaten nicht mit den bilanzpolitischen Zielen der Kerngruppenmitglieder überein, dann kann der Versuch unternommen werden, die bestehenden Attitüden der Organisationsteilnehmer zu modifizieren, was praktisch einer Veränderung der kognitiven Persönlichkeit und damit der Verhaltensweise gleichkommt. Solche Beeinflussungsmöglichkeiten steigen mit der Qualität der Informationen. Beabsichtigen die Entscheidungsträger der Jahresabschlußerstellung keine Änderung der Attitüdenstrukturen (attitude change) herbeizuführen, dann sind die bestehenden Einstellungen durch den Jahresabschluß zu bestätigen. Dies bedeutet aber, daß die Informationsempfänger ihrerseits die Möglichkeit haben, Einfluß auf die Gestaltung des Jahresabschlusses zu nehmen. So sind bsp. bei geplanten Kapitalerhöhungen die Attitüden der aktuellen und potentiellen Aktionäre über die Vermögens- und Ertragslage sowie positive Prognosen über die Ertragsaussichten der Aktiengesellschaft zu bestätigen. Dabei können Interessenkonflikte entstehen, wenn einerseits bestimmte Anteilseignergruppen hohe Dividendenforderungen stellen und andererseits Großaktionäre oder das Management der Gesellschaft die über die Substanzerhaltung hinausgehende Vermögensmaximierung anstreben. Um Zielkonflikte zu vermeiden, sind deshalb bei der Jahresabschlußerstellung die Erwartungen der Adressaten zu antizipieren. Da sich die Organisationsteilnehmer jedoch aus einer heterogenen Gruppe zusammensetzen, sind differenzierte Informationserwartungen vorstellbar, so daß die Zielkonflikte von Antizipationskonflikten überlagert sein können.

Die Beeinflussung bzw. Bestätigung über Bilanzinformationen erfolgt letztlich immer durch die Variationsmöglichkeiten des Erfolgsausweises. Darin liegt die wesentliche Bedeutung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte. Der ausgewiesene Bilanzgewinn erfüllt primär die Funktion als Ausschüttungsgrundlage und der Periodengewinn gilt häufig als Beurteilungsmaßstab für die wirtschaftliche Situation der Aktiengesellschaft. Wenn die Kerngruppenmitglieder versuchen, über den Erfolgsausweis vor allem die externen Organisationsteilnehmer zu einem Verhalten zu bewegen, das insbesondere die Interessen der Aktiengesellschaft berücksichtigt, dann ist darin nicht unbedingt ein Widerspruch zu den Attitüdenstrukturen der Bilanzinteressenten zu vermuten. Gerade die substantielle Kapitalerhaltung dürfte für alle Organisationsteilnehmer, wenn man von Spekulationsaktionären einmal absieht, das wesentlichste bilanzpolitische Ziel sein, weil in der Aktiengesellschaft eine dauerhafte Einkommensquelle gesehen wird. Selbst der Fiskus muß an der Substanzerhaltung interessiert sein, weil bei einer Besteuerung von Scheingewinnen die Gesellschaft als dauerhafte Steuerquelle gefährdet sein dürfte. Weiter ist den Mitarbeitern möglichst an einer Kapazitätserweiterung wegen der Sicherung ihrer Arbeitsplätze gelegen.

Grundsätzlich sind alle bilanzpolitischen Maßnahmen zur Erfolgsregulierung mit willkürlicher Bildung bzw. Auflösung von stillen Reserven im Hinblick auf die Erfolgsspaltung nicht vertretbar. Da die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte das Periodenverursachungsprinzip (accrual concept) unbeachtet lassen und den Informationswert des Jahresabschlusses somit in Frage stellen, werden sie in der amerikanischen Bilanzierungspraxis abgelehnt.

Im deutschen Aktienrecht kann die Berechtigung der Wahlrechte mit den unterschiedlichen Zielvorstellungen der Organisationsteilnehmer begründet werden, die sich bsp. in wertverschiedenen Attitüden konkretisieren. So wird die Kerngruppe der Aktiengesellschaft der Erstellung des Jahresabschlusses die Wertvorstellung zugrundelegen, daß die Erfolgsvariation im Rahmen der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte von Vorteil ist, während andere Gruppen in der Organisation Erfolgsregulierungen für unzulässig halten. Liegt allen Organisationsteilnehmern dieselbe Überzeugung zugrunde, daß durch die Manövriermasse der stillen Reserven die Erfolgsziffer manipuliert werden kann, dann ist der Attitüde beizupflichten, daß solche Jahresabschlüsse unzulässig sind. Es läßt sich also nicht rechtfertigen, durch Mißachtung des Periodenverursachungsprinzips auf die Aktivierung bestimmter Positionen zu verzichten und anstelle dessen eine hundertprozentige Aufwandsverrechnung vorzunehmen, auch wenn diesem Vorgehen die Vorstellung der Kerngruppe der Aktiengesellschaft zugrundeliegen mag, eine Stabilisierung der Dividenden zu ermöglichen, um einen Vertrauensschwund bei den Aktionären und der Öffentlichkeit bei rückgängiger Geschäftstendenz zu vermeiden.

Soll der Informationswert der Gewinn- und Verlustrechnung den Erwartungen insbesondere der nichtbilanzierenden Organisationsteilnehmer entsprechen, dann muß der Erfolgsausweis objektiv nachprüfbar sein. Dies ist aber nur möglich, wenn das Periodenverursachungsprinzip zur Anwendung gelangt, weil dann alle bilanzpolitischen Manipulationen zur Erfolgsbeeinflussung ausgeschlossen sind. Darüber hinaus ist für die wirtschaftliche Beurteilung von Aktiengesellschaften durch die Jahresabschlußinteressenten von ent-

scheidender Bedeutung, ob der ausgewiesene Erfolg primär aus dem eigentlichen betrieblichen Leistungsprozeß oder aus betriebsfremden sowie außerordentlichen Geschäftsvorfällen resultiert. Weiter kann das genetische Werden des Ergebnisses, d.h. das Aufzeigen der Erfolgsquellen der Gewinn- und Verlustrechnung, nur bei Beachtung des Bruttoprinzips dargestellt werden. Schließlich hängt der Informationswert der Erfolgsrechnung davon ab, inwieweit die Aufwendungen und Erträge nach betrieblichen Funktionsbereichen gegliedert sind.

Die Auswirkungen auf die Attitüden der Organisationsteilnehmer sind folglich unterschiedlicher Natur. Sie bemessen sich danach, ob die Grundsätze der Erfolgsspaltung, insbesondere das PVP, bei den Entscheidungsträgern der Jahresabschlußerstellung Beachtung gefunden haben oder ob dem Einfluß der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte auf den Erfolgsausweis vorrangige Bedeutung eingeräumt worden ist.

Wird die Gewinn- und Verlustrechnung nicht unter dem Aspekt des PVP erstellt, dann hat die Globalattitüde von der begrenzten Verwertbarkeit des Jahresabschlusses ihre volle Berechtigung. Andererseits ergibt sich bei Einbeziehung des PVP in die Bilanzierungsgrundsätze ein Widerspruch zu einer Attitüde der Kerngruppenmitglieder, die eine zu große Dokumentationsbereitschaft durch Bilanzinformationen zu verhindern sucht, weil durch einen zu weitgehenden Einblick von in- und ausländischen Konkurrenzunternehmen

in die inneren Verhältnisse der Aktiengesellschaft wirtschaftliche Nachteile befürchtet werden oder weil ganz allgemein bestimmte Gruppen von Organisations-
teilnehmern als Feinde der Aktiengesellschaft eingestuft werden. Deshalb wird auch die unsaldierte und vollständige Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen, wie es das Bruttoprinzip fordert, oder die unbedingte Trennung von eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Ergebnis abgelehnt. Diese Einstellung der Bilanzierenden führt zu der Folgeattitüde, daß jegliche Publizierung des Jahresabschlusses für die Ziele der Aktiengesellschaft als schädlich erachtet wird. Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sind daher bestens geeignet, dieser Attitüde nahezu zu entsprechen. Natürlich erfüllt ein solcher Jahresabschluß in keiner Weise die Informationserwartungen vor allem der externen Organisationsteilnehmer.

Die Globalattitüde der Aktionäre, eine möglichst hohe Rendite bei der Kapitalanlage in Aktien zu erzielen, widerspricht den Einstellungen der Kerngruppe der Aktiengesellschaft über die Vermögensmaximierung und die Dividendenstabilisierung. Die Bilanzierenden werden bestrebt sein, ihre Zielvorstellungen mit der Manövriermasse der stillen Reserven zu realisieren. Dies hat zur Folge, daß die Informationserwartungen der Aktionäre über das Zustandekommen der Erfolgsziffer nicht erfüllt werden, es sei denn, es handelt sich um Belegschaftsaktionäre, bei denen gerade in Zeiten hoher Arbeitslosenquoten unterstellt werden kann, daß sie zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze eine Gewinnthesaurierungspolitik befürworten. Die Attitüden der Volks- und Publikumsaktionäre sind praktisch ohne Bedeutung, weil meistens durch die Abtretung der Stimmrechte an eine Depotbank deren Attitüden bilanzpolitisch relevant

werden. Die Kleinaktionäre sehen in der Beteiligung an einer Aktiengesellschaft meistens eine dauerhafte Anlage zum Zwecke der Vermögensbildung. Es bleibt zu vermuten, daß sie deshalb in Übereinstimmung mit dem Management an einer Dividendenstabilisierung interessiert sind. Die Attitüden der Großaktionäre von der gesetzlichen Mindestpublizität der Jahresabschlüsse werden durch die Einflußmöglichkeiten der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte auf den Erfolgsausweis und der gleichzeitigen Nichtbeachtung der Grundsätze der Erfolgsspaltung voll bestätigt.

Eine Globalattitüde der Gläubiger besteht darin, die der Aktiengesellschaft gewährten Kredite zurückzuerhalten. Deshalb ist diese Einstellung aktueller und potentieller Geldgeber mit den Jahresabschlußinformationen zu bestätigen. Während Großgläubigern unter Umständen auch betriebsinterne Informationen bereitgestellt werden und folglich eine Beeinflussung der Geschäftspolitik denkbar ist, werden sich die weniger bedeutenden Gläubiger allein mit der externen Kommunikation durch die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zufrieden geben müssen. Jeder Gläubiger wird Bedenken äußern, wenn die Finanzierungsstruktur der Aktiengesellschaft nicht mit seinen Vorstellungen in Übereinstimmung gebracht werden kann. So würde z.B. die Finanzierung des Anlagevermögens mit kurzfristigen Geldmitteln der horizontalen Finanzierungsregel entgegenstehen, das Anlagevermögen mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zu finanzieren. Der Einblick in das Finanzgebaren der Aktiengesellschaft wird den Gläubigern durch den getrennten Ausweis der Zinserträge und -aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung wesentlich erleichtert, wodurch wiederum aussagefähige Rückschlüsse auf die Kapitalstruktur in der Bilanz möglich werden.

Die Realisierung der Ziele der Aktiengesellschaft, die zum Aufgabenbereich des Vorstandes gehört, macht es erforderlich, das abgelaufene Geschäftsjahr anhand der Jahresabschlußinformationen zu kontrollieren und Prognosen für die neue Geschäftsperiode zu erstellen. Jedoch kann der Vorstand allein mit diesen Informationen seinen Vorstellungen, die Aktiengesellschaft verantwortlich zu führen, nicht genügen. Im Gegensatz zu externen Organisationsteilnehmern bereitet es den Vorstandsmitgliedern keine Schwierigkeiten, sich zu betriebsinternen Insiderinformationen Zugang zu verschaffen. Auch die Detailattitüde des Vorstands, die Liquidität zu erhalten, ist nur mit zusätzlichen internen Informationen letztlich zu bestätigen. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit kann weiter mit Bilanzierungs- und Bewertungsmanipulationen durch steuerpflichtige Gewinnverlagerungen erreicht werden. Diese zeitlich verschobenen Steuerzahlungen haben für die Aktiengesellschaft den Vorteil, als zinslose Kredite Liquiditätsengpässe zu überwinden oder erforderliche Investitionen zu ermöglichen.

Die gemeinsame Attitüde des aus heterogenen Mitgliedern zusammengesetzten Aufsichtsrates ist in unserer Wirtschaftsordnung begründet. Die hierfür erforderlichen Informationen über die Sicherung des Eigenkapitals und dessen Verzinsung können dem Jahresabschluß nur teilweise entnommen werden wie bsp. die Veränderungen des Zusatzkapitals durch die offene Rücklagenpolitik. Die effektive Verzinsung des eingesetzten Kapitals hingegen kann allein aus der Erfolgsziffer aufgrund der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte nicht festgestellt werden. Die Aufsichtsratskerngruppenmitglieder haben aber zusätzlich die Möglichkeit, sich betriebsinterne Informationen des Rechnungswesens zu verschaffen.

Literaturverzeichnis

- Abelson, H.J. (Attitudes, 1959) How Opinions and Attitudes are changed, New York 1959
- Adler/Düring/Schmaltz (Aktiengesellschaft, 1968) Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Bd. 1: Rechnungslegung, 4. Auflage, Stuttgart 1968
- Adler H./Forster K-H. (Pensionsrückstellungen, 1961) Die Verneinung der Passivierungspflicht für Pensionsrückstellungen durch den Bundesgerichtshof, in: AG 1961, S.301 ff.
- Albach, H. (Bewertungsprobleme, 1966) Bewertungsprobleme des Jahresabschlusses nach dem Aktiengesetz 1965, in: BB 1966, S. 377 ff.
- Albach, H. (Bilanztheorie, 1965) Grundgedanken einer synthetischen Bilanztheorie, in: ZfB 1965, S. 21 ff.
- Albach, H. (Rechnungslegung, 1966) Rechnungslegung im neuen Aktienrecht, in: NB 1966, S. 178 ff.
- Albach, H. (Teilwert, 1963) Zur Bewertung von Wirtschaftsgütern mit dem Teilwert, in: WPg 1963, S. 624 ff.
- Allport, F.H. (Behavior, 1933) Institutional Behavior, Chapel Hill, N.C. 1933
- Anderson, R.G./ Ausubel, D.P. (Hrsg.) (Psychologie, 1965) Readings in the Psychology of Cognition, New York - Chicago - San Francisco - Toronto - London 1965
- Ashby, W.R. (Introduction, 1963) An Introduction to Cybernetics, Fifth impression, London 1963
- Ausubel, D.P. (Introduction, 1965), Introduction, in: Anderson/Ausubel (Psychologie, 1965), S. 3 ff.

- Badelt, R. (Gewinn, 1933) Der Gewinn im betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Sinn, Diss. Wien 1933
- Bäumler, L. (Rechenschaftslegung, 1967) Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, Diss. München 1967
- Barnard, Ch.J. (Functions, 1960) The Functions of the Executive, 14 th ed., Cambridge/Mass. 1960
- Beer, S. (Decision, 1966) Decision and Control. The Meaning of Operational Research and Management Cybernetics, London-New York - Sydney 1966
- Beer, S. (Kybernetik, 1963) Kybernetik und Management, Hamburg 1963
- Beermann, K. (Prognosemöglichkeiten, 1976) Prognosemöglichkeiten von Kapitalverlusten mit Hilfe von Jahresabschlüssen, Düsseldorf 1976
- Beisel, K. (Rechnungswesen, 1952) Neuzeitliches industrielles Rechnungswesen, 4. überarbeitete und ergänzte Aufl., Stuttgart 1952
- Berkowitz, L. (Motivation, 1969) Social motivation, in: The Handbook of Social Psychology, ed. by Gardner Lindzey and Elliot Aronson, Volume Three 2 nd Ed. Reading, Massachusetts usw. 1969, S. 50 ff.
- Bischofberger, W. (Beeinflussung, 1971) Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, Diss. München 1971
- Bocheński, J.M. (Denkmethode, 1959) Die zeitgenössischen Denkmethode, 2. neubearbeitete Aufl., München 1959
- Bodarwé, E. (Grundsätze, 1966) Erfüllen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung noch ihre Aufgaben?, in: WPg 1966, S. 668 ff.

- Boecken, B. (Nominalwertprinzip, 1974) Nominalwertprinzip und Substanzerhaltung, in: DB 1974, S. 881 ff.
- Boelke, W. (Rechtsform, 1970) Die Bewertungsvorschriften des Aktiegesetzes 1965 und ihre Geltung für die Unternehmen in anderer Rechtsform. Eine Untersuchung zur Frage der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Berlin 1970
- Boulding, K.E. (Conflict, 1964) Two Principles of Conflict, in: Kahn, R.L. und Boulding, E. (Hrsg.) Power and Conflict in Organizations, London 1964, S. 75 ff.
- Boulding, K.E. (Reconstruction, 1950) A Reconstruction of Economics, New York 1950
- Broschwitz, J. (Ergebnisanalyse, 1967) Ergebnisanalyse im Hinblick auf die Gewinnverwendungsvorschriften des Aktiegesetzes 1965, in: DB 1967, S. 89 ff.
- Bruns, H.D. (Bestandsveränderungen, 1960) Zum Ausweis der "Bestandsveränderungen" in der neuen Gewinn- und Verlustrechnung, in: WPg 1960, S. 460 f.
- Bucher, J.H. (Entstehung, 1975) Zur Entstehung und Deckung des inflationsbedingten Kapitalbedarfs. Ein Beitrag zur Scheingewinn-Diskussion, in: DB 1975, S. 653 ff.
- Bühler, O. und Scherpf, P. (Bilanz, 1971) Bilanz und Steuer, 7. Aufl., München 1971
- Busse v. Colbe, W. (Eliminierung, 1960) Eliminierung von Preis- und Geldwertschwankungen, in: HdB, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4423 ff.
- Cadwallader, M.L. (Analysis, 1966) The Cybernetic Analysis of Change in Complex Social Organizations, in: Communication and Culture, Hrsg. A.G. Smith, New York/Chicago/San Francisco/Toronto/London 1966, S. 386 ff.

- Cannon, W.B. (Wisdom, 1932) The Wisdom of the Body, New York 1932
- Carnap, R. (Logik, 1960) Einführung in die symbolische Logik, 2. Aufl. neubearbeitet und erweitert, Wien 1960
- Chen-Chang, E. (Income, 1962) Business Income in Accounting and Economics, in: The Accounting Review, Vol XXXVII, Oct. 1962, No. 4, S. 636 ff.
- Cherry, C. (Kommunikationsforschung, 1967) Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft, deutsche Übersetzung von P. Müller, 2. Aufl., Hamburg 1967
- Chin, R. (Utility, 1963) The Utility of System Models and Developmental Models for Practitioners, in: Readings in Management, hrsg. von Richards, M.D. and Nielander, W.A., 2. Aufl., Cincinnati, Ohio 1963
- Chmelik, G. (Gewinnpolitik, 1972) Die Gewinnpolitik der Aktiengesellschaft, Diss. München 1972
- Churchman, C.W.,
Ackoff, R.L.,
Arnoff, E.L. (Operations, 1966) Operations Research, 3. Aufl., Wien - München 1966
- Clough, D.J. (Concepts, 1963) Concepts in Management Science, Englewood Cliffs, N.J. 1963
- Coenenberg, A.G. (Jahresabschluß, 1974) Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, München 1974
- Coenenberg, A.G. (Kommunikation, 1966) Die Kommunikation in der Unternehmung, Wiesbaden 1966
- Coutre, W. 1e (Bilanzkunde, 1949) Grundzüge der Bilanzkunde - Eine totale Bilanzlehre, Teil 1, 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949

- Dieckmann, K. (Steuerbilanzpolitik, 1970) Steuerbilanzpolitik. Gegenwärtig bestehende Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung des steuerlichen Jahreserfolges in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1970
- Dienstbach, H. (Unternehmungsorganisation, 1972) Dynamik der Unternehmungsorganisation. Anpassung auf der Grundlage des "Planned Organizational Change". Schriftenreihe "Die Betriebswirtschaft in Forschung und Praxis, Bd. 10, Wiesbaden 1972
- Dietzen, N. (Reserven, 1937) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven (Bd. 8 der Veröffentlichungen der Schmalenbach-Vereinigung), Leipzig 1937
- Dill, W.R. (Business, 1965) Business Organizations, in: Handbook of Organizations, hrsg. von J.G. March, Chicago 1965
- Döllerer, G. (Bilanz, 1968) Statische oder dynamische Bilanz?, in: BB 1968, S. 637 ff.
- Döllerer, G. (Bilanzierung, 1959) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, in: WPg 1959, S. 653 ff.
- Döllerer, G. (Gewinn- und Verlustrechnung, 1960) Die neue Gewinn- und Verlustrechnung der Aktiengesellschaft, in: BB 1960, S. 108 ff.
- Döllerer, G. (Rechnungslegung, 1965) Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1405 ff.
- Dülfer, E. (Aktienunternehmung, 1962) Die Aktienunternehmung. Eine betriebswirtschaftlich-morphologische Betrachtung der Aktiengesellschaft und ihrer Ordnungsprobleme im Hinblick auf eine Reform des Aktienrechts, Göttingen 1962

- Edwards, E. and
Bell, P. (Income, 1961) The Theory and
Measurement of Business Income,
Berkeley and Los Angeles 1961
- Engels, W. (Entscheidungstheorien, 1962) Be-
triebswirtschaftliche Bewertungs-
lehre im Licht der Entscheidungs-
theorie, Köln und Opladen 1962
- Eßer, J. (Bewertung, 1965) Gliederungsvor-
schriften, Bewertung, Gewinnver-
wendung und Pflichtangaben nach dem
Aktiengesetz 1965, in: AG 1965,
S. 310 ff., S. 319 ff., S. 360 ff.
- Ewaldsen, L. (Erfolgsspaltung, 1952) Die Pro-
blematik der Erfolgsspaltung,
Diss. Kiel 1952
- Fäs, E. (Erwerbswirtschaft, 1913) Die Be-
rücksichtigung der Wertminderung des
stehenden Kapitals in den Jahres-
bilanzen der Erwerbswirtschaft,
Tübingen 1913, zit. nach Seicht
(Bilanztheorien, 1970), S. 330
- Fäßler, K. (Mitbestimmung, 1970) Betriebliche
Mitbestimmung, Wiesbaden 1970
- Fäßler, K./
Rehkugler, H./
Wegenast, C. (Kostenrechnungslexikon, 1971)
Kostenrechnungslexikon, München 1971
- Fahn, E. (Beschaffungsentscheidung, 1972)
Die Beschaffungsentscheidung - Ein
Beitrag zur integrativen Betrachtung
interorganisatorischer Beschaffungs-
und Absatzaktivitäten -, Diss.
München 1972
- Falkenroth, G. (Steuerbilanz, 1957) Überhöhte Her-
stellungskosten in der Steuerbilanz,
in: BB 1957, S. 922 ff.
- Farr, G. (Bedeutung, 1955) Die Bedeutung des
Bruttoausweises, in: DB 1955, S.293 ff.
- Fisher, I. (Capital, 1906) The Nature of Capital
and Income, New York 1906 (reprinted
1965)

- Flechtner, H.J. (Kybernetik, 1969) Grundbegriffe der Kybernetik, 4. Aufl., Stuttgart 1969
- Fleege-Althoff, F. (Bilanzzweck, 1929) Bilanzbegriff und Bilanzzweck, in: ZfHWuHp, 22 Jg. 1929, S. 188 ff., zit. nach Seicht G., a.a.O., S. 159
- Forster, K.H. (Rechnungslegung, 1966) Bewertungsstetigkeit und Rechnungslegung nach dem Aktiengesetz 1965, in: WPg 1966, S. 555 ff.
- Forster, K.H. (Bewertung, 1966) Möglichkeiten und Grenzen einer vorsichtigen Bewertung, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Bericht über die JdW-Fachtagung 1966, Düsseldorf 1966
- Forster, K.H. (Pflichten, 1965) Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: WPg 1965, S. 585 ff.
- Frank, H. (Informationspsychologie, 1965) Informationspsychologie, in: Kybernetik - Brücke zwischen den Wissenschaften, Hrsg. Frank, H., 5. Aufl., Frankfurt am Main 1965
- Fuchs, H. (Systemtheorie, 1973) Systemtheorie und Organisation, Wiesbaden 1973
- Funke, H. (Erfolgsspaltung, 1935) Kurzfristige Rechnung und Erfolgsspaltung in Maschinenfabriken, Bühl-Baden 1935
- Gail, W. (Reserven, 1969) Stille Reserven, Unterbewertung und Sonderprüfung, Herne und Berlin 1969
- Geßler, E. (Aktienrecht, 1966) Rechnungslegung im neuen Aktienrecht, in: NB 1966, S. 193ff.
- Geßler, E. (Kapitalerhöhung, 1960) Das Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung, in: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage Nr. 1 1960 zu Teil IV B Nr. 4 v. 23.1.1960 über "Kleine Aktienrechtsreform"

- Gilman, G. (Inquiry, 1962) An Inquiry into the Nature and Use of Authority, in: Organisation Theory in Industrial Practice, Hrsg. M. Haire, New York 1962
- Göbel, H. (Sonderposten, 1973) Zur Bildung und Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil, die sich auf das Anlagevermögen beziehen, in: DB 1973, S. 1361 ff.
- Grün, O. (Lernverhalten, 1973) Das Lernverhalten in Entscheidungsprozessen der Unternehmung. Empirische Theorie der Unternehmung, Bd. 2 Tübingen 1973
- Gutenberg, E. (Absatz, 1970) Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. II: Der Absatz, 12. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1970
- Gutenberg, E. (Neugestaltung, 1955) Zur Frage der Neugestaltung des aktienrechtlichen Erfolgsausweises, in: Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft, hrsg. von F. Henzel, Festschrift für le Coutre, Baden-Baden und Frankfurt 1955, S. 85 ff.
- Haire, M. (Psychology, 1964), Psychology im Management, 2. Aufl., New York/ San Francisco /Toronto/London 1964
- Hanika, F. (Management, 1965) New Thinking in Management, London 1965
- Hansen, P. (Profit, 1962) The Accounting Concept of Profit. An Analysis and Evaluation in the Light of the Economic Theory of Income and Capital, København-Amsterdam 1962
- Harder, U. (Bilanzpolitik, 1962) Bilanzpolitik. Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962
- Hast, K. (Grundsätze, 1935) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, 2. Aufl., Leipzig 1935

- Havermann, H. (Pensionsverpflichtungen, 1961) Zur Passivierung von Pensionsverpflichtungen, in: DB 1961, S. 985 ff.
- Havermann, H. (Unternehmen, 1966) Die verbundenen Unternehmen und ihre Pflichten nach dem Aktiengesetz 1965, in: WPg 1966, S. 30 ff., S. 66 ff., S. 90 ff.
- Hax, H. (Bilanzgewinn, 1964) Der Bilanzgewinn als Erfolgsmaßstab, in: ZfB, 1964, S. 642 ff.
- Hax, H. (Geldwertänderungen, 1970) Geldwertänderungen und Rechnungswesen, in: HdR, hrsg. von E. Kosiol, Stuttgart 1970, Sp. 553 ff.
- Hax, H. (Substanzerhaltung, 1957) Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957
- Heinen, E. (Einführung, 1972) Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972
- Heinen, E. (Handelsbilanzen, 1974) Handelsbilanzen, 7.vollständig neubearbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 1974
- Heinen, E. (Handelsbilanzen, 1969) Handelsbilanzen, 5. Aufl., Wiesbaden 1969
- Heinen, E. (Industriebetriebslehre, 1972) Industriebetriebslehre, Hrsg. E.Heinen, Wiesbaden 1972
- Heinen, E. (Kostenlehre, 1970) Betriebswirtschaftliche Kostenlehre. Kostentheorie und Kostenentscheidungen, 3. verbesserte Aufl.. Wiesbaden 1970
- Heinen, E. (Zielsystem, 1966) Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966
- Henninger, C. (Lifo, 1974) Viele amerikanische Großunternehmen gehen zu "Lifo" über, in: FAZ, Nr. 253 v. 31.10.1974, S. 17

- Herrmann, T. (Persönlichkeitsforschung, 1972) Lehrbuch der Persönlichkeitsforschung, 2. Aufl., Göttingen 1972
- Hintner, O. (Bilanz, 1960) Bilanz und Status, in: ZfB 1960, S. 523 ff.
- Hintner, O. (Eigen- und Fremdkapital, 1963) Eigen- und Fremdkapital in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft (Hrsg.), Zur Finanzpolitik der Unternehmen, Vorträge der Düsseldorfer Tagung von 4. bis 5. April 1963, Berlin 1963, S. 81 ff.
- Hintner, O. (Wirtschaftsprüfung, 1949) Praxis der Wirtschaftsprüfung, Stuttgart 1949
- Hoffmeister, J. (Wörterbuch, 1955) Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 2. Aufl., Hamburg 1955
- Homans, G.C. (Theorie, 1960) Theorie der sozialen Gruppe, Köln/Opladen 1960
- Honko, J. (Unternehmung, 1965) Über einige Probleme bei der Ermittlung des Jahresgewinnes der Unternehmung, in: ZfB 1965, S. 611 ff.
- Honko, J. (Vuositulos, 1959) Yrityksen Vuositulos, The Annual Income of an Enterprise and Its Determination, Helsinki 1959
- Hummel, S. (Auswirkungen, 1969) Die Auswirkungen von Lagerbestandsveränderungen auf den Periodenerfolg - Ein Vergleich der Erfolgskonzeptionen von Vollkostenrechnung und Direct Costing, in: ZfB 1969, S. 155 ff.
- Husemann, K.H. (Grundsätze, 1970) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, Düsseldorf 1970

- Insko, C.A.
(Hrsg.) (Attitude Change, 1967) Theories of Attitude Change, New York 1967
- Jones, E.E. und Gerard, H.B. (Psychologie, 1967) Foundation of Social Psychology, New York, London und Sydney 1967
- Johnson, R.A.
Kast, F.E.
Rosenzweig J.E. (Theory, 1967) The Theory and Management of Systems, New York - San Francisco - Toronto - London - Sydney 1963, 2. Aufl. 1967
- Käfer, K. (Erfolgsanalyse, 1950) Erfolgsanalyse, in: HdB, 1. Band, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1650 ff.
- Kalveram, W. (Rechtfertigung, 1950) Rechtfertigung und Grenzen der stillen Reserven, in: ZfB 1950, S. 345 ff.
- Kappler, E. (Informationsverhalten, 1972) Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, unveröffentlichte Habilitationsschrift, München 1972
- Kappler, E. (Systementwicklung, 1972) Systementwicklung - Lernprozesse in betriebswirtschaftlichen Organisationen, Wiesbaden 1972
- Karig, K.-P. (Vorratsvermögen, 1976) Können im Vorratsvermögen stille Reserven gebildet werden? - Eine Erörterung der für das Vorratsvermögen bestehenden aktienrechtlichen Bewertungswahlrechte, in: DB 1976, S. 589 ff.
- Karsten, J.F. (Wirtschaftsförderung, 1967) Die Deformierung der handelsrechtlichen Rechnungslegung durch steuerliche Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, in: BB 1967, S. 425 ff.
- Katz, D. und Kahn, R.L. (Organizations, 1966) The Social Psychology of Organizations, New York/London/Sydney 1966
- Kirchhoff, G. (Sonderprüfung, 1971) Die Sonderprüfung wegen unzulässiger Unterbewertung nach §§ 258 ff. AktG, Diss. München 1971

- Kirsch, W. (Entscheidungen, 1968) Entscheidungen und Entscheidungsprämissen in der Unternehmungsorganisation. Elemente einer deskriptiven Theorie der Individualentscheidung, Habilitationsschrift, München 1968
- Kirsch, W. (Entscheidungsprozesse II, 1971) Entscheidungsprozesse, 2. Bd., Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens, Wiesbaden, 1971
- Kirsch, W. (Entscheidungsprozesse III, 1971) Entscheidungsprozesse, 3. Bd., Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1971
- Kirsch, W./
Bamberger I./
Gabele, E./
Klein, H.K. (Logistik, 1973) Betriebswirtschaftliche Logistik. Systeme, Entscheidungen, Methoden, Wiesbaden 1973
- Klaus, G. (Kybernetik, 1967) Wörterbuch der Kybernetik, Berlin 1967
- Klis, M. (Führungsstile, 1969) Willensdurchsetzung durch Überzeugung und Manipulation, ein Beitrag zur Analyse betriebswirtschaftlicher Führungsstile, Diss. 1969
- Knight, F.H. (Risk, 1940) Risk, Uncertainty and Profit, 5. Aufl., London 1940
- Kobs, E. (Rückstellungen, 1964) Rückstellungen und Rücklagen in Steuerbilanz und Vermögensaufstellung, Ludwigshafen a. Rhein 1964
- Koch, H. (Problematik, 1957) Die Problematik des Niederstwertprinzips, in: WPg 1957, S. 1 ff.
- Kofahl, G. (Aktienrechtsreform, 1965) Bilanzpolitische Gedanken zur Aktienrechtsreform, in: NB 1965, S. 194 ff.
- Kormann, B. (Aktienrechtsreform, 1966) Bilanzrechtliche Thesen zur Aktienrechtsreform 1965, in: DB 1966, S. 1777 ff.

- Kortzfleisch, H. v. (Information, 1971) Information und Kommunikation in der industriellen Unternehmung, in: RDO 1971, S. 241 ff.
- Kosiol, E. (Aufwand, 1956) Artikel: Aufwand, in: HdB, 1. Bd., 3. völlig neu bearbeitete Aufl.. Stuttgart 1956, Sp. 280 ff.
- Kosiol, E. (Bilanz, 1956) Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung), in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, 3.Bd., 2. vollständig neugestaltete Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 2085 ff.
- Kosiol, E. (Bilanzreform, 1944) Bilanzreform und Einheitsbilanz, Berlin - Stuttgart 1944
- Kosiol, E. (Organisation, 1962) Organisation der Unternehmung, Wiesbaden 1962
- Kramer, R. (Information, 1965) Information und Kommunikation, Berlin 1965
- Kristensen, T. (Statustheori, 1944) Statustheori, Arhus 1944
- Kronstein, H. und Claussen, C.P. (Publizität, 1960) Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt 1960
- Kropff, B. (Aktiengesetz, 1965) Aktiengesetz, Düsseldorf 1965
- Kropff, B. (Bilanzwahrheit, 1966) Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum in den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, in:WPg 1966, S. 369 ff.
- Kropff, B. (Grundsätze, 1966) Grundsätze der Rechnungslegung nach dem Aktiengesetz 1965, in:NB 1966, S. 58 ff.
- Kropff, B. (Leitgedanken, 1964) Leitgedanken der Bewertungsvorschriften des künftigen Aktienrechts, in: WPg 1964, S. 565 ff.
- Kruse, H.G. (Bilanzierung, 1967) Die Bilanzierung von Halb- und Fertigfabrikaten nach der Methode des Direct Costing, Wiesbaden 1967

- Kübler, B.M. (Bewertungsvorschriften, 1969) Grenzen der Beeinflussung des Gewinnausweises nach den Bewertungsvorschriften des AktG 1965, Diss. Köln 1969
- Kupper, W. (Aktionärsinteressen, 1967) Stille Reserven und Aktionärsinteressen, Bern 1967
- Kupsch, P. (Rückstellungen, 1973) Die Bilanzierung von Rückstellungen im Rahmen der Bilanzpolitik der Unternehmung, unveröffentlichte Habilitationsschrift, München 1973
- Lange, U (Möglichkeiten, 1965) Möglichkeiten der externen Auswertung von veröffentlichten Erfolgsrechnungen industrieller Aktiengesellschaften, Diss. München 1965
- Langen, K.H. (Verbrauchsfolgen, 1966) Unterstellung von Verbrauchsfolgen für Gegenstände des Vorratsvermögens und Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: BB 1966, S. 551 ff.
- Laßmann, G. (Gewinn- und Verlustrechnung, 1961) Zur betriebswirtschaftlichen Problematik der neuen aktienrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung, in ZfhF 1961, S. 654 ff.
- Layer, M. (Deckungsbeitragsrechnung, 1967) Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit der Deckungsbeitragsrechnung im Rechnungswesen der Unternehmung, Berlin 1967
- Leffson, U. (Bruttoprinzip, 1961) Bruttoprinzip oder "Mehrjahresbetrachtung" beim Ausweis periodenfremder Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung der Aktiengesellschaft, in ZfB 1961, S. 54 ff.
- Leffson, U. (Grundsätze, 1970) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 2. veränderte und erweiterte Auflage, Düsseldorf 1970
- Leffson, U. (Jahresabschluß, 1961) Der Jahresabschluß in der Aktiengesellschaft mit einem Vorschlag zur Änderung des Regierungsentwurfs, Wiesbaden 1961

- Leffson, U. (Niederstwertprinzip, 1967) Die Niederstwertvorschrift des § 155 AktG, in: WPg 1967, S. 57 ff.
- Lehmann, H. (Integration, 1969) Integration, in: HdO, hrsg. von E. Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 768 ff.
- Lindahl, E. (Income, 1933) The Concept of Income, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933, S.399 ff.
- Litwin, G.H./
Stringer, R.A. (Motivation, 1970) Motivation and Behavior, in: Organizational Change and Development, ed. by Gene W. Dalton and Paul R. Lawrence, Homewood, Illinois usw. 1970, S. 377 ff.
- Lück, W. (Rechnungslegung, 1970) Die externe Rechnungslegung der Aktiengesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Düsseldorf 1970
- Lüdtke, L. (Rentenmarkt, 1972) Die Struktur und das Verhalten der Emittenten und Anleger am deutschen Rentenmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss., München 1972
- Lüttge, B. (Geldwertschwankungen, 1968) Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen im Jahresabschluß, Diss. München 1968
- Luhmann, N. (Funktionen, 1964) Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964
- Lutz, B. (Aussagefähigkeit, 1963) Die Aussagefähigkeit des Rechnungswesens, Zürich 1963
- McClelland, D. (Definition, 1966) Die Definition eines spezifischen Motivs, in: Die Motivation menschlichen Handelns, hrsg. von Hans Thomae, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 3. Aufl., Köln, Berlin 1966, S. 175 ff.
- March, J.G. and
Simon, H.A. (Organization, 1966) Organization, New York 1966

- Mayntz, R. (Organisation, 1966) Die soziale Organisation des Industriebetriebes, unveränderter Nachdruck der 1.Aufl. 1958, Stuttgart 1966
- Mayntz, R. (Soziologie, 1967) Soziologie der Organisation, Hamburg 1967
- Mayntz, R. (Soziologie, 1965) Soziologie in der Eremitage?, in: Logik der Sozialwissenschaften, 2. Aufl., Hrsg. E. Topitsch, Köln - Berlin 1965, S.526-541
- McGregor, D. (Motivation, 1966) Laedership and Motivation, Cambridge, Mass./London 1966
- Mellerowicz, K. (Unternehmenspolitik, 1964) Unternehmenspolitik, Band III, Freiburg i.Breisgau 1964
- Mellerowicz/
Brönnner (Rechnungslegung, 1970) Rechnungslegung und Gewinnverwendung der Aktiengesellschaft, Berlin 1970
- Mertens, K.H. (Änderungen, 1964) Bedeutsame Änderungen der Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung, in: WPg 1964, S. 1ff.
- Moonitz, M. (Accounting, 1961) The Basic Postulates of Accounting, Accounting Research Study Nr. 1 des American Institute of Certified Public Accountants, New York 1961
- Moxter, A. (Bilanzlehre, 1974) Bilanzlehre, Wiesbaden 1974
- Moxter, A. (Bilanztheorie, 1966) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28 ff.
- Moxter, A. (Einfluß, 1962) Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln usw. 1962
- Moyer, C.A. und
Mautz, R.K. (Accounting, 1962) Intermediate Accounting, New York 1962

- Müller - Erzbach, R. (Aktiengesellschaft, 1929) Umgestaltung der Aktiengesellschaft zur Kerngesellschaft verantwortungsvoller Aktionäre, Berlin 1929
- Münstermann, H. (Bedeutung, 1966) Die Bedeutung des ökonomischen Gewinns für den externen Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, in: WPG 1966, S. 579 ff.
- Mutze, O. (Bewertung, 1972) Die Bewertung mit "steuerlich für zulässig gehaltenen Werten" in der Handelsbilanz, in: AG 1972, S. 144 ff.
- Mutze, O. (Bewertungsvorschriften, 1965) Zu den Bewertungsvorschriften unseres künftigen Aktiengesetzes, in: AG 1965, S. 3 ff.
- Neth, M. (Herstellungskosten, 1971) Die Berechnung der Herstellungskosten als bilanzpolitisches Mittel, Düsseldorf 1971
- Passow, R. (Aktiengesellschaft, 1922) Die Aktiengesellschaft, 2. Aufl., Jena 1922
- Peupelmann, H.W. (Gewinn, 1960) Außerordentliche Posten und betrieblicher Gewinn in der neuen Gewinn- und Verlustrechnung der Aktiengesellschaften, in: AG 1960, S. 287 ff.
- Peupelmann, H.W. (Rücklageanteil, 1969) Was sind "Sonderposten mit Rücklageanteil" i.S. § 152 Abs. 5 AktG 1965, in: DB 1969, S. 2045 ff.
- Pfauter, M. (Erfolgsspaltung, 1931) Die Erfolgsspaltung. Ihre Problematik, dargestellt am Beispiel einer Werkzeugmaschinenfabrik, Berlin 1931
- Pohmer, D. (Jahresbilanz, 1953) Wesen und Grenzen der betriebswirtschaftlichen Berechtigung stiller Reserven in der Jahresbilanz in dynamischer und statischer Betrachtung, Diss. F.U. Berlin 1953
- Pondy, L.R. (Conflict, 1967) Organizational Conflict: Concepts and Models, Administrative Science Quarterly 1967, S. 296 ff.

- Porter, L.W. (Study, 1964) A Study of Perceived Need Satisfaction in Bottom and Middle Management Jobs, in: Studies in Organizational Behavior and Management, Hrsg. D.E. Porter und P.B. Applewhite, Scranton, Pennsylvania 1964, S. 464 ff.
- Potthoff, E. (Geldwertverschlechterung, 1972) Geldwertverschlechterung und ihr Einfluß auf die Bilanzpolitik, in: Die informierte Unternehmung, Beiträge aus Wissenschaft und Praxis für die Zukunftsgestaltung der Unternehmung, hrsg. von H. Rühle von Lilienstern, Frankfurt/Main 1972, S. 145 ff.
- Rhein, W. (Gewinnbesteuerung, 1953) Betriebswirtschaftliche Probleme bei der Reform der Gewinnbesteuerung, Mannheim 1953
- Riebel, P. (Deckungsbeitragsrechnung, 1970) Deckungsbeitragsrechnung, in: HdR 1970, Sp. 383 ff.
- Riebel, P. (Einzelkosten, 1959) Das Rechnen mit Einzelkosten und Deckungsbeiträgen, in: ZfhF 1959, S. 213 ff.
- Rieger, W. (Privatwirtschaftslehre, 1959) Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. unveränderte Auflage, Erlangen 1959
- Saage, G. (Gewinnermittlung, 1969) Veränderte Grundlagen der Gewinnermittlung nach Handels- und Steuerrecht, DB 1969, S. 1661 ff. u. S. 1709 ff.
- Saage, G. (Grundsätze, 1967) Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aus der Sicht des neuen Aktienrechts, in: NB 1967, S.1 ff.
- Saage, G. (Reservepolitik, 1966) Die Reservepolitik im neuen Aktienrecht, in: NB 1966, S. 71 ff.
- Saage, G. (Selbstfinanzierung, 1959) Selbstfinanzierung, stille Reserven und Aktienrechtsreform, in: AG 1959, S. 183 ff.

- Sandig, C. (Steuervergünstigungen, 1952) Vorübergehende Finanzierung mittels Steuervergünstigungen, in: WPg 1952, S. 509 ff.
- Seicht, G. (Bilanztheorien, 1970) Die kapitaltheoretische Bilanz und die Entwicklung der Bilanztheorien, Berlin 1970
- Selchert, F.W. (Abschreibung, 1975) Abschreibung und substantielle Kapitalerhaltung, in: DB 1975, S. 557 ff.
- Sganzini, C. (Buchführung, 1908) Zur Grundlegung der realistischen Theorie der doppelten Buchführung, St. Gallen 1908
- Shannon, C.E. and Weaver, W. (Communication, 1962) The Mathematical Theory of Communication, Urbana 1962
- Simon, H.A. (Model, 1955) A Behavioral Model of Rational Choice, Quarterly Journal of Economics 1955, S. 99 ff.
- Simon, H.A. (Models, 1957) Models of Man, New York - London 1957
- Sommerfeld, H. (Bilanzlehre, 1926) Eudynamische Bilanzlehre, in: HdB 1. Bd., Stuttgart 1926, Sp. 1340 ff.
- Schilcher, R. (Geldtheorie, 1958) Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung, ein Beitrag zur Geldtheorie, Berlin 1958
- Schildbach, T. und Schweigert, W.R. (Preispolitik, 1974) Die Auswirkungen der Besteuerung des nominellen Gewinns auf die Preispolitik in Inflationszeiten, in: DB 1974, S. 541 ff.
- Schischkoff, G. (Hrsg.) (Philosophisches Wörterbuch, 1957) Philosophisches Wörterbuch, 14. Aufl., Stuttgart o.J. 1957
- Schmalenbach, E. (Abschreibung, 1908/09) Die Abschreibung, in: ZfhF 1908/09, S. 81 ff.
- Schmalenbach, E. (Bilanz, 1962) Dynamische Bilanz, 13. verb. u. erw. Auflage, Köln und Opladen 1962
- Schmalenbach, E. (Bilanz, 1953) Dynamische Bilanz 11. Auflage, Köln und Opladen 1953

- Schmalenbach, E. (Bilanz, 1931) Dynamische Bilanz
5. Aufl., Leipzig 1931
- Schmalenbach, E. (Bilanzlehre, 1919) Grundlagen
dynamischer Bilanzlehre, in: ZfhF
1919, S. 1 ff.
- Schmalenbach, E. (Grundsätze, 1933) Grundsätze ord-
nungsmäßiger Bilanzierung, in: ZfhF
1933, S. 225 ff.
- Schmidt, F. (Bilanz, 1923) Geldentwertung und Bilanz,
Vortrag, gehalten am 9.u.10.9.1923,
in: Geldentwertung und Unternehmung,
hrsg. von F. Schmidt, Berlin 1923,
S. 1 ff.
- Schmidt, F. (Tageswertbilanz, 1951) Die organische
Tageswertbilanz, 3. Aufl., Leipzig
1929, unveränderter Nachdruck,
Wiesbaden 1951
- Schmidbauer-
Juraschek, B. (Erfolgsrechnung, 1957) Betriebs-
wirtschaftliche Betrachtung zur Neu-
gliederung der aktienrechtlichen Er-
folgsrechnung, in: BFuP 1957, S.153 ff.
- Schneider, D. (Bilanzgewinn, 1963) Bilanzgewinn
und ökonomische Theorie, in: ZfhF
1963, S. 457 ff.
- Schneider, D. (Bilanztheorien, 1970) Bilanztheorien,
neuere Ansätze, in: HdR 1970, Sp.260 ff.
- Schneider, D. (Diskussionsbeitrag, 1966) Erweiterter
Diskussionsbeitrag, geleistet auf der
Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesell-
schaft in Köln am 1.7.1966, in: ZfbF
1966, S. 571 ff.
- Schneider, D. (Investition, 1970) Investition und
Finanzierung, Opladen und Köln 1970
- Schneider, D. (Rechnungslegung, 1972) Die Rechnungs-
legung über das Einkommen und die
Investitions- und Finanzierungstheorie,
in: The Finnish Journal of Business
Economics 1972, S. 574 ff.
- Schneider, D. (Renaissance, 1973) Renaissance der
Bilanztheorie?, in: ZfbF 1973, S.29 ff.

- Schneider, D. (Selbstfinanzierung, 1968) Ausschüttungsfähiger Gewinn und das Minimum an Selbstfinanzierung, in:ZfbF 1968, S. 1 ff.
- Schneider, D. (Teilwertlehren, 1969) Die Problematik betriebswirtschaftlicher Teilwertlehren, in WPg 1969, S. 305 ff.
- Schrader, H. (Auswirkungen, 1966) Zu den Auswirkungen des Aktiengesetzes 1965 auf das Bilanzsteuerrecht, in:DB 1966,S.1144 ff.
- Schweitzer, M. (Bilanz, 1972) Struktur und Funktion der Bilanz, Berlin 1972
- Stützel, W. (Bilanztheorie, 1967) Bemerkungen zur Bilanztheorie, in: ZfB 1967, S. 314 ff.
- Tallau, H. (Bilanzgewinn, 1969) Der betriebswirtschaftlich-bilanzielle Gewinnbegriff als Grundlage der aktienrechtlichen Gewinnbegriffe Jahresüberschuß und Bilanzgewinn, in: ZfB 1969, S. 187 ff.
- Tomfohrde, K. (Bilanzauffassung, 1959) Die dynamische Bilanzauffassung und das Bilanzsteuerrecht, Düsseldorf 1959
- Trumpler, H. (Aktiengesellschaft, 1950) Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950
- Ulrich, H. (Unternehmung, 1970) Die Unternehmung als produktives soziales System, Grundlagen der allgemeinen Unternehmungslehre, 2. überarbeitete Aufl., Bern-Stuttgart 1970
- Volkmann, U. (Herstellungskosten, 1960) Die Herstellungskosten in der Handels- und Steuerbilanz, in ZfhF 1960,S.375 ff.
- Wächter, H. (Grundlagen, 1974) Grundlagen der langfristigen Personalplanung, ein sozio-technischer Ansatz, Herne/Berlin 1974
- Walb, E. (Bilanz, 1966) Finanzwirtschaftliche Bilanz, 3. Aufl., Wiesbaden 1966

- Walb, H.H. (Bilanzwahrheit, 1935) Bilanzwahrheit und stille Reserven, ein Beitrag zu dem Problem der Bilanz-Wahrheit unter besonderer Berücksichtigung der stillen Reserven, des Geschäftsberichts und Bilanzstrafrechts, Mannheim etc. 1935
- Walb, E. (Erfolgsrechnung, 1926) Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin/Wien 1926
- Wangenheim, H.H. v. (Wirtschaftspresse, 1958) Wirtschaftspresse und Publizität der Gesellschaften, in: ZfhF 1958, S. 470 ff.
- Watson, J.B. (Behaviorism, 1925) Behaviorism, New York 1925
- Weber, K. (Dividendenpolitik, 1955) Dividendenpolitik, Zürich 1955
- Weisser, K.F. (Aktiengesellschaft, 1962) Der Gewinn der Aktiengesellschaft im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Aktionären, Berlin 1962
- Wiener, N. (Cybernetics, 1948) Cybernetics, or Control and Communication in the Animal and the Machine, New York 1948
- Wirtschaftsprüferhandbuch (1973) Wirtschaftsprüferhandbuch 1973, Hrsg. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1973
- Wisemann, H.V. (Systems, 1967) Political systems. Some sociological Approaches, third print, New York 1967
- Witte, E. (Liquiditätsreserve, 1964) Zur Bestimmung der Liquiditätsreserve, in: ZfB 1964, S. 760 ff.
- Wittmann, W. (Information, 1959) Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959
- Wixon, R. (Accountants, 1957) ed., Accountants Handbook, 4. Aufl., Section 12, New York 1957
- Wöhe, G. (Bilanzpolitik, 1971) Bilanzierung und Bilanzpolitik, München 1971

- Wöhe, G. (Einführung, 1971) Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 10. Aufl., Berlin und Frankfurt 1971
- Wöhe, G. (Steuerlehre, 1972) Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 3. völlig neu bearbeitete Aufl., München 1972
- Wohlgemuth, M. (Planherstellkosten, 1968) Die Planherstellkosten als Bewertungsmaßstab der Halb- und Fertigfabrikate, Berlin 1968
- Wysocki, K. v. (Grundlagen, 1967) Grundlagen des betrieblichen Prüfungswesens, Berlin usw. 1967
- Young, S. (Designing, 1967) Designing a Behavioral System, in: Management Systems, Hrsg. P.P. Schoderbek, New York - London - Sydney 1967, S. 137 - 142

Sonstige Literatur

- American Institute (Bulletin 43, 1953) American Institute of Certified Public Accountants, Restatement and Revision of Accounting Research Bulletins = Accounting, Research Bulletins Nr. 43 (ersetzt Bulletins 1-42), New York 1953
- Arbeitskreis (Neugliederung, 1960) Arbeitskreis im Auftrage des Hauptfachausschusses des IdW, Zur Neugliederung der gesetzlichen Gewinn- und Verlustrechnung gem. § 132 n.F. Aktiengesetz, in: WPg 1960, S. 545 ff.
- Arbeitskreis Chemie (Bewertungsvorschriften, 1966) Gliederungs- sowie Bewertungsvorschriften, Arbeitskreis des Betriebsw. Ausschusses des Verbandes der chem. Industrie, in: ZfB 1966, 2. Ergänzungsheft, S. 29 ff.
- Begründung zum Entwurf eines Aktiengesetzes, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, Bd. 76, Drucksache 171

Gerichtliche Entscheidungen und Erlasse

Urteil des RFH v. 16.12.1936, RStB1 1937, S. 272

Vorbescheid des RFH v. 21.11.1939, bestätigt durch das

Urteil des RFH v. 05.03.1940, RStB1 1940, S. 683 ff.

Urteil des BFH v. 12.02.1955, I 54/54 BStB1 1955 III, S. 172 f.

Urteil des BFH v. 01.03.1955, I 140/52, BStB1 1955 III, S. 144

Urteil des BGH v. 27.02.1961, II ZR 292/59, BGHZ 34, S. 324

Urteil des BFH v. 04.12.1962, BStB1 1963, S. 93

Urteil des BFH v. 04.11.1965, IV 228/63, BStB1 1966 III, S. 167

Urteil des BFH v. 15.02.1966, BStB1 1966 III, S. 468

Urteil des BFH v. 29.06.1967, BStB1 1967, S. 670

Erlaß des BdF v. 18.08.1971 Abschn.I 1 Abs.3, BStB1 1971 I, S.286 f.

Urteil des BFH v. 19.03.1975, I R 182/73, BStB1 1975 II, S.535 f.

Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
AfaA	Absetzung für außergewöhnliche Abnutzung
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz 1965
AktG 1937	Aktiengesetz 1937
AO	Abgabenordnung
BB	Der Betriebsberater
BdF	Bundesminister der Finanzen
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGB1	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BStB1	Bundessteuerblatt
DB	Der Betrieb
Diss.	Dissertation
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EStDV	Einkommensteuerdurchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuerrichtlinien
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FN	Fußnote
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	GmbH-Gesetz
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdO	Handwörterbuch der Organisation
HdR	Handwörterbuch des Rechnungswesens
HGB	Handelsgesetzbuch
IV	Informationsverarbeitung
KAAG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
LAG	Lastenausgleichsgesetz
NB	Neue Betriebswirtschaft
PublG	Publizitätsgesetz
PVP	Periodenverursachungsprinzip
RDO	Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation
RFH	Reichsfinanzhof
Tz	Textziffer
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZfHWuHp	Zeitschrift für Handelswissenschaften und Handelspraxis

Lebenslauf

Geboren	28.02.1943 in Hochstadt/Ofr.
Eltern	Max von Sicherer und Ehefrau Martha, geb. Will
Schulen	1949 - 1955 Volksschule Altenkunstadt 1955 - 1961 Meranier-Gymn. Lichtenfels 1961 - 1963 Gymnasium Gräfelfing 1963 - 1965 Rupprecht Gymn. München
Reifeprüfung	Juli 1965
Tätigkeit nach der Reifeprüfung	1. Aug. - 31. Okt. Praktikum
Wehrdienst	1. Jan. 1966 - 30. Juni 1967
Studium	ab WS 1967/68 Betriebswirtschaftslehre an der Universität München
Examen	Juni 1972
Tätigkeiten nach Studienabschluß	Mitarbeiter am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität München Lehrtätigkeit an betriebswirtschaft- licher Fachschule Steuer- und Revisionsarbeiten

Klaus von Sicherer

difo-druck · 8600 bamberg
untere königstraße 30